

***Evaluation der 3. Phase
des Bürgerbeteiligungsverfahrens
in der Region Nordschwarzwald***

Endbericht: Langfassung

V.Vorwerk* • E. Kämper**

Nr. 70 / April 1997

Arbeitsbericht

ISBN 3-930241-80-3

ISSN 0945-955

* Dipl.-Chem., Dipl.-Soz. Volker Vorwerk • Universität Bielefeld • Institut für
Wissenschafts- und Technikforschung

** Dipl.-Soz. Eckard Kämper • Universität Bielefeld • Institut für Wissenschafts- und
Technikforschung

***Akademie für Technikfolgenabschätzung
in Baden-Württemberg***

Industriestr. 5, 70565 Stuttgart
Tel.: 0711/9063 - 0, Fax: 0711/9063 - 299

Die *Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg* gibt in loser Folge ausgewählte Zwischen- und Abschlußberichte von durchgeführten Forschungsprojekten als *Arbeitsberichte der Akademie* heraus. Diese Reihe hat das Ziel, der jeweils interessierten Fachöffentlichkeit und dem breiten Publikum Gelegenheit zu kritischer Würdigung und Begleitung der Arbeit der Akademie zu geben. Anregungen und Kommentare zu den publizierten Arbeiten sind deshalb jederzeit willkommen. Durch die Umwandlung ins PDF-Format verschieben sich Seitenzahlen. Die gedruckte Fassung ist die maßgebliche Zitierfassung.

Inhaltsverzeichnis (Kurzfassung)

1 Einleitung	1
2 Theorie	4
2.1 Die interne Verfahrenskonzeption und der Akademieansatz	4
2.2 Externer Bezug des Verfahrens	14
2.3 Zusammenfassung und Ausblick	19
3 Methoden	20
3.1 Fragebögen	20
3.2 Interviews	22
3.3 Beobachtungen	22
3.4 Dokumentenanalyse	23
4 Ergebnisse	25
4.1 Fragebogenerhebung	25
4.2 Beobachtungen	54
4.3 Interviews	134
5 Bewertung des Verfahrens	160
5.1 Intern: Diskurstheoretische Bewertung	160
5.2 Extern: Die Wirkung der Bürgerforen auf den Entscheidungsprozeß	169
5.3 Weitere zentrale Aspekte zur Bewertung des Verfahrens	176
5.4 Abschließende Bemerkungen	186
6 Literatur	190
Anhang 1: Fragebögen I, II und III	195
Anhang 2: Mittelwerte im Überblick	219
Anhang 3: Schriftliche Anmerkungen in Fragebogen 2	230

Abbildungen und Tabellen

Abb. 1:	Die gewählte Vorgehensweise zur Standortfindung halte ich für: (Frage 1.1)	28
Abb. 2:	Ich halte den Bau dieser Anlage (BMA, MVA) für: (Frage 3.2)	28
Abb. 3:	Mein Heimatort ist im Prinzip als Standort für eine solche Anlage geeignet: (Frage 3.3)	28
Abb. 4:	Funktion der Bürgerforen (Fragen: 1.2-1.6)	30
Abb. 5:	Die Bürgerforen sollen die Aufgabe haben (Fragen 1.7-1.12)	30
Abb. 6:	Ich nehme an den Bürgerforen teil (Fragen 1.14-1.19)	30
Abb. 7:	Einschätzung wichtiger Organisationen (Fragen 2 und 4)	32
Abb. 8:	Beurteilung allgemeiner Aussagen (Fragen 5.1-5.4)	35
Abb. 9:	Glauben Sie, daß die Technik alles in allem eher ein Segen oder eher ein Fluch für die Menschheit ist? (Frage 5.5)	35
Abb. 10:	Teilnahme an politischen Beteiligungsformen (Frage 6, Fragebogen I)	37
Abb. 11:	Verteilung der Befragten auf die Gruppen (Frage 3.1)	37
Abb. 12:	Verteilung der Befragten nach Geschlecht (Frage 7.1)	37
Abb. 13:	Verteilung der Befragten nach Alter (Frage 7.2)	37
Abb. 14:	Wahlverhalten bei Landtagswahl vom 24.3.96 (Fragebogen III)	37
Abb. 15:	Einschätzung der Bürgerforen durch die Teilnehmer/innen (Fragebogen II)	40
Abb. 16:	Die gewählte Vorgehensweise zur Standortfindung halte ich für: (Frage 1.1)	47
Abb. 17:	Ich halte den Bau dieser Anlage für: (Deponie, BMA, MVA) (Frage 3.2)	47
Abb. 18:	Funktion der Bürgerforen (Fragen: 1.2-1.6)	47
Abb. 19:	Einschätzung der Bürgerforen durch die Teilnehmer/innen	49
Abb. 20:	Wertbaum nach der 5. Sitzung	76
Abb. 21:	Wertbaum nach dem Workshop	76
Abb. 22:	Wertbaum Bürgerforum 6	99
Abb. 23:	Wertbaum des Ingenieurbüros (eigene Darstellung)	99
Tab. 1:	Übersicht der wichtigsten sozialen Ressourcen (Renn/Webler 1994: 25)	6
Tab. 2:	Evaluationsmatrix für praxisorientierte Diskurse nach Webler 1995: 63	13
Tab. 3:	Übersicht der Methoden und Erhebungszeitpunkte	20
Tab. 4:	Zeitpunkte der Beobachtungen und Fragebogenausgabe	24
Tab. 5:	Übersicht der schriftlichen Antworten zu: 'Lob und Tadel am Verfahren'	41
Tab. 6:	Korrelationskoeffizienten: Bewertung relevanter Organisationen und Anlagenbau, Vorgehensweise, Bürgerforen	43
Tab. 7:	Korrelationskoeffizienten: Heimatort geeignet und Bewertung relevanter Organisationen, Anlagenbau, Vorgehensweise, Bürgerforen	43
Tab. 8:	Korrelationskoeffizienten: Laien-, Experten-, Bürgerbeteiligung und Einschätzung relevanter Organisationen, Anlagenbau, Vorgehensweise, Bürgerforen	44
Tab. 9:	Partielle Korrelation: Laien-, Experten-, Bürgerbeteiligung und Anlagenbau, Vorgehensweise, Bürgerforen; Kontrollvariable: Bewertung Fichtner	45
Tab. 10:	Übersicht der einzelnen Bewertungskriterien von Bürgerforum 6	80
Tab. 11:	Vergleich der Bewertungskategorien von Bürgerforum 6 und dem Ingenieurbüro	100
Tab. 12:	Übersicht der einzelnen Bewertungskriterien des Ingenieurbüros	102
Tab. 13:	Einschätzungen zum Verfahren in den Moderatorenberichten	119
Tab. 14:	Übersicht zu den Stellungnahmen der nördlichen Standortgemeinden	128
Tab. 15:	Übersicht zu den Stellungnahmen der südlichen Standortgemeinden	129

Inhaltsverzeichnis (Langfassung)

1	Einleitung	1
2	Theorie	4
2.1	Die interne Verfahrenskonzeption und der Akademieansatz	4
2.1.1	Risikoforschung und Umweltkonflikte	5
2.1.2	Arenatheorie und Ressourcenmobilisierungsansatz	6
2.1.3	Diskurs und Rationalität	7
2.1.4	Operationalisierung des Diskursmodells für eine Evaluation	11
2.2	Externer Bezug des Verfahrens	14
2.2.1	Risiko und Verantwortung	14
2.2.2	Beobachtungsdruck	15
2.2.3	Mehrdeutigkeit	15
2.2.4	Hypothesen	16
2.3	Zusammenfassung und Ausblick	19
3	Methoden	20
3.1	Fragebögen	20
3.2	Interviews	22
3.3	Beobachtungen	22
3.4	Dokumentenanalyse	23
4	Ergebnisse	25
4.1	Fragebogenerhebung	25
4.1.1	Allgemeine Beurteilung des Verfahrens, des Anlagenbaus und der Eignung des Heimatortes als Standort	27
4.1.2	Bürgerforen: Funktion, Aufgaben und Gründe der Teilnahme	29
4.1.3	Einschätzung verfahrensrelevanter Organisationen	31
4.1.4	Beurteilung einiger Aussagen zu Experten, Laien und Technik	34
4.1.5	Politische Beteiligung und demographische Daten	36
4.1.6	Die Bewertung des Verfahrens durch die Teilnehmer/innen (Fragebogen II)	39
4.1.7	Mittelwertvergleiche und Korrelationen in Fragebogen I	42
4.1.8	Vergleich mit den Antworten im Aargau-Verfahren	46
4.1.9	Zusammenfassung der Fragebogenergebnisse	51

4.2 Beobachtungen	54
4.2.1 Die Plenarveranstaltung im Januar	54
4.2.2 Bürgerforen	56
4.2.2.1 Die 1. Sitzung: Kennenlernen der Aufgabe und Fragen zu den Randbedingungen	57
4.2.2.2 Die 2. Sitzung: Referate aus der 1. Phase der Bürgerbeteiligung und Beginn mit den Wertbäumen für die Standortsuche	58
4.2.2.3 Die 3. Sitzung: Informationsabend zur Technik der Restabfallbehandlung	61
4.2.2.4 Die 4. Sitzung: Exkursion zur BMA, Standortsuche und Kriterien für den Wertbaum	66
4.2.2.5 Die Standortexkursionen: Der Protest im Süden und Kritik an Fichtner	68
4.2.2.6 Die 5. Sitzung: Rückblick auf Standortbesichtigungen, Diskussion mit dem Ingenieurbüro und Weiterarbeit am Wertbaum	70
4.2.2.7 Der Workshop: Komplettierung des Wertbaums, Standortempfehlung und weitere Empfehlungen	73
4.2.2.7.1 Die Vervollständigung des Wertbaums am 1. Tag	74
4.2.2.7.2 Die Bewertung der Standorte am 2. Tag	78
4.2.2.8 Exkurs: Ein Vergleich zwischen dem Herangehen des Ingenieurbüros und des Bürgerforums	97
4.2.2.9 Die Delegiertenkonferenz: ‘Heiße’ und ‘Kalte’ kommen zusammen	103
4.2.2.10 Die 6. und letzte Sitzung: Rückblick und Ergänzungen zu den Ergebnissen der Delegiertenkonferenz	109
4.2.3 Die Abschlußveranstaltung im Juli	111
4.2.4 Die Sichtweise der Moderator/innen	114
4.2.4.1 Berichte auf den Teamtreffen	114
4.2.4.2 Schriftliche Moderator/inn/enberichte	117
4.2.4.2.1 Prinzipien des Verfahrens	118
4.2.4.2.2 Akteure des Verfahrens	121
4.2.4.2.3 Elemente des Verfahrens	122
4.2.5 Die Reaktion der Gemeinden potentieller Standorte	123
4.2.5.1 Die direkte Information der Gemeinderäte	124
4.2.5.2 Schriftliche Stellungnahmen der Gemeinden	127
4.3 Interviews	134
4.3.1 Ergebnisse der Interviews mit Gemeindevertretern	134
4.3.1.1 Organisation und Fachwissen in der eigenen Gemeinde	134
4.3.1.2 Die Phasen 1 und 2	135
4.3.1.3 Das Auswahlverfahren	135
4.3.1.4 Der Kontakt zu den Bürgerforen	135
4.3.1.5 Die Einschätzung des Ingenieurbüros	136
4.3.1.6 Das Bürgergutachten	136
4.3.1.7 Der Kontakt zu den Kreisräten und zur P.A.N.	137

4.3.1.8	Versachlichung	137
4.3.1.9	Gerichtsverfahren	137
4.3.1.10	Zusammenhalt der P.A.N.	137
4.3.1.11	Die Einschätzung der Akademie	138
4.3.2	Auswertung der Interviews mit Verwaltung, Politik und P.A.N.	138
4.3.2.1	P.A.N.: Positionen und ihre Veränderungen während der Planung	138
4.3.2.2	Rückkopplung an die Bürger/innen nach dem 2. Bürgergutachten	139
4.3.2.3	Die 2. Phase und das 2. Bürgergutachten	140
4.3.2.4	Strukturierung der Umwelt für die P.A.N.	141
4.3.2.5	Erleichterung der Entscheidung	142
4.3.2.6	Unsichere Randbedingungen	143
4.3.2.7	"Halbwertzeit" von Bürgergutachten	143
4.3.2.8	Dauerhafte Beteiligung	144
4.3.2.9	Das 3. Bürgergutachten	144
4.3.2.10	Rückkopplung an die Bürger/innen nach dem 3. Gutachten	146
4.3.2.11	Kopplung zwischen der 2. und der 3. Phase	147
4.3.2.12	Akademie	147
4.3.2.13	Gerichtsverfahren	148
4.3.2.14	Die Rolle Pforzheims	149
4.3.2.15	Versachlichung der Auseinandersetzungen	149
4.3.2.16	Auswahlverfahren	150
4.3.2.17	Kopplung zur Politik	151
4.3.2.18	Rationalisierung: Vergrößerung der Optionenvielfalt, Offenhalten der Entscheidung durch Bürgerbeteiligung?	151
4.3.2.19	Weiterbestand der P.A.N. und Rolle der Bürgerbeteiligung	151
4.3.2.20	Ausstieg der Gruppen nach der 2. Phase	153
4.3.3	Auswertung der Interviews mit Vertreter/innen der Konsensuskonferenz	153
4.3.3.1	Die 1. Phase: Der Stellenwert von Prognosen	154
4.3.3.2	Die 2. Phase: Das 2. Bürgergutachten und seine Auswirkungen	154
4.3.3.3	Kopplung zwischen der 2. und der 3. Phase	155
4.3.3.4	Verlauf der 3. Phase: Kontakte, Einschätzung von Auswahlverfahren, Programm und Informationsinput	156
4.3.3.5	Das 3. Bürgergutachten und die Chancen seiner Berücksichtigung	157
4.3.3.6	Auswirkungen des Verfahrens: Versachlichung, Zusammenhalt der P.A.N., Konfliktvermeidung?	157
4.3.3.7	Protestformen	158
4.3.3.8	Veränderung der eigenen Position	158
4.3.3.9	Weiterführung der Beteiligung	158
4.3.3.10	Selbstorganisierte Konsensuskonferenz	158
4.3.3.11	Akademie	159

5	Bewertung des Verfahrens	160
5.1	Intern: Diskurstheoretische Bewertung	160
5.1.1	Fairneß	161
5.1.1.1	A1-B3: Konnten Aufgabe, Verfahrensart, Regeln und Moderation bestimmt werden?	161
5.1.1.2	C1: Wer konnte am Diskurs personell teilnehmen?	162
5.1.1.3	C2: Konnten die Teilnehmer/innen Geltungsansprüche vorbringen und kritisieren?	163
5.1.1.4	C3: Wurden die Methoden zur Lösung von Geltungskontroversen vorher festgelegt?	163
5.1.2	Kompetenz (H1, H2)	164
5.1.2.1	D1-D3: Explikativer Diskurs	165
5.1.2.2	E1-E7: Theoretischer Diskurs	165
5.1.2.3	F1-F8: Praktischer Diskurs	166
5.1.2.4	G1-G5: Therapeutischer Diskurs	167
5.1.3	Zusammenfassung	168
5.2	Extern: Die Wirkung der Bürgerforen auf den Entscheidungsprozeß	169
5.2.1	Hypothese 1: Auftreten von Konflikten nach dem Verfahren	169
5.2.2	Hypothese 2: Berücksichtigung der Bürgergutachten	170
5.2.3	Hypothese 3: Verantwortungsdiffusion durch Berufen der Entscheider auf die Bürgergutachten	171
5.2.4	Hypothese 4: Verantwortungsreduktion durch versachlichte Auseinandersetzung	172
5.2.5	Hypothese 5: Erleichterung der Entscheidung	172
5.2.6	Zusammenfassung der Hypothesen	174
5.3	Weitere Aspekte des Verfahrens	176
5.3.1	Konfliktaverse Verfahrensführung in der 2. Phase	176
5.3.2	Vernachlässigung der Differenz Entscheider - Betroffene	176
5.3.3	Gestaltete Umwelt für die P.A.N.	177
5.3.4	Sachliche und rationale Auseinandersetzung in den Bürgerforen	178
5.3.5	Vernachlässigung der Gemeinden	179
5.3.6	Kopplung der Phasen	180
5.3.7	Hohe Qualität des 3. Bürgergutachtens	180
5.3.8	Ehemals beteiligte Gruppen werden Proteste organisieren	181
5.3.9	Rolle der Interessengruppen im Verfahren	182
5.3.10	Wie reagiert das regionale politische Umfeld auf das Bürgerbeteiligungsverfahren?	184
5.3.11	Welche Konflikte mit etablierten Strukturen in Politik und Verwaltung gibt es?	185
5.3.12	Wo paßt das Verfahren gut in das institutionelle Umfeld?	185
5.3.13	Der Zusammenhang von Kritik an Akteuren und am Verfahren	186
5.4	Abschließende Bemerkungen	186
6	Literatur	190
	Anhang 1: Fragebögen I, II und III	195
	Anhang 2: Mittelwerte im Überblick	219
	Anhang 3: Schriftliche Anmerkungen in Fragebogen 2 ('Lob und Tadel am Verfahren')	230

Abkürzungen

AG	-	Arbeitsgruppe
BMA	-	biologisch-mechanisch Anlage
BAB	-	Bundesautobahn
FDS	-	Kreis Freudenstadt
GE	-	Gewerbegebiet
gepl.	-	geplant
GI	-	Industriegebiet
HKW	-	Heizkraftwerk
JVA	-	Justizvollzugsanstalt
KrW/AbfG	-	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
LSG	-	Landschaftsschutzgebiet
MBA	-	mechanisch-biologische Anlage
MVA	-	Müllverbrennungsanlage
NSG	-	Naturschutzgebiet
P.A.N.	-	Gesellschaft zur Planung der Restabfallbehandlung der Region Nordschwarzwald
PF	-	Pforzheim
ROV	-	Raumordnungsverfahren
TAB	-	thermische Abfallbehandlung
TASi	-	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TOP	-	Tagesordnungspunkt
μ	-	Mittelwert
'	-	Minuten

1 Einleitung

Seit März 1994 begleitete das Institut für Wissenschafts- und Technikforschung (IWT) der Universität Bielefeld ein nicht nur für Deutschland neuartiges Beteiligungsverfahren in der Region Nordschwarzwald, in dem es für vier Gebietskörperschaften um die Entwicklung eines neuen Abfallwirtschaftskonzeptes ging. Die zentralen Punkte waren die Abfallmengenprognose, die Technik der Restabfallbehandlung und die Standortentscheidung für die Anlagen. Im Auftrag der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg (AfTA; im weiteren Akademie genannt) untersuchten wir die Eignung des Verfahrens für abfallwirtschaftliche und verwandte Problemstellungen der öffentlichen Planung und seine Wirkungsweise in der Region. Die dazu erforderlichen Daten erhoben wir über Interviews, Beobachtungen, Fragebögen und Presseanalysen.

Den Hintergrund für das Bürgerbeteiligungsverfahren bildete die Absicht der Region Nordschwarzwald, ab dem Jahre 2005 den Restabfall thermisch und/oder biologisch-mechanisch zu behandeln. Als wichtige Randbedingungen für die Entstehung des Verfahrens erwiesen sich¹:

- eine bedeutende anstehende kommunale Entscheidung als Kristallisationspunkt (Bau einer Restabfallbehandlungsanlage),
- die Antizipation von Konflikten durch Politik und Verwaltung²,
- die Bereitschaft der Entscheidungsträger, sich gegenüber der Öffentlichkeit zu öffnen,
- die Ergebnisoffenheit des Beteiligungsverfahrens und der kommunalen Entscheidung.

In einem Verfahren, das sehr stark mit Elementen der in den USA verbreiteten Mediation arbeitete, hatten zunächst Interessengruppen der Region eine Prognose der Restabfallmenge für das Jahr 2005 abgegeben. In einer zweiten Phase erstellten diese Gruppen eine Empfehlung für die politisch umstrittene Frage der Behandlungstechnik.³ Der dritte, hier behandelte Verfahrensabschnitt in Form von Bürgerforen war an das Konzept der Planungszellen von Peter Diemel

¹ Ausführlicher hierzu Vorwerk/Kämper 1996: 9ff.

² "Für Landrat Gerhard Mauer sind die ihm überreichten 500 Unterschriften gegen die Kompostierungsanlage nichts anderes als der übliche und an jedem Standort zu erwartende Widerstand gegen jedwedes Müllprojekt: für sich genommen noch kein Argument. Die Rexinger dagegen glauben, daß sie keineswegs nach dem Prinzip 'überall, nur nicht bei uns' argumentieren." (Freudenstädter Kreiszeitung vom 31.1.94)

³ Zur Evaluation dieser Phasen Vorwerk/Kämper 1996, Kämper/Vorwerk 1996. Außerdem gibt es einige weitere Arbeiten, die sich näher mit dem Nordschwarzwälder Beteiligungsverfahren auseinandersetzen: Langer 1996, Schrimpf 1996, Roch 1996, Renn/Oppermann 1995, Vorwerk 1995 sowie eine umfangreiche Dokumentation der Akademie (1994a, b; 1995a; 1996a, b), die dort bestellt werden kann.

angelehnt.⁴ Bis Mai 1995 erarbeiteten etwa 200 zufällig ausgewählte Bürger/innen in 10 Gruppen konsensuell Standortempfehlungen für eine thermische und zwei biologisch-mechanische Anlagen. Das gesamte Beteiligungsverfahren wurde von der Akademie in Kooperation mit der regionalen Planungsgesellschaft der vier Kreise (P.A.N.) durchgeführt. Nach der Empfehlung der P.A.N. im Sommer 1996 an die Kreistage der Kreise Calw, Freudenstadt und Enzkreis sowie an den Rat der Stadt Pforzheim werden diese 1997 eine Entscheidung fällen.

In diesem Bericht wird die 3. Phase des Verfahrens, die Standortsuche mittels Bürgerforen, behandelt. Im theoretischen Teil (**Kapitel 2**) werden einige Leitfragen vorgestellt, die sich im wesentlichen um zwei Perspektiven ranken. Die Innenperspektive des Verfahrens deckt sich mit der Darstellung der Konzeption der Akademie mit ihren zentralen Leitmotiven Fairneß und Kompetenz. Die Außenperspektive fragt nach der Einbindung des Verfahrens und der erarbeiteten Empfehlungen in den politischen Entscheidungsprozeß. Mit Blick auf das Konzept des rationalen bzw. kooperativen Diskurses, das dem Nordschwarzwälder Verfahren zu Grunde liegt, lassen sich zwei grundlegende Fragen stellen:

- Inwieweit wird in der Bürgerbeteiligung im Nordschwarzwald das Ziel eines rationalen bzw. kooperativen Diskurses erreicht?
- Welche Möglichkeiten und Grenzen hat dieses Konzept im Hinblick auf die Legitimierung riskanter Entscheidungen?

Nach einer Darstellung der Methoden in **Kapitel 3** werden im vierten Kapitel die empirischen Ergebnisse unserer Begleitforschung vorgestellt. Dabei fallen aus darstellungstechnischen Gründen Präsentation und Interpretation teilweise zusammen.

Der Ergebnisteil beginnt in **Kapitel 4.1** mit der Darstellung dreier Fragebogenerhebungen, die zu Beginn und gegen Ende mit den Teilnehmer/innen der Bürgerforen durchgeführt wurden. Mit den nahezu identischen Fragebögen I und III werden die durchschnittlichen Einschätzungen der Teilnehmer/innen zum Beteiligungsverfahren, zum Bau der Restabfallbehandlungsanlagen und zu zentralen Akteuren im Verfahren erfaßt. Auffällig ist hier die sehr positive Bewertung des Verfahrens und der Akademie, während die P.A.N. und das von ihr beauftragte Ingenieurbüro Fichtner sowie der Anlagenbau schlechter bewertet werden. Interessanterweise gibt es zwischen der ersten Befragung zu Beginn und der dritten gegen Ende des Verfahrens kaum Änderungen. In der zweiten Befragung sollten die Bürger/innen das Verfahren genauer einschätzen und Verbesserungsvorschläge machen. Einige Mittelwertvergleiche und Korrelationen mit Fra-

⁴ Bürgerforen (Wienhöfer 1996) entsprechen im Kern den Planungszellen (Dienel 1992). Ein Unterschied ist z.B., daß die Bürger/innen nicht im Block, d.h. innerhalb einer Woche täglich zusammenkommen, sondern in teilweise mehrwöchigen Abständen tagen.

gebogen I bestätigen u.a. die sozialwissenschaftliche Risikoforschung, wonach es einen engen Zusammenhang zwischen der Bewertung verantwortlicher Institutionen und technischer Risiken gibt. Das Kapitel schließt mit einem Vergleich zu einer Befragung, die in einem ähnlichen Verfahren im Aargau durchgeführt wurde; dort ging es um die Standortsuche für eine Deponie. Während beide Verfahren ähnlich gut bewertet werden, gibt es Unterschiede bei der Einschätzung der jeweiligen Technik sowie bei Aspekten des Beteiligungsverfahrens, wie z.B. der Frage, ob die Zeit ausreichend war oder ob genügend Experten befragt werden konnten.

In **Kapitel 4.2** werden unsere Beobachtungen zusammengefaßt, wobei der Schwerpunkt auf der Arbeit der Bürgerforen liegt. Hier wird auch der konkrete Ablauf des Verfahrens beschrieben. Etwas ausführlicher werden die Entwicklung und Diskussion des Wertbaumes einer Gruppe sowie die daran vorgenommene Standortbewertung dargestellt. Für die besonders interessante und wichtige Auseinandersetzung um die Bewertung der Standorte wurde ein inhaltsorientiertes Kategorienschema entwickelt, mit dem verschiedene Argumentationsmuster erfaßt werden. Ein Vergleich zwischen dem Wertesystem der Bürger/innen und des Ingenieurbüros beendet die Darstellung der Standortbewertung. Es folgen zusammenfassende Beschreibungen der zentralen und problematischen Veranstaltungen 'Delegiertenkonferenz' und 'Abschlußveranstaltung im Juli'. Die anschließende Skizzierung der Sichtweise der Moderator/inn/en und der Reaktionen der Gemeinden ermöglichen es, die Bürgerforen und den Sitzungsverlauf aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten.

Die Darstellung der Interviewergebnisse in **Kapitel 4.3** beendet den empirischen Teil. Hier werden besonders die externen Beurteilungen des Verfahrens durch Vertreter/innen aus Verwaltung und Politik erfaßt. Deutlich wird dabei, daß alle Befragten ein positives Bild vom Verfahren hatten und eine Wirkung auf die politisch-administrative Entscheidung unterstellten.

Das **5. Kapitel** widmet sich dann der Auswertung der Daten und der Bewertung des Verfahrens. Vor dem Hintergrund des vorher ausgebreiteten empirischen Materials werden die im Theorieteil entwickelten Hypothesen und Evaluationskriterien diskutiert. Darüber hinaus werden einige, sich aus dem Material ergebende Thesen sowie Verbesserungsvorschläge formuliert.

An dieser Stelle möchten wir allen Teilnehmer/innen, insbesondere des Bürgerforums 6, den Moderator/innen und Protokollant/innen, unseren Interviewpartner/innen, der Akademie und Prof. Wolfgang Krohn für die außerordentlich freundliche Unterstützung bei unserem Evaluationsprojekt danken. Bei den Korrekturen waren überdies Michael von Bach, Alexander Brandt, Anja Hecht, Ralf Herbold, Georg Krücken, Elke Langelahn, Kim Rigauer und Holger Schwachheimer eine große Hilfe.

2 Theorie

In diesem Abschnitt werden einige theoretische Aspekte aufgeführt, anhand derer wir die Untersuchung des Bürgerbeteiligungsverfahrens im Nordschwarzwald durchgeführt haben und die uns Anhaltspunkte bei der Einordnung und Bewertung der bis jetzt erkennbaren Ergebnisse des Verfahrens geben. Dabei knüpfen wir zum Teil an unsere Überlegungen aus dem Bericht zu den ersten beiden Phasen an, wobei in diesem Bericht etwas ausführlicher auf den Akademieansatz eingegangen wird.

Wir unterscheiden einerseits den theoretischen Ansatz der Akademie und andererseits systemtheoretisch inspirierte Ansätze. Diese Unterscheidung läßt sich auf der empirischen Seite zu Fragen konkretisieren, die eher verfahrensinterne oder eher verfahrensexterne Aspekte in den Mittelpunkt stellen. Verfahrenintern sind solche, die sich auf das Design der konkreten Beteiligung beziehen; verfahrensextern sind jene, die die Verkopplung mit dem eigentlichen Entscheidungsprozeß, die Wirkung auf die (politische) Umwelt und die zumeist politischen Akteure betreffen.

2.1 Die interne Verfahrenskonzeption und der Akademieansatz

Die zentralen Leitbilder des Akademieansatzes lauten: Fairneß und Kompetenz. Hinter dem Gesamtkonzept (Renn 1991, Renn 1992, Renn/Webler 1994) verbergen sich im wesentlichen drei sozialwissenschaftliche Ansätze, die im weiteren erläutert werden:

- Ergebnisse der Risikoforschung,
- Arenatheorie und Ressourcenmobilisierungsansatz,
- Habermas' Theorie herrschaftsfreier Diskurse.

Hinzu kommen das Konzept der Dienelschen Planungszellen bzw. Bürgerforen (Wienhöfer 1996) und praktische Erfahrungen mit Beteiligungsverfahren in den USA und in der Schweiz (Renn/Webler 1992, Renn/Oppermann 1995, Renn 1996, Renn/Webler/Kastenholz 1996). Hieraus ergeben sich insbesondere Überlegungen zur Kombination verschiedener Verfahrensansätze wie Mediation und Planungszellen.

Die Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Risikoforschung, insbesondere zur Risikokommunikationsforschung, legen die Entwicklung neuer Verfahren der Beteiligung und Lösung von Risikokonflikten nahe, da die herkömmlichen Konzepte, wie z.B. verbesserte Information der Öffentlichkeit, nicht die gewünschten Effekte erzielten. Arenatheorie und Ressourcenmobilisierungsansatz dienen der Beschreibung von Konfliktfeldern und Machtkonstellationen.

Der Bezug zum Habermasschen Diskursansatz führt dann zur konkreten Ausgestaltung dieser neuen Verfahren und ist deshalb der wesentliche Bezugspunkt zur Beurteilung des (internen) Verfahrens.

2.1.1 Risikoforschung und Umweltkonflikte

Die sozialwissenschaftlich orientierte Risikoforschung hat seit ihrem Beginn etwa Ende der sechziger Jahre einen kontinuierlichen Entwicklungsprozeß vollzogen. Die anfängliche, ingenieurwissenschaftlich inspirierte Verwunderung (Starr 1969) über die unterschiedliche Wahrnehmung und Akzeptanz technischer Risiken von Laien und Experten ist abgelöst worden durch die gleichberechtigte Anerkennung differierender Sichtweisen. Diese Risikoakzeptanz und -wahrnehmungsforschung (Renn 1981, 1990) ist durch die Problemstellungen der Risikokommunikation erweitert worden (Covello/Winterfeld/Slovic 1986, Fisher 1991, Kasperson/Stallen 1991, Stern 1991). Fischhoff (1995: 138) faßt diese Entwicklung des Risikomanagements zusammen:

- “• All we have to do is get the numbers right
- All we have to do is tell them the numbers
 - All we have to do is explain what we mean by the numbers
 - All we have to do is show them that they've accepted similar risks in the past
 - All we have to do is show them that it's a good deal for them
 - All we have to do is treat them nice
 - All we have to do is make them partners
 - All of the above.”

In den letzten 25 Jahren versuchten Betroffene und Umweltverbände zunehmend, umweltrelevante Großvorhaben wie Kernkraftwerke oder abfallwirtschaftliche Anlagen zu verhindern. Für diese meist auf Betroffenheit durch Nachbarschaft beruhenden Proteste hat sich die Bezeichnung St. Florians-Prinzip eingebürgert; im angelsächsischen Raum wird vom NIMBY-Syndrom gesprochen (Not-In-My-Back-Yard). Während beispielsweise Kemp 1990 die Aufgabe dieses verzerrenden und wenig hilfreichen Erklärungsansatzes vorschlägt, fordern Dear 1992 und Fischer 1993 auf der praktischen Seite partizipative Verfahren, um die üblichen Blockaden zwischen Gegnern und Entscheidern aufzubrechen.

Dies ist grob der Hintergrund, vor dem Renn/Webler 1994 ein Konzept entworfen haben, mit dem die spezifischen Probleme von Risiko- und Standortkonflikten verfahrensmäßig gelöst, wenigstens aber vermindert werden sollen. Im Zentrum stehen dann zwei Fragen: Wie können

verschiedene Wissenskulturen und damit verbundene Differenzen, insbesondere zwischen Laien und Experten, in einem fairen Verfahren miteinander verbunden werden? Wie kann die Differenz zwischen Entscheidern und Betroffenen überbrückt werden?

2.1.2 Arenatheorie und Ressourcenmobilisierungsansatz

Zur theoretischen Beschreibung des sozialen Settings von Umweltkonflikten knüpfen Renn/Webler an den Ressourcenmobilisierungsansatz und die Arenatheorie an. Der erste Ansatz geht davon aus, daß soziale Akteure in konfligierenden Situationen nur dann ihre Interessen durchsetzen können, wenn es ihnen gelingt, für sich genügend Ressourcen zu mobilisieren. Dabei werden die jeweiligen Interessen bzw. Ziele sowie die zur Zielerreichung gewählten Handlungsstrategien außer acht gelassen. Renn/Webler halten die in Tabelle 1 zusammengefaßten Ressourcen für wesentlich. Entscheidend ist nun, daß ein Akteur mehr als einen Ressourcentyp benötigt, wenn er seine Interessen im Konfliktfall durchsetzen will.

Staatliche Institutionen in demokratischen Gesellschaften können beispielsweise ihre Ziele nicht allein durch Macht (Gewalt) erreichen. Sie benötigen darüber hinaus genügend Ansehen (Sozialprestige, Unterstützung), Vertrauen (Wertverpflichtung) oder Einsicht (Evidenz) durch die Betroffenen, um ihre Programme umsetzen zu können. Können sie nur ungenügend auf eine der anderen Ressourcen zurückgreifen, müssen sie z.B. Macht oder Geld gegen eine andere Ressource eintauschen. Partizipation ist dann nichts anderes als der Tausch von Macht gegen eine andere Ressource, z.B. Wertverpflichtung (Vertrauen) oder Evidenz (Einsicht in die Notwendigkeit).

Bei diesen Tauschvorgängen in der politischen Arena fungieren staatliche Institutionen zu-
meist als Kontrollinstanz. Innerhalb der Arena befinden sich die (konfligierenden) Akteure, umgeben von der Außenwelt. Diese setzt sich aus Öffentlichkeit, Presse, Interessengruppen und sozialen Institutionen zusammen. Über Kommunikation sind die Akteure innerhalb der Arena mit der Außenwelt verknüpft und versu-

Ressource	Dominanter Sektor	Medium	Motivator
Geld	Ökonomie	Kapitaltransfer	Ökonomische Anreize
Macht	Politik	Gewalt Autorität	Angst vor Strafe
Sozialprestige	Sozialsystem	Reputation Auszeichnung	Solidarität Unterstützung
Wertverpflichtung	Kultur	Überzeugung Sinn	Vertrauen Geborgenheit
Evidenz	Wissenschaft	Beweis Wahrheit	Einsicht in erwartbare Konsequenzen

Tab. 1: Übersicht der wichtigsten sozialen Ressourcen (Renn/Webler 1994: 25)

chen, potentielle (außenstehende) Akteure und damit Ressourcen bzw. die öffentliche Meinung für sich zu mobilisieren, um den Konflikt in ihrem Sinne beilegen zu können. Aus ihrer Fassung der Arenatheorie folgern sie, daß Teilnehmer/innen des Diskurses einerseits die Chance haben müssen, ihre **Ressourcenbasis** im Verlauf der Diskussion durch Tausch verbessern zu können. Andererseits darf aber kein Akteur so weit mit Ressourcen ausgestattet sein, daß er den Konflikt ohne Tausch für sich entscheiden kann. Darüber hinaus weisen sie auf die Randbedingung der **Freiwilligkeit** der Teilnahme am Diskurs hin, die wesentlich für die Ernsthaftigkeit der Zusammenarbeit ist.

Für die Organisatoren von Diskursen zur Konfliktbeilegung ergeben sich aus der Arenatheorie einige Anhaltspunkte, die es ermöglichen, Parteien für eine freiwillige Mitarbeit am Diskurs zu gewinnen. Zentral ist dabei, daß die beteiligten Akteure bereits durch die bloße Teilnahme einen Zugewinn an Ressourcen verzeichnen können:

- **Geld:** Es wird zugesichert, daß den Teilnehmer/innen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, z. B. Aufwandsentschädigungen (Sitzungsgelder) oder Bereitstellung von Mitteln für selbstausgewählte Fachleute.
- **Macht:** Unter der Bedingung, daß der entscheidungsbefugte Akteur bereit ist, Entscheidungsmacht an die anderen Teilnehmer abzugeben, können diese an Macht oder Einfluß gewinnen.
- **Sozialprestige:** Kann die Mitwirkung am Diskurs als prestigefördernd dargestellt werden, erhöht sich die Bereitschaft, teilzunehmen.
- **Wertverpflichtung:** Hier muß der Diskurs-Organisator versuchen, den Teilnehmer/innen zu verdeutlichen, daß ihre jeweiligen Werte und Ziele mit denen des Diskurses kongruent sind. Eine Teilnahme kann dann kaum mehr abgelehnt werden.
- **Evidenz:** Den Teilnehmer/innen wird versprochen, daß sie Zugang zu wissenschaftlichem Sachverstand bekommen. Dies kann auch damit verknüpft werden, daß sie entsprechende Fachleute selbst bestimmen dürfen oder entsprechende Gelder dafür bekommen.

2.1.3 Diskurs und Rationalität

Umwelt-Mediation und verwandte Verfahren setzen intern auf kommunikative Rationalität. Gegenstand der Konflikte sind zwar Einwirkungen in der realen Welt, z.B. der Bau einer biologisch-mechanischen oder thermischen Restabfallbehandlungsanlage. Es ist also Kompetenz bzw. kognitiv-instrumentelle Rationalität gefragt, wenn es um die Wahl einer Technologie geht. Im Vordergrund steht aber die Fairneß der Diskussion über die Aussagen, die sich auf die objektive Welt beziehen und mit einem Wahrheitsanspruch auftreten. Im Verfahrensverlauf sollen

die verwobenen Geltungsansprüche der Aussagen über die objektive, soziale oder subjektive Welt einer intersubjektiven Überprüfung ausgesetzt werden, an deren Ende ein instrumenteller Eingriff in die Welt steht. Den Anknüpfungspunkt bildet hier Habermas' diskurstheoretischer Ansatz des kommunikativen Handelns. Habermas 1981 unterscheidet **theoretische Diskurse**, die kognitiv-instrumentelle Äußerungen umfassen und die Geltungsansprüche der Wahrheit propositionaler Sätze sowie die Wirksamkeit zielgerichteter Handlungen betreffen. In **praktischen Diskursen** werden moralisch-praktische Aussagen hinsichtlich der Richtigkeit von Handlungsnormen problematisiert. In **explikativen Diskursen** geht es um kontroverse Geltungsansprüche, die sich auf die Angemessenheit der Wahl symbolischer Gebilde selbst beziehen. Derartige Diskurse sind zumeist wenig konfliktbehaftet. Für **nicht-diskursfähig** hält er dagegen evaluative Aussagen, die die Angemessenheit kultureller Werte betreffen. Den prototypischen Fall derartiger Argumentationen sieht er in der **ästhetischen Kritik** gegeben. Entsprechendes gilt für expressive Äußerungen, deren Wahrhaftigkeit im Rahmen **therapeutischer Kritik** hinterfragt werden kann. Die nähere Analyse der Argumentationstheorie führt Habermas also zu einer begrifflichen Unterscheidung: Kritik und Diskurs.⁵

Für die ästhetische Kritik, als Sinnbild der Diskussion um Wertstandards, ist es die Einschränkung des Geltungsanspruches auf einen bestimmten historischen oder regionalen Kontext, die den Begriff Kritik erforderlich macht. Damit fehlt die von Habermas geforderte Universalität. Dies heißt aber umgekehrt auch, daß durchaus die Kriterien eines Diskurses erfüllt sein können, wenn die Teilnehmer/innen einer Wertediskussion demselben lebensweltlichen oder kulturellen Kontext angehören. Habermas kommt damit zu folgender Definition von Diskursen:

"Nur in theoretischen, praktischen und explikativen Diskursen müssen die Argumentationsteilnehmer von der (oft kontrafaktischen) Voraussetzung ausgehen, daß die Bedingungen einer idealen Sprechsituation in hinreichender Annäherung erfüllt sind. Von ›Diskursen‹ will ich nur dann sprechen, wenn der Sinn des problematisierten Geltungsanspruches die Teilnehmer konzeptuell zu der Unterstellung nötigt, daß grundsätzlich ein rational motiviertes Einverständnis erzielt werden könnte, wobei »grundsätzlich« den idealisierenden Vorbehalt ausdrückt: wenn die Argumentation nur offen genug geführt und lang genug fortgesetzt werden könnte." (Habermas 1981, Band 1: 71)⁶

⁵ Den Begriff Kritik im Unterschied zu Diskurs will Habermas 1981 immer dann benutzen, "wenn Argumente verwendet werden, ohne daß die Beteiligten die Bedingungen für eine von externen und internen Zwängen freie Sprechsituation als erfüllt voraussetzen müßten." (Band 1: 70)

⁶ "Der utopische Entwurf einer idealen Kommunikationsgemeinschaft führt in die Irre, wenn man ihn als Anleitung zu einer Philosophie der Geschichte mißverstehet und den begrenzten methodischen Stellenwert, den er sinnvollerweise nur haben kann, verkennt. Die Konstruktion des unbegrenzten und unverzerrten Diskurses kann man den uns bekannten modernen Gesellschaften allenfalls als Folie mit der Absicht unterlegen, undeutliche Entwicklungstendenzen in grellen Konturen hervortreten zu lassen."

Eine weitere Unterscheidung, muß hier noch ergänzt werden: Kompromißbildung und Konsenssuche. Während Diskurse bei Habermas als Ziel immer einen möglichen Konsens implizieren, dienen Kompromißbildungen im Sinne einer Streitbeilegung (im Unterschied zu konsensualen diskursiven Einigungsprozessen) streng genommen keiner diskursiven Einlösung von Geltungsansprüchen,

"sondern der Abstimmung nichtverallgemeinerungsfähiger Interessen auf der Grundlage gleichgewichtiger Machtpositionen." (Band 1: 61)

Zusammenfassend ergeben sich damit drei relevante Begriffe, die zur Einschätzung oder Einordnung von Beteiligungsverfahren genutzt werden können:

- (1) **Diskurs**, in dem die Beteiligten bestrebt sind, ihre Geltungsansprüche der Beurteilung anderer Teilnehmer/innen auszusetzen, mit dem Ziel, einen Konsens zu erreichen;
- (2) **Kritik**, die sich von Diskursen dahingehend unterscheidet, daß wesentliche Bedingungen von Diskursen nicht gegeben sind: Universalität der Geltungsansprüche, Wahrheitssuche als einziges und gemeinsames Ziel, die Symmetrie der Teilnehmer/innen;
- (3) **Abstimmung**, die nicht auf Konsens, den zwanglosen Zwang der Rede setzen kann, sondern auf Kompromiß ausgerichtet ist, da nichtverallgemeinerungsfähige Interessen zugrunde liegen.

Entsprechend verstehen Renn/Webler (1994: 35ff.) einen **Diskurs** als einen sprachlich-symbolischen Raum, in dem unterschiedliche Akteure - Personen, Institutionen, Organisationen, Interessengruppen etc. - Aussagen machen, deren Geltungsansprüche durch die anderen Akteure überprüfbar sind.

Die analytische Unterscheidung zwischen Aussage- oder Diskurstypen kann in diesem Zusammenhang einerseits dazu genutzt werden, bei auftretenden Widersprüchen zunächst danach zu fragen, ob die widerstreitenden Aussagen überhaupt dem gleichen Aussagetyp angehören. Dadurch lassen sich Widersprüche vermeiden, die dadurch entstehen, daß eine Seite über grundsätzliche Werte redet, während die andere wissenschaftliche Fakten meint. Andererseits ergeben sich je nach Diskurstyp verschiedene Regeln der Überprüfung, die zu beachten sind. Affektive Aussagen müssen dabei in kognitive oder normative Aussagen übersetzt werden, um 'diskursfähig' zu sein. Am problematischsten sind sicherlich strategisch orientierte Sprechakte, denen es nicht um Verständigung, sondern um Durchsetzung geht.

(Band 2: 163) Vgl. hierzu auch Wellmer 1992, der zwischen einer starken und einer schwachen Version von Verständigung unterscheidet.

In Anschluß an Giegel (1992: 8f.) können darüber hinaus fünf Konsenstypen unterschieden werden, die hier ergänzt werden sollen. Ein **Hintergrundkonsens** besteht, wenn die Diskursteilnehmer/innen über gemeinsam geteilte Lebenswelten bzw. situative Deutungsmuster verfügen. Von **Ergebniskonsens** kann gesprochen werden, wenn die Akteure dem Ergebnis des Diskurses zustimmen können. Bezieht sich die Zustimmung auch auf die Art der Argumentation oder Begründung, spricht Giegel von einem **Argumentationskonsens**. Da Beteiligungsverfahren in ihrer Gestaltung relativ offen sind, z. B. ob sie öffentlich tagen oder nicht, ergeben sich zwei weitere Konsensunterscheidungen. **Verfahrenskonsens** bezeichnet das paradoxe Problem, daß auch über das Verfahren, die praktischen Regeln des Diskurses, ein Konsens bestehen muß. Daran anschließend ist zusätzlich ein **Themenkonsens** oder ein Konsens, worin der Dissens besteht, erforderlich, damit die Akteure nicht von Beginn an aneinander vorbeireden.

Für die praktische Organisation von **Realdiskursen**⁷ nennen Renn/Webler einige Regeln, die sich aus der Logik kommunikativer Rationalität ergeben und sich an herrschaftsfreien Diskursen im Habermasschen Sinne orientieren. Die Ergebnisse ihrer Ausführungen zusammenfassend und konkretisierend halten sie folgende Normen für unverzichtbar:

- **Zeit:** Realdiskurse benötigen ausreichend Zeit.
- **Offenheit:** Das Ergebnis des Verfahrens muß genügend unbestimmt oder offen sein.
- **Bereitschaft zum Lernen:** Diese bezieht sich auf die argumentative Offenheit der Teilnehmer/innen. Alle Beteiligten müssen bereit sein, anderen zuzuhören und eigene Positionen zu überdenken. Bedeutsam sind hierbei:
 - Die Einsicht, daß es mehrere begründete und relevante Arten von Faktenwissen gibt (z.B. Erfahrungswissen von Fachleuten, Erfahrungswissen von Anwohner/innen).
 - Die Einsicht, daß es für die Bestimmung der aus dem Faktenwissen folgenden Handlungsoptionen mehrere rationale Wege gibt.
 - Die Einsicht, daß es trotz der beschriebenen Pluralität von Wissen und Auswahl von Handlungsoptionen universell gültige Regeln für die Überprüfung der Geltung von Aussagen gibt, die alle Beteiligten anerkennen müssen.
- **Übersetzung affektiver Aussagen in kognitive oder normative:** Da expressive Aussagen nicht diskursfähig sind, müssen diese in kognitive oder normative Aussagen übersetzt

⁷ Der Begriff *Realdiskurse* wird gewählt, um stattfindende Diskurse von theoretischen Diskurskonstruktionen abzuheben. Für Habermas' theoretische Diskurse gilt z. B. die Randbedingung, daß sie offen und lange genug geführt werden müssen, um alle Geltungsansprüche problematisieren zu können, bis ein rational motiviertes Einverständnis bei allen Teilnehmer/innen erreicht ist, was sich praktisch kaum realisieren läßt.

werden.⁸

- **Verzicht auf moralisierende Abwertungen von Teilnehmer/innen und ihren Positionen:** Moralisierende Urteile sind ähnlich wie emotionale Äußerungen einer diskursiven Überprüfung unzugänglich. Ziele derartiger Argumentationen sind oft der Schutz vor der Überprüfung von Geltungsansprüchen oder die Abqualifizierung anderer Positionen.
- **Gleiche Rechte und Pflichten der Diskursteilnehmer/innen:** Alle Teilnehmer/innen müssen die gleichen Rechte und Pflichten innerhalb des Diskurses haben, Privilegien und Sonderrechte (Geld, Macht etc.), die Einzelne außerhalb des Diskurses besitzen (z.B. Entscheidungsbefugnisse), dürfen im Verfahren keine Rolle spielen.

2.1.4 Operationalisierung des Diskursmodells für eine Evaluation

In einer neueren Arbeit konkretisiert Webler (1995) ein Begriffsraaster zur Evaluierung partizipativer Verfahren für die Behandlung und Lösung von Umweltkonflikten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der diskurstheoretischen Ableitung des Modells. Arenatheorie und Ressourcenmobilisierungsmodell spielen für die Bewertung keine Rolle. Entsprechend liegt das Augenmerk im wesentlichen auf den internen Prozessen des Verfahrens, mithin auf den dabei laufenden Interaktionsprozessen. Die u.E. besonders im Nordschwarzwald wichtigen Fragen der Anbindung der erarbeiteten Empfehlungen an den politischen Entscheidungsprozeß sowie Probleme der Delegation (Phase 1, 2) bleiben dabei unterbelichtet. Eine Übersicht bietet Tabelle 2. Als Oberkriterien dienen die beiden Kategorien Fairneß und Kompetenz. Das Kriterium der Fairneß bedeutet allgemein, daß die Betroffenen zunächst die gleichen Chancen haben müssen, um an einem Diskurs teilzunehmen. Innerhalb des Diskurses sollten sie in gleichem Maße Sprechakte initiieren, Geltungsansprüche kritisieren oder den Konsens beeinflussen können. Diese allgemeinen Grundsätze lassen sich konkretisieren bzgl. der Aufgaben- und Regelfestlegung, der Moderation und Regelanwendung sowie der Diskussion. Beispielsweise gehört zum Kriterium Fairneß die Möglichkeit, am Diskurs teilzunehmen, Regeln, Themen, Moderation und Verfahrensart vorzuschlagen, sowie im Verfahren angemessen repräsentiert zu sein.

Das Kriterium der Kompetenz bedeutet zunächst allgemein, daß die Teilnehmer/innen Zugang zum relevanten Wissen haben sowie über Optionen zur Lösung diskursiver Konflikte verfügen sollen. Dies wird von Webler hinsichtlich der vier Typen des explikativen, theoretischen, praktischen und therapeutischen Diskurses genauer ausgeführt. Für den theoretischen Diskurs läßt sich

⁸ Unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Vermitteltheit der menschlichen Existenz sind Emotionen eine wichtige Erkenntnisquelle zur Erreichung von Handlungsfähigkeit, vgl. Holzkamp 1983.

beispielsweise der Zugang zum relevanten Wissen genauer fassen in einem gleichen Zugang zum Experten-, anekdotischen und intuitiven Wissen sowie in der Berücksichtigung der Unsicherheit faktischer Informationen. Bezogen auf die Verfahren zur Lösung diskursiver Konflikte lauten die Konkretisierungen, daß die Teilnehmer/innen zwischen kognitiven und normativen Ansprüchen trennen können, Wahrheitsfragen an Experten und Rechtsfragen an Juristen delegieren können, Mißverständnisse vor der Vereinbarung minimieren können sowie über eine konsensuell festgelegte und anerkannte Methode zur Beilegung von Geltungsstreits verfügen. Die weiteren Bewertungskategorien können der Tabelle entnommen werden. Wie bereits die Beispiele zeigen, beziehen sich die meisten Kriterien auf interne Verfahrensbedingungen. In Kapitel 5 werden wir dann das Nordschwarzwälder Verfahren anhand der Weblerschen Kriterien diskutieren.

Kritisch bemerkt werden muß an dieser Stelle, daß Webler eine kleine Ungenauigkeit unterläuft, wenn er von therapeutischem Diskurs statt von therapeutischer Kritik spricht, wie Habermas (1981, Band I: 45, 448) es tut. Auf den Unterschied zwischen Diskurs und Kritik haben wir bereits hingewiesen. Problematischer scheint uns zu sein, daß die ästhetische Kritik fehlt, mit der nach Habermas die Angemessenheit von Wertstandards problematisiert wird. Gerade bei Standortfragen spielen auch ästhetische und andere evaluative Fragen eine wichtige Rolle. Hierbei ist dann zu beachten, daß sie anders zu behandeln sind als theoretische oder normative Fragen. Am ehesten können ästhetische Fragen noch als normative behandelt bzw. in solche übersetzt werden.

Aktivitäten im Verfahren		Erfordernisse für Fairneß: Teilnehmer bzw. Betroffene sollen gleiche Chancen haben, um...		
allgemein	... am Diskurs teilzunehmen.	... Sprechakte zu initiieren.	...Geltungsansprüche zu ändern, verteidigen.	...Konsens zu beeinflussen.
Aufgaben- und Regelfestlegung	A1, A2, A3	A1: ...Regeln und Themen vorzuschlagen.	A2: ...Themenvorschläge zu kritisieren.	A3: ...über Themen und Regeln zu entscheiden.
Moderation und Regelanwendung	B1: ...Moderator und Verfahrensart vorzuschlagen.	B1: ...Moderator und Verfahrensart vorzuschlagen.	B2: ...Moderator und Verfahrensart zu ändern.	B3: ...Moderator und Moderationsmethode auszuwählen.
Diskussion	C1: ...im Verfahren repräsentiert zu sein.	C2: ...Geltungsansprüche vorzubringen.	C2: ...Geltungsansprüche zu kritisieren.	C3: ...die Methode zur Lösung von Geltungskontroversen konsensuell vor Diskursbeginn festzulegen.
diskursive Aktivitäten		Erfordernisse für Kompetenz: Sicherstellen, daß die Teilnehmer...		
allgemein	...Zugang zu Wissen und Interpretationen haben.	...Verfahren zur Lösung diskursiver Konflikte haben.		
explikativer Diskurs (Verständlichkeit von Sprache)	D1: ...Zugang zu akzeptierten Standards und Definitionen haben.	D2: ...Begriffe, Konzepte der anderen verstehen. D3: ...Streit um Begriffe mit Standards lösen können. H1: ...Mißverständnisse vor der Vereinbarung minimieren. H2: ...konsensuell anerkannte Methoden zur Beilegung von Geltungsstreits festlegen.		
theoretischer Diskurs (Wahrheit von Aussagen, Wirkksamkeit von Handlungen)	E1: ...gleichen Zugang zu Expertenwissen haben. E2: ...gleichen Zugang zum anekdotischen und intuitiven Wissen haben. E3: ...die Unsicherheit faktischer Informationen bedenken.	E5: ...kognitive von normativen Ansprüchen trennen können. E6: ...Wahrheitsfragen an Experten delegieren können. E7: ...rechtliche Fragen an Rechtsexperten delegieren können. H1: ...Mißverständnisse vor der Vereinbarung minimieren. H2: ...konsensuell anerkannte Methoden zur Beilegung von Geltungsstreits festlegen.		
praktischer Diskurs (normative Richtigkeit)	F1: Das Modell sollte keine impliziten Barrieren enthalten, die die Interessenverteilung beeinflussen. F2: Das Modell sollte mit objektiven Methoden die Betroffenen bestimmen, aber auch der regionalen Öffentlichkeit einräumen, dies festzulegen. F3: ...Werte (der TN) entdecken und entwickeln. F4: ...die faktischen Implikationen gewählter Normen diskutieren	F5: ...generalisierte Werte und Normen entwickeln. F6: ...keine Normen wählen, die inkonsistent mit sich selbst sind oder einem generalisierten Willen widersprechen. F7: ...mit ihren Normen keine Gesetze brechen. F8: ...Normen wählen, die gegenwärtigen Erwartungen entsprechen. H1: ...Mißverständnisse vor der Vereinbarung minimieren. H2: ...konsensuell anerkannte Methoden zur Beilegung von Geltungsstreits festlegen.		
therapeutischer Diskurs (Wahrhaftigkeit der Expressionen)	G1: Förderung der Diskussion Authentizität von Expressionen G2: Förderung der Untersuchung der Wahrhaftigkeit von TN	G3: Unterstützung der Untersuchung der Qualität der Situation (persönliche u. organisatorische Grenzen). G4: ...genügend Zeit für die Äußerung und Erläuterung expressiver Äußerungen haben. G5: ...akzeptable Übersetzungsschemata für Expressionen haben. H1: ...Mißverständnisse vor der Vereinbarung minimieren. H2: ...konsensuell anerkannte Methoden zur Beilegung von Geltungsstreits festlegen.		

Tab. 2: Evaluationsmatrix für praxisorientierte Diskurse (vgl. Webler 1995: 63)

2.2 Externer Bezug des Verfahrens

Unsere theoretischen Überlegungen für die Bewertung des externen Bezuges des Verfahrens werden wir in drei Schritten entwickeln. Zunächst geht es uns um eine allgemeinere Einordnung des Planungsprozesses im Nordschwarzwald in die Problematik riskanter politischer Entscheidungen (1). Dann werden wir skizzieren, was die Verfahrenskonzeption der Akademie vor diesem Problemhintergrund leisten kann (2). Schließlich werden wir einige Probleme der Bürgerbeteiligung im Nordschwarzwald herausarbeiten und Vorschläge zu ihrer Handhabung machen (3). Inwieweit unsere Hypothesen zu den Funktionen des Verfahrens zutreffen und die daraus abgeleiteten Problembereiche tatsächlich von Bedeutung für das Verfahren sind, soll im empirischen Teil unseres Berichts herausgearbeitet werden.

Bei einer Entscheidung über ein Konzept zur Restabfallbehandlung ist das aus unserer Sicht basale Problem, unter unsicheren politischen Bedingungen und unter den Augen einer kritischen Öffentlichkeit, Verantwortung für Entscheidungen zu übernehmen, deren Konsequenzen nicht abzuschätzen sind. Diese Situation, auf deren Anforderungen das Beteiligungsverfahren reagieren soll, läßt sich durch drei Aspekte genauer charakterisieren: Verantwortung, Beobachtungsdruck, Mehrdeutigkeit.

2.2.1 Risiko und Verantwortung

Die Planungsentscheidung über ein Restabfallbehandlungskonzept zeichnet sich durch ihre Komplexität und ihre schwer abschätzbaren Folgen aus. Mögliche Veränderungen der rechtlichen, politischen, technischen und ökonomischen Randbedingungen sowie vor allem die kaum prognostizierbare Entwicklung der Abfallmengen⁹ sorgen dafür, daß unter extremer Unsicherheit entschieden werden muß und daß die Konsequenzen der Entscheidung so gut wie nicht abschätzbar sind. Man wird auf jeden Fall erst nachher wissen, ob man sich richtig entschieden hat.¹⁰

Hinzu kommt die Tatsache, daß die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften für ihre

⁹ Dieses Problem kann sich ab Oktober 1996 nach Inkrafttreten des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes noch verschärfen.

¹⁰ Und selbst das wird schwierig sein: Die Präferenzen und Erwartungen, die eine Bewertung der Richtigkeit der Entscheidung leiten, sind uneinheitlich, und man weiß zudem nicht, wie die Bewertung ausfallen würde, wenn man anders entschieden hätte.

Entsorgungskonzepte in vollem Umfang verantwortlich sind. Für eine zu große Abfallbehandlungsanlage, deren wirtschaftlicher Betrieb entweder Müllimport oder Erhöhungen der Abfallgebühren erfordert, werden kommunale Entscheider vor allem politisch verantwortlich gemacht. Es handelt sich hierbei um ein allgemeines Problem von Planungsentscheidungen, die durch die Vorgabe eines zu erreichenden Zweckes gekennzeichnet sind: Der Entscheider hat relativ großen Handlungsspielraum was die Wahl der Mittel angeht und ist für die Erreichung des vorgegebenen Zweckes verantwortlich. Die Verantwortung kann an keine andere politische Ebene weitergegeben werden.¹¹ Die Übernahme von Verantwortung für riskante Entscheidungen ist ein allgemeines Problem in der Umweltpolitik, für das in unterschiedlichen Themenfeldern unterschiedliche Lösungen gefunden werden (Krücken 1996). Die Durchführung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens stellt eine Möglichkeit dar, in der kommunalen Abfallpolitik mit diesem grundlegenden Problem riskanten Entscheidens umzugehen.

2.2.2 Beobachtungsdruck

Ein weiteres Kennzeichen der Entscheidungssituation im Nordschwarzwald ist der Beobachtungsdruck, den eine kritische Öffentlichkeit auf die Entscheider ausübt. Proteste von Anwohnern und die sachliche Kritik von Umweltverbänden sind bei Standortentscheidungen für Entsorgungsanlagen mittlerweile unvermeidlich.¹² Das oben skizzierte Problem der politischen Verantwortungsübernahme für riskante Entscheidungen wird durch diesen Aspekt nochmals verstärkt.

2.2.3 Mehrdeutigkeit

Ein anderer wichtiger Aspekt der Situation für die Entscheider ist die Mehrdeutigkeit der politischen Vorgaben für die Verwaltung. Diese Mehrdeutigkeit besteht zum einen in Bezug zur bundespolitischen Ebene. Die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASi), die die wichtigsten Vorgaben für die Entscheidung über ein Restabfallbehandlungskonzept enthält, steht auch nach

¹¹ Grundlegend hierzu Eckhoff / Jacobsen (1960), speziell auf Probleme der öffentlichen Verwaltung bezogen Hiller (1993; 1994).

¹² Dies zeigen eine Reihe von Studien: Müller/Holst 1987, Wiedemann/Femers/Hennen 1992, Pflingsten 1993, Zahn 1993, Fisch/Beck 1995.

ihrem Inkrafttreten 1993 in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion.¹³ Solche fortdauernden Konflikte um politische Programme haben Auswirkungen auf die Implementationsphase, es entstehen Interpretationsspielräume über die Gültigkeit des Programms und über den Umgang mit Übergangsfristen, kurz, die politischen Vorgaben verlieren an Eindeutigkeit.

Der andere Aspekt, der für die kommunale Verwaltung eine mehrdeutige Situation entstehen läßt, entsteht durch die unsicheren politischen Mehrheiten auf kommunaler Ebene. Gerade bei Standortentscheidungen besteht die Tendenz, daß politische Mehrheiten aufgrund von Standortinteressen (Lobbydruck durch Bürgerinitiativen und Gemeinden) unsicher werden und zu bröckeln beginnen.

Für administrative Entscheider entsteht durch eine solche mehrdeutige Situation die Tendenz zur Politisierung (Offe 1974; Baier et al. 1988), d.h., daß sich die Verwaltung selbst um Konsens und um Akzeptanz für ihre Entscheidungen bemühen muß. Die Verwaltung muß m.a.W. selbst Politik betreiben und dafür geeignete Organisationsformen und Verfahren suchen. Informale partizipative Verfahren können für die Verwaltung eine Möglichkeit bieten, Konsenschancen bei ihrem Publikum und die Möglichkeiten politischer Mehrheiten zu sondieren und abzuschätzen.

2.2.4 Hypothesen zur Bewertung des Verfahrens

Die Verwaltung muß also die Verantwortung für die Konsequenzen hochriskanter Entscheidungen übernehmen, sie steht unter einem hohen Beobachtungsdruck durch eine kritische Öffentlichkeit und sie kann sich nicht auf eindeutige politische Vorgaben verlassen. Angesichts einer solchen Entscheidungssituation kann ein Bürgerbeteiligungsverfahren dazu beitragen, Blockaden aufzuheben und so zur Handlungsfähigkeit politisch-administrativer Akteure beitragen.

Was kann ein Bürgerbeteiligungsverfahren vor diesem Hintergrund leisten? Was kann man von ihm erwarten und was nicht? Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, welche Probleme müssen gelöst werden, um die Leistungsfähigkeit eines solchen Verfahrens auszuschöpfen? Um diese Fragen zu beantworten, greifen wir auf die Luhmannsche Theorie der Legitimation durch Verfahren (Luhmann 1978) und auf Brunssons (1985) Überlegungen zur Funktion von Rationalität in organisierten Entscheidungsprozessen zurück.

¹³ Vgl. Frühschütz 1993, Kremer 1994, Niedersächsisches Umweltministerium 1994, Bundesregierung 1995, Waschke/Wittmaier/ Harborth/Hanert 1997.

Wenn eine Entscheidung durch ein Verfahren legitimiert werden soll, müssen alle Beteiligten auf eine Position festgelegt werden und die von der Entscheidung Enttäuschten dürfen nach der Entscheidung für ihre Position keine Unterstützung mehr erwarten können (Luhmann 1978). Bei einem Verfahren, das versucht, die Qualität einer Planungsentscheidung durch erhöhte Entscheidungsrationale zu verbessern, können diese Mechanismen nicht greifen. Die Beteiligten lassen sich durch das Verfahren nur zu einem geringen Grad auf eine Position festlegen und sie können trotz Teilnahme am Verfahren auch nach dem Verfahren ihre kritische Meinung äußern. Da hohe Entscheidungsrationale für Beteiligte und Beobachter zudem verdeutlicht, daß es keine einzig richtige, sondern mehrere ähnlich gute Entscheidungsalternativen gibt (Brunsson 1985), können Kritiker der Entscheidung auch nach dem Verfahren Unterstützung für ihre Position erwarten. Der politische Druck und die öffentliche Kritik bleiben für die Entscheider bestehen, weil das Instrument der Bürgerforen nicht so eng an das politische Entscheidungssystem angekoppelt ist, daß es die Legitimation kraft Verfahren übernehmen kann.

Aus diesen Überlegungen folgern wir, daß eine Verfahrenskonzeption, wie sie im Nordschwarzwald durchgeführt wurde, keine verfahrensmäßige Legitimation von Entscheidungen im klassischen Sinne leistet. Was bedeuten diese Überlegungen für das Geschehen im Nordschwarzwald? Hierzu formulieren wir zwei erste Hypothesen.

- 1) Es wird auch nach dem Bürgerbeteiligungsverfahren zu öffentlichen und politischen Konflikten über das Restabfallbehandlungskonzept kommen.

Indikator: Bürgerinitiativen oder Umweltverbände werden auf klassische Protestformen zurückgreifen: Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, gerichtliche Klagen etc.

- 2) Nach der Phase hoher Entscheidungsrationale mit dem Beteiligungsverfahren und den Fachgutachtern müssen verbleibende Optionen im Rahmen politischer Handlungsrationale reformuliert und bewertet werden, wodurch der Einfluß der Bürger- und Fachgutachten geschwächt und randständig wird.¹⁴

Indikator: Es wird erhebliche Abweichungen von den Empfehlungen in den Bürger- und Ingenieurgutachten in der politischen Entscheidung geben, die nur schwer nachvollziehbar sind.

¹⁴ Handlungsrationale heißt, die Festlegung auf eine Entscheidung vorantreiben, die Suche nach weiteren Informationen beenden, um sich schließlich auf eine Option festzulegen (Brunsson 1985, Japp 1992).

Es wird also auch nach dem Verfahren zu Konflikten kommen und von den Bürger- und Ingenieurgutachten wird abgewichen werden. Dies ist allerdings kein Fehler oder Mangel des Verfahrens, sondern liegt daran, daß sich riskante Entscheidungen mit kaum abschätzbaren Konsequenzen prinzipiell nur schwer verfahrensmäßig legitimieren lassen (Luhmann 1978: 133). Konflikte und unvollständig umgesetzte Gutachten sind daher *keine Anzeichen für einen Mißerfolg* des Verfahrens.

Was kann ein solches informales Verfahren dann leisten angesichts der oben skizzierten Risikoproblematik, der sich die politisch-administrativen Entscheider gegenübersehen? Die Verantwortungsübernahme für riskante Entscheidungen kann nach Brunsson (1985) durch zwei Mechanismen erleichtert werden. Die Verantwortung für eine Entscheidung kann zum einen *verteilt* werden, indem mehrere Akteure oder Betroffene in die Entscheidung miteinbezogen werden.¹⁵ Zum anderen kann die Verantwortung für die Entscheider *reduziert* werden, indem man sich um einen möglichst rationalen Entscheidungsprozeß bemüht. Daraus folgern wir weitere Hypothesen zur Funktion des Bürgerbeteiligungsverfahrens im Nordschwarzwald.

3) Das Verfahren leistet Verantwortungsdiffusion durch Einbindung Betroffener und Interessierter und die damit verbundene Verteilung der Entscheidung auf mehrere Schultern.
Indikator: Die Entscheider werden sich ausdrücklich auf die Bürgergutachten berufen.¹⁶

4) Das Verfahren leistet durch die erhöhte Entscheidungsrationalität die *Reduktion* von Verantwortung, d.h. es läßt sich für die Entscheider in den künftigen Auseinandersetzungen leichter argumentieren.

Indikator: Die Auseinandersetzungen in der veröffentlichten Meinung, den politischen Gremien, in den anstehenden Genehmigungsverfahren und in eventuellen Gerichtsverfahren

¹⁵ Zu dieser Funktion von informalem Verwaltungshandeln und zu der Frage, inwieweit Mediationsverfahren diese Funktion erfüllen können, vgl. Hiller 1994 und Vorwerk 1995: 58ff.

¹⁶ Wenn dieser Mechanismus nicht zu beobachten ist, sind zwei Schlußfolgerungen möglich:
1. Unsere Hypothese ist falsch. Da die Entscheider diese Möglichkeit der Verringerung der Verantwortung nicht wahrnehmen, existiert das Problem der Verantwortungsübernahme für riskante Entscheidungen nicht in dem Maße, wie wir vermuten.
2. Das Problem existiert, aber das Verfahren ist nicht geeignet, dafür eine Lösung anzubieten. Eine echte Diffusion von Verantwortung kann nur geleistet werden, wenn Interessierte und Betroffene direkter an den Entscheidungen beteiligt werden und nicht nur Gutachten als Entscheidungsgrundlage vorlegen. Verantwortungsdiffusion findet nur statt, wenn Entscheider, Betroffene und Interessierte tatsächlich gemeinsam zu einer Entscheidung kommen.

werden versachlicht.

- 5) Die Hypothesen zur Diffusion und Reduktion von Verantwortung lassen sich zusammenfassen zu der Hypothese, daß das Verfahren - obwohl es Konflikte nicht vollständig ausräumen kann - das Zustandekommen der Entscheidung erleichtert.

Indikator: Es wird eine gemeinsame Entscheidung der vier Gebietskörperschaften für ein gemeinsames Restabfallbehandlungskonzept in der Region geben.

Ein Verfahren wie es im Nordschwarzwald durchgeführt wurde, kann angesichts komplexer Risikolagen nur schwer eine Konfliktschlichtung leisten. Es kann aber durch eine Versachlichung der politischen und öffentlichen Auseinandersetzung und durch die Verteilung der Entscheidung auf mehrere Schultern den Entscheidern die Übernahme von Verantwortung für folgenreiche und unbequeme Entscheidungen erleichtern. Dies bedeutet nicht, daß es sich um eine Akzeptanzbeschaffungsmaßnahme handelt, sondern daß durch ein solches Verfahren die Fähigkeit der Verwaltung gesteigert wird, trotz der skizzierten Risikosituation angesichts drängender Probleme in der Abfallentsorgung sachlich angemessene und faire Lösungen zu entwickeln. Diesen Anspruch sollte das Verfahren haben und daran sollte es sich auch messen lassen.

2.3 Zusammenfassung und Ausblick

Wir haben in diesem Kapitel dafür plädiert, das Nordschwarzwälder Beteiligungsverfahren aus zwei Blickwinkeln zu betrachten. Der eher interne Blick auf die inneren Prozesse des Verfahrens, stellt die diskurstheoretischen Aspekte in den Vordergrund. Dieser Blickwinkel scheint uns auch der zentrale Ansatzpunkt der Konzeption der Akademie zu sein. Bei der Auswertung unserer Beobachtungen wird es dann im wesentlichen um die Frage gehen:

- Wie wurden die von Webler formulierten diskursiven Ansprüche an partizipative Verfahren im Nordschwarzwald eingelöst?

Der zweite Blickwinkel richtet sich auf den externen Bezug des Verfahrens, insbesondere seine Einbindung in den politischen Entscheidungsprozeß. Hier werden wir zwei Fragen verfolgen:

- Bestätigt das Verfahren tatsächlich die fünf von uns theoretisch hergeleiteten Hypothesen innerhalb des Entscheidungsprozesses?
- Stellen sich tatsächlich die von uns dargestellten Probleme für das Verfahren, und welche Maßnahmen können diese Probleme verringern?

3 Methoden

Dem Ziel einer Einschätzung der internen Funktionsweise und externen (politischen) Wirkung des Bürgerbeteiligungsverfahrens wird durch ein differenziertes Erhebungsinstrumentarium und durch unterschiedliche Erhebungszeitpunkte Rechnung getragen. Unsere Begleitforschung stützt sich dabei auf vier methodische Elemente, die im weiteren erläutert werden: Fragebögen, Interviews, Beobachtungen sowie Dokumenten- und Presseanalyse.

Zeit	Phase im Verfahren	Fragebögen	Interviews	Beobachtungen	Dokumente
'95 Nov. Dez.	Vorbereitung	Vorbereitung			
'96 Jan. Feb. März April Mai	Bürgerforen Empfehlung	Bürger (1) Bürger (2) Bürger (3)		Bürgerforen Exkursionen Moderatoren-treffen andere Veranstaltungen	Informations-material Presse-berichte
Juni	Empfehlung P.A.N.		Bürger Politiker P.A.N. Akademie Ing.-büro Mediations-gruppen		
'97 Som- mer	Entscheidung Kreistage	Nacherhebung Bürger (4)			

Tab. 3: Übersicht der Methoden und Erhebungszeitpunkte

3.1 Fragebögen

Eine schriftliche Befragung wurde dreimal eingesetzt: einmal am Beginn der Bürgerbeteiligung im Januar 1996 und zweimal gegen Ende der Bürgerbeteiligung im April/Mai 1996. Darüber hinaus ist eine weitere Erhebung nach der Entscheidung der Kreistage im Sommer 1997 geplant.

Insgesamt wurden bzw. werden dazu vier Fragebögen verwendet, von denen drei im Kern identisch sind. Damit können zeitliche Veränderungen bei der Beurteilung verschiedener Aspekte des Verfahrens erfaßt werden. Im einzelnen werden dabei mit vorwiegend geschlossenen Fragen erhoben:

- Beurteilungen des Beteiligungsverfahrens und der Funktion der Bürgerforen
- Einschätzungen relevanter Organisationen (Akademie, P.A.N., Ingenieurbüro)
- Bewertung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen (Verwaltung, Politik, Experten, Umweltschutzorganisationen, Industrie, Medien)
- allgemeine Einstellungen zur Bürgerbeteiligung und Technik
- Mitwirkung an politischen Beteiligungsformen
- Geschlecht, Alter und Ausbildungsstand.

Darüber hinaus wurde ein kürzerer Fragebogen auf dem Workshop im April 1996 eingesetzt, um dezidiert die Einschätzungen zur Fairneß, zur Kompetenz und zum bisherigen Sitzungsverlauf zu erfragen. Parallel wurde Fragebogen III verteilt, der nahezu mit Fragebogen I identisch ist und Veränderungen in den Beurteilungen der Teilnehmer/innen erfassen soll. Alle bislang eingesetzten Fragebögen sind im Anhang 1 aufgeführt.

Im Dezember 1995 wurde der 1. Fragebogen einem Pretest auf Verständlichkeit und benötigter Zeit unterzogen. Dabei wurden sechs Personen unterschiedlichen Alters (28, 30, 35, 53, 58) Geschlechts (3 männlich, 3 weiblich) und Bildungsstandes (ohne und mit beruflicher Ausbildung, Meister/in, Techniker/in, Student/in) befragt. In einem anschließenden Gespräch wurden Verständnisprobleme bzw. Kritikpunkte diskutiert und die Fragebögen entsprechend überarbeitet. Die Zeitdauer beim Ausfüllen lag zwischen einer halben und einer Stunde, was dem von uns anvisierten Zeitrahmen entsprach. Weitergehende Pretests wurden wegen des vorherigen Einsatzes im Aargau-Verfahren und der nur wenigen erforderlichen Änderungen nicht durchgeführt.¹⁷

Die Fragebögen I und III wurden von den Moderator/innen der einzelnen Bürgerforen mit einem Begleitschreiben des IWT verteilt, von den Teilnehmer/innen zu Hause ausgefüllt und auf der nächsten und übernächsten Sitzung wieder eingesammelt und dem IWT überstellt. Fra-

¹⁷ Bei der Konstruktion der Fragebögen orientierten wir uns an den schriftlichen Befragungen der ETH Zürich, die bei einem vergleichbaren Verfahren im Aargau in der Schweiz eingesetzt wurden (Wilhelm/Schild 1997). Dadurch sind die Ergebnisse beider Erhebungen vergleichbar. Einige Ergebnisse sind veröffentlicht in Renn/Webler 1995, 1996, Renn/Webler/Kastenholz 1996.

gebogen II wurde von den Teilnehmer/innen direkt auf dem Workshop ausgefüllt und anschließend eingesammelt. Eine Ausnahme bildet hier Gruppe 9, die die Fragebögen zu Hause bearbeitete. Die Auswertung der geschlossenen quantitativen Fragen erfolgte mit SPSS für Windows Version 6.01.

3.2 Interviews

Leitfaden-Interviews wurden im Juli 1996, nach Abschluß des Beteiligungsverfahrens durchgeführt. Diese wurden analog wie in Phase 1 und 2 des Verfahrens durchgeführt (vgl. Vorwerk/Kämper 1996). Schwerpunkte bilden hier:

- Interviews mit Teilnehmer/innen der Konsensuskonferenzen aus den Phasen 1 und 2 im wesentlichen zum Thema der Umstellung von einer Interessengruppenbeteiligung auf eine Beteiligung nach Zufallsauswahl von Bürger/innen und zur Wirkung des Gesamtverfahrens im politischen Raum.
- Befragungen einiger politischer und administrativer Vertreter/innen der Gemeinden und Kreise in der Region zur Rolle der Beteiligung im politisch-administrativen Entscheidungsprozeß.

Hintergrundinformationen für den Entwurf der Leitfäden zu Fragen des Verfahrensverlaufs ergaben die Beobachtungen der Bürgerforen. Für Fragen zur Wirkung der Beteiligung im politisch-administrativen Entscheidungskontext gewannen wir Anregungen aus der Beobachtung der Standortexkursionen, der Informationsveranstaltungen in den Gemeinden sowie aus dem Pressespiegel und den Stellungnahmen der potentiellen Standortgemeinden.

3.3 Beobachtungen

Im Zentrum der nicht-teilnehmenden Beobachtungen standen die Sitzungen eines 'kalten' Bürgerforums, die Standortexkursionen sowie Veranstaltungen in den potentiellen Standortgemeinden, die im Rahmen des Verfahrens durchgeführt wurden. Die Beobachtungen dienten dazu, den Verlauf des Verfahrens mitzuverfolgen. Der Diskussionsverlauf wurde handschriftlich protokolliert, teilweise standen auch Tonbandmitschnitte zur Verfügung. Unser Vorgehen war hierbei induktiv. Entsprechend ist ein Teil der Darstellung in Kapitel 4.2 eher erzählerisch verfaßt. Hierdurch soll ein lebhafter Eindruck von den Sitzungen vermittelt werden. Am Anfang der Beobachtungen standen folgende Fragen für uns im Vordergrund:

- Wie intensiv sind die zu beobachtenden Gruppenbildungsprozesse? Entstehen im Verlauf des Verfahrens trotz der relativ großen Abstände zwischen den Sitzungen gruppenspezifische Normen, Werte und Rollendifferentiale, die dazu beitragen, daß die Gruppenmitglieder eine Gutachterrolle annehmen?
- Wie stark werden in den Sitzungen die externen Randbedingungen thematisiert und welche Bedeutung erhalten sie für die Gruppenarbeit? Zu diesen Randbedingungen zählen: die Ergebnisse der Mediation und die bis jetzt vorliegenden Entscheidungen der P.A.N., Entwicklungen in der P.A.N., die rechtliche Rahmensituation (TASi), Berichterstattung in der Presse, Druck aus der eigenen Gemeinde etc. Die Frage ist dann, welcher Einfluß auf die Motivation der Bürger/innen sich beobachten läßt.
- Welche Struktur hat die Gruppenaufgabe? Wird die Aufgabe von allen Mitgliedern der Gruppe einheitlich wahrgenommen?

Daneben wurden weitere verfahrensrelevante Veranstaltungen in der Region Nordschwarzwald beobachtet. Insbesondere Informationsveranstaltungen mit den politischen Vertreter/innen oder Bürger/innen der möglichen Standortgemeinden sind hier wichtig. Eine Übersicht unserer Beobachtungsaktivitäten findet sich in Tabelle 4.

3.4 Dokumentenanalyse

Eine bedeutende Informationsquelle für die Erfassung der politischen Diskussion in der Region waren Dokumente - vor allem die Gutachten des Ingenieurbüros und Stellungnahmen der potentiellen Standortgemeinden - sowie Presseartikel. Die Presseartikel stellte uns die Akademie zur Verfügung, die seit 1992 einen Pressespiegel der regionalen Tageszeitungen erstellt. Weiterhin vervollständigten die Hinweise und Informationsmaterialien für die Moderator/innen und Bürger/innen das Bild.

Wir konzentrierten uns bei der Auswertung dieser Materialien auf die Bewertungskategorien des Ingenieurbüros, die Stellungnahmen der Standortgemeinden und einen Teil der schriftlichen Moderatorenberichte. Wegen des hohen Aufwandes verzichteten wir auf eine Presseanalyse.

Tab. 4: Zeitpunkte der Beobachtungen und Fragebogenausgabe

Legende:  Beobachtungen
 Moderatoren-Treffen **BF** Bürgerforum

Monat	So	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
Jan. 1996	1	2	3	4	5	6	
	7	8	9	10	11	12	
	14	15	16	17	18	19	
	21	22	23	24	25	26	
	28	29	30	31	1	2	
		5	6	7	8	9	10
Feb.	11	12	13	14	15	16	
	18	19	20	21	22	23	
	25	26	27	28	29	1	
	3	4	5	6	7	8	
	10	11	12	13	14	15	
	17	18	19	20	21	22	
März	24/31	25	26	27	28	29	
	3	4	5	6	7	8	
	10	11	12	13	14	15	
	17	18	19	20	21	22	
	24/31	25	26	27	28	29	
	7	8	9	10	11	12	
April	14	15	16	17	18	19	
	21	22	23	24	25	26	
	28	29	30	1	2	3	
	5	6	7	8	9	10	
	12	13	14	15	16	17	
	19	20	21	22	23	24	
Mai	26	27	28	29	30	1	
	2	3	4	5	6	7	
	9	10	11	12	13	14	
	16	17	18	19	20	21	
	23	24	25	26	27	28	
	30	1	2	3	4	5	
Juni	7	8	9	10	11	12	
	14	15	16	17	18	19	
	21	22	23	24	25	26	
	28	29	30	1	2	3	
	5	6	7	8	9	10	
	12	13	14	15	16	17	
Juli	19	20	21	22	23	24	
	26	27	28	29	30	1	
	2	3	4	5	6	7	
	9	10	11	12	13	14	
	16	17	18	19	20	21	
	23	24	25	26	27	28	

4 Ergebnisse

Die Gliederung der empirischen Ergebnisse erfolgt nach der Art ihrer Erhebung. Unterschieden werden:

- drei Fragebogenerhebungen, die sich ausschließlich an die zufällig ausgewählten Teilnehmer/innen der Bürgerforen richteten,¹⁸
- Beobachtungen verschiedener Veranstaltungen, mit dem Schwerpunkt Bürgerforen,
- Interviews, mit denen Akteure aus Politik und Verwaltung erfaßt wurden.

Für eine bessere Lesbarkeit werden teilweise die Darstellung der Daten und ihre Interpretation im Text nicht getrennt. Dies gilt insbesondere für die Fragebögen.

4.1 Fragebogenerhebung

Der erste Fragebogen (vgl. Anhang I) wurde auf der 1. Sitzung der Bürgerforen in der 3. Kalenderwoche von den Moderator/innen ausgegeben. Zu diesem Zeitpunkt waren die Teilnehmer/innen bereits von der Akademie telefonisch und schriftlich über das Verfahren aufgeklärt worden. Genauere Informationen erhielten sie auf der 1. Plenumsveranstaltung in der 2. Kalenderwoche (vgl. Kap. 4.2.1). Insgesamt war damit der Informationsstand der Befragten groß genug, um eine erste Bewertung des Verfahrens vornehmen zu können. Die Fragebögen II und III wurden auf dem Workshop der Bürgerforen Ende April verteilt; während Fragebogen II noch auf dem Workshop ausgefüllt und eingesammelt wurde, konnten die Teilnehmer/innen den Fragebogen III zu Hause ausfüllen und auf der 6. und letzten Sitzung Anfang Mai wieder mitbringen. Ein geringer Teil wurde uns erst später per Post zugesandt.

129 Teilnehmer/innen gaben den 1. Fragebogen wieder ab. Der überwiegende Teil wurde während des 2. und 3. Bürgerforums in der 5. bzw. 7. Kalenderwoche mitgebracht. Bei einer Teilnehmerzahl von 183 Personen (Stand 8.2.96) ergibt sich damit eine Rücklaufquote von 70%. Die Antwortbereitschaft war insgesamt sehr gut, die meisten Fragen wurden zu über 95%

¹⁸ Das Ziel der Zufallsauswahl ist nicht Repräsentativität im statistischen Sinn, sondern sie soll Fairneß bzw. Chancengleichheit bei der Auswahl gewährleisten und damit die Legitimation der Bürgerforen erhöhen (Dienel 1992: 86-95, Wienhöfer 1996: 118ff). Die Beschränkung auf die Bewohner in der Nähe der Standorte und die Tatsache, daß nur ca. 4% (Akademie 1996: 85) der etwa 5000 aus dem Einwohnermelderegister gezogenen Bürger/innen am Verfahren teilnahmen, führt zu systematischen Verzerrungen der Stichprobe. Deshalb sind die Ergebnisse der Fragebogendaten nur bedingt verallgemeinerbar, darüber hinaus hätte eine Kontrollgruppe vergleichend untersucht werden müssen.

beantwortet. Ausnahmen bildeten hier lediglich die Einschätzung des 'Ingenieurbüros Fichtner' (Frage 2.3) mit 90%, Frage 3.3 nach der 'prinzipiellen Eignung des Heimatortes als Standort' mit 86% und Frage 6 nach der 'Teilnahme an politischen Beteiligungsformen' (76% bis 90%). Der Rücklauf der folgenden Umfragen verschlechterte sich, bei Fragebogen II waren es noch 102 Exemplare (56%), wobei die offene Frage nach 'Lob und Tadel am Verfahren' nur von 33 Personen (18%) beantwortet wurde. Fragebogen III wurde von 75 Personen (41%) abgegeben.

Dieser war nahezu identisch mit Fragebogen I. Hiermit wollten wir die Entwicklung des Antwortverhaltens im Verlauf des Verfahrens ermitteln. Daher war es bei der Auswertung wichtig, das gleiche Sample zugrunde zu legen. Insgesamt beantworteten nur 56 Personen (31%) beide Fragebögen. Zur Überprüfung der Eingabefehler wurden 18 zufällig ausgewählte Fragebögen I herangezogen. Es fanden sich insgesamt neun Fehler über alle 90 Variablen, daher wurde auf weitere Kontrollen und Korrekturen verzichtet.

Ein Mittelwertvergleich zwischen den 129 Personen, die Fragebogen I und den 56 Personen, die Fragebogen I und III ausgefüllt haben, zeigt, daß es nur bei vier Variablen signifikante Unterschiede gibt: 'Vertrauenswürdigkeit' und 'Gemeinwohlorientierung von Umweltschutzorganisationen', 'Vertrauenswürdigkeit der Industrie' und 'Teilnahme an Demonstrationen'. Da diese Variablen für die Verfahrensbewertung eine untergeordnete Rolle spielen, kann dies als Hinweis darauf gewertet werden, daß die 56 Personen als repräsentativ für das Antwortverhalten der 129 Personen angesehen werden können.

Die rückläufige Antwortbereitschaft hing u.E. einerseits mit dem großen Zeitdruck am Ende des Verfahrens zusammen. Darüber hinaus waren die Teilnehmer/innen durch das konzentrierte Arbeiten und die Spannung vor der Empfehlung der P.A.N. zu sehr abgelenkt bzw. sachlich eingebunden, so daß vor allem Fragebogen III in Vergessenheit geraten sein dürfte. Entsprechend hatten die Fragebögen für die Moderator/innen eine niedrige Priorität, so daß der Druck auf die Teilnehmer/innen zum Ausfüllen gering war.

Im weiteren werden die Ergebnisse in der Regel an Hand der Mittelwerte zusammenfassend dargestellt. Dabei werden die Daten aus Fragebogen I (t1) und III (t2) zusammen behandelt. Dargestellt sind jeweils die Antworten der 56 Personen, die beide Fragebögen ausgefüllt haben. Im Text werden in der Regel nur die Werte für Fragebogen I angegeben, da die Unterschiede zwischen Fragebogen I und III meist gering sind. Signifikante Unterschiede bei den Mittelwerten (Signifikanzniveau: $\alpha=0,05$, t-Test) gibt es nur bei sieben Variablen; und zwar bei den Fragen, ob 'Bürgerforen ein geeignetes Mittel zur Mitbestimmung' seien (Frage 1.4, vgl. Abb. 4), ob sie an den Bürgerforen teilnehmen, 'um den Anlagenbau zu verhindern' (Frage 1.17, Abb. 6) und ob sie das 'Ingenieurbüro' für 'offen für Vorschläge' und 'transparent' (Frage 2.2, Abb. 7) sowie 'Umweltschutzverbände' für 'vertrauenswürdig' und 'gemeinwohlorientiert' halten (Frage 4.4, Abb. 7). Die einzelnen Mittelwerte sind im Anhang II tabellarisch aufgeführt.

4.1.1 Allgemeine Beurteilung des Verfahrens, des Anlagenbaus und der Eignung des Heimatortes als Standort

Im Bipolaritätsprofil von -3 bis +3 bewerten die Teilnehmer/innen die gewählte Vorgehensweise der Standortfindung im Durchschnitt leicht positiv (vgl. Abb. 1). Alle Mittelwerte (μ) liegen zwischen $\mu=1,0$ und $\mu=1,7$. Wird als Gesamteinschätzung ein Mittelwert über alle sieben Fragen zur Beurteilung des Verfahrens gebildet, ergibt dies einen Wert von $\mu'=1,2$ für beide Befragungszeitpunkte. Am wenigsten meinen dabei die Bürger/innen in Fragebogen I, daß es sich bei dem Verfahren um einen Versuch der Mitbestimmung handelt ($\mu_{t1}=1,0$), daß es dem Problem angemessen ist ($\mu_{t1}=1,1$), fair ($\mu_{t1}=1,1$), problemlösend ($\mu_{t1}=1,2$) oder eine sinnvolle Strategie ($\mu_{t1}=1,1$) ist. Hierin spiegelt sich wahrscheinlich wider, daß im Verfahren nur Empfehlungen erarbeitet und keine Entscheidungen getroffen werden. Positiver bewertet wird, daß es sich um ein demokratisches Vorgehen ($\mu=1,4$) und eine sinnvolle Neuerung ($\mu=1,6$) handelt. Hier kann nur vermutet werden, daß Beteiligungen in herkömmlichen Verwaltungsverfahren wie z.B. Erörterungstermine schlechter bewertet würden. Dies legt zumindest die Studie von Fisch/Beck (1995: 207ff) nahe. Direkt vergleichbare Ergebnisse liegen uns allerdings nicht vor.

Der Bau der Restabfallbehandlungsanlage in der Region (vgl. Abb. 2) wird schlechter bewertet als das Beteiligungsverfahren, der Gesamtmittelwert über alle Kategorien und Teilnehmer/innen beträgt hier $\mu'=-0,2$. Besonders werden ein Verlust an Lebensqualität ($\mu_{t1}=-1,4$), gesundheitliche Auswirkungen ($\mu_{t1}=-0,8$), langfristige Risiken ($\mu_{t1}=-0,7$) und eine Schädigung der Umwelt ($\mu_{t1}=-0,2$) befürchtet. Dem steht gegenüber, daß der Bau eher als notwendig ($\mu_{t1}=0,8$) und eine notwendige Ergänzung zur Abfallvermeidung und -verwertung ($\mu_{t1}=0,5$) angesehen wird. Ob der Anlagenbau im Einklang mit der deutschen Abfallpolitik steht oder problemlösend ist, wird mit ($\mu_{t1}=0,3$) bewertet.

Die insgesamt negative Bewertung des Anlagenbaus spiegelt sich auch in Abb. 3 wider, in der der Mittelwert der Zustimmung zur Eignung des Heimatortes als Standort abgebildet ist. Im Durchschnitt wird die Eignung des Heimatortes deutlich abgelehnt ($\mu=-0,9$). Bei dieser Frage muß allerdings berücksichtigt werden, daß sie mit insgesamt nur 111 Antworten auffällig häufig unbeantwortet geblieben ist. Sechs Fragebögen enthalten handschriftliche Anmerkungen, die die Begründung liefern:

“Bisher zu wenig Veranstaltungen, um dies abschließend beantworten zu können.”

“Dazu muß ich mich erst noch intensiv informieren.”

“Weiß ich noch nicht.” [zweimal]

“Kann ich momentan noch nicht beantworten!”

“Nach dem 1. Forum noch nicht beantwortbar.”

Vergleich der Antworten in Fragebogen I und III

Spalte "I und III" gibt an, wieviele identische Personen Fragebogen I und III ausgefüllt haben.

Fragebogen:	I (2.96)	III (5.96)	I und III
Rücklauf :	129	85	56
Teilnehmer (2.96)	183	183	183
Rücklaufquote:	70%	46%	31%

Variablen, die in Fragebogen I und III signifikant unterschiedlich beantwortet wurden, sind **fett** gedruckt. (Signifikanzniveau $\alpha=0,05$).

Im weiteren werden die Antworten der 56 Personen verglichen, die Fragebogen I und III ausgefüllt haben. Es werden meist die Mittelwerte angegeben. Die Fehlerbalken entsprechen dann dem Standardfehler der Mittelwerte (Standardabweichung geteilt durch Wurzel Anzahl Fälle). Die jeweils oberen Werte entsprechen Fragebogen I; sie sind mit einer grauen Linie verbunden. Die unteren Werte entstammen Fragebogen III; sie sind mit einer schwarzen Linie verbunden.

N gibt die Anzahl der gültigen Antworten. Alle Berechnungen wurden mit SPSS für Windows 6.01 durchgeführt.

Abb. 1: Die gewählte Vorgehensweise zur Standortfindung halte ich für: (Frage 1.1)

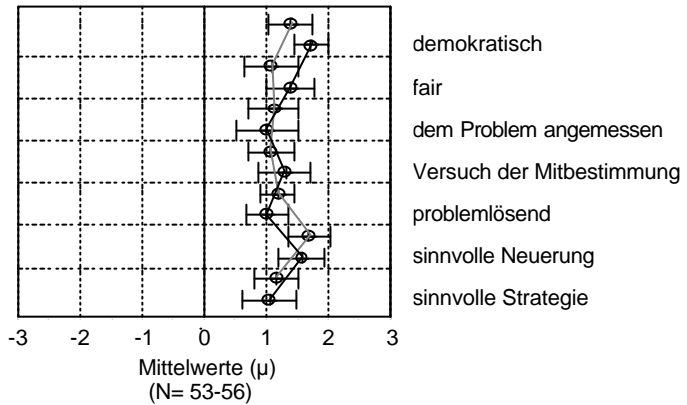


Abb. 2: Ich halte den Bau dieser Anlage (BMA, MVA) für: (Frage 3.2)

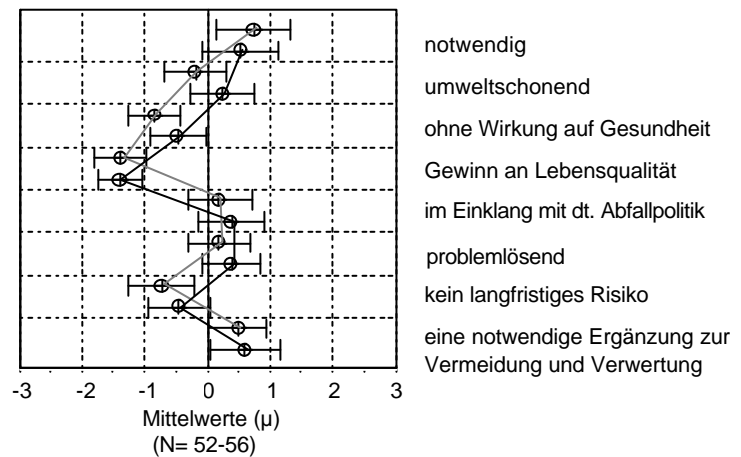
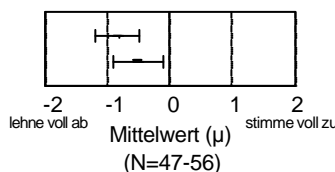


Abb. 3: Mein Heimatort ist im Prinzip als Standort für eine solche Anlage (BMA bzw. MVA) geeignet: (Frage 3.3)



Beim Fragebogen III zeigen sich keine signifikanten Änderungen im Antwortverhalten der drei abgebildeten Fragen. Dies ist für Frage 1.1 nicht besonders überraschend, da das Verfahren bereits zu Beginn sehr positiv bewertet wurde. Daraus kann geschlossen werden, daß die Verfahrensführung der Akademie gut war, denn es gab keine Verschlechterung. Bemerkenswerter ist, daß es keine Änderungen bei der Frage 3.2 nach der Einschätzung des Baus der Behandlungsanlage gab. Hier veränderten die Informationen auf den laufenden Sitzungen die durchschnittliche Sichtweise der Bürger/innen nicht signifikant.

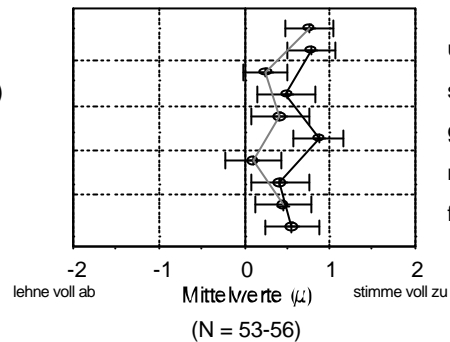
4.1.2 Bürgerforen: Funktion, Aufgaben und Gründe der Teilnahme

In Abb. 4 sind die Ergebnisse der Bewertung der Teilnehmer/innen von fünf Aussagen zusammengefaßt, die im weitesten Sinn als gesellschaftliche Funktion der Bürgerforen aufgefaßt werden können. Die fünf Antwortmöglichkeiten lauten: 'lehne voll ab', 'lehne eher ab', 'unentschieden', 'stimme eher zu' und 'stimme voll zu'. Im Mittel stimmen die Bürger/innen den Funktionen der Standortfindung ($\mu_1=0,8$), eines fairen Ausgleichs zwischen den Gemeinden ($\mu_1=0,5$) und der Mitbestimmung ($\mu_{11}=0,4$) eher zu. Im dritten Fragebogen wird das Verfahren sogar als signifikant stärker für ein geeignetes Mittel zur Mitbestimmung gehalten ($\mu_2=0,8$, $\mu_1=0,4$; $t=2,6$; $df=35$, $\hat{\alpha}=0,05$). Daraus läßt sich schließen, daß das Zutrauen der Bürger/innen in die Wirksamkeit der von ihnen formulierten Empfehlungen im Laufe des Verfahrens zugenommen hat.

Ob die Bürgerforen eher als 'Spielwiese' anzusehen sind, da die Entscheidung längst gefallen ist ($\mu_1=0,3$) und ob das Verfahren nur zur Beruhigung der Bürger/innen dient ($\mu_1=0,1$), wird insgesamt unentschieden bewertet. Hinter den letzten beiden Punkten steht das Problem, inwieweit die Bürger/innen der Überzeugung sind, daß das Verfahren vor allem von der P.A.N. ernsthaft betrieben wird.

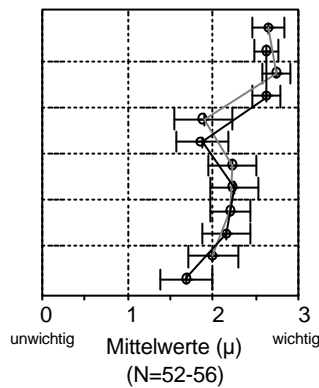
Ein Fragenkomplex richtet sich auf die interne Aufgabenstellung der Bürgerforen. Hier sollten die Teilnehmer/innen verschiedene Aspekte nach den vier Werten 'unwichtig', 'eher unwichtig', 'eher wichtig' und 'wichtig' einordnen (vgl. Abb. 5). Als die beiden wichtigsten Punkte sehen die Beteiligten im Mittel an, eine Empfehlung für die Standortwahl zu geben ($\mu_1=2,7$) und Kriterien zur Bewertung von Standorten ($\mu_1=2,6$) zu entwickeln. Hier zeigt sich eine erfreuliche Übereinstimmung mit der Verfahrenskonzeption der Akademie. Oder anders gesagt, die von der Akademie anvisierten Aufgabenstellungen der Bürgerforen werden von den Teilnehmer/innen akzeptiert. Für eher wichtig halten die Bürger/innen die Aufgaben, den Bedarf nach weiteren Gutachten zu ermitteln ($\mu_1=2,2$), Empfehlungen für Anlagenkontrolle ($\mu_1=2,2$) und -betrieb ($\mu_{11}=1,9$) sowie die Art der zugelassenen Abfälle zu geben ($\mu_1=2,0$). Auch wenn diese Punkte nur 'eher wichtig' sind,

Abb. 4: Funktion der Bürgerforen (Fragen: 1.2-1.6)



um besten Standort zu finden
sind keine Spielwiese
geeignetes Mittel zur Mitbestimmung
nicht zur Beruhigung der Bürger
für fairen Ausgleich zwischen Gemeinden

Abb. 5: Die Bürgerforen sollen die Aufgabe haben, (Fragen 1.7-1.12)

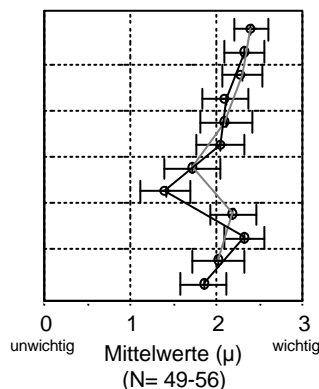


Kriterien zu entwickeln
Empfehlung für Standortwahl zu geben
Empfehlungen für Anlagenbetrieb zu geben
Empfehlungen für Anlagenkontrolle zu geben
Bedarf an Gutachten zu ermitteln
Empfehlungen über die zugelassenen Abfälle für die Anlagen zu geben

Weitere genannte Gründe:

- Konzept für Vermeidung (N=5)
- Transportfrage klären (N=4)
- Standortvorauswahl prüfen (N=3)
- Anlagengröße bestimmen (N=1)
- Politik unpopuläre Entscheidung abnehmen (N=1)

Abb. 6: Ich nehme an den Bürgerforen teil, (Fragen 1.14-1.19)



wegen Interesse am Thema
um Entscheidung zu beeinflussen
da ich mich verpflichtet fühle
um Anlagenbau zu verhindern
da neugierig auf Beteiligungsverfahren
um Gemeindeinteressen zu vertreten

Weitere genannte Gründe:

- eigene Information, Fortbildung (N=9)
- Bürgerbeteiligung gut (N=7)
- nachfolgende Generationen (N=5)
- Umweltschutzinteressen einbringen (N=2)
- andere (N=3)

können diese Ergebnisse als ein Bedürfnis nach einer Ausweitung der Aufgabenstellung der Bürgerforen verstanden werden. Diese These wird unterstützt durch die Antworten auf die anschließend gestellte offene Frage (1.13) nach weiteren Aufgaben, die immerhin 14 Personen (11%) beantworteten. Die genannten Gründe finden sich unterhalb von Abb. 5. Am häufigsten wird hier genannt, ein Konzept für die Vermeidung von Abfällen zu entwickeln. Hierin drückt sich das Bedürfnis aus, ähnliche Themen zu behandeln, wie die Konsensuskonferenz in der ersten Phase. Dies kann als Kopplungsproblem zwischen den Phasen 1 und 3 gedeutet werden.

Im Zusammenhang mit der Funktion und Aufgabenstellung der Bürgerforen sind die Motive der Bürger/innen, an dem Verfahren freiwillig teilzunehmen, von Interesse. Wie Abb. 6 zeigt, sind hier das Interesse am Thema Abfall ($\mu_1=2,5$) und die Möglichkeit, wichtige Entscheidungen zu beeinflussen ($\mu_1=2,3$), am wichtigsten. Die Bedeutung dieser beiden Gründe ist für das Verfahren sicher von großem Vorteil, da sie eine gute Grundlage für eine motivierte Mitarbeit darstellen. Die nächstwichtigsten Gründe sind Neugierde auf das Verfahren ($\mu_1=2,2$) und das Sich-Verpflichtet-Fühlen ($\mu_1=2,1$), gefolgt von dem Ziel, die Interessen der Heimatgemeinde zu vertreten ($\mu_1=2,0$). Die mit Abstand unwichtigste Rolle spielt die Absicht, den Anlagebau zu verhindern ($\mu_1=1,7$). In Fragebogen III wird dieser Grund sogar noch für signifikant unwichtiger gehalten ($\mu_2=1,4$, $\mu_1=1,7$; $t=-2,7$; $df=48$, $\hat{\alpha}=0,05$). Wie die 20 (16%) Antworten auf die offene Frage (1.20) nach weiteren Gründen zeigen, gibt es eine Reihe weiterer Motive, so daß insgesamt die Motivation der Teilnehmer/innen als äußerst komplex und differenziert zu betrachten ist. Am häufigsten werden ergänzend genannt die Gründe sich zu informieren bzw. sich fortbilden zu wollen ($N=9$) und die Tatsache, daß Bürgerbeteiligung an sich gut und unterstützenswert sei, ($N=7$) sowie der Schutz nachfolgender Generationen ($N=5$).

4.1.3 Einschätzung verfahrensrelevanter Organisationen

Ein Fragenkomplex behandelt die Beurteilung der Akademie, der P.A.N., des Ingenieurbüros Fichtner sowie der gesellschaftlichen Gruppen bzw. Bereiche Verwaltung, Politik, Experten, Umweltschutzverbände, Industrie und Medien. Damit kann einerseits die Bewertung der drei wichtigsten Akteure im Verfahren vergleichend diskutiert und andererseits ein Bezug zur allgemeineren Einschätzung gesellschaftlicher Gruppen hergestellt werden. Bewertet werden sollten diese Gruppen anhand der Gegensatzpaare: 'nicht vertrauenswürdig - vertrauenswürdig', 'eigennützig - am Gemeinwohl orientiert', 'sachkundig - nicht sachkundig'. Bei den verfahrensrelevanten Organisationen kommen noch drei weitere Wortpaare hinzu: 'parteiisch - neutral', 'nicht offen für Vorschläge - offen für Vorschläge', 'undurchschaubar - transparent'. Die bipolare Skala reicht von -3 bis +3.

Abb. 7: Einschätzung wichtiger Organisationen (Fragen 2 und 4)

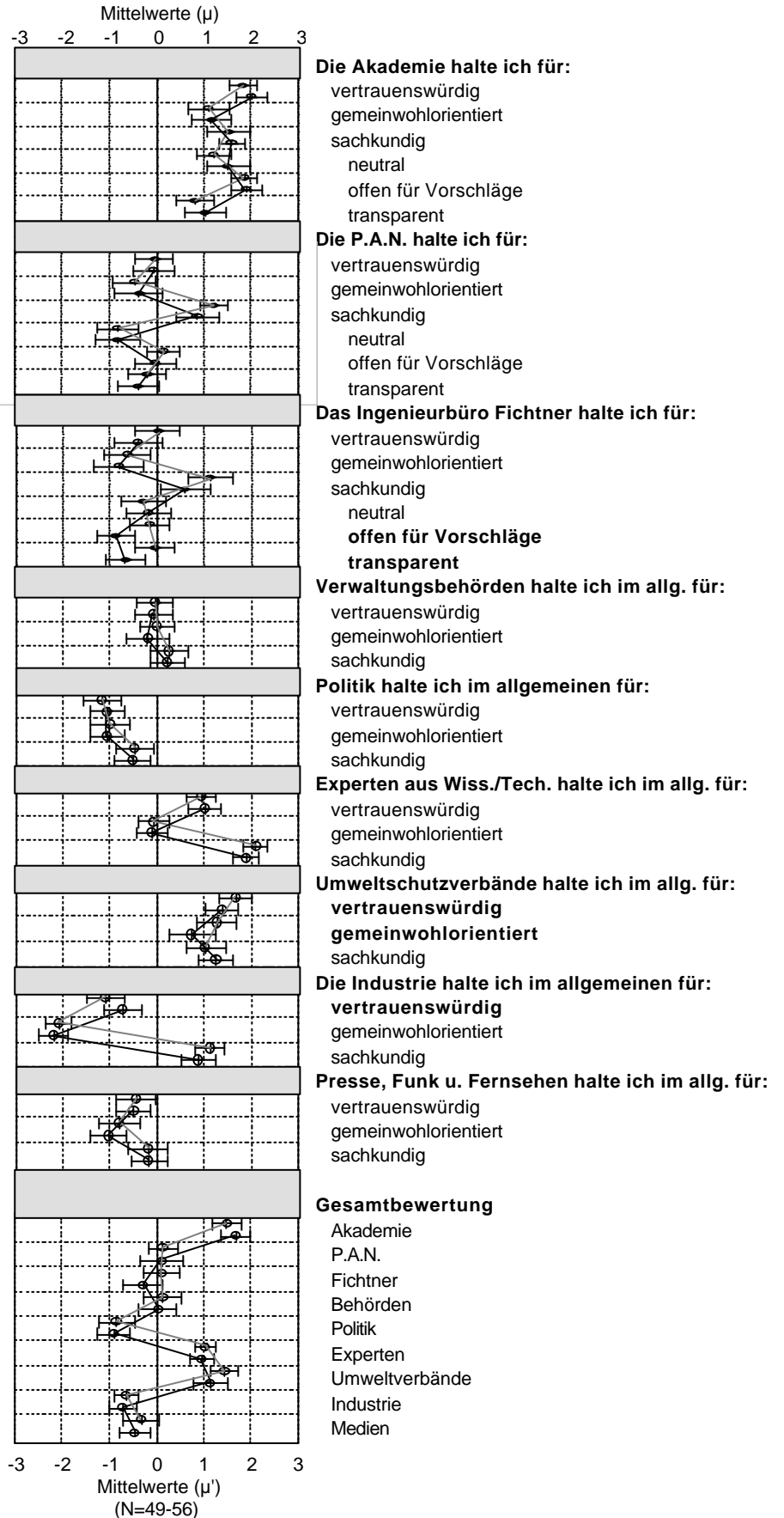


Abb. 7 zeigt die Ergebnisse im Überblick. Beim Vergleich der Daten fällt auf, daß bei der Akademie alle Werte weit im positiven Bereich liegen ($\mu=0,8$ bis $\mu=2,0$), während bei der P.A.N. und dem Ingenieurbüro Fichtner nur ihre Sachkunde positiv vermerkt wird ($\mu_1=1,2$ bzw. $\mu_{t1}=1,1$); bezweifelt werden die Neutralität der P.A.N. ($\mu_{t1}=-0,8$) - für eine planende Verwaltungsorganisation sicherlich ein bedenkenswertes Ergebnis - und die Gemeinwohlorientierung des Ingenieurbüros ($\mu=-0,6$). Die übrigen Bewertungen liegen für beide Organisationen nahezu bei Null. Bei der zweiten Befragung mit Fragebogen III treten beim Ingenieurbüro zwei signifikante Verschlechterungen auf. Das Ingenieurbüro erscheint den Bürger/innen im Laufe des Verfahrens sowohl als weniger 'offen für Vorschläge' ($\mu_2=-0,8$, $\mu_{t1}=-0,2$; $t=-2,5$; $df=48$, $\hat{\alpha}=0,05$) als auch als weniger transparent ($\mu_2=-0,6$, $\mu_{t1}=0,0$; $t=-2,2$; $df=48$, $\hat{\alpha}=0,05$). Dies weist wahrscheinlich auf Mängel bei der Präsentation ihrer Ergebnisse in den Bürgerforen hin.

Verwaltungsbehörden im allgemeinen werden relativ indifferent beurteilt, die Werte weichen kaum von Null ab. Bei der Bewertung der Politik tendieren alle Werte ins Negative, dies gilt besonders für ihre Vertrauenswürdigkeit ($\mu_1=-1,1$) und Gemeinwohlorientierung ($\mu_1=-1,0$). Das Wort Politikverdrossenheit scheint hier angebracht zu sein. Bei den wissenschaftlichen und technischen Experten wird im Durchschnitt besonders ihre Sachkunde ($\mu_1=2,1$), aber auch ihre Vertrauenswürdigkeit ($\mu=1,0$) hervorgehoben. Die Gemeinwohlorientierung liegt hingegen bei Null. Durchweg positiv gesehen werden Umweltschutzverbände ($\mu=0,8$ bis $\mu=1,7$). Hier gibt es aber im Zeitverlauf signifikante Verschlechterungen, die die Vertrauenswürdigkeit ($\mu_2=1,4$; $\mu_{t1}=1,7$; $t=-2,2$; $df=54$, $\hat{\alpha}=0,05$) und die Gemeinwohlorientierung ($\mu_2=0,8$, $\mu_{t1}=1,3$; $t=-3,0$; $df=54$, $\hat{\alpha}=0,05$) betreffen. Dies kann ähnlich wie beim Ingenieurbüro mit dem Auftreten eines Vertreters einer Umweltschutzorganisation auf den Bürgerforen zusammenhängen.

Die Industrie erzielt sehr unterschiedliche Werte bei den einzelnen Kategorien. Sie gilt den Bürger/innen im Mittel als besonders eigennützig ($\mu_1=-2,1$) und mißtrauenswürdig ($\mu_1=-1,1$), anerkannt wird aber ihre Sachkunde ($\mu=1,0$). Die Medien erscheinen als eigennützig ($\mu_1=-0,8$), die beiden anderen Kategorien liegen mit $\mu_{t1}=-0,4$ bzw. $\mu_{t1}=-0,1$ nahe Null.

Aus den ersten drei Bewertungskategorien ('vertrauenswürdig', 'gemeinwohlorientiert', 'sachkundig') haben wir einen Gesamtmittelwert (μ') gebildet, der als Indikator dafür gelten kann, wie positiv oder negativ die verschiedenen Gruppen gesehen werden. Diese Gesamtbewertung zeigt, daß von den drei diskutierten verfahrensrelevanten Akteuren lediglich die Akademie positiv beurteilt wird ($\mu_1'=1,5$), womit sie besser bewertet wird als Umweltschutzorganisationen ($\mu_1'=1,4$) und Experten ($\mu_1'=1,0$) im allgemeinen. Die Akademie ist auch die einzige Organisation, bei der sich die Werte insgesamt mit der Zeit leicht ins Positive verschieben, wenn auch nicht signifikant.

Die P.A.N. und das Ingenieurbüro (je $\mu_1'=0,1$) erreichen im Unterschied dazu nur einen Wert in der Mitte, wo sich auch Verwaltungsbehörden ($\mu_1'=0,1$) und Medien ($\mu_1'=-0,4$)

befinden. Für Fichtner dürfte hier besonders die geringe Vertrauenswürdigkeit kritisch sein, die zu der Differenz gegenüber den Experten im allgemeinen führt. Die Politik erreicht dagegen mit $\mu_1' = -1,0$ den schlechtesten Wert, noch hinter der Industrie mit $\mu_1' = -0,8$.

Die Bewertung des Ingenieurbüros in Fragebogen I steht unter dem Vorbehalt, daß es den Teilnehmer/innen noch kaum bekannt war - besonders personell. Dies drückt sich darin aus, daß nur ca. 88% (N=112-114) Fichtner bewerteten, wohingegen die Werte für die Akademie und P.A.N um 94% (N=120-124) liegen. Die handschriftlichen Anmerkungen in elf Fragebögen I geben die Begründung, die zum Teil aber auch die P.A.N. betrifft:

“Da weiß ich zuwenig darüber.”

“Bisher zu wenig Veranstaltungen, um dies abschließend beantworten zu können.”

“Kann ich momentan noch nicht beantworten!”

“Zu früh, um antworten zu können. Noch nicht kennengelernt.”

“Zu wenig Info.”

“Da habe ich keine Meinung.”

“IB Fischer hat sich noch nicht vorgestellt, ebenso P.A.N.”

“2.3 [Fichtner] Kann ich noch nicht beurteilen - da ich es noch zu wenig kenne.”

“2.2 [P.A.N] und 2.3 [Fichtner] zu wenig Informationen für faire Antwort”

“2.3 [Fichtner] Nach 2 Abenden und noch keiner Einsicht der Gutachten ist eine Bewertung nicht möglich.”

“2.2 [P.A.N.] Zum jetzigen Zeitpunkt noch keine klare Einschätzung.

2.3 [Fichtner] Dazu kann ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nichts sagen, muß sich erst noch vorstellen.”

4.1.4 Beurteilung einiger Aussagen zu Experten, Laien und Technik

Wir baten die Teilnehmer/innen, einige allgemeine Aussagen zu bewerten bzw. Fragen zu beantworten. Mit diesen Fragen verfolgen wir das Ziel, Einschätzungen der Bürger/innen gegenüber Experten, Partizipation und Technik zu erheben, die über das Verfahren hinausgehen. Wie Abb. 8 zeigt, ergibt sich dabei, daß die Bürger/innen im Mittel der Auffassung sind, daß ihre Meinung insgesamt bei politischen Entscheidungen zu wenig berücksichtigt wird ($\mu_1 = 1,5$) und wichtige Entscheidungen in der Öffentlichkeit diskutiert werden sollten ($\mu_1 = 1,5$). Geringer ist dagegen die Zustimmung zu der Aussage, daß Laien zu schwierigen Planungsproblemen wichtige Beiträge liefern können ($\mu_1 = 0,7$). Wie die eher unentschiedene Bewertung der Aussage, daß Experten am besten wissen, was zu tun sei ($\mu_1 = 0,5$), zeigt, folgt daraus nicht, daß diese dann die Entscheidungen treffen sollten. Zusammenfassend läßt sich ein Bedarf nach mehr Partizipation der Bürger/innen konstatieren.

Abb. 8: Beurteilung allgemeiner Aussagen (Fragen 5.1-5.4)

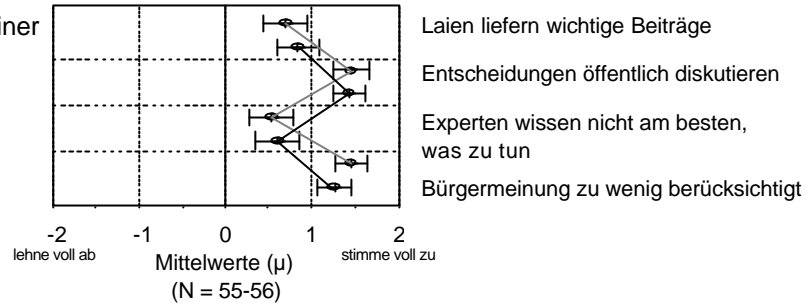
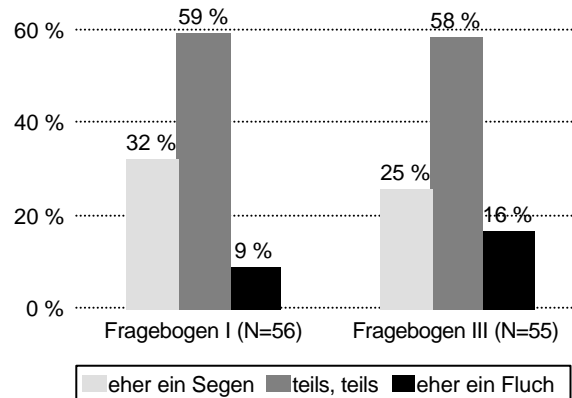


Abb. 9: Glauben Sie, daß die Technik alles in allem eher ein Segen oder eher ein Fluch für die Menschheit ist? (Frage 5.5)



Bei der vom Institut für Demoskopie (IfD) in Allensbach übernommenen Frage nach dem Segen oder Fluch der Technik für die Menschheit, zeigen die Antworten in Abb. 9, daß mehr Personen die Technik eher als einen Segen (32%) als einen Fluch (9%) ansehen, 59% kreuzten hier "teils, teils" an. Insgesamt stehen die Teilnehmer/innen der Technik mit einer positiven Skepsis gegenüber. Die Skepsis hat sich bei der zweiten Befragung aber vergrößert. Wie eine Zusammenstellung der positiven Antworten auf diese Frage in den Jahren 1980 bis 1987 zeigt, die zwischen 34 und 30% schwanken, ist das Antwortverhalten bei der ersten Befragung in diesem Punkt als repräsentativ anzusehen (vgl. Jaufmann/Kistler 1991: 29).

4.1.5 Politische Beteiligung und demographische Daten

Wichtiger als Einstellungen ist u.E. das praktische Verhalten. Daher stellten wir die Frage, bei welchen politischen Beteiligungsformen die Bürger/innen bereits mitgemacht haben (Abb. 10). Personen, die hier nichts angekreuzt haben (teilweise mehr als 20%), können den Personen zugerechnet werden, die noch nie an einem solchen Verfahren teilgenommen haben. Als recht gering erscheint uns die ein- oder mehrmalige Mitwirkung an Volks- und Bürgerbegehren sowie -entscheiden mit weniger als 10%, was in der gleichen Größenordnung liegt wie eine politische Kandidatur. Dies erscheint wiederum in Relation zu den vorgenannten Beteiligungsformen als recht hoher Wert. Da politische Vertreter/innen der Gemeinden von der Akademie ausgeschlossen wurden, sind die Werte hier keinesfalls als repräsentativ anzusehen.

Immerhin 22% haben sich bereits an einem Boykott beteiligt und 36% haben bereits in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet. Gefolgt von 43%, die an einer Demonstration teilgenommen haben, 48%, die Fragen an Politiker oder politische Gremien gestellt haben und 72%, die sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt haben. Den höchsten Wert erreicht der Wahlgang mit 93%. Wird die politische Wahl außer acht gelassen, spielen die entscheidungsbezogenen politischen Beteiligungsformen des Volks- bzw. Bürgerbegehrens oder -entscheides im Vergleich zu eher meinungsäußerungsbezogenen Aktivitäten eine sehr geringe Rolle in der politischen Kultur. Zusammen mit dem oben aufgeführten Verlangen nach mehr Partizipation ist die Bürgerbeteiligung in der Region Nordschwarzwald sicher ein richtiger Schritt im Sinne der Bürger/innen. Nicht abgebildet ist die Mitgliedschaft in einer Partei, einem Verein oder einem Verband, denen 46% der Befragten angehören, wobei Sportvereine überwiegen.

Abb. 10: Teilnahme an politischen Beteiligungsformen (Frage 6, Fragebogen I) N=129

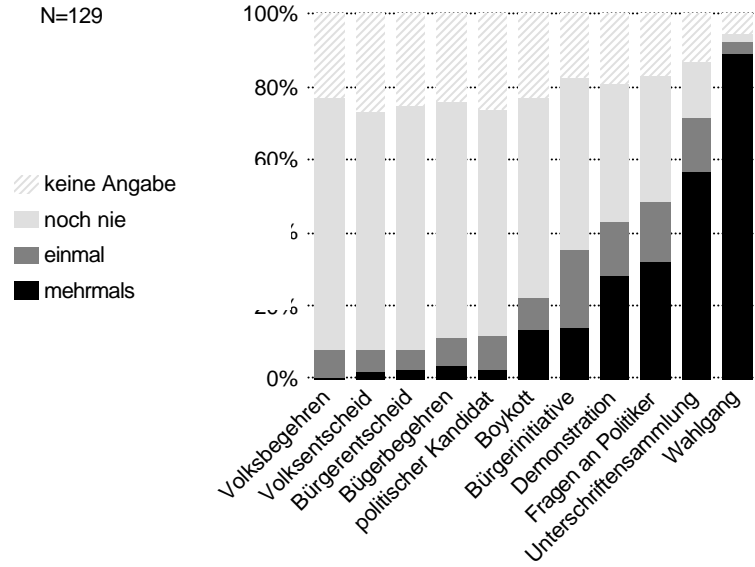


Abb. 11: Verteilung der Befragten auf die Gruppen (Frage 3.1) N=55

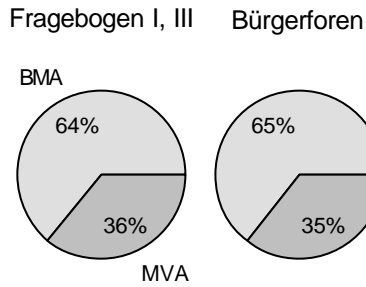


Abb. 12: Verteilung der Befragten nach Geschlecht (Frage 7.1) N=55

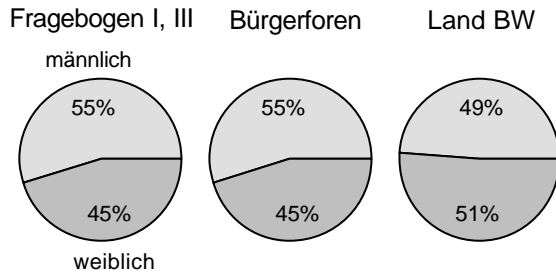


Abb. 13: Verteilung der Befragten nach Alter (Frage 7.2) N=55

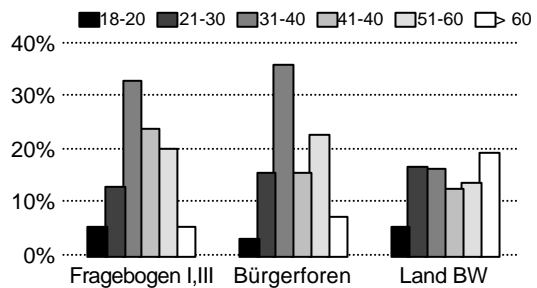
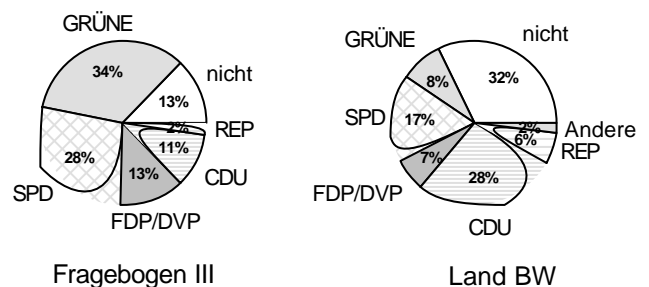


Abb. 14: Wahlverhalten bei Landtagswahl vom 24.3.96 (Fragebogen III) N=47



Abschließend noch einige Charakteristika des Samples. Die Vergleichsdaten für die Bürgerforen entstammen dem Bürgergutachten (Akademie 1996: 86f). Die Aufteilung der Befragten nach den beiden Gruppenarten (Abb. 11) ist mit 64% BMA (gegenüber 65% tatsächlich) und 36% MVA (gegenüber 35% tatsächlich) nahezu identisch. Bei der Verteilung nach Geschlecht (Abb. 12) zeigt sich ein leichtes Übergewicht bei männlichen (55%) gegenüber weiblichen (45%) Bürger/innen. Dies weicht sowohl von der realen Verteilung in den Bürgerforen (62% zu 38%) als auch in Baden-Württemberg ab (49% zu 51%) ab. Die Altersverteilung (Abb. 13) reicht von 18, der unteren Grenze für die Teilnahme, bis 78 Jahren, wobei die 31-40-jährigen sowohl bei den Fragebögen als auch in den Bürgerforen gegenüber dem Landesmittel überpräsentiert sind. Sehr hoch ist der (nicht abgebildete) Ausbildungsstand, fast die Hälfte der Befragten hat einen (Fach-) Hochschulabschluß (29%) oder einen Fachschulabschluß (20%). 46% haben eine Berufsausbildung und 5% haben keinen Abschluß oder sind Schüler/in oder Student/in.

In Abb. 14 ist ein Vergleich des Wahlverhaltens der Teilnehmer/innen der Befragung bei den Landtagswahlen mit dem amtlichen Ergebnis dargestellt. Als Vergleich dienten die landesweiten Ergebnisse. Auffällig ist hier, daß die Teilnehmer/innen der Befragung ein anderes Wahlverhalten an den Tag legen, als landesweit zu beobachten ist. Vor allem die Nicht-Wähler sind stark unterrepräsentiert (13% gegenüber 32%). Hingegen sind vor allem Wähler/innen der Grünen wesentlich häufiger vertreten (34% gegenüber 8%), etwas abgeschwächt gilt dies auch für die SPD (28% gegenüber 17%) und für die FDP/DVP (13% gegenüber 7%). Während die Wähler der CDU (11% gegenüber 28%) und der Republikaner (2% gegenüber 6%) schwächer vertreten sind. Hier deuten sich Unterschiede in der politischen Beteiligungskultur an. Die Bereitschaft der Teilnahme ist demnach bei Wähler/innen stärker ist als bei Nicht-Wähler/innen sowie stärker bei Wähler/innen der Parteien Bündnis90/Die Grünen, FDP/DVP und SPD als bei Wähler/innen der CDU und der Republikaner. Diese Aussage steht allerdings unter den Vorbehalten, daß das Wahlverhalten in den erfaßten Gemeinden dem Landesdurchschnitt entspricht und die durch den Fragebogen erfaßten Personen repräsentativ für alle Teilnehmer/innen der Bürgerforen sind. Falls dies der Fall ist, folgt hieraus aber, daß die Personen, die an den Bürgerforen teilgenommen haben, zumindest politisch gesehen, nicht repräsentativ für die Bevölkerung sind.

4.1.6 Die Bewertung des Verfahrens durch die Teilnehmer/innen (Fragebogen II)

Im Fragebogen II hatten die Teilnehmer/innen Gelegenheit, das Beteiligungsverfahren aus ihrer Sicht einzuschätzen. 103 Personen beantworteten diesen Fragebogen, was einem Rücklauf von 56% entspricht. In einem Bipolaritätsprofil von -3 bis +3 konnten sie dazu verschiedene vorgegebene Antworten ankreuzen, außerdem konnten sie Lob und Tadel offen formulieren.

Bei den standardisierten Antworten (Abb. 15) wurde positiv angemerkt, daß der bisherige Verlauf fair ($\mu=1,6$) und die Diskussion ausgewogen verlaufen sei ($\mu=1,5$). Auch die Moderation wurde durchweg positiv bewertet. Ihr wurde attestiert, daß sie nicht stark eingreife ($\mu=1,7$) aber trotzdem strukturierend sei ($\mu=1,5$). Etwas weniger positiv wurde die Möglichkeit bewertet, Tagesordnungspunkte zu ergänzen ($\mu=0,8$) sowie überhaupt zu einer sachkundigen Empfehlung in den Bürgerforen zu kommen ($\mu=0,7$).

Indifferent beurteilt wurde die Möglichkeit, ausreichend Experten zu befragen ($\mu=0,1$) sowie die Frage, ob die Informationen ausgewogen ($\mu=0,2$) und umfassend ($\mu=-0,1$) sind. Bei der ausreichenden Expertenbefragung und Information gab es darüber hinaus signifikante Unterschiede zwischen den 'heißen' und 'kalten' Gruppen. Hier meinten die Bürger/innen der Gruppen, die einen Standort für eine BMA suchten, daß eher zu wenig Experten befragt worden seien und zu wenig Informationen vorhanden seien. Wohingegen die Vertreter/innen der 'heißen Gruppen' die Expertenbefragung ($\mu_{\text{heiß}}=1,0$; $\mu_{\text{kalt}}=-0,3$, $t=3,4$; $df=100$) und Informationslage eher für ausreichend hielten ($\mu_{\text{heiß}}=0,9$; $\mu_{\text{kalt}}=-0,5$, $t=3,3$; $df=100$). Im Mittel eindeutig beanstandet wurde die mangelnde Zeit ($\mu=-0,9$).

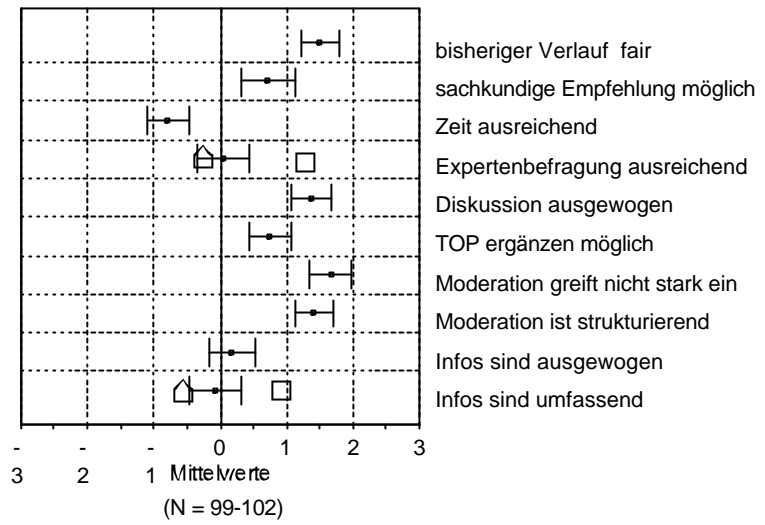
Die offene Frage nach Lob und Tadel am Verfahren beantworteten 33 Personen, wobei einige Bürger/innen auch Änderungsvorschläge formulierten (Tab. 5). Die bedeutendsten Vorschläge waren hier u.E.:

- eine 11. Gruppe mit politischen Mandatsträgern aus den Gemeinde- und Kreisräten zu bilden,
- eine zweite Delegiertenkonferenz nach der Diskussion der Empfehlung der Delegierten in den Bürgerforen durchzuführen und
- einen Wertbaum von Experten vorgeben zu lassen, der als Grundlage dient und gegebenenfalls von den Bürger/innen korrigiert wird.

Am häufigsten kritisiert wurden das Ingenieurbüro und sein Gutachten sowie der große Zeitdruck, der oft z.B. verhindert hätte, daß Diskussionen so lange geführt werden konnten bis ein Konsens erreicht wurde. Gelobt wurden u.a. das demokratische Verfahren, das Engagement der Bürger/innen, die Akademie sowie die Moderation.

Abb. 15: Einschätzung der Bürgerforen durch die Teilnehmer/innen

|—| Gesamt
 ◻ BMA
 ◻ MVA



Tab. 5: Übersicht der schriftlichen Antworten zu: 'Lob und Tadel am Verfahren'

Insgesamt antworteten 33 Personen von 102, die diesen Fragebogen abgegeben hatten (vgl. Anhang 3).

Vorschläge

- 11. Gruppe mit politischen Mandatsträgern bilden
- einen Standort pro Tag aufsuchen, bewerten und zum Schluß Gesamtbewertung durchführen
- Wertbaum von Experten vorgeben, Mängel werden gefunden
- Tagesordnungen der Sitzungen vorher vorlegen
- komplette Anlagen besichtigen, nicht nur Vorträge hören
- Empfehlungen der Delegiertenkonferenz in den Bürgerforen diskutieren, dann zweite Delegiertenkonferenz für ein redigiertes Ergebnis
- mehr Zeit für Diskussionen in der Gruppe
- "Papierflut" dezimieren z.B. Kurzfassungen, Stellungnahmen der Gemeinden über Berichte von Teilnehmern
- mehr auf die Standortsuche konzentrieren

Tadel

- Kritik am Ingenieurbüro (Infos, Gutachten fragwürdig, schlampige Arbeit, Informationenweitergabe unbefriedigend, Unterlagen veraltet, oberflächliche Recherche, Vorauswahl fehlerhaft, Bürger nicht ernstgenommen) (8x)
- technische Informationen unzureichend (z.B. Schadstoffgehalte von Müll, Restmüll, Rotte, Schlacke)
- zu viel Zeit für Einleitung, Erklärungen (5x)
- zu wenig Zeit für (Grundsatz-)Diskussionen (3x)
- sehr hohe zeitliche Belastung, u.a. für Freiberufler (2x)
- permanente Zeitnot (2x); (gehört zum Programm)
- zu wenig Zeit für Diskussionen mit Fachleuten
- Zeit für Standortwahl war knapp, bessere Ausarbeitung wäre möglich gewesen
- Informationen wurden zu spät herausgegeben
- Informationen kamen nur stückweise, vermutlich mangelnde Vorbereitungszeit für Akademie
- Informationen (z.B. Termine) verspätet oder falsch weitergegeben und mußten oft telefonisch abgeklärt werden
- gedanklicher Austausch nach Exkursionen fehlte
- klare Verpflegungsregeln, Mindestmaß an Getränken/Essen
- Workshop ohne Übernachtung organisiert
- zu lange Diskussionen über unwichtige Themen (z.B. bei heißer Gruppe über kalte Rotte)
- viel mehr Spielraum für Diskussionen nötig
- bestimmte Punkte konnten nicht ausdiskutiert werden, nicht alle Meinungen berücksichtigt
- Konsens zugestimmt, weil keine Zeit vorhanden war
- Konsens oft nicht wegen Einigkeit in der Sache, sondern wegen Zeitdrucks und resultierender Resignation; verzerrtes Ergebnis die notgedrungene Folge
- Entscheidung der Bürgerforen in vorgegebenem Rahmen nicht gut, persönlich nur für Verbrennung, dann unlogisch, einen Standort für MBA zu suchen
- haben Urlaubstage, Verdienstaustausch eingesetzt, bessere Organisation bei Akademie erwartet
- Fragebogen war zu Beginn teilweise nicht beantwortbar

Lob

- Gesprächsleitung neutral, aber lenkend und helfend (2x)
- Akademie: gute Vorbereitung, Informationen und Nachbearbeitung (Protokolle u.ä.) (2x)
- durchaus demokratisches Verfahren
- Verfahren eine gute Sache, die seines gleichen sucht
- das Verfahren hat mir gefallen, wenn ich mich auch manchmal von der Menge der Literatur und dem Zeitaufwand überfordert gefühlt habe
- angeeignete Kenntnisse der Bürger bemerkenswert
- alle Bürger waren sehr engagiert
- Staunen über Vorgehensweise der Akademie: methodisch, didaktisch, demokratisch
- kreative Zusammenarbeit in der Gruppe
- Informationen des Ingenieurbüro ausführlich genug
- offener Austausch möglich

Verschiedenes

- gewählte Mandatsträger skeptisch gegen Bürger (was deprimierend war, man spürte Aggressionen) (2x)
- anfänglich: große Zweifel, daß ein brauchbares Ergebnis entsteht; heute: erstaunen über sachliche Lernfähigkeit und Engagement
- schade, daß Geld eine so große Rolle spielt
- viele Bürger haben viele Gaben (Berufe, Lebensräume, Perspektiven, Ortskenntnis)
- Verfahren äußerst bedenklich und im Ergebnis irreführend und gefährlich
- Diskussionen sollten nicht aufkommen
- Beteiligten fehlte oft das erforderliche Wissen, um die Standortfrage beurteilen zu können
- zu subjektive Einstellungen
- Eindruck: Moderatoren haben fertige Lösung und führen Bürgerforum darauf zu
- sehr schwierig für "Laien", sich mit dieser Materie auseinanderzusetzen
- für einen Standortvorschlag fühlten wir uns überfordert
- zweifelhaft, ob Bürgerforen bei solchen schwierigen Problemen zu empfehlen sind
- Bürgerforum hat keine Auswirkung auf die Standortfindung: Wir haben nur eine Alibifunktion!

4.1.7 Mittelwertvergleiche und Korrelationen in Fragebogen I

Anhand aller 129 Personen, die Fragebogen I ausgefüllt hatten, führten wir einige Mittelwertvergleiche und Korrelationsanalysen durch mit der Frage nach signifikanten Unterschieden zwischen verschiedenen Personengruppen bzw. Zusammenhängen zwischen bestimmten Variablen. Wir beschränkten uns auf diesen Fragebogen, da nur hier der Rücklauf ausreichend war.

Zunächst untersuchten wir die Frage, ob es **Unterschiede im Antwortverhalten zwischen 'heißen' und 'kalten' Gruppen** gibt. Bei fünf Antworten finden sich signifikante Unterschiede (Signifikanzniveau: $\alpha \neq 0,05$, t-Test), von denen drei den Bau der Anlage betreffen. Die Teilnehmer/innen der sechs kalten Bürgerforen sehen eine BMA als notwendiger ($\mu_{\text{kalt}}=0,8$, $\mu_{\text{heiß}}=-0,2$; $t=-2,4$; $df=122$), als umweltschonender ($\mu_{\text{kalt}}=-0,1$, $\mu_{\text{heiß}}=-1,0$; $t=-2,7$; $df=124$) und als gesundheitlich unbedenklicher ($\mu_{\text{kalt}}=-0,8$, $\mu_{\text{heiß}}=-1,4$; $t=-2,1$; $df=125$) an als die Teilnehmer/innen der vier heißen Bürgerforen. Die kalte Vorbehandlung hat demnach ein etwas besseres Image als die thermische Behandlung. Hingegen meinen die Mitglieder der 'heißen' Gruppen, daß die Müllverbrennung eher im Einklang mit der deutschen Abfallpolitik steht als dies die der kalten Bürgerforen annehmen ($\mu_{\text{heiß}}=0,6$, $\mu_{\text{kalt}}=-0,3$; $t=2,5$; $df=81,22$). Dies kann auf die Wahrnehmung der Zwänge der TASI zurückgeführt werden. Einen unseres Erachtens eher als zufällig einzuschätzenden Unterschied gibt es noch bei der Bewertung der Sachkunde von Behörden, die bei den kalten Gruppen positiver ausfällt als bei den heißen ($\mu_{\text{kalt}}=0,6$; $\mu_{\text{heiß}}=0,0$; $t=-2,3$; $df=129$).

Als nächstes ist die Frage interessant, ob zwischen der **Bewertung zentraler Organisationen** des Verfahrens (Akademie, P.A.N., Ingenieurbüro Fichtner) und der Bewertung der **Beteiligung** sowie des **Anlagenbaus** Zusammenhänge existieren. Hierzu führten wir eine bivariate Korrelationsanalyse nach Pearson durch. Für die Berechnung benutzten wir zunächst Durchschnittswerte über mehrere Variablen zu der jeweiligen Organisation bzw. zum Verfahren oder zum Bau der Anlage. Für die Organisationen faßten wir die drei Variablen 'vertrauenswürdig', 'gemeinwohlorientiert' und 'sachkundig' zusammen (vgl. Abb. 7), für die Bewertung der Vorgehensweise zur Standortfindung die Variablen 'demokratisch', 'fair', 'dem Problem angemessen', 'Versuch der Mitbestimmung', 'problemlösend', 'sinnvolle Neuerung' und 'sinnvolle Strategie' (vgl. Abb 1). Für die Einschätzung der Funktion der Bürgerforen benutzen wir die Gesamtmittelwerte über die Variablen 'besten Standort zu finden', 'keine Spielwiese', 'geeignetes Mittel zur Mitbestimmung', 'nicht zur Beruhigung der Bürger', 'für fairen Ausgleich der Gemeinden' (vgl. Abb. 4) und für die Bewertung des Anlagenbaus die Variablen 'notwendig', 'umweltschonend', 'ohne Wirkung auf die Gesundheit', 'im Einklang mit der deutschen Abfallpolitik', 'problemlösend', 'kein langfristiges Risiko', 'eine notwendige Ergänzung zur Abfallvermeidung und -verwertung' (vgl. Abb. 2). Tabelle 6 zeigt die Ergebnisse im Überblick.

Ein zentrales Ergebnis der sozialwissenschaftlichen Risikoforschung ist, daß es einen Zusammenhang zwischen der Bewertung einer Technik (hier: Bau einer BMA oder MVA) und der Bewertung der damit befaßten Organisationen gibt. Zumeist wird hier der Zusammenhang von Vertrauen in bzw. Glaubwürdigkeit von Institutionen und individueller

Risikowahrnehmung hervorgehoben (Krücken 1996: 188ff, Renn/Levine 1991, Wynne 1987). Wie die Werte in Tabelle 6 zeigen, nimmt dieser Zusammenhang in der Reihenfolge Akademie, P.A.N., Ingenieurbüro Fichtner zu. **D.h. je besser die jeweiligen Organisationen bewertet werden, desto besser wird die Technik bewertet.** Diese Zunahme ist plausibel, da die Akademie am wenigsten mit der technischen Entscheidung zu tun hat, während die P.A.N. und vor allem das Ingenieurbüro verantwortlich für die technische Konzeption sind.

Eine positive Korrelation gibt es auch zwischen der Beurteilung der Organisationen und der Vorgehensweise bei der Standortfindung sowie der Funktion der Bürgerforen.

Wie zu erwarten, nimmt hier der Zusammenhang mit der Bewertung der Akademie zu, da sie für die Gestaltung des Verfahrens verantwortlich ist. Für die P.A.N. ergibt sich hier ein schwächerer Zusammenhang. Überraschend ist dagegen der enge Zusammenhang mit der Bewertung des Ingenieurbüros. Auch bei der Funktion der Bürgerforen überrascht der größere Zusammenhang mit dem Ingenieurbüro und der P.A.N. als mit der Akademie, da letztere im wesentlichen für den Aufbau des Verfahrens verantwortlich ist.

Eine weitere interessante Frage ist, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen der Einschätzung, ob der **Heimatort** im Prinzip als Standort in Frage kommt und der Bewertung der **verfahrensrelevanten Organisationen, des Anlagenbaus, der Vorgehensweise sowie der Bürgerforen**. Hier zeigt sich, daß es einen starken positiven Zusammenhang nur zwischen der Bewertung des Anlagenbaus und der Einschätzung gibt, ob die Heimatgemeinde prinzipiell als Standort geeignet ist ($r=0,53$;

	Bau der Anlage	Vorgehensweise Standortfindung	Funktion der Bürgerforen
Akademie	0,21*	0,46**	0,37**
P.A.N.	0,43**	0,37**	0,42**
Fichtner	0,50**	0,50**	0,42**

Signifikanzniveaus: * $\alpha=0,05$, ** $\alpha=0,01$

Tab. 6: Korrelationskoeffizienten: Bewertung relevanter Organisationen und Anlagenbau, Vorgehensweise, Bürgerforen

	Heimatort geeignet
Akademie	-0,02
P.A.N.	0,07
Fichtner	0,20*
Bau der Anlage	0,53**
Vorgehensweise Standortfindung	0,16
Funktion der Bürgerforen	0,15

Signifikanzniveaus: * $\alpha=0,05$, ** $\alpha=0,01$

Tab. 7: Korrelationskoeffizienten: Heimatort geeignet und Bewertung relevanter Organisationen, Anlagenbau, Vorgehensweise, Bürgerforen

$\hat{\alpha}=0,01$). Einen schwachen Zusammenhang gibt es noch mit der Bewertung des Ingenieurbüros ($r=0,20$; $\hat{\alpha}=0,05$), dieser ist u.E. aber auf die Korrelation zwischen der Bewertung des Ingenieurbüros und der Bewertung des Anlagenbaus zurückzuführen ($r=0,50$, $\hat{\alpha}=0,01$). Dies zeigt die partielle Korrelation zwischen der Bewertung des Ingenieurbüros und der prinzipiellen Eignung der Heimatgemeinde als Standort mit der Bewertung des Anlagenbaus als Kontrollvariable. Der Korrelationskoeffizient beträgt dann nur noch $r=-0,10$ mit $\hat{\alpha}=0,29$ (statt $r=0,20$, $\hat{\alpha}=0,05$). Mit den anderen Variablen zeigt sich hingegen kein wesentlicher Zusammenhang. **Die Bewertung des Verfahrens und zentraler Organisationen im Verfahren ist also weitgehend unabhängig von der Einschätzung der Frage, ob der Heimatort prinzipiell als Standort geeignet ist.**

Im Fragebogen I hatten wir vier Aussagen formuliert, die die Einschätzung der Entscheidungsfindung unter Beteiligung von Laien, der Öffentlichkeit und ausschließlicher Expertenbeteiligung abbilden sollen (vgl. Abb. 8). Sehr deutlich wird hier im

Mittel die Auffassung vertreten, daß wichtige Entscheidungen öffentlich diskutiert werden müssen und die Meinung der Bürger bei politischen Entscheidungen zu wenig berücksichtigt wird (beide: $\mu=1,5$, Skala [lehne voll ab] -2 bis +2 [stimme voll zu]). Den Aussagen, daß Laien wichtige Beiträge liefern können ($\mu=0,7$) bzw. daß Experten *nicht* am besten wissen, was zu tun ist ($\mu=0,5$), wurde schwächer zugestimmt. Hier kann vermutet werden, daß es Zusammenhänge zwischen der Bewertung des Beteiligungsverfahrens, des Anlagenbaus und der relevanten Organisationen gibt. Überraschenderweise gibt es hier aber nur bei der Aussage, daß Experten nicht am besten wissen, was zu tun ist, relevante Korrelationen, die alle eine negative Richtung haben. Je positiver demnach das Ingenieurbüro Fichtner, die P.A.N. oder die Akademie eingeschätzt werden, desto mehr sind die Befragten der Auffassung, daß Experten am besten wissen, was zu tun ist. Dies ist plausibel, da es sich bei diesem Kreis um die Experten handelt.

	Laien liefern Beiträge	Öffentlichkeit beteiligen	Experten wissen es nicht am besten	Bürger mehr berücksichtigen
Akademie	0,10	0,12	-0,23*	0,12
P.A.N.	0,08	-0,12	-0,35**	-0,14
Fichtner	0,05	-0,23*	-0,56**	-0,15
Bau der Anlage	-0,02	-0,19*	-0,19*	-0,09
Vorgehensweise Standortfindung	0,06	-0,10	-0,37**	-0,18*
Funktion der Bürgerforen	0,03	-0,12	-0,30**	-0,16

Signifikanzniveaus: * $\hat{\alpha}=0,05$, ** $\hat{\alpha}=0,01$

Tab. 8: Korrelationskoeffizienten: Laien-, Experten-, Bürgerbeteiligung und Einschätzung relevanter Organisationen, Anlagenbau, Vorgehensweise, Bürgerforen

Hingegen überrascht der negative Zusammenhang zwischen der Bewertung der Anlage, der Vorgehensweise und Funktion der Bürgerforen und der Beurteilung der Aussage, daß Experten am besten wissen, was zu tun ist. Hier hätten wir erwartet, daß es eine umgekehrte Richtung des Zusammenhanges gibt. Diesen hätten wir auch für die anderen drei Aussagen zu Laienbeiträgen, Öffentlichkeitsbeteiligung und Bürgermeinung erwartet.

Zumindest für den beschriebenen negativen Zusammenhang bietet die Korrelation mit der Bewertung des Ingenieurbüros Fichtner eine Erklärung. Eine Partialkorrelation führt zu dem Ergebnis, daß der Zusammenhang zwischen der Aussage, daß Experten am besten wissen, was zu tun ist und

	Laien liefern Beiträge	Öffentlichkeit beteiligen	Experten wissen es nicht am besten	Bürger mehr berücksichtigen
Bau der Anlage (1)	-0,02 -0,03	-0,19* -0,12	-0,19* 0,12	-0,09 -0,02
Vorgehensweise Standortfindung	0,06 0,05	-0,10 0,02	-0,37** -0,18	-0,18* -0,09
Funktion der Bürgerforen	0,03 0,09	-0,12 0,05	-0,30** -0,11	-0,16 0,08

(1) oberer Wert: einfache Korrelation
unterer Wert: Partialkorrelation (Kontrollvariable: Bewertung Fichtners)
Signifikanzniveaus: * $\hat{\alpha}$ =0,05, ** $\hat{\alpha}$ =0,01

Tab. 9: Partielle Korrelation: Laien-, Experten-, Bürgerbeteiligung und Anlagenbau, Vorgehensweise, Bürgerforen; Kontrollvariable: Bewertung Fichtner

der Einschätzung des Anlagenbaus, der Vorgehensweise und der Bürgerforen verloren geht. Allerdings wird der Zusammenhang zwischen den anderen Variablen nicht verstärkt. **Insgesamt hängen also damit die betrachteten Variablen für die Bewertung der Standortsuche, der Bürgerforen und der Technik nicht mit den vier allgemeinen Aussagen über Laien, Öffentlichkeitsbeteiligung, Experten und die politische Berücksichtigung der Bürgermeinung zusammen.**

Wir hatten bei der Konstruktion des Fragebogens unterstellt, daß das **praktische politische Engagement** der Teilnehmer/innen ihr Antwortverhalten bzgl. des Beteiligungsverfahrens und der Einschätzung der Behandlungstechnik beeinflussen würde. Hier war die These, daß politisch aktive Personen ein solches Verfahren eher begrüßen würden und der Behandlungstechnik eher skeptisch gegenüber stehen als weniger aktive Personen. Für die Untersuchung dieser Frage fragten wir danach, an welchen politischen Beteiligungsformen die Befragten bereits teilgenommen hatten (vgl. Abb 10). Da für einen statistisch sinnvollen Vergleich die Gruppengröße möglichst gleich groß sein sollte, kamen nur Mittelwertvergleiche für die folgenden Variablen in Frage:

- Teilnahme an einer Demonstration (noch nie: 47 Personen; ein- oder mehrmals: 59),
- Teilnahme an einem Boykott (noch nie: 68; ein- oder mehrmals: 32),
- Teilnahme an einer Bürgerinitiative (noch nie: 61; ein- oder mehrmals: 45),
- Fragen an Politiker (noch nie: 45, ein- oder mehrmals: 63).

Ein Mittelwertvergleich mittels t-Test, der beide Antwort-Gruppen als unabhängige Stichproben behandelt, führt nur zu sehr wenigen signifikanten Unterschieden im Antwortverhalten. Danach halten Personen, die bereits an einer Demonstration teilgenommen hatten, die gewählte Vorgehensweise der Standortsuche (Abb. 1) stärker für eine sinnvolle Neuerung als Personen, die noch nie an einer Demonstration teilgenommen hatten ($\mu_a=1,8$, $\mu_{nie}=1,3$; $t=-2,0$; $df=104$). Umgekehrt halten die Teilnehmer/innen an Demonstrationen den Anlagenbau (Abb. 2) für weniger gesundheitsschädlich ($\mu_a=-0,7$, $\mu_{nie}=-1,3$; $t=-2,1$; $df=102$).

Personen die an einem Boykott teilgenommen haben, halten das Verfahren lediglich für stärker dem Problem angemessen ($\mu_a=1,6$, $\mu_{nie}=0,8$; $t=-2,3$; $df=98$). Das gleiche gilt für Personen, die ein- oder mehrmals an einer Bürgerinitiative mitgewirkt haben ($\mu_a=1,5$, $\mu_{nie}=0,8$; $t=-2,1$; $df=104$). Personen, die bereits Fragen an Politiker gerichtet haben, bewerten das Beteiligungsverfahren besser hinsichtlich der Tatsache, daß es eine sinnvolle Neuerung sei ($\mu_a=1,9$, $\mu_{nie}=1,3$; $t=-2,1$; $df=106$).

Insgesamt kann nicht gezeigt werden, daß das bisherige politische Engagement einen wesentlichen Einfluß auf das Antwortverhalten hatte. Dies könnte damit zusammenhängen, daß insgesamt gesehen vor allem Personen am Verfahren teilnehmen, die stärker engagiert sind, was sich beispielsweise im stärkeren Anteil an Wählern als Nicht-Wählern im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ausdrückt. Die übrigen Unterschiede im Engagement sind dann weniger ausschlaggebend, als daß sie zu einem unterschiedlichen Antwortverhalten führen. Bezüglich der Einschätzung der gewählten Vorgehensweise kommt hinzu, daß sie durchweg schon sehr positiv bewertet wurde, so daß hier Unterschiede nicht mehr sichtbar werden können. Dies gilt allerdings nicht für die breiter gestreuten Antworten bei der Einschätzung des Anlagenbaus.

4.1.8 Vergleich mit den Antworten im Aargau-Verfahren

Von Januar bis September 1993 wurde durch die ETH Zürich unter Federführung von Ortwin Renn im Aargau in der Schweiz eine dem Nordschwarzwälder Verfahren ähnliche Beteiligung durchgeführt (Wilhelm/Schild 1997, Renn/Webler 1996, 1995). Die Aufgabe bestand im Aargau darin, aus dreizehn gutachterlich vorgegebenen Standorten eine Rangliste der vier geeignetsten für die weitere politisch-administrative Entscheidung zu erstellen. Dazu wurden vier Kommissio-

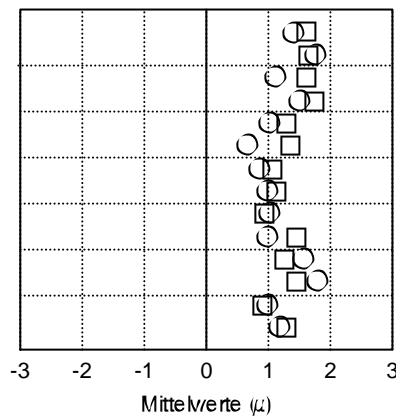
Vergleich der Antworten im Nordschwarzwald (NSW) und im Aargau

Fragebogen:	NSW	Aargau	NSW	Aargau	NSW	Aargau
	I	I	II	II	III	III
Rücklauf :	129	67	102	70	75	64
Teilnehmer:	183	96	183	88	183	88
Rücklaufquote:	70%	70%	56%	80%	41%	73%

In den Abb. 16 bis 18 entsprechen die jeweils oberen Werte pro Variable Fragebogen I und die unteren Werte Fragebogen III.

Abb. 16: Die gewählte Vorgehensweise zur Standortfindung halte ich für: (Frage 1.1)

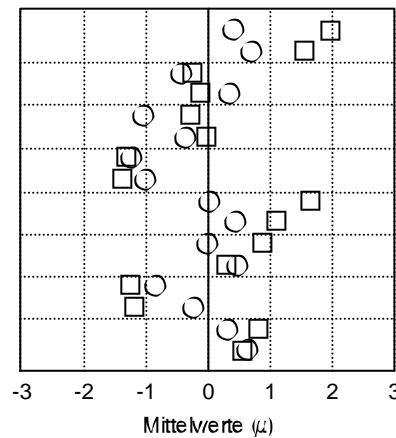
○ NSW
□ Aargau



demokratisch
fair
dem Problem angemessen
Versuch der Mitbestimmung
problemlösend
sinnvolle Neuerung
sinnvolle Strategie

Abb. 17: Ich halte den Bau dieser Anlage für: (Deponie, BMA, MVA) (Frage 3.2)

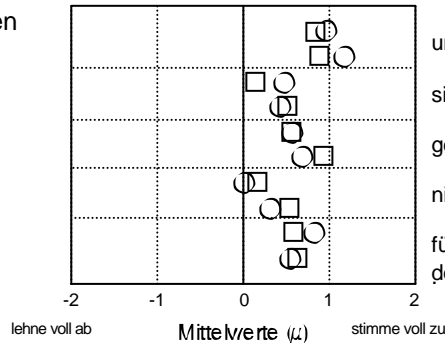
○ NSW
□ Aargau



notwendig
umweltschonend
ohne Wirkung auf Gesundheit
Gewinn an Lebensqualität
im Einklang mit nation. Abfallpolitik
problemlösend
kein langfristiges Risiko
eine notwendige Ergänzung zur Abfallvermeidung und -verwertung

Abb. 18: Funktion der Bürgerforen (Fragen: 1.2-1.6)

○ NSW
□ Aargau



um besten Standort zu finden
sind keine Spielwiese
geeignetes Mittel zur Mitbestimmung
nicht zur Beruhigung der Bürger
für fairen Ausgleich zwischen den Gemeinden

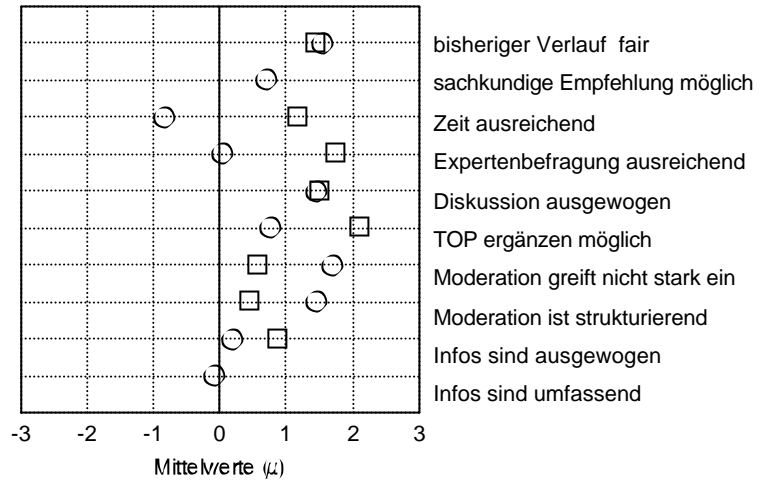
nen mit je zwei Bürger/innen der potentiellen Standorte gebildet. Im Unterschied zum Nordschwarzwald wurden die anfänglich 96 und am Ende 88 Teilnehmer/innen aber nicht zufällig ausgewählt, sondern von der Gemeinde, von Vereinen oder durch Antwort auf eine Annonce bestimmt. Der übrige Verlauf glich im wesentlichen dem im Nordschwarzwald. Allerdings war die Aufgabenstellung im Aargau etwas einfacher, da nur ein Standort für eine Deponie ausgewählt werden mußte, statt einer Kombination verschiedener Standorte für verschiedene Behandlungstechnologien wie im Nordschwarzwald. Die vier Kommissionen kamen zu einer konsensuellen Rangfolge der Standorte, die auch von den jeweiligen Vertreter/innen der 'optimalen' Standorte getragen wurde. In einem Kommissionsausschuß mit Delegierten der vier Kommissionen wurden - wie im Nordschwarzwald - die einzelnen Rangfolgen aufeinander abgestimmt. Insofern waren beide Verfahren in etwa gleich erfolgreich.

Da unser Fragebogen sich an einigen Fragen an dem im Aargau angewandten orientierte, ist ein Vergleich der Antworten möglich. Ebenso wie im Nordschwarzwald wurden im Aargau-Verfahren die Teilnehmer/innen zu unterschiedlichen Zeitpunkten befragt. Die erste Befragung fand - wie im Nordschwarzwald - nach der Einführungsveranstaltung im Februar 1993 statt. Der Rücklauf betrug 70%. Die zweite Befragung (Juni/Juli 1993, Rücklauf 80%) wurde vor der Sitzung mit der endgültigen Standortbewertung durchgeführt und glich in Zeitpunkt und Fragen unserem zweiten Fragebogen. Die dritte Befragung (Juli 1993, Rücklauf 73%) wurde unmittelbar nach der letzten Kommissionssitzung durchgeführt. Hier wurden - wie bei unserer dritten Befragung - einige Fragen aus der ersten Befragung wiederholt, was auch für die vierte Befragung (Juni 1994, Rücklauf 51%) gilt, die etwa ein Jahr nach Abschluß der Beteiligung durchgeführt wurde. Diese Umfrage wird im Nordschwarzwald erst in den nächsten Wochen stattfinden, wenn das weitere Vorgehen der P.A.N. deutlich geworden ist.

Die Abbildungen 16 bis 19 geben einen Überblick über die Ergebnisse der Befragungen im Nordschwarzwald und im Aargau. Abgebildet sind die Ergebnisse der ersten und dritten Befragung. Beim Vergleich der Daten ist allerdings zu bedenken, daß die jeweiligen Stichproben zwischen der ersten und dritten Befragung nicht gleich sind. Für den Aargau besitzen wir keine Informationen wie groß die Überlappungen sind; die Situation im Nordschwarzwald wurde oben ausgeführt. Hier werden nun abweichend von den bisherigen Darstellungen die Antworten aller Personen berücksichtigt, ohne Rücksicht auf die Frage, ob die gleichen Teilnehmer/innen geantwortet haben. Für den Vergleich zwischen dem Antwortverhalten im Aargau und im Nordschwarzwald scheint uns dies weniger problematisch, da u.E. die Verzerrung im Antwortverhalten in beiden Stichproben ähnlich sein wird, weil sich die Personen in ihrer Motivation gleichen, die Fragebögen auszufüllen.

Abb. 19: Einschätzung der Bürgerforen durch die Teilnehmer/innen

○ NSW
 □ Aargau



Wie Abb. 16 zeigt, gab es bei der Bewertung der Vorgehensweise zur Standortfindung kaum Unterschiede. Sie wurde durchweg positiv beurteilt. Das gleiche Bild zeigt sich in Abb. 18 bei der Frage nach der Funktion der Bürgerforen bzw. Kommissionen. Auch hier ist eine insgesamt positive Einschätzung in beiden Befragungen zu beiden Zeitpunkten zu beobachten.

Größere Unterschiede gibt es aber bei der Beurteilung des Anlagenbaus (Abb. 17), wobei hier anzumerken ist, daß im Aargau eine Deponie und im Nordschwarzwald eine BMA bzw. MVA gebaut werden sollte. Im Aargau waren die Beteiligten wesentlich stärker der Überzeugung, daß die entsprechende abfallwirtschaftliche Anlage notwendig ist und auch mit der Landesabfallpolitik im Einklang steht als dies die Teilnehmer/innen der Bürgerforen im Nordschwarzwald meinten. Interessanterweise ist dieser Unterschied bei der dritten Befragung weniger stark ausgeprägt, da sich die Bewertung im Nordschwarzwald ins Positive verschob und im Aargau ins Negative. Hier könnte angenommen werden, daß im Nordschwarzwald die Einsicht in die Notwendigkeit der Anlagen zunahm, während sie im Aargau abnahm. Bemerkenswerte Unterschiede gibt es außerdem bei der Variable Wirkung auf die Gesundheit, die in der ersten Befragung für den Nordschwarzwald schlechter ausfällt als im Aargau. In der dritten Befragung gleichen sich die Antworten ins Positive verschoben aber an. Interessant ist, daß die Anlagen im Nordschwarzwald in der dritten Befragung als weniger risikoreich und weniger umweltbelastend eingeschätzt wurden als im Aargau.

Bemerkenswert sind hingegen die Unterschiede bei der Einschätzung der Bürgerforen bzw. der Kommissionen. In beiden Verfahren wurde der Verfahrensverlauf ähnlich fair eingeschätzt, auch die Diskussionen und die Informationen erschienen ähnlich ausgewogen. Kleinere Unterschiede gibt es bei der Bewertung der Moderation, die im Nordschwarzwald positiver bewertet wurde, sie war weniger eingreifend und stärker strukturierend als im Aargau. In drei weiteren Punkten wird dagegen das Aargauer Verfahren positiver eingeschätzt. Dort waren die Zeit und die Möglichkeiten zur Expertenbefragung ausreichend, was im Nordschwarzwald eher bemängelt wurde. Außerdem schätzten die Teilnehmer/innen im Aargau die Möglichkeit, Tagesordnungspunkte zu ergänzen, höher ein als im Nordschwarzwald. Dies weist entweder auf einige Mängel in der Verfahrensführung im Nordschwarzwald hin, oder aber auf eine komplexere Fragestellung, die ein anderes Design erforderlich macht.

4.1.9 Zusammenfassung der Fragebogenergebnisse

Insgesamt wird das Verfahren von Teilnehmer/innen sehr positiv bewertet, und die vorgegebene Aufgabenstellung der Bürgerforen wird übernommen. Immerhin fünf Teilnehmer/innen weisen hierbei von sich aus darauf hin, daß ein Thema der Bürgerforen auch die Erstellung eines Konzeptes für die Vermeidung von Abfällen sein sollte. Hier zeigen sich also Überlappungen bzw. Kopplungsprobleme mit der ersten Phase des Beteiligungsverfahrens.

Die Bewertung der Akademie ist in allen Variablen positiv und übertrifft sogar die allgemein gut angesehenen Experten und Umweltschutzorganisationen. Die P.A.N und das Ingenieurbüro Fichtner werden dagegen wesentlich schlechter bewertet. Bei der P.A.N. werden die Gemeinwohlorientierung, Neutralität und Transparenz eher bemängelt, während ihre Sachkunde positiv bewertet wird. Ein ähnliches Bild ergibt die Bewertung des Ingenieurbüros; in der dritten Befragung am Ende des Verfahrens werden die Variablen 'offen für Vorschläge' und 'Transparenz' sogar signifikant schlechter beurteilt als in Fragebogen I zu Beginn des Verfahrens.

Der Bau der Behandlungsanlagen wird jeweils recht differenziert bewertet. Auch wenn die Notwendigkeit der Anlagen gesehen wird, so werden doch der Verlust an Lebensqualität und negative gesundheitliche Auswirkungen bemängelt. Interessant sind hier signifikante Unterschiede im ersten Fragebogen, wonach die Bürger/innen der kalten Foren eine BMA für notwendiger und weniger umwelt- und gesundheitsschädlich halten als dies die Vertreter/innen der heißen Foren für eine MVA meinen. Diesem positiveren Image der BMAs steht die Einsicht gegenüber, daß MVAs eher mit der deutschen Abfallpolitik in Einklang stehen.

Erstaunlich ist, daß es zwischen der 1. Befragung am Beginn und 3. am Ende des Verfahrens kaum signifikante Unterschiede im Antwortverhalten gab. Die Akademie konnte demnach die am Anfang entstandenen Erwartungen der Teilnehmer/innen erfüllen, da es keine Verschlechterungen gab. Da das Verfahren schon zu Beginn sehr positiv bewertet wird, waren hier kaum Verbesserungen zu erwarten. Allerdings hätte bei den recht unterschiedlichen und eher schlechten Bewertungen der Behandlungstechniken Verschiebungen erwartet werden können. Hier haben die Informationen im Durchschnitt keine Änderungen bewirkt.

Eine nähere Untersuchung der Daten im ersten Fragebogen zeigt, daß es Korrelationen zwischen der Bewertung des Beteiligungsverfahrens auf der einen und der Behandlungstechnik auf der anderen Seite mit den verfahrensrelevanten Organisationen gibt. Dies steht im Einklang mit Erkenntnissen der sozialwissenschaftlichen Risikoforschung, wonach das Vertrauen in Institutionen einen erheblichen Einfluß auf die Risikowahrnehmung hat. Hingegen sind die Be-

wertung des Verfahrens und zentraler Organisationen weitgehend unabhängig von der Einschätzung der Frage, ob der Heimatort als Standort geeignet ist. Interessanterweise hat das praktische politische Engagement nach unseren Daten keinen wesentlichen Einfluß auf das Antwortverhalten.

Bei den demografischen Daten zeigt sich, daß Frauen in den Bürgerforen etwas unterrepräsentiert sind (45 % statt 51 %). Bedeutender dürfte aber das Übergewicht von Wählern gegenüber Nicht-Wählern sowie das von rot-grün und FDP-Wählern sein. Sofern die 47 Personen hier repräsentativ für die 183 Teilnehmer/innen der Bürgerforen sind, ergibt sich ein erheblicher Unterschied gegenüber der durchschnittlichen Bevölkerung.

Die konkrete Durchführung des Verfahrens wird insgesamt gelobt, lediglich der Zeitmangel und die vorhandenen Informationen (vor allem das Ingenieurgutachten) werden bemängelt. Insbesondere die 'kalten' Foren beanstanden, daß die Informationen und die Möglichkeit zur Expertenbefragung unzureichend waren.

Bei der offenen Frage nach 'Lob und Tadel' am Verfahren werden auch einige Verbesserungsvorschläge gemacht. So sollte beispielsweise eine 11. Gruppe mit Mandatsträgern eingeführt werden. Ein weiterer Vorschlag ist, die Wertbäume von Experten formulieren zu lassen, etwaige Mängel würden die Bürger/innen im Laufe des Verfahrens sicherlich aufspüren. Hier wollen wir ergänzen, daß auch eine 12. Gruppe mit Interessengruppen (z.B. aus der Konsensuskonferenz) oder mit Experten überlegenswert ist. Auf jeden Fall erscheint uns eine engere Kooperation der Bürgerforen mit dem Ingenieurbüro vor allem bei der Konstruktion der Wertbäume sinnvoll.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen einer Befragung eines ähnlichen Verfahrens im Aargau zeigt einige Parallelen, vor allem die Bewertung der Vorgehensweise fällt nahezu identisch positiv aus. Größere Unterschiede gibt es lediglich bei der Einschätzung des Anlagenbaus, was mit dem Deponiebau dort und der offensichtlich umstritteneren Restabfallbehandlungstechnik im Nordschwarzwald erklärt werden kann. In den Punkten 'vorhandene Zeit' und 'Möglichkeit zur Expertenbefragung' und 'TOP-Ergänzung' wird das Aargauer Verfahren besser bewertet, während im Nordschwarzwald die Moderation positiver eingeschätzt wird. In beiden Fällen wurden derartige Beteiligungsverfahren von den Teilnehmer/innen begrüßt. Dies kann als Hinweis

darauf gewertet werden, daß Bürgerforen und ähnliche Verfahren eine sinnvolle Ergänzung bzw. Alternative zu etablierten Beteiligungsverfahren und eine wünschenswerte Bereicherung der (kommunalen) Politik darstellen.

4.2 Beobachtungen

Die Bürgerforen wurden von Beginn an von uns begleitet. Nach der ersten regulären Sitzung wechselten wir von einem 'heißen' in ein 'kaltes' Bürgerforum, da ein 'heißes' bereits von einer Psychologin begleitet wurde. Das 'kalte' Bürgerforum wurde seit der zweiten Sitzung beobachtet, da die Gruppe erst in der ersten Sitzung die Zulassung von Beobachter/innen beschlossen hatte. Bis auf die ersten beiden Teamtreffen am 11. und 12. Januar sowie die Plenarveranstaltung am 11. Januar, die wir zu zweit begleiteten, wurden alle Beobachtungen von einer Person durchgeführt.

Auf den Moderatorentreffen in der Akademie ging es uns vor allem darum, einen Eindruck vom Verfahrensverlauf in den von uns nicht beobachteten Bürgerforen zu erhalten. Dies geschah seit dem dritten Treffen nicht mehr durch persönliche Anwesenheit, sondern durch Tonbandmitschnitte der Sitzungen, die uns von der Akademie zur Verfügung gestellt wurden.

Bei den nicht-teilnehmenden Beobachtungen auf den Informationsveranstaltungen, die für verschiedene politische Gremien in der Region durchgeführt wurden, ging es uns vor allem darum, die "Stimmung" in der Region einschätzen zu können und Anhaltspunkte für unsere Interviews im Juni zu bekommen. Außerdem erhielten wir Hinweise auf mögliche Interviewpartner für diesen Teil unserer Untersuchung. Ähnlich gelagert war unser Interesse an der ersten Plenarveranstaltung der dritten Phase, die im Januar diesen Jahres in Bad Liebenzell stattfand.

4.2.1 Die Plenarveranstaltung im Januar

Die erste Plenarveranstaltung, an der alle in der 3. Phase beteiligten Bürger/innen teilnahmen, fand am 11. Januar 1996 in Bad Liebenzell statt. Nach einem Grußwort durch den Staatssekretär des Landesumweltministeriums, der die große Bedeutung von Beteiligungsverfahren hervorhob, wurde den Bürger/innen in Vorträgen von Vertretern der Akademie, der P.A.N. sowie von einem Beteiligten des Verfahrens im Aargau die Standortsuche und das Beteiligungsverfahren erläutert. Der ebenfalls auf dem Podium sitzende Vertreter des Ingenieurbüros Fichtner hielt keinen Vortrag. Nach den Vorträgen hatten die Bürger/innen Gelegenheit, Fragen zu stellen. Abschließend wurde das Plenum in die einzelnen Gruppen aufgeteilt und die Bürger/innen trafen erstmals in ihren jeweiligen Bürgerforen mit den Moderatorenteams zusammen.

Bemerkenswert bei den Vorträgen der Akademie und der P.A.N. war der offene Umgang mit den Problemen und Unwägbarkeiten des Verfahrens; insbesondere die Möglichkeit der Nichtberücksichtigung des Bürgervotums durch die Entscheidungsträger und der experimentelle Charakter des Verfahrens wurden nicht verschwiegen. Auf die Vorträge werden wir hier nicht näher eingehen, statt dessen widmen wir uns den Fragen aus dem Plenum, die einen Einblick in die Stimmungslage der Bürger/innen geben. Die meist befriedigenden Antworten der Vortragenden bleiben dabei weitgehend unberücksichtigt.

An den Beitrag der P.A.N. schlossen sich zwei Fragen an. Der erste Fragesteller machte zunächst seiner Wut Luft, daß er erst vor drei Tagen eingeladen worden wäre, was viel zu kurzfristig gewesen sei. Zur Sache selbst bemängelte er, daß die betrachteten Zeiträume der Abfallmengenentwicklung mit drei Jahren zu kurz bemessen seien und ihm ein Vergleich mit anderen Regionen fehle. Dies sei wichtig, da fast alle MVAs zu groß dimensioniert und die Betreiber daher nun auf der Suche nach Abfall seien. In diesem Zusammenhang vermisse er Überlegungen zu einer möglichen Kooperation außerhalb der Region, zumal die Regionalverbände erst neulich aufgelöst worden seien. Er fragte darüber hinaus, warum die Abfallmengen in Freudenstadt so niedrig, aber im Kreis Calw, im Enzkreis und in Pforzheim so hoch seien. Ein zweiter Beitrag warf die Frage auf, ob es sich bei dem Bürgerbeteiligungsverfahren um eine politische Alibiveranstaltung handele oder ob die Entscheidung der Bürger/innen ernst genommen würde. Deshalb fordere er eine Zusage dahingehend, daß der Bürgerentscheid umgesetzt werden müsse, wenn keine anderen Gründe dagegen sprächen. Der Vertreter der P.A.N. verwies hierbei darauf, daß letztlich die Kreistage die Entscheidung fällen, "daß dem Votum der Bürger gefolgt wird, dafür gibt es keine Sicherheit." Ein Vertreter der Akademie verwies darauf, daß die Qualität der Bürgergutachten für die Annahme der Empfehlung ein großes Gewicht habe.

An den Vortrag der Akademie zum Beteiligungsverfahren schlossen sich zwei Fragen an. Ein Bürger fragte nach der Art und Weise der Eingruppierung der Bürger/innen in die 'heißen' und 'kalten' Gruppen und gab zu bedenken, daß Verbrennungsanlagen über die Luft einen weiteren Belastungsradius hätten als 'kalte', biologisch-mechanische Anlagen. Dies müßte eigentlich berücksichtigt werden. Ein anderer Bürger fragte, auf welchem Wege die interessengebundenen Personen ausgeschlossen worden seien.

Auch wenn aufgrund des geringen Zeitrahmens nur wenige Personen Gelegenheit hatten, Fragen zu stellen, sollten zwei Punkte festgehalten werden. Bezüglich des inhaltlichen Themas der Beteiligung werden die Ausgangsbedingungen wie Abfallmenge und regionale Lösung des Restabfallbehandlungsproblems in Frage gestellt. Im Beteiligungsverfahren selbst stellt die

Auswahl der Bürger/innen ein Problem dar. Während der erste Problembereich im wesentlichen für die Motivation der Teilnehmer/innen bedeutsam sein dürfte, ist der zweite wichtig für die externe Legitimation des Verfahrens.

Ein wichtiger Faktor dieser Veranstaltung war der Erfahrungsbericht eines Journalisten, der an einem ähnlichen Verfahren in der Schweiz teilgenommen hatte. Als wichtige Probleme einer derartigen Standortbewertung nannte er das Übergewicht, welches den Besichtigungen der Standorte für die Bewertung beikomme und den politischen Druck, der in der eigenen Gemeinde aufgebaut würde. Am Anfang habe auch er seine Zweifel gehabt, daß es zu einem einheitlichen Votum kommen würde. Aber ab der zweiten, dritten Sitzung hätten die Gruppenprozesse und wachsende Sachkenntnis eine bloße Verweigerungshaltung abgelöst, so daß zumindest St. Florian nicht gewonnen habe. Zwar sei bislang unklar, ob die Akzeptanz und das Verwaltungsverfahren durch die Beteiligung besser geworden wären. Auf jeden Fall handele es sich aber um ein gutes demokratisches Verfahren. "Bleiben Sie kritisch, aber nutzen Sie die Chance", empfahl er abschließend den Bürger/innen. Mit seinem sehr gut vorgetragenen Erfahrungsbericht wurden viele Zweifel am Beteiligungsverfahren zerstreut, was durch den stärksten Applaus dieses Abends betont wurde.

4.2.2 Bürgerforen

Alle Sitzungen fanden im Berufsschulzentrum in Calw statt, wobei immer zwei Gruppen parallel tagten. Insgesamt gab es zehn Gruppen, wobei sich die sechs 'kalten' montags bis mittwochs und die vier 'heißen' Gruppen donnerstags und freitags trafen. Getagt wurde im Plenum, in zwei bis drei Kleingruppen oder (einmal) mit der Parallelgruppe zusammen. Die grobe zeitliche Struktur ergab sich aus dem Zeitrahmen von 18:30 bis 22:00 Uhr mit einer 15-minütigen Pause. Für einige Teilnehmer/innen, die etwas früher ankamen, gab es vor den Sitzungen Gelegenheit für informelle Gespräche. Pro Gruppe gab es zwei Moderatoren/innen und eine/n Protokollantin/en, die von der Akademie gestellt wurden. Die Größe der Gruppen schwankte zwischen 13 und 23 Personen. Hinzu kamen bei einigen Gruppen ein bis zwei externe Beobachter/innen, die als Begleitforscher/innen, Journalist/innen, Bürgermeister oder P.A.N.-Angehörige Interesse am Verfahren hatten. Die Sitzordnung war quadratisch angelegt. Neben den Sitzungen der Bürgerforen fanden drei Exkursionen statt: 1. zu den Standorten, 2. zu einer BMA, 3. zu einer MVA. Nach einer Beschreibung des groben Arbeitsablaufes werden im folgenden kritische Punkte der einzelnen Sitzungen und Exkursionen dargestellt.

4.2.2.1 Die 1. Sitzung: Kennenlernen der Aufgabe und Fragen zu den Randbedingungen

Auf der 1. Sitzung waren folgende Tagesordnungspunkte abzuhandeln:

- Erläuterung der Aufgaben der Bürgerforen (30')
- Brainstorming zu Informationswünschen(30')
- Sammlung von Fragen in Kleingruppen (40') zu:
 - 1) Ziele, Ablauf und rechtliche Aspekte
 - 2) Bürgerforen
 - 3) Technik
 - 4) Standortsuche
- Pause (15')
- Vorstellung der Ergebnisse der AGs (10')
- Verhaltensregeln verabschieden (20')
- Entscheidungsverfahren verabschieden (30')
- Organisatorisches (15'-30').

Vor Beginn der Gruppenarbeit zur Sammlung der Fragen äußerte ein sehr mißtrauischer Teilnehmer den Verdacht, daß die Akademie die Bürgerforen durch selektive Informationen zu sehr vorprägen und ein erfahrener Moderator die Gruppe manipulieren könnte. Der Moderator versuchte dieses mit Verweis auf seine mangelnde Sachkenntnis in Abfallfragen und auf die Aufmerksamkeit der Teilnehmer/innen, die eine Manipulation sicherlich schnell merken würden, zu entkräften.

Aus der Vielzahl der in der Gruppenarbeit zusammengestellten Fragen, die schon alleine als Indiz für das große Engagement der Bürger/innen gewertet werden können, wird hier nur auf diejenigen eingegangen, die Anlaß für weitere Diskussionen gaben. An der Frage, warum auch über allein nicht genehmigungsfähige Anlagen (die BMAs) beraten würde, entzündete sich eine Diskussion über die TASI. Hier zeigten sich erhebliche Unterschiede im Informationsstand, wobei auch die Frage, ob sich die TASI in Zukunft ändern werde, umstritten war. Für Diskussionsstoff sorgte auch das Problem, warum im Kreis Calw nur ein Standort vorausgewählt wurde, obwohl das Müllaufkommen doch relativ hoch sei. Eine Teilnehmerin vermutete hierzu: "Da macht ein ganzer Kreis St. Florian!" Heftig diskutiert wurde auch die Fragestellung, welchen Stellenwert die Möglichkeit zur Nutzung von Fernwärme im Kriterienkatalog des Ingenieurbüros hat. Nach Auffassung einiger Teilnehmer/innen kämen dann sowieso nur noch zwei Standorte in Betracht, so daß unklar sei, was die Bürgerforen überhaupt noch beraten sollen. Diskutiert wurde auch darüber, wie giftig die Emissionen einer MVA sind und wie heiße Anlagen bewertet werden könnten, ohne die Alternativen näher zu kennen. Diese Diskussion mündete in die Forderung nach einem Technikvergleich, die der Moderator aber mit Hinweis auf die Abhandlung dieser Aufgabe in der 2. Phase des Bürgerbeteiligungsverfahrens ablehnte. Für Irritationen sorgte auch das Problem, welche Auswirkungen das eventuelle Ausscheiden eines Kreises

aus der P.A.N. für die Standortsuche hätte. In diesem Zusammenhang berichtete ein Teilnehmer von einer Pressemitteilung, wonach die P.A.N. demnächst auseinanderbreche.

Insgesamt zeigte sich, daß es vor allem unsichere Randbedingungen sind, die dazu führen, daß die Teilnehmer/innen dem Beteiligungsverfahren skeptisch gegenüber stehen. Dies bezieht sich auf die Akademie (Manipulationsverdacht), das Ingenieurbüro (Fernwärmekriterium führt zur Vorentscheidung), die P.A.N. (Auflösung macht Verfahren überflüssig) und indirekt auf die Mediationsgruppen (Forderung nach einem eigenen Technikvergleich) sowie auf die TASI (Änderung derselben führt zu einer veränderten Aufgabe). Bemerkt werden sollte in diesem Zusammenhang auch, daß sich lediglich Teilnehmer/innen zu Worte meldeten, die offensichtlich über weitergehende Vorinformationen verfügten. Da wir diese Gruppe nicht weiter verfolgten, können wir keine Angaben machen, inwieweit es in späteren Sitzungen zu Veränderungen beim Beteiligungsverhalten kam und welche Rolle die gestellten Fragen für die weitere Mitarbeit hatten.

4.2.2.2 Die 2. Sitzung: Referate aus der 1. Phase der Bürgerbeteiligung und Beginn mit den Wertbäumen für die Standortsuche

Die 2. Sitzung war geprägt von der Vorstellung der Ergebnisse der 1. Phase der Bürgerbeteiligung und der ersten Sammlung von Standortbewertungskriterien für den Wertbaum. Im einzelnen verlief die Sitzung wie folgt:

- Vorstellung der Tagesordnung (2')
- Verabschiedung des Protokolls (12')
- Vortrag Vertreter Konsensuskonferenz zur 1. Phase (14') und Diskussion (38')
- Pause (20')
- Vortrag Vertreter P.A.N. zur 1. Phase (12') und Diskussion (37')
- zwei AGs sammeln Kriterien für Wertbaum (42').

Bei der Verabschiedung des Protokolls war nur ein Punkt von weiterem Interesse, und zwar bemerkte eine Teilnehmerin, daß ein im Protokoll aufgeführter Vorschlag nicht von den Teilnehmer/innen gekommen wäre, sondern von der Akademie. Festzuhalten ist, daß die Bürger/innen sehr wohl eine Differenz zwischen Akademie und sich wahrnehmen und sie sowohl in der Lage sind, dies zu erkennen als auch die Möglichkeit haben, korrigierend einzugreifen. Für das Vertrauen in die Neutralität der Akademie dürfte dies eine wichtige Rolle spielen.

Bei der Einführung in die Wertbaumanalyse anhand eines Beispiels gab es keine Nachfragen der Bürger/innen. Für die Moderator/inn/en war daher nur schwer abzuschätzen, ob alle das Prinzip nun verstanden hatten.

Der erfreulich kurze Vortrag (14') eines Vertreters der Konsensuskonferenz zu den Ergebnissen der 1. Phase der Bürgerbeteiligung, der Restabfallmengenbestimmung, kam bei den Bürger/innen sehr gut an. Er begann seine Ausführungen mit der Beschreibung der Anfangsschwierigkeiten, die ganz ähnlich gewesen seien, wie die der Teilnehmer/innen an den Bürgerforen, und seiner Motivation, an dem Verfahren teilzunehmen. Wichtig im Vortrag waren vor allem seine Begründung für den Ausstieg nach der 2. Phase, die Kritik an Fichtners großzügiger Abfallprognose sowie die Kritik an der schlechten Datenlage. Vor allem die letzten beiden Gründe sollten erklären, warum auch die Prognose der Konsensuskonferenz angesichts der für 1995 vorliegenden Zahlen zu hoch ausfiel. Die vermittelnde Rolle der Akademie wurde dabei positiv gewertet. Die folgende Diskussion (38') war geprägt durch:

Sachfragen: Was ist Papierschlamm? Was sind Vegetabilien? Wie wird die Abfallmenge in der Region bestimmt? Was sind die Gründe für die Abnahme der Abfallmengen? Wie kommen die unterschiedlichen Abfallmengen in den Kommunen zustande? Wie ist Restmüll definiert? Antwort der Bundesregierung, neueste Abfallstatistiken und -prognosen.

Wertungen: Da stecken wirtschaftliche Interessen dahinter. Längerlebige Produkte kann sich nur die Mittelschicht leisten.

Erfahrungen: MVAs in Ulm/Neu-Ulm, Tübingens erfolgreiche Nachfrage nach freien MVA-Kapazitäten in anderen Kommunen, Leute verbrennen Müll selber, Schüler/innen kaufen zuviel Einweg, in unserer Schule wird getrennt, Druck von Schüler/innen auf Schüler/innen, die alu-verpackte Brote mitbringen, Zunahme von Bierdosen, keine Mülltrennung in der eigenen Firma [hausmüllähnliche Gewerbeabfälle], Abtrennung von Zeitungen birgt noch ein Potential, Verringerung des Sperrmülls durch Erschwerung der Abfuhr, Recyclinghöfe im Enzkreis.

Insgesamt war die Diskussion äußerst sachlich. In der Diskussion spielte der Vertreter der Konsensuskonferenz dabei weniger die Rolle eines Experten als die eines gut informierten Bürgers; eine Distanz zu den anderen Bürger/innen war kaum feststellbar. Bedeutsam war, daß die Teilnehmer/innen ihre eigenen lebensweltlichen Erfahrungen einbringen konnten und so prinzipiell alle an der Diskussion teilnehmen konnten. Lediglich eine Situation führte zu einer kleineren emotionsgeladenen Auseinandersetzung; und zwar als ein Teilnehmer die These aufstellte, daß der Enzkreis weniger Sperrmüllaufkommen habe, weil die Bürger/innen des Enzkreises ihn in Pforzheim abstellen, bestritt ein anwesender Bürger aus dem Enzkreis dies vehement.

Nach der Pause (20') hatte ein Vertreter der P.A.N. Gelegenheit, die Ergebnisse der 1. Phase vorzustellen. Sein Vortrag (12') behandelte die Struktur der P.A.N., den Weg der Entscheidungsfindung und die biologisch-mechanische Abfallbehandlung. Wichtig war ihm die Feststellung, daß eine Kombinationslösung aus 'heiß' und 'kalt' nur zehn Prozent teurer ist als eine rein thermische Lösung. Die Diskussion (37') verlief ganz anders als nach dem ersten Vortrag. Es gab fast ausschließlich Sachfragen, die an den Vertreter der P.A.N. gerichtet waren; die Schilderung eigener Erfahrungen spielte keine Rolle. Die Sachfragen und Beiträge lassen sich wie folgt gliedern:

- P.A.N.: Wer hat die Mitarbeiter/innen der P.A.N. bestimmt? Wieviele Bürgermeister sind in der P.A.N.? Was passiert, wenn sich die P.A.N. nicht einig wird? Wer wird die Anlagen betreiben?
- Fichtner: Wie ist Fichtner ausgewählt worden? Gab es Auswahlkriterien? Fichtner hat sich bei den Mengen 'verhauen'. Wird Fichtner auch die Anlage planen? Sie hätten dann ein Interesse, möglichst hohe Mengen zu prognostizieren.
- Technik: Wie wird die Abfallmenge ermittelt? Kunststoffe müssen nicht verbrannt werden. Wie werden die behandelten Reststoffe abgelagert? Wie wird der Abfall transportiert?
- Recht: Was ist Glühverlust? Muß eine MVA auf jeden Fall gebaut werden und wird eine BMA nur vorgeschaltet? Wird der behandelte Abfall von der BMA zur MVA transportiert?
- Beteiligung: Wir haben Probleme mit der kalten Rotte: Wird nicht der 2. Schritt zuerst getan? Warum gibt es die Aufteilung in heiße und kalte Gruppen, wenn eine MVA auf jeden Fall gebaut werden muß?

Eine Distanz zwischen dem Vertreter der P.A.N. als Experte und den Bürger/innen als Laien war deutlich zu spüren. Die Diskussion war maßgeblich geprägt durch eine Frage-Antwort-Kommunikation zwischen Bürger/innen und Experten. Im Vergleich mit dem Vertreter der Konsensuskonferenz drängte sich der Eindruck auf, daß das Vertrauen in diesen größer war als in den Experten aus den Reihen der P.A.N. Auch wurde der Konsensuskonferenz eher verziehen als dem Ingenieurbüro, daß ihre Abfallprognose für das Jahr 2005 schon ein Jahr später unterboten wurde. Insgesamt zeigte sich eine große Skepsis gegenüber dem Ingenieurbüro. Auch die Struktur der P.A.N. war noch nicht genügend transparent, wie die Nachfragen zeigten.

In der anschließenden Gruppenarbeit (42') sammelten die Teilnehmer/innen in zwei Gruppen Kriterien für den Wertbaum. Hierbei änderte sich die Kommunikationsstruktur. In der be-

obachteten Teilgruppe kamen nun alle Teilnehmer/innen zu Wort. Die Gesprächsatmosphäre war äußerst aufgelockert, was sich z.B. in häufigem Lachen ausdrückte. Eine Differenz der Bürger/innen nach ihren Standortgemeinden war zu keinem Zeitpunkt auszumachen. Statt dessen zeigte sich ein konstruktiver und kreativer Gesprächsverlauf.

Nach den geschilderten Beobachtungen verläuft eine Differenz also nicht in der Gruppe zwischen den Bürger/innen (als Standortvertreter/innen), sondern zwischen der Gruppe und den Randbedingungen der Beteiligung. Am stärksten ist das Mißtrauen gegenüber dem Ingenieurbüro. Dieses kritische Verhältnis betrifft teilweise auch die P.A.N. und darüber wiederum den Aufbau des Beteiligungsverfahrens. Die Akademie wird sehr positiv gesehen, so daß sie ihre eingennommene Vermittlerrolle ohne Probleme erfüllen kann.

4.2.2.3 Die 3. Sitzung: Informationsabend zur Technik der Restabfallbehandlung

Die dritte Zusammenkunft des Bürgerforums war ganz dem Problemkreis der Restabfallbehandlungstechniken gewidmet, wobei der Vergleich zwischen den biologisch-mechanischen Verfahren und der Müllverbrennung im Vordergrund stand. An diesem Abend gab es dazu insgesamt drei etwa zehnminütige Vorträge und einen Videofilm mit einem Interview, woran sich jeweils fünfzehn- bis dreißigminütige Diskussionen anschlossen:

- Einleitung (14')
- Vortrag Akademie-Vertreter zu Restabfallbehandlungstechniken (13') und Diskussion (12')
- Videofilm mit Experteninterview zu Abfallbehandlungstechniken (16') und Diskussion (28')
- Pause (28') mit Möglichkeit zu telefonischen Nachfragen an die Experten aus dem Video
- Vortrag Vertreter der P.A.N. zur Technik (8') und Diskussion (31')
- Vortrag Vertreter der Konsensuskonferenz (10') zur 2. Phase (Technik) und Diskussion (18')
- Diskussion über organisatorische Probleme im aktuellen Verfahren (26').

Während der längeren Einleitung in das Abendprogramm durch die Moderator/inn/en (14') zeigte sich ein kleineres Problem bezüglich der Rekrutierung der Teilnehmer/innen. Ein Teilnehmer wies darauf hin, daß sich bei ihm aus der Gemeinde Bürger/innen gemeldet hätten, die noch in das Verfahren einsteigen wollten und fragte, ob dies noch möglich sei. Die Moderatorin antwortete, daß es sich dabei um ein Mißverständnis handle. Der entsprechende Aufruf in der Zeitung hätte sich auf einen anderen Ort bezogen. Eine Teilnehmerin bemerkte in diesem Zusammenhang, daß ihre auch ausgeloste Nachbarin jetzt doch mitmachen wolle. Der Co-Moderator sagte dazu, daß sie jetzt nicht mehr einsteigen könne, da für sie nun eine andere Person

mitmache. Interessant ist an dieser Gesprächssequenz weniger das angesprochene Problem der Auswahl und Gewinnung der Teilnehmer/innen - zumindest zeigten die anwesenden Bürger/innen hierfür Verständnis - vielmehr zeigt sich, daß die Teilnehmer/innen in ihrer Gemeinde bekannt sind und ggf. auch von anderen Bürger/innen angesprochen werden. Auf der Eröffnungsveranstaltung in Bad Liebenzell sammelten einige Gemeindevertreter sogar die Adressen.

Anschließend referierte ein Mitarbeiter der Akademie und Experte in thermischen Abfallbehandlungstechnologien über Vor- und Nachteile von heißen und kalten Verfahren (13'). Die schon während des Vortrags beginnende Diskussion (12') verlief wieder im bereits oben beschriebenen Frage-Antwort-Stil einer Laien-Experten-Kommunikation. Bei den hauptsächlich technischen Fragen und Aussagen überwogen solche zur biologisch-mechanischen Behandlung. Hierfür sind drei Faktoren wichtig: 1. Diese Technik ist Gegenstand für die Standortsuche dieser Gruppe. 2. Beim Vortrag gab es mehr Informationen zu den heißen Verfahren. 3. Anscheinend sind biologisch-mechanische Verfahren unbekannter und schwerer vorstellbar als Verbrennungstechnologien. Eine Teilnehmerin bemerkte hierzu: "Wenn ich das sehe, kann ich da mehr mit anfangen", während ein Teilnehmer nach einigen Nachfragen für sich folgerte: "Das ist alles so kompliziert, da schmeißt man besser alles in einen Topf." Im einzelnen gab es folgende Nachfragen: Was ist biologischer Abbau? Was sind das für Bakterien, werden die hinzugegeben? Was heißt "unter Luftabschluß"? Können auch Kunststoffe biologisch abgebaut werden?

Bei den Fragen und Aussagen zur Verbrennung wurde deutlich, daß sich hier wahrscheinlich die Informationen aus der zweiten Phase des Bürgerbeteiligungsverfahrens bereits niederschlugen. So bemerkte ein Teilnehmer, daß bei der Verbrennung die Schadstoffe über den Schornstein rausgingen und daß es beim Thermoselectverfahren auch kaum Betriebserfahrungen gebe. Hier widersprach er dem Referenten, was die Möglichkeit der Filterung bei der Verbrennung und die mangelnde Erfahrung mit biologisch-mechanischen Anlagen angeht. Die beiden einzigen Fragen zur Verbrennungstechnologie richteten sich auf die Energienutzung und den Verbleib der Schlacken. Die einzige mehr vergleichende Frage drehte sich um die Höhe von Deponierungskosten.

Im darauf folgenden Videofilm (16') erhielten die Teilnehmer/innen weitere Informationen in Form eines Interviews einer Vertreterin der Akademie mit zwei Ingenieuren zum Vergleich 'heißer' und 'kalter' Behandlungsverfahren, der u.E. ähnlich wie im vorangegangenen Vortrag 'heiße' Verfahren tendenziell besser bewertet. Die anschließende Diskussion (28') kann in zwei Phasen gegliedert werden: In der ersten Hälfte wurden überwiegend Fragen gestellt, die z.T. vom Co-Moderator direkt beantwortet wurden oder zu deren Beantwortung auf die nachfolgenden Vortragenden verwiesen wurde. Die zweite Hälfte war dagegen eher von allgemein-politi-

schen Aussagen zum Problemkreis der Abfallzusammensetzung und des Verbotes problematischer Stoffe geprägt.

Allgemein wurde gefragt: Was ist Restmüll? Welchen Weg durchläuft er bei der Behandlung und was soll in einer BMA behandelt werden? Bezüglich der 'kalten' Anlagen wurde gefragt: Wie groß ist die Verringerung der Abfallmenge durch die Behandlung? Wie lange dauert die Behandlung? Was passiert mit den Abgasen? Worin besteht der Unterschied zwischen BMA und MBA? Zum Thema 'heiße Verfahren' wurde gefragt: Wie werden beim Thermoselectverfahren die 2000°C erreicht? Wo kommen die während der Abgas- und Schlackenbehandlung anfallenden Salze und Filterstäube hin? Was kostet deren Deponierung? Ein Teilnehmer zweifelte darüber hinaus an, daß Schlacken aus MVAs beim Straßenbau eingesetzt würden, er hätte so etwas zumindest noch nicht gesehen. Die Wirkung des Videos wird besonders in einem Wortbeitrag eines Teilnehmers deutlich. Er sei geschockt von dem Video, bisher sei er eigentlich für 'kalt' gewesen, aber bei den geringen Mengenveränderungen sei dies schwierig. Anschließend wechselten die Teilnehmer/innen ihre Gesprächshaltung von Fragen zu Aussagen. Der Beginn wurde mit der Forderung nach einem Verbot von für die Entsorgung problematischer Stoffen gemacht. Hier seien sicher die Lobbyisten dagegen und die Industrievertreter würden behaupten, dies sei technologiefeindlich. Als paradigmatische Beispiele wurden dabei die Verbote von Asbest und FCKWs diskutiert. In der Pause (28') hatten die Teilnehmer/innen die Möglichkeit, per Telefon Nachfragen an die im Video interviewten Ingenieure zu stellen, dies wurde jedoch kaum oder gar nicht genutzt.

Insgesamt zeigte sich, daß weiterhin ein hoher Informationsbedarf vorhanden war. Der Diskussionsstil hatte nur in der Anfangsphase den Charakter einer Frage-Antwort- oder Laien-Experten-Kommunikation, um im zweiten Teil ganz den Charakter eines Gespräches unter Gleichen anzunehmen. Die Moderator/inn/en wurden in beiden Phasen ihrer neutralen Rolle gerecht, d.h. sie wurden weder zu fachlichen Experten noch zu betroffenen Bürger/innen. In der ersten von Fragen dominierten Hälfte wurde dies dadurch erreicht, daß für die Beantwortung der meisten Fragen auf die folgenden Referenten verwiesen wurde. In der zweiten Hälfte moderierten sie lediglich den Gesprächsverlauf und lieferten nur selten inhaltliche Beiträge.

Der Vertreter der P.A.N. betonte in seinem Vortrag (8') - wie bereits am zweiten Abend - die Sinnhaftigkeit einer Kombinationslösung. Vor allem in der Diskussion (31') entkräftete er einige der im Video genannten Argumente gegen biologisch-mechanische bzw. für thermische Verfahren, insofern wirkte er hauptsächlich als Protagonist 'kalter' Verfahren. Die Fragen und Aussagen der Bürger/innen bezogen sich entsprechend weitgehend auf 'kalte' Verfahren:

Warum ist eine verkürzte Rotte teurer? Wie unterscheidet sich diese vom Verbrennen? Was wird angeliefert und was für ein Produkt entsteht? Welche Abfallfraktionen können behandelt werden? Wie lange dauert die Rotte genau? Was machen die Bakterien mit einer CD? Wieviel Abfall bleibt nach der Rotte übrig? Hierbei empfand eine Teilnehmerin, daß doch recht viel übrig bleiben würde. Des weiteren wurden folgende Themen angesprochen: Wo kommen eigentlich die Abfallmengen her, wobei die hohen Zahlen bezweifelt wurden. Was für Anlagen gibt es in Ludwigsburg? Was aus der MVA in die Luft geht, kommt auch runter.

Insgesamt verlief die Diskussion im Laien-Experten-Stil ab. Unklar blieb, inwieweit die oben beschriebenen wachsenden Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer biologisch-mechanischen Vorbehandlung durch den Vertreter der P.A.N. zerstreut werden konnten. Auf jeden Fall erscheint die gewählte Reihenfolge und Hintereinanderschaltung der Expertenbeiträge mit anschließender Diskussion als richtiger Weg. Wäre der Abend nach dem Video zu Ende gewesen, hätten wahrscheinlich einige Teilnehmer/innen daran gezweifelt, daß es überhaupt sinnvoll ist, 'kalte' Anlagen zu errichten und dafür einen Standort zu suchen.

Auch der letzte Vortrag des Abends stärkte die Option 'kalter' Behandlungsverfahren. Ein Vertreter der Konsensuskonferenz, der selber für die rein 'kalte' Variante gestimmt hatte, sofern es die TASI zuläßt, berichtete in einem persönlich gehaltenen Vortrag (10') über die Ergebnisse der 2. Phase der Bürgerbeteiligung. Die anschließende inhaltliche Diskussion (18') mußte wegen der fortgeschrittenen Zeit kürzer als gewünscht ausfallen. Bei den Bürger/innen wurde daraufhin in einer längeren Diskussion Kritik am Verfahren geäußert (26').

Schon zu Beginn der inhaltlichen Diskussion bemerkte eine Teilnehmerin, daß sie sich für den Vertreter der Konsensuskonferenz mehr Vortragszeit gewünscht hätte. Im weiteren wurden folgende Themen diskutiert: Mit Bezug auf das Video und den Vortrag des P.A.N.-Vertreters und den MVA-BMA-Vergleich wurde unter Hinweis auf zukünftige Generationen gefragt, wie sicher Deponien seien. Es folgte die Feststellung, daß im Produkt einer biologisch-mechanischen Behandlung noch viele Schadstoffe enthalten seien, so daß nicht mit Sicherheit gesagt werden könne, ob dies die optimale Lösung sei. Auch wurde gegen die BMAs die große Menge des zu deponierenden Restes als ein Negativum angeführt.

Die Beendigung der Diskussion durch die Moderatorin - es war 21:50 Uhr, um 22:00 Uhr mußte das Gebäude verlassen werden - leitete eine längere formale Diskussion ein. Dabei wurde verschiedentlich Kritik laut, die hier chronologisch und thesenhaft wiedergegeben wird; das gleiche gilt für Gegenpositionen von anderen Teilnehmer/innen, die mit Buchstaben nach der

Nummer gekennzeichnet sind. Die verteidigenden Antworten der Moderator/inn/en werden nicht mit angegeben:

1. Dem Vertreter der Konsensuskonferenz hätte mehr Zeit eingeräumt werden müssen, da er noch mehr interessante Informationen hätte weitergeben können.
2. Einige Informationsmaterialien hätten schon jeweils einen Abend früher verteilt werden müssen.
3. Mündlich vermittelte Informationen seien besser, daher müßte der Austausch hier verstärkt werden. "Ich komme mir jetzt im Moment vor, ich muß das jetzt mal ablassen, wie in einem Selbststudium."
4. Der Zweck der Bürgerforen sei es, "daß Emotionen niedrig gehalten werden. Wir werden mit Material vollgestopft, nach dem Motto: 'Die müssen ja noch im Geschäft schaffen, wann sollen die das alles durcharbeiten. Die können das gar nicht.'"
- 4a. "Es ist, glaube ich, wichtig, daß Emotionen schon kanalisiert werden, daß wir selbst auch in der Lage sind, sie zu kanalisieren. Obwohl wir die Sensibilität nicht verlieren dürfen für die Brisanz."
5. Die Akademie lerne nicht dazu, schon in Phase 1 und 2 habe alles unter Zeitdruck gestanden.
- 5a. "Das Leben ist mit Zeitdruck. Das können wir nicht verändern."
6. "Die Zeitnot in diesem Verfahren ist programmiert, ist Programm, ist Teil des Programms... Man hätte die Zeit auch planen können. Man hätte das ganze Verfahren nicht so komprimieren müssen."
- 6a. Die Unterstellung, daß die Zeitnot geplant sei, könne nicht stehen gelassen werden. "Das Verständnis kommt vielleicht in der letzten Sitzung vollends dann durch. Wenn ich jetzt an ihre Zeitnot denke, dann ist das ja schon wieder verlorene Zeit, daß wir da überhaupt so lange drüber diskutieren... sondern daß wir wesentlich mehr Inhalte rüber kriegen."
- 6b. In einem eher persönlichen Angriff gegen die eine Bürgerin, die das Zeitnotargument vorbrachte, bemängelte ein Teilnehmer, daß sie nach der personellen Zusammensetzung der P.A.N. gefragt habe, was ihn persönlich nicht interessiert hätte.
7. Die Thematik des dritten Abends - 'heiße' versus 'kalte' Behandlungsverfahren - hätte auf der 1. Sitzung des Bürgerforums behandelt werden müssen, dann wären die beiden anderen Sitzungen leichter zu verstehen gewesen.

Zusammengefaßt gab es damit drei Problembereiche: die Art der Informationsweitergabe (wann, schriftlich oder mündlich, Reihenfolge der Themen), Zeitdruck und Unterdrückung der Emo-

tionalität. Bei dem Stellenwert dieser Kritikpunkte muß betont werden, daß nur der Komplex der Informationsweitergabe unwidersprochen blieb. Diese Schwierigkeiten sind allerdings kaum lösbar, da die individuellen Vorlieben und Lernarten unterschiedlich sind. Die Betonung der Bedeutung mündlicher Kommunikation könnte auf einen Unterschied zwischen lebensweltlichen und wissenschaftlichen Verständnisprozessen hindeuten. Bei den letztgenannten hat eventuell das geschriebene Wort eine größere Bedeutung.

Sowohl bei der Frage des (geplanten) Zeitdrucks als auch bei der Unterdrückung der Emotionalität gab es unmittelbar Einwände von Seiten der anderen Teilnehmer/innen. Da das persönliche Klima in der Gruppe äußerst freundlich und wohlwollend war, kann davon ausgegangen werden, daß die Probleme damit gelöst wurden. Der Verteidigung des Verfahrens aus den eigenen Reihen kommt dabei ein schwereres Gewicht zu als der von Seiten der Moderator/inn/en, da zwischen den Bürger/innen großes Vertrauen herrscht und offensichtlich niemand davon ausgeht, daß hier ein (betroffenes) Akademiemitglied versucht, das Verfahren zu verteidigen. Für die Moderation und Konfliktlösung in der Gruppe ist dies eine ausgesprochen günstige Situation.

Die Differenz zwischen dem Vertreter der Konsensuskonferenz und den Bürger/innen war diesmal noch geringer als bei dem Vertreter, der auf der 2. Sitzung referierte. Dies wurde besonders durch den Hinweis auf persönliche Erfahrungen und Belastungen während der letzten Tage bei seinen Vorträgen auf den anderen Sitzungen der Bürgerforen begünstigt. Insofern wurden auch weniger Fragen gestellt als verschiedene Probleme gleichberechtigt diskutiert.

4.2.2.4 Die 4. Sitzung: Exkursion zur BMA, Standortsuche und Kriterien für den Wertbaum

Drei Themen bestimmten den vierten Abend: ein Gedankenaustausch über die Exkursion zur BMA nach Düren, die Standortwahlkriterien und das Vorgehen des Ingenieurbüros sowie die Sammlung von Kriterien für den Wertbaum. Damit war dies der erste Abend, auf dem die eigentliche Aufgabe der Bürger/innen - Standortempfehlungen zu erarbeiten - in den Vordergrund rückte:

- Einleitung (5')
- Rückblick: Exkursion zur BMA in Düren (16')
- Einführung in die drei Videos (9')
- Videofilme mit Fichtner zu den Themen (26'):
 - Methodik der Standortsuche
 - Ergebnis der Standortvorauswahl
 - Verkehrsaufkommen durch Müllfahrzeuge
- Diskussion in vier AGs zu den Videos (34')
- Pause (15')
- Vorstellung der Ergebnisse der AGs im Plenum, Wandzeitung (32')
- Brainstorming zu den Wertbaumkriterien (10')
- Organisatorisches (6').

Die nach der Einleitung (5') geäußerten Erinnerungen an die Exkursion zur BMA (16') waren recht unterschiedlich, besonders weil es zwei Besichtigungsgruppen gegeben hatte, die unterschiedliche Programme absolviert hatten. Einige Teilnehmer/innen bemängelten, daß sie nicht gesehen hätten, was 'hinten raus kommt'. Von dem, was eine Teilnehmerin sehen konnte, war sie enttäuscht: Plastik, Strümpfe, mit 'biologisch' habe das nichts zu tun. Die Mengenreduktion sei damit fraglich. Sie zeigte sich auch verwundert darüber, daß keine Atemschutzmasken getragen wurden; ihr und einer anderen Teilnehmerin habe der Geruch zu schaffen gemacht. Andere Besucher/innen hatten diese Probleme jedoch nicht. Eine Nachfrage zur Biofilterung konnte ein Bürger beantworten, der sich mit dieser Technologie gut auskannte. Aufgrund des fehlenden Gleisanschlusses folgerte ein Teilnehmer, daß das Gleisanschlußkriterium des Gutachterbüros der P.A.N. überflüssig sei. Unklar war einer Teilnehmerin geblieben, was mit den Abwässern passiere. Diese Frage wurde in engem Zusammenhang mit den Deponiesickerwässern gesehen, die auf der direkt angrenzenden Deponie entstehen. Insgesamt zeigten die Schilderungen der Bürger/innen eine gewisse Ernüchterung über die Möglichkeiten einer biologisch-mechanischen Abfallbehandlung.

Nach einer Einführung (9') wurden drei Videofilme (26') vorgeführt. Sie zeigten Interviews einer Vertreterin der Akademie mit dem von der P.A.N. beauftragten Gutachterbüro zu den Themen: Methodik der Standortsuche, Ergebnis der Standortvorauswahl und Verkehrsaufkommen durch Müllfahrzeuge je nach Standortkombination. In der anschließenden Arbeit (34') in vier Kleingruppen wurden das Vorgehen des Gutachterbüros diskutiert und Fragen formuliert. Nach der Pause (15') stellten die einzelnen Gruppen die Ergebnisse anhand einer Wandzeitung im Plenum (32') vor.

Die meisten Kriterien des Ingenieurbüros waren für die Bürger/innen verständlich und begründet. Unklar blieben planerische Fachbegriffe (bauleitplanerische Ausweisung, regionalplanerische Freiraumnutzung) und die Frage, welche Standorte vom Gutachterbüro vor Ort angeschaut worden waren. Die letzte Frage wurde direkt von den Bürger/innen anhand des Gutachtens beantwortet, wonach alle favorisierten Standorte besichtigt worden seien. Eine Teilnehmerin merkte an, daß einige Gemeinden dort schnell etwas gebaut hätten, um der weiteren Standortsuche zu entgehen. Während der Diskussion wurde ein Fehler entdeckt; es müsse wahrscheinlich bei der Entfernung zum Überschwemmungsgebiet 'größer als 650 Meter' statt 'kleiner als' heißen.

Für eine längere Diskussion (12') sorgte ein Bereich, der mit 'Über-den-Tellerrand-schauen' titulierte werden kann. Hierzu zählen zunächst die Fragen, ob nicht bei einer Reduktion der Müllmenge die angenommenen Mindestflächen für die Anlagen verkleinert werden müßten und ob künftige Entwicklungsmöglichkeiten der betroffenen Standortgemeinde berücksichtigt worden

seien. Weitergehend wurde diskutiert, daß bei der Standortsuche über die Regionsgrenzen hinaus gedacht werden müßte. Hier wurde darauf verwiesen, daß es in Stuttgart bereits eine nahegelegene MVA gebe. Dann wäre auch kein Bürgerforum mehr erforderlich. Eine andere Gebietskörperschaft hätte bei allen MVAs in der Bundesrepublik nachgefragt und alle hätten noch freie Kapazitäten. Laut einer Pressemitteilung werde der Enzkreis noch dieses Jahr damit beginnen, seinen Abfall in einer Anlage außerhalb der Region zu verbrennen. Mühlacker habe darüber hinaus den Enzkreis dazu aufgefordert, die P.A.N. zu verlassen. Auch sei die Standortsuche in den Grenzen der Region zu eng, da auch Nachbarkreise sagen könnten: 'Kommt zu uns.' Betont wurde dabei, daß die Teilnehmer/innen der Bürgerforen die einzigen seien, die über den engen Bereich der Regionsgrenzen hinaus denken könnten; dem Ingenieurbüro und der P.A.N. stehe diese Möglichkeit nicht zur Verfügung. Als Gegenstimme meinte lediglich ein Bürger, daß es in diesem Bürgerforum einerseits um Standorte für BMAs ginge und andererseits die Aufgabe auch nur die Standortsuche sei. Mit der Diskussion über andere Fragen würde nur viel Zeit vergeudet, außerdem hätten sie darauf keinen Einfluß. Im Ergebnis schlugen die Moderator/inn/en vor, die genannten Punkte als weitergehende Anregungen neben der Standortempfehlung in das Gutachten aufzunehmen, was auf Zustimmung bei den Bürger/innen traf.

Der Abend wurde mit einem Brainstorming zu den Wertbaumkriterien (10') und einigen organisatorischen Themen (6') beendet. Ein Teilnehmer berichtete hierbei von Bestrebungen eines anderen Bürgerforums, selbständig Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Auf die Frage, ob aus ihrer Gruppe jemand mitmachen wolle, gab es aber keine sichtbare Resonanz.

4.2.2.5 Die Standortexkursionen: Der Protest im Süden und Kritik an Fichtner

Bei den Exkursionen zu den 'kalten' Standorten am 16. und 23. März sind vier Punkte besonders wichtig:

- der Unterschied zwischen den nördlich und südlich gelegenen Standorten
- die Atmosphäre zwischen den Teilnehmer/innen
- die Einschätzung der eigenen Aufgabe
- die Bewertung der Arbeit des Ingenieurbüros.

An äußeren Randbedingungen der Besichtigungen fielen neben den lokal unterschiedlichen geographischen Gegebenheiten besonders Unterschiede beim Auftreten der lokalen (administrativen bzw. politischen) Vertreter auf, die den Standort vorstellten sowie hinsichtlich des

Protestgrades der örtlichen Bevölkerung. Hier lassen sich die Standorte in drei Gruppen einteilen:

- Die erste Gruppe umfaßt Standorte, an denen administrative Vertreter sehr sachlich und ohne stärkere Bewertungen über die Bedingungen der jeweiligen Standorte berichteten; Anwohner waren hier nicht zugegen. Hierzu gehörten die beiden Standorte in Pforzheim: Obsthof und Wilferdinger Höhe.
- Zur zweiten Gruppe rechnen wir Standorte, bei denen lokale Politiker oder Verwaltungsvertreter anwesend waren, bei denen eine ablehnende Haltung zu dieser Standortwahl deutlich zum Ausdruck kam, aber keine Anwohner anwesend waren. Hierzu zählen im wesentlichen die Standorte des Enzkreises: Neulingen (Deponie Hohberg), Mühlacker und wahrscheinlich der Standort Ölbronn, bei dessen Besichtigung wir aber nicht zugegen waren.
- Die dritte Gruppe unterscheidet sich von der zweiten dadurch, daß zusätzlich noch starke Proteste der anwesenden Bevölkerung zu verzeichnen waren. Hierzu zählen die Standorte Heimsheim (im Enzkreis), bei dem zusätzlich noch ein Förster und der Leiter der Justizvollzugsanstalt anwesend waren, Nagold (Kreis Calw) sowie aus dem Kreis Freudenstadt die Standorte Freudenstadt (Deponie Bengelbruck), Eutingen und Horb. Besonders beeindruckend waren dabei die Protestformen in Freudenstadt und in Eutingen.

Die Atmosphäre zwischen den Teilnehmer/innen war äußerst gelöst und entspannt. Selbst kontroverse Standortfragen wurden freundlich diskutiert und durch Scherze angereichert. Als Beobachter fühlte man sich dabei an frühere Klassenfahrten erinnert, so daß diese Exkursion einen äußerst positiven Effekt auf die Gruppenbildungsprozesse hatte bzw. die positive Entwicklung deutlich zum Ausdruck brachte. Dies war sowohl innerhalb des Busses als auch bei den jeweiligen Diskussionen an den Standorten zu beobachten, die von sachlichen und interessierten Nachfragen geprägt waren.

Bei einer Standortbesichtigung wurde allerdings deutlich, daß einige Teilnehmer/innen ihre Möglichkeiten, auf die politischen Entscheidungen Einfluß zu nehmen, äußerst skeptisch beurteilten. Ein politischer Standortvertreter endete seine Ansprache mit dem Satz: "Sie haben es in der Hand." Hierauf entbrannte eine kleine Diskussion, in der einige Bürger/innen meinten, daß sie eher an einem Sandkastenspiel beteiligt seien; sie hätten nichts zu entscheiden. Sie könnten lediglich Anstöße geben und dies auch nur auf der Basis der Standortvorauswahl des Gutachterbüros.

Besonders problematisch erscheint das Bild des Ingenieurbüros, daß sich bei vielen Teilnehmer/innen offensichtlich eingestellt hat. So fielen auf der Mittagsveranstaltung am ersten Besichtigungstag, bei dem der 1. Bürgermeister Pforzheims eine Rede hielt und die Gelegenheit für Nachfragen gegeben war, gleich mehrere Kritikpunkte. Das Ingenieurbüro habe bestimmte Kriterien nicht berücksichtigt, einen Standort benannt, der schon bebaut gewesen sei und sich bei den Arbeitsplatzeffekten einer BMA mit vierzig Arbeitsplätzen deutlich verschätzt. Dies verdichtete sich in der Einschätzung eines Teilnehmers, daß Fichtner wohl nicht der richtige Partner für die P.A.N. sei, wenn ihm solche Fehler unterliefen. Zwar konnten die anwesenden Vertreter/innen der P.A.N. und der Akademie diese Vorwürfe inhaltlich entkräften, doch blieb bei den Bürger/innen der Eindruck bestehen, daß dem Gutachterbüro grobe Fehler unterlaufen seien. Insofern mißtrauten sie grundsätzlich zunächst allen Angaben von Fichtner. Viele dieser Kritikpunkte stammen dabei von den lokalen administrativen und politischen Vertretern, die die Standorte vorstellten. Hier waren immer wieder Angriffe auf das Gutachterbüro zu vernehmen, die bei den Bürger/innen auf fruchtbaren Boden fielen.

4.2.2.6 Die 5. Sitzung: Rückblick auf Standortbesichtigungen, Diskussion mit dem Ingenieurbüro und Weiterarbeit am Wertbaum

Die zentralen drei Themenblöcke des 5. Treffens der Bürgerforen waren ein Rückblick auf die Standortexkursionen, eine Diskussion mit dem Ingenieurbüro und die Weiterarbeit am Wertbaum:

- Einleitung, Verabschiedung des Protokolls (11')
- Rückblick auf Standortexkursionen (20')
- Diskussion mit Ingenieurbüro, zusammen mit der Parallelgruppe (95')
- Pause
- Beratung, ob die Diskussion mit dem Ingenieurbüro weitergeführt werden soll [nein] (15')
- Weiterarbeit am Wertbaum (40').

Bei der Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung wünschte eine Teilnehmerin den Zusatz: "Lärm, Staub und Gestank verfolgten uns von der Anlieferungshalle bis zum Endprodukt und Biofilter." Diesem Anliegen widersprachen einige Teilnehmer, die sich bisweilen über die Empfindlichkeit etwas belustigt zeigten. Gegen die zusätzliche Aufnahme dieses Punktes in das Protokoll als persönliche Meinung auf Vorschlag der Moderation gab es dann aber keine Einwände.

Bei der Rückschau auf die Standortbesichtigung wurde die große Bedeutung des visuellen Eindrucks der Standorte deutlich. Für zwei Teilnehmer war bereits klar, daß eigentlich nur der

Standort Obsthof in Pforzheim in Frage käme. Der Standort Pforzheim Wilferdinger Höhe sei dagegen, nach Meinung eines dieser Teilnehmer, wegen der Nähe des in Windrichtung liegenden Gewerbegebietes indiskutabel. Er sei zumindest mehr am Arbeitsplatz als zu Hause. Ein Teilnehmer fragte generell, warum überhaupt Gewerbegebiete besonders bevorzugte Standorte seien, wo doch dort Menschen arbeiteten. Der Standort in Horb falle weg wegen der Getreidemühle, und Eutingen liege zu weit abseits. Der Standort in Nagold habe gezeigt, daß das Gutachterbüro schlecht gearbeitet habe. Hierbei wurde auf die Kritik der örtlichen Bürgermeister während der Standortbesichtigung angespielt. Danach sei der Standort mehrmals nach Osten verschoben worden, da der anvisierte Bereich bereits bebaut gewesen sei. Diese Verschiebung würde aber im Widerstreit zu den Bebauungsplänen der außerhalb der Region liegenden Nachbargemeinde Mötzingen stehen. Dies sei vom Ingenieurbüro nicht berücksichtigt worden.

Diese kritische Haltung gegenüber der Arbeit des Gutachterbüros, die bereits bei den Standortbesichtigungen deutlich zu beobachten war, prägte auch die anschließende Diskussion. Einige Teilnehmer/innen waren sichtlich daran interessiert, dem Ingenieurbüro deutlich ihre ablehnende Meinung zu sagen und hatten sich darauf schriftlich vorbereitet. Aus zeitlichen Gründen wurden für diese Diskussion die jeweils parallel tagenden Gruppen zusammengeschlossen.¹⁹ Zunächst wurde das allgemeine Vorgehen des Ingenieurbüros diskutiert. Folgende Themenbereiche wurden behandelt: externe Vorgaben für das Ingenieurbüro, Unterscheide beim Verkehrsaufkommen, Begriffsprobleme (Freiflächen, Binnenwaldflächen, Zentralität, Gewerbegebiet), Wasserschutzgebiete, warum drei oder vier Standorte, Nähe zu Kreisgrenzen, Entfernung von der Wohnbebauung, Weg der Vorauswahl der 200 Standorte, Zeitpunkt der Bürgerbeteiligung (warum nicht frühere Einbeziehung der Standortgemeinden, wie sollen Bürgerforen Empfehlung aussprechen, wenn Gutachten noch nicht die aktuellen Gemeindedaten berücksichtigt, warum nicht auch Bürgerforen in Phase 1 und 2, Planung ohne sichere Abfallmengendaten), Eigentumsfrage, Gleisanschlußkriterium, thermische Behandlung durch den Enzkreis. Auf einige Punkte werden wir nun etwas ausführlicher eingehen.

Einen besonders heftigen Angriff formulierte ein Teilnehmer, der äußerst erregt dem Gutachterbüro nachweisen wollte, daß es mit den vorausgewählten Standorten gegen seine eigenen Kriterien verstoßen und das Gutachten deswegen keinen Wert habe. Im einzelnen verstießen die Standorte Freudenstadt und Heimsheim gegen das Kriterium der Schonung von Binnenwaldflächen, beim Standort Neulingen blieben die Dolinen außer acht, und die 500-Meter-Grenze zur

¹⁹ Diese zeitlichen Vorteile bringen sicher den Nachteil mit sich, daß weniger Personen zu Wort kommen können und die sonst zu beobachtenden Mechanismen der Konfliktmittlung und Verständnishilfe durch andere Gruppenmitglieder nicht funktionierten, zumindest waren sie im Gegensatz zu den anderen Abenden nicht zu beobachten. Dies blieb allein dem Moderator der anderen Gruppe überlassen, der diese Aufgabe übernommen hatte.

Wohnbebauung sei im Fall Nagold gegenüber Mötzingen mit 250 Metern deutlich unterschritten. Die Gegenargumente des Gutachters, daß Dolinen kein Kriterium im Gutachten seien, die 250 Meter Abstand zur Wohnbebauung sich bei einer Besprechung in Mötzingen nicht gezeigt hätten bzw. die übergeordneten Behörden die richtigen Karten hätten und nicht die Gemeinden, sowie, daß zwischen Binnenwaldflächen und Randflächen unterschieden werden müsse, stießen auf taube Ohren. Vor allem die Unterscheidung zwischen Binnenwaldfläche und randständigem Wald war dem immer erregter wirkenden Bürger nicht zu vermitteln. An den non-verbale Reaktionen einiger Nachbarn war abzulesen, daß er damit nicht der einzige war. Die Ablehnung gegenüber Fichtner war an diesem Punkt anscheinend bereits so verfestigt, daß eine unmittelbare und sachbezogene Diskussion nicht mehr möglich war. Hier wären längere Verständigungsprozesse nötig gewesen, um die emotionalen Verfestigungen aufzulösen. Ein späteres Pausengespräch zeigte, daß informelle Gespräche mit Personen, die in der gleichen Situation stecken und denen vertraut wird, äußerst wichtig sind. Ein Teilnehmer aus derselben Gruppe wie der Kritiker übersetzte das Problem dahingehend, daß der Hinweis auf den Unterschied zwischen Binnenwald und randständigem Wald wohl stimme, insofern müsse hier die Kritik auf die Abholzung von randständigem Waldstücken in ihrer wichtigen Windschutzfunktion für den gesamten Wald umgemünzt werden.

Interessant ist die ergebnisbedingte Rekonstruktion eines Kriteriums. So werteten zwei Teilnehmer/innen die Auswahl Nagolds als klares Indiz dafür, daß die Nähe zur Kreisgrenze ein Kriterium gewesen sei. Für sie sei es klar, daß Randgebiete bevorzugt würden. Daran änderte weder, daß der Gutachter betonte, daß dies kein Kriterium gewesen sei, noch, daß sich dies aus der wirtschaftlichen bzw. verkehrstechnischen Struktur der Region ergebe.

Ein wichtiger Punkt ist der Umgang mit (unsicheren) Randbedingungen. Hier hatten die Teilnehmer/innen offensichtlich Schwierigkeiten. Dies zeigte sich in den Fragen, warum nicht bereits in den ersten beiden Phasen der Beteiligung mit den Bürgerforen gearbeitet worden wäre, was aus dem Enzkreisbeschluß zur thermischen Behandlung in bestehenden Anlagen folge und warum die Gutachter nicht früher an die Gemeinden herantreten wären, um ihre Daten mit diesen abzugleichen. Zum letzten Punkt bemerkte eine Person, daß das Verfahren wohl zu früh begonnen worden wäre. Eine Teilnehmerin stellte zudem fest, daß es für eine Standortempfehlung einfacher sei, wenn die Müllmengen und die Art der Anlagen zur Abfallbehandlung feststünden. Die Antwort der Vertreterin konnte diese Fragen, die auch im Verlaufe der anderen Sitzungen aufgekommen waren, sicher etwas entkräften, dennoch ist anzunehmen, daß es sich um ein schwer zu verarbeitendes Problem handelt. Die Unsicherheit von Prognosen brachte die Vertreterin der P.A.N. treffend auf den Punkt: "Das einzige, was an einer Prognose sicher ist, ist, daß sie nicht zutrifft."

Nach der folgenden Pause hatten die Bürger/innen in ihren Einzelgruppen darüber zu befinden, ob sie lieber den noch ausgesparten Punkt der konkreten Standortdiskussion mit dem Gutachter und der P.A.N.-Vertreterin erörtern oder ob sie am Wertbaum weiterarbeiten wollten. Während sich die von uns beobachtete Gruppe für letzteres entschied, nahm die andere Gruppe die Gelegenheit wahr, weiter die Standorte zu diskutieren. Dieses Ergebnis zeichnete sich bereits während der Diskussion ab, die durch ein deutliches Übergewicht dieser Gruppe im Verhältnis 2:1 bei den Wortmeldungen gekennzeichnet war. In unserer Gruppe setzten sich die Befürworter einer Weiterarbeit am Wertbaum mit verschiedenen Argumenten durch. Es sei zu befürchten, daß sich bei der Standortdiskussion sicher der Lokalpatriotismus durchsetzen werde. Diesem Punkt stimmten drei Bürger explizit zu. Eine Teilnehmerin bemerkte, daß Fichtner die Bürger/innen "nur vollgelabert hat". Die Besichtigung habe mehr gebracht, ergänzte eine andere Bürgerin. Außerdem könne das Ingenieurbüro zu einzelnen Fragen sicherlich auch angerufen werden und alle Standorte würden an diesem Abend sowieso nicht mehr abgehandelt werden können. Schließlich würden sie ihre eigenen Kriterien entwickeln und hier schlage sich die Kritik am Gutachterbüro auch nieder. Dem wurden nur zwei Argumente entgegengebracht. Es ginge nicht um Lokalpatriotismus, sondern die Anwohner würden die lokalen Gegebenheiten am besten kennen. Problematisch sei auch, daß ihre Standortempfehlung sich nur im Rahmen der Vorauswahl durch das Gutachten bewegen würde.

Die anschließende Weiterarbeit am Wertbaum (40') verlief sehr konstruktiv und hatte den Charakter eines Brainstormings. Eine (exemplarische) Darstellung der Probleme bei der Erstellung des Wertbaumes erfolgt im nächsten Kapitel.

4.2.2.7 Der Workshop: Komplettierung des Wertbaums, Standortempfehlung und weitere Empfehlungen

Der zweitägige Workshop diente der konzentrierten Komplettierung der Arbeit in den Bürgerforen. Er dauerte am Freitag von 17:00 bis 21:40 und am Samstag von 9:00 bis 18:10. Der erste Tag gestaltete sich wie folgt:

- Einleitung, Verabschiedung des Protokolls (10')
- Vervollständigung der Wertbäume (129'), incl. Pause (24')
- Gewichtungen der Kategorien in drei AGs (35')
- Abstimmung der Gewichtungen im Plenum (75').

Nach der Vorstellung des Programms der nächsten beiden Tage gab es zwei Kritikpunkte (5'). Ein Teilnehmer entrüstete sich darüber, daß die Datenbögen, die zur Vorbereitung der Standortbewertung dienen sollten, erst Donnerstags (letzter Woche) bei ihm angekommen seien und sie Dienstags bereits wieder zurückgesandt werden sollten, so daß zu wenig Zeit bestanden

hätte, diese auszufüllen. Andere Gruppenmitglieder bestätigten dies. Das Lachen der Teilnehmer nach dem Hinweis des Kritikers, daß gerade an diesem Wochenende schönes Wetter und damit seit längerem wieder Gartenarbeit möglich gewesen wäre, zeigt, daß diese Kritik relativ unproblematisch war. Allerdings hatten nur fünf Teilnehmer/innen die Datenbögen ausgefüllt, wobei nur drei die gewünschten qualitativen Bewertungen der Standorte und zwei fälschlicherweise bereits eine quantitative Einschätzung vorgenommen hatten. Insofern ist die beabsichtigte ‘Hausarbeit’ als mißlungen anzusehen. Die maximale Arbeitsbelastung der Bürger/innen war also offensichtlich erreicht.

Ein zweiter Teilnehmer fragte danach, wann Zeit für eine Diskussion darüber bestünde, “wie wir das grundsätzlich sehen mit thermischen Anlagen überhaupt, also diese Grundsatzfrage, die immer so im Raum steht”. Die Moderation verwies dabei auf die Sammlung der weiteren Empfehlungen am Ende des Workshops. Interessant war die positive Beurteilung der Resolution der Konsensuskonferenz durch eine Teilnehmerin.

Bei der Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung (5') bemängelte eine Teilnehmerin, daß ihre in der Diskussion zurückgestellte Frage an Fichtner nicht ins Protokoll aufgenommen worden sei. Diese drehte sich darum, daß in einem ersten Datenblatt Fichtners die Bundesstraße B28n im Raum Horb als noch nicht vorhanden galt, während sie später als schon gebaut bezeichnet wurde. Die konkrete Frage verwies auf die problematische Einschätzung des Ingenieurbüros: “Meine Frage war, ob das exemplarisch für viele andere Ungereimtheiten auch ist oder wie das zu verstehen ist.” Mit der Aufnahme dieser Frage ins Protokoll wurde dieses verabschiedet.

4.2.2.7.1 Die Vervollständigung des Wertbaums am 1. Tag

Die im Laufe der anschließenden Diskussion vorgenommenen Veränderungen des Wertbaumes sind in den Abb. 20 und 21 zusammengefaßt (s.u.). Der Vergleich des unfertigen Wertbaums aus der 5. Sitzung mit dem fertigen Wertbaum des Workshops gibt einen guten Überblick über die Diskussion. Neben Änderungen bei den Verknüpfungen zwischen Ober- und Unterwerten lassen sich unterscheiden:

- **neue oder weggefallene Begriffe (grau),**
- *veränderte bzw. verschobene Begriffe (kursiv)* sowie
- **stark diskutierte Begriffe (fett).**

Im folgenden wird nur auf die weggefallenen Begriffe sowie die stark diskutierten Begriffe eingegangen, da die dabei beobachtbaren Begründungsmuster besonders interessant sind. Herausgefallen sind:

- ‘Niederschlagsmenge’
- der gesamte Ast ‘Vorbelastung’ unter ‘Umwelt/Natur’
- die ‘Nähe zur Weiterverarbeitung des Endproduktes’
- ‘Verteilungsgerechtigkeit’.²⁰

Bis auf den Wert ‘Niederschlagsmenge’ fielen die Werte allerdings erst am nächsten Tag aus dem Wertbaum heraus, nachdem in Arbeitsgruppen versucht wurde, die Standorte mit Hilfe dieser Kategorien zu unterscheiden. Der Wert ‘Niederschlagsmenge’ wurde wegen der Einhausung als unerheblich angesehen bzw. galt als berücksichtigt in den Werten ‘Wasserdurchlässigkeit des Bodens’ und ‘Wasserschutzgebiet’. Die ‘Vorbelastung’ fiel heraus, da nicht beurteilbar sei, ob eine höhere Vorbelastung an einem Standort schlechter oder besser sei als eine niedrigere. Beispielsweise sei es einerseits schlecht, saubere Luft zu verschmutzen, andererseits sei es aber auch negativ, schmutzige Luft noch mehr zu verschmutzen. Für die Einschätzung der ‘Nähe zur Weiterverarbeitung des Endproduktes’ fehlten die Angaben der entsprechenden Standorte. Entsprechendes gelte für die ‘Verteilungsgerechtigkeit’, da einerseits jeder Standort für sein Einzugsgebiet geeignet sei aber für jedes andere nicht. Andererseits müsse hierzu der Standort der Verbrennungsanlage bekannt sein. Insgesamt war der Diskussionsbedarf für den Wegfall von Werten bemerkenswert gering, was darauf schließen ließ, daß alle Teilnehmer/innen einverstanden waren.

Besonders der Wasserschutz entfachte eine längere kontroverse Diskussion. Eine Teilnehmerin wollte keinerlei Klassifikation der Standorte z.B. nach den Wasserschutzgebietsklassen zulassen, da Wasserschutz in jedem Fall extrem wichtig sei. Dagegen vertrat ein Teilnehmer die Auffassung, daß BMAs hier wesentlich unproblematischer seien als z.B. Deponien, da BMAs - glaube man den Technikern - geschlossene Bauwerke darstellen, von denen keine Gefährdung des Grundwassers ausgehe. Interessant ist hierbei, daß im Resultat beide Standpunkte das Kriterium überflüssig machen würden, da die Standorte hiernach nicht unterschieden werden können. Der erste Standpunkt geht davon aus, daß eine mögliche Grundwasserbelastung immer gleich problematisch ist, unabhängig davon, ob es sich um ein Wasserschutzgebiet handelt oder nicht. Der andere Standpunkt geht davon aus, daß die Einhausung eine Grundwasserbelastung ausschließt. Die Diskussion darüber dauerte immerhin zehn Minuten und endete erst nach mehrmaliger Intervention der Moderation in der Beibehaltung der Differenzierung. Wie die spätere Wiederaufnahme der Diskussion zeigt, konnte diese Frage nicht abschließend geklärt werden. Im Ergebnis wurde der Begriff ‘Wasserschutzgebiet’ als Unterwert des Astes ‘Gesundheit’ zum Unterwert des Astes ‘Umwelt-Geologie’ eingeordnet.

²⁰ Dieser Wert fehlt in beiden Wertbäumen, da er während des Workshops hinzugekommen und dann wegen der mangelnden Anwendbarkeit der Kategorien auf die Einzelstandorte herausgefallen war.

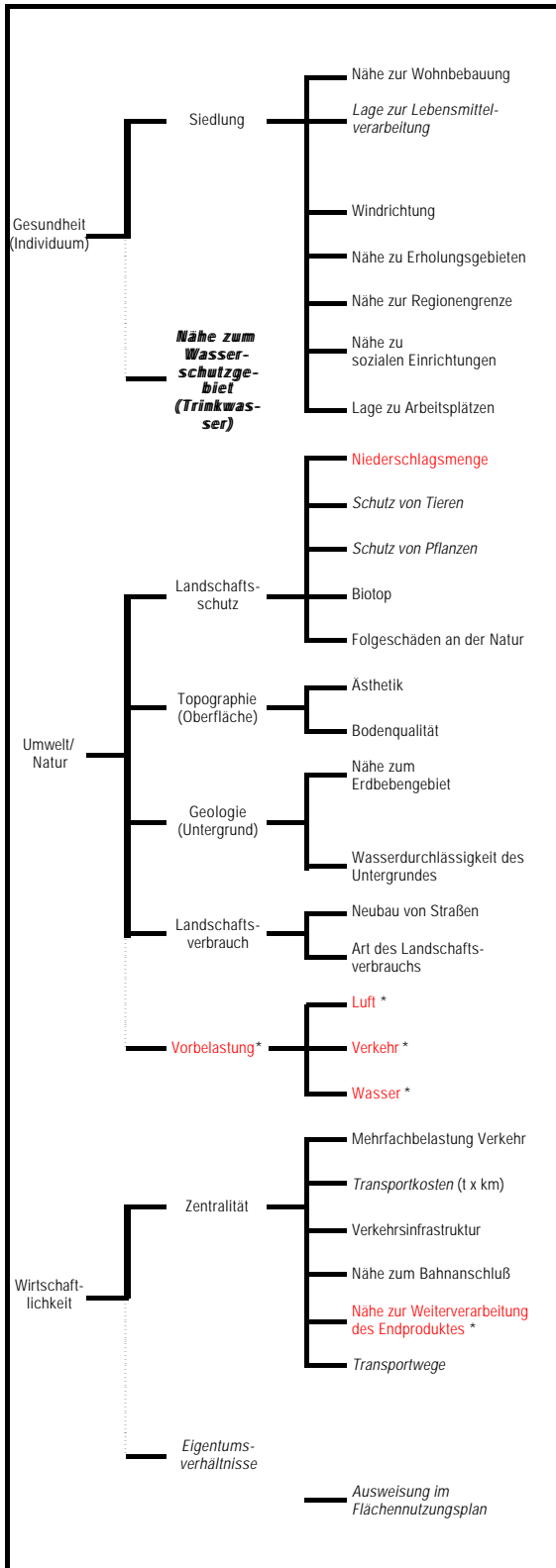


Abb. 20: Wertbaum nach der 5. Sitzung

Legende:
 — fehlende Verknüpfungen
 — weggefallene oder veränderte Verknüpfungen
 * erst bei der Bewertung der Standorte weggefallene Begriffe

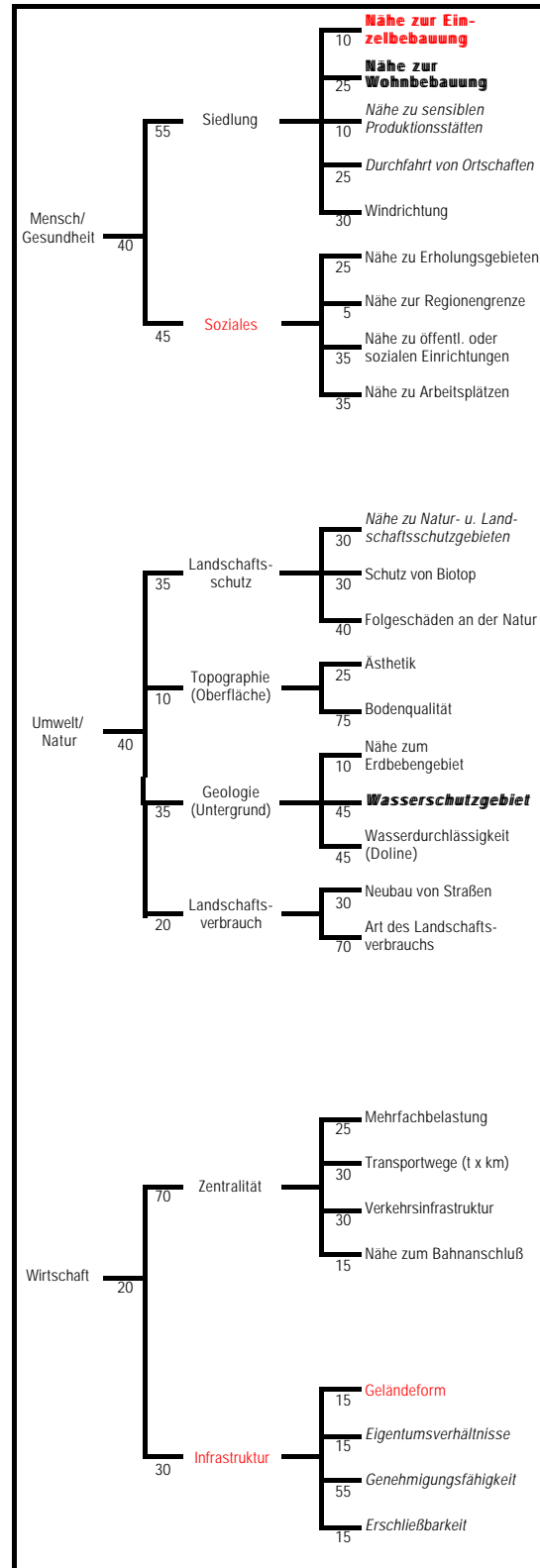


Abb. 21: Wertbaum nach dem Workshop

grau hinzugekommen bzw. weggefallene Begriffe
 kursiv veränderte bzw. verschobene Begriffe
 fett stark diskutierte Begriffe
 (Die Zahlen geben die relativen Gewichte in Prozent an.)

Eine ähnliche Diskussion fand über die 'Nähe zur Wohnbebauung' statt. Zwei Teilnehmerinnen wollten hier keinen Unterschied zwischen Einzel- und Wohnbebauung machen, da die Schädigung von vielen Menschen nicht schlimmer sein dürfe als die Schädigung von Einzelnen. Demgegenüber wiesen einige Teilnehmer darauf hin, daß es sehr wohl einen Unterschied mache. Einer gab darüber hinaus zu bedenken, daß dieses Kriterium für den Fall wichtig werden könnte, wenn zwei Standorte in allen anderen Kriterien gleich abschneiden würden. Im Ergebnis wurde der Wertbaum um den Wert 'Nähe zur Einzelbebauung' im Ast 'Mensch/Gesundheit - Siedlung' erweitert.

Insgesamt erwies sich die Diskussion über die Wertbäume als schwierig. Ein bedeutender Aspekt war die Frage, ob bei bestimmten Werten ein Unterschied gemacht werden solle oder nicht. Dies zeigen die oben dargestellten Diskussionen zu den Themen 'Wasserschutzgebiet' und 'Nähe zur Einzelbebauung'. Hier liegt es in der Logik der Wertbäume (und der Entscheidungssituation), daß Unterschiede gemacht werden müssen, was besonders bei wichtigen Werten auf Unbehagen stieß. Ein weiterer Aspekt ist, daß die spätere quantitative Gewichtung weitgehend unklar war. Dies wird u.a. darin deutlich, daß drei Werte erst bei der konkreten Anwendung auf die Standorte als untaugliche Unterscheidungskriterien erkennbar wurden. Weitere Probleme sind das Finden passender Begriffe für die einzelnen Werte sowie die Frage, ob für bestimmte Kriterien überhaupt sichere Daten vorhanden sind. Dem Beobachter blieb teilweise unklar, warum bestimmte Diskussionen beendet wurden. Zumindest ein expliziter Konsens war manchmal nicht zu beobachten, statt dessen zeigte sich eine große Beständigkeit des bereits Festgelegten. D.h. eine Änderung des Wertbaumes war schwerer als die bloße Verteidigung der bereits formulierten Werte. Hierbei hatte sicherlich die Moderation einen großen Einfluß. Je nachdem, welcher Position sie näher stand, konnte sie durch Beibehaltung oder Änderung des entsprechenden Wertes an der Pinwand den entscheidenden Ausschlag in der Diskussion geben. Am Ende waren aber alle Teilnehmer/innen - einzeln vom Moderator befragt - mit dem korrigierten Wertbaum einverstanden.

Mit dem fertigen Wertbaum erarbeiteten dann die Teilnehmer/innen die relativen quantitativen Maßzahlen der Unterwerte der drei Hauptäste 'Mensch/Gesundheit', 'Umwelt/Natur' und 'Wirtschaft' in drei Kleingruppen (35'). Die anschließende Zusammentragung der Arbeitsergebnisse im Plenum (75') verlief relativ problemlos. Je ein/e Sprecher/in stellte die Einzelergebnisse vor, und nachdem alle Maßzahlen genannt waren, wurde auf Einwände eingegangen. Inhaltliche Diskussionen waren dabei weniger zu beobachten, vielmehr erwuchs der Eindruck, daß die Maßzahlen für die Werte so lange hin- und hergeschoben wurden, bis kein Widerspruch mehr aus der Gruppe kam. Beim Punkt 'Wasserschutzgebiet' wurde die bereits vorher geführte Diskussion neu entfacht.

Die Moderation erreichte eine Vertagung dieser Frage auf einen späteren Zeitpunkt und 'löste' damit das Problem; interessanterweise wurde dies Thema nicht nochmals angesprochen. Insgesamt war die Stimmung in dieser Sitzungphase sehr ausgelassen. Alle Teilnehmer/innen waren mit dem Ergebnis zufrieden und freuten sich auf den verdienten 'Feierabend'.

4.2.2.7.2 Die Bewertung der Standorte am 2. Tag

Im Zentrum des zweiten Tages des Workshops standen die Bewertung der einzelnen Standorte anhand der Kriterien des Wertbaumes, die mathematische Ermittlung der Standortrangliste aus den prozentualen Gewichtungen der Einzelwerte und den jeweiligen Einschätzungen der einzelnen Standorte (+2, +1, 0, -1, -2) durch einen Moderator sowie die Formulierung von Ausgleichsmaßnahmen und weiteren Empfehlungen:

- Einleitung (30')
- Bewertung der Standorte in drei AGs (150')
- Mittagspause (44')
- Standortbewertung im Plenum (207', Pause: 13')
- Formulierung weitergehender Empfehlungen in AGs (45')
- Bekanntgabe der errechneten Standortrangliste und Diskussion von Ausgleichsmaßnahmen (35')
- Sammlung der Ergebnisse der AGs zu den weiteren Empfehlungen (25')
- Wahl der Delegierten (5').

Nach dem Überblick über die Tagesordnungspunkte entwickelte sich zunächst eine etwa 15 minütige Grundsatzdiskussion darüber, ob es überhaupt sinnvoll sei, am selben Tag eine Empfehlung abzugeben. Anlaß für diese Diskussion war eine Veranstaltung der P.A.N. am darauf folgenden Freitag, dem 3. Mai, auf der die neuesten Abfalldaten der Region verkündet werden sollten. Es wurde hierbei der Wunsch geäußert, ob die parallel stattfindende Delegiertenkonferenz nicht auf einen späteren Zeitpunkt gelegt werden könne. Hierbei kristallisierten sich zwei Positionen heraus: Die eine ging davon aus, daß die Mengen einen entscheidenden Einfluß auf die Standortempfehlung haben müßten, um dem Kriterium Gerechtigkeit genüge zu leisten. Würde beispielsweise die Menge in einem Kreis extrem sinken, in einem anderen dagegen steigen, so wäre es nicht zu vertreten, wenn die Standorte in dem Kreis mit den gesunkenen Müllmengen liegen würden. Außerdem wurde der Verdacht geäußert, daß hier den Bürgerforen wichtige Informationen vorenthalten würden. Die andere Position ging davon aus, daß die Standorte unabhängig von der Müllmenge bestimmbar seien und extreme Änderungen bei den Müllmengen nicht zu erwarten seien. Selbst wenn in einem Kreis die Müllmenge überproportional sinken würde, wäre nicht gesagt, ob diese Entwicklung auch für die Zukunft gelte.

Ein zweites Argument gegen die Empfehlung von Standorten am selben Tag war, daß für den Kreis Calw zwei neue Standorte hinzugekommen seien, die berücksichtigt werden müßten. Es handelte sich dabei um Standorte, die seit neuestem nicht mehr von der Bundeswehr genutzt wurden. Diese müßten nun von den Bürgerforen mit den gleichen Kriterien bewertet werden wie die bislang betrachteten Standorte. Im Grunde müsse man dann wieder von vorne anfangen. Die Moderation konnte diese Einwände mit Unterstützung eines Teilnehmers u.a. mit dem Hinweis auf ein dann nie endendes Verfahren und zeitliche Beschränkungen entschärfen. Ein nahe liegender Abbruch des Verfahrens angesichts unsicherer, sich wandelnder Randbedingungen wurde so vermieden.

Nach den Arbeitsgruppen zur Bewertung der Standorte anhand der Wertbaumkriterien wurden die Gruppenergebnisse im Plenum zusammengetragen. Je ein/e Sprecher/in der Arbeitsgruppen stellte zunächst die Ergebnisse vor und begründete sie. Diskussionen wurden erst danach zugelassen, die im Vergleich zur Erstellung des Wertbaumes wesentlich kontroverser verliefen. Während der Diskussion wurden die Kriterien weiter konkretisiert, d.h. in Meßanweisungen überführt. Diese Meßanweisungen wurden auf den Sitzungen leider nicht systematisch erfaßt, so daß sie anhand von Tonbandaufzeichnungen der Plenumsdiskussion rekonstruiert werden mußten, was nicht immer vollständig gelang. Die folgende Tabelle 10 faßt die Konkretisierungen der Werte zusammen. In der Spalte Endwert sind die Gewichtungen angegeben, mit denen die einzelnen Kriterien in die Gesamtbewertung eingehen. (Die Summe über alle Werte ergibt Eins.) Im weiteren werden wir näher auf diese Diskussion eingehen.

Bei der Betrachtung der Einwände gegen die Standortbewertung muß beachtet werden, daß sie in drei Arbeitsgruppen getrennt für die einzelnen Äste im Wertbaum erarbeitet und dann im Plenum vorgestellt wurden. Dieses Vorgehen hatte nicht nur arbeitsökonomische Vorteile. Vielleicht bedeutender - vor allem hinsichtlich diskurs- oder konsenstheoretischer Erwägungen - ist die Tatsache, daß mit der Plenumsdiskussion die Möglichkeit bestand, die Plausibilität und Begründetheit der Bewertungen in einem geschützten Raum der Kritik auszusetzen. Hierdurch konnten Korrekturen eingearbeitet und die Konsistenz der Bewertungen erhöht werden.

Bei den Einwänden gegen die Bewertungen der Arbeitsgruppen sowie bei deren Gegenargumenten lassen sich bestimmte Typen unterscheiden. Wir haben uns hier für eine Typenbildung entschieden, die nah am Material bleibt, um viele inhaltliche Aspekte darstellen zu können. Dies scheint uns für die Nachvollziehbarkeit unentbehrlich zu sein. Der von Webler (1995) aufgestellte Kriterienkatalog für praxisorientierte Diskurse wäre hier vor allem bezüglich der Kompetenz von Interesse, er soll aber erst für die Gesamteinschätzung des Verfahrens

	Endwert	-2	-1	0	+1	+2	Anmerkungen/ [Quelle]
1. Mensch:							
1.1 Siedlung							
Nähe zur Einzelbebauung	0,0220	unmittelbar angrenzend	bis 500 m	(nicht vergeben)	800-1000 m	Gewerbegebiet	[Fichtner, Ortskenntnis]
Nähe zur Wohnbebauung	0,055	500-750 m	750-1000 m	1000-1250 m	1250-1500 m	>1500 m	[Fichtner, Ortskenntnis]
Nähe zu sensiblen Produktionsstätten	0,022	Lebensmittelproduktion	(nicht vergeben)	sonstige	(nicht vergeben)	(nicht vergeben)	[Ortskenntnis, Exkursion]
Durchfahrt von Ortschaften	0,055	keine	(nicht vergeben)	2-3	(nicht vergeben)	(nicht vergeben)	[Landkarte, Ortskenntnis]
Windrichtung	0,066	bis 1000 m	bis 1500 m	bis 2000 m	(nicht vergeben)	> 2000 m	Nähe Ort zur Hauptwindrichtung, Kaltluft: Abwertung um 1 [Fichtner, Ortskenntnis bei Kaltluft]
1.2 Soziales							
Nähe zu Erholungsgebieten	0,045	bis 500 m	bis 1000 m	bis 1500 m	> 1500 m	keine	Sportplätze, Wanderwege [Fichtner, Ortskenntnis]
Nähe zur Regionengrenze	0,009	bis 1000 m	bis 5000 m	übrige	-	-	[Ortskenntnis, Landkarte]
Nähe zu öffentl. oder sozialen Einrichtungen	0,063	bis 500 m	bis 1000 m	bis 1500 m	> 1500 m	keine	[Fichtner, Ortskenntnis]
Nähe zu Arbeitsplätzen	0,063	sehr viele, Publikumsverkehr	viele	wenige	keine	(nicht vergeben)	[Ortskenntnis, Exkursion]
2. Umwelt:							
2.1 Landschaftsschutz							
Nähe zu Natur- u. Landschaftsschutzgebieten	0,042	(nicht rekonstruierbar)	(nicht rekonstruierbar)	(nicht rekonstruierbar)	(nicht rekonstruierbar)	weit weg	Entfernung + Gewerbegebiet [Fichtner + örtliche Besonderheiten]
Schutz von Biotop	0,042	(nicht vergeben)	Feuchtgebiete, Wildkalzen	entfällt	Wald, Wiese	Karstgelände, Glatthaferwiese	recht subjektiv [Fichtner + subjektiv + Ortskenntnis]
Folgeschaden an der Natur	0,056	(nicht vergeben)	Wald	Wiese, Acker	Gewerbegebiet	schreckliche Gegend	teilw. subjektiv
2.2 Topographie							
Ästhetik	0,010	weit sichtbar	(nicht vergeben)	weit sichtbar u. umliegende Gebäude	Bäume o. schlecht sichtbar o. umliegende Gebäude	keine exponierte Lage + umliegende Gebäude	Sichtbarkeit (-), umliegende Gebäude (+), Sichtschutz durch Bäume (+) [Exkursion]
Bodenqualität	0,030	(nicht vergeben)	ab 70 u. kein Gewerbegebiet	um 50	um 50 + Gewerbegebiet	versiegelt, subjektiv schlecht bewertet	[Fichtner]
2.3 Geologie							
Nähe zum Erdbebengebiet	0,014	(nicht vergeben)	(nicht vergeben)	(nicht vergeben)	Zone 1, Dolinen	übrige	[Fichtner]
Wasserschutzgebiet	0,063	Wasserfassung (1700 m); WSG II (300 m)	WSG I (1500 m), WSG II (1300 m)	übrige	(nicht vergeben)	(nicht vergeben)	[Fichtner]
Wasserdurchlässigkeit (Doline)	0,063	Dolinen, Sand, Muschelkalk	(nicht rekonstruierbar)	Loß, Lehm, Lettenkeuper	(nicht vergeben)	(nicht vergeben)	[Ortskenntnis, Fichtner]
2.4 Landschaftsverbrauch							
Neubau von Straßen	0,024	(nicht vergeben)	viel (300 m)	wenig (100 m)	keine	(nicht vergeben)	unmittelbar zur Anlage [Fichtner]
Art des Landschaftsverbrauchs	0,056	(nicht vergeben)	Wald, Acker	(nicht vergeben)	Gewerbegebiet	versiegelt, genutzt für Bodenaushub	[Ortskenntnis, Fichtner]
3. Wirtschaft:							
3.1 Zentralität							
Mehrfachbelastung	0,035	44%	24%	17%	5-10%	(nicht vergeben)	Zunahme des LKW-Verkehrs [Fichtner, aktuelle Zahlen zu Frachtzentrum]
Transportwege (l x km)	0,042	(nicht vergeben)	(nicht rekonstruierbar)	(nicht rekonstruierbar)	(nicht rekonstruierbar)	(nicht vergeben)	[Fichtner]; vgl. getrennt nach Nord und Süd
Verkehrsinfrastruktur	0,042	(nicht vergeben)	Nähe zu Bundesstr. oder nutzbarem Autobahnanschluß	(nicht rekonstruierbar)	Kreisstr.	(nicht vergeben)	Anbindung ans uberegionale Straßennetz [Ortskenntnis]
Nähe zum Bahnanschluß	0,021	nicht vorhanden	(nicht vergeben)	(nicht vergeben)	realisierbar	vorhanden	[Ortskenntnis, Fichtner]
3.2 Infrastruktur							
Geländeform	0,009	(nicht vergeben)	stark abschüssig	(nicht vergeben)	leicht abschüssig	eben	
Eigentumsverhältnisse	0,009	landwirtschaftlich genutzte Privatfläche	teils privat teils Gemeindegut, privat aber Gewerbegebiet	(nicht vergeben)	Privat-/Gemeindeeigentum, wenig Widerstand zu erwarten	Gewerbegebiet oder privat mit abfallwirtschaftl. Nutzung	Widerstand erwartbar oder nicht
Genehmigungsfähigkeit	0,033	(nicht vergeben)	hohes Widerspruchspotential, Protest aus Gemeinde	mittleres Widerspruchspotential	niedriges Widerspruchspotential da in Besitz Gebietskörperschaft	(nicht vergeben)	[Ortskunde]
Erschließbarkeit	0,009	nicht erschlossen	(nicht vergeben)	Nähe zu Deponie	Nähe zu Gewerbegebiet	(fast) vollständig erschlossen	[Ortskunde]

Tab. 10: Übersicht der einzelnen Bewertungskriterien von Bürgerforum 6

hinzugezogen werden.²¹ Außerdem ist zu beachten, daß sich im Zuge längerer Diskussionen verschiedene Typen nebeneinander beobachten lassen, wobei zumeist nicht entscheidbar ist, welcher Argumentationstyp letztlich den Ausschlag gegeben hat. Im weiteren werden zunächst die Typen genannt und dann charakteristische Beispiele gegeben. Der Typenbildung liegt folgendes Ordnungsschema zu Grunde:

- (1) Worauf bezog sich der Einwand (Standort, Wert oder Datengrundlage)?
- (2) Bei standortbezogenen Einwänden: Von wem kam der Einwand (Standortvertreter/in oder nicht)?
- (3) Wurde der Einwand berücksichtigt oder zurückgewiesen?
- (4) Warum wurde er berücksichtigt oder zurückgewiesen?
- (5) In welcher Form wurden Einwände berücksichtigt?

Den Ausgangspunkt der Diskussion bildete dabei immer die Begründung der Arbeitsgruppen. 'Einwand' heißt dann, daß diese Bewertung kritisiert wurde und 'Zurückweisung' oder 'Berücksichtigung' bezeichnet die Richtung der (Gegen)-Argumentation vom Standpunkt der Arbeitsgruppe. Folgende Typen von Einwänden lassen sich damit unterscheiden:

(a) standortspezifische Einwände von Standortvertreter/inne/n:

- (a1) Zurückweisung wegen sachlich unbegründeter Einwände
- (a2) Zurückweisung wegen Fehlinterpretation eines Kriteriums
- (a3) Berücksichtigung in Form von Auflagen
- (a4) Berücksichtigung in Form eines Kompromisses
- (a5) Annahme wegen überzeugender Argumente

(b) standortspezifische Einwände von standortfremden Vertreter/inne/n:

- (b1) Zurückweisung mit Bezug auf die Bewertungsskala
- (b2) Annahme wegen überzeugender Argumente

(c) wertbezogene Einwände

- (c1) Zurückweisung wegen Aufweichen des Kriteriums
- (c2) Zurückweisung und Erläuterung des Bewertungsschemas
- (c3) Zurückweisung, da in anderem Wert berücksichtigt, dabei Konkretisierung des Wertes
- (c4) Annahme: Konkretisierung oder Korrektur der Kriterien

²¹ Bei der Typenbildung muß angemerkt werden, daß sie nicht auf einer dezidierten Analyse von Transkripten beruht, sondern anhand von Zusammenfassungen beim Abhören des Bandes erstellt wurden. Zur Kontrolle wurden die entsprechenden Stellen nach der Bildung der Kategorien erneut abgehört.

(d) Einwände wegen der herangezogenen Datenbasis des Ingenieurbüros

- (d1) Zurückweisung durch Hinweis auf herangezogene subjektive Bewertung
- (d2) Zurückweisung durch Hinweis auf andere Quelle
- (d3) Unklare Wirkung

(e) Einwände wegen der rein subjektiven Datenbasis

- (e1) Annahme und Übernahme der Daten des Ingenieurbüros
- (e2) Unklare Wirkung

(f) gemischt: standort- und wertbezogen

- (f1) Zurückweisung und Konkretisierung der Bewertung
- (f2) Lösung durch Vertagung und Nicht-Wiederaufnahme der Diskussion

(g) komplexe Argumentationsmuster(h) überhörte Einwände(i) ungelöste Einwände: zurückgestellte und nicht wiederaufgenommene Diskussionen(j) problemlose Kriterien.**(a) Standortspezifische Einwände von Standortvertreter/inne/n**

Erwartungsgemäß spielte diese Form der Einwendung eine bedeutende Rolle. Hier sollte allerdings nicht einfach davon ausgegangen werden, daß es sich nur um die Durchsetzung von standortbezogenen Interessen handelte. Vielmehr entwickelte sich im Laufe der Bürgerforen das Selbstverständnis heraus, daß die Standortvertreter/innen als lokale Experten anzusehen sind, die die örtlichen Gegebenheiten am besten kennen.

(a1) Zurückweisung wegen sachlich unbegründeter Einwände

Allerdings lassen sich Einwände finden, die anscheinend nur das möglichst schlechte Abschneiden des eigenen Standortes zu verhindern suchen. Dazu gehört z.B. der Einwand beim Kriterium 'Nähe zur Einzelbebauung', der sich quasi schon in seiner Formulierung selbst widerlegt, wonach an einem Standort die Landwirte zu berücksichtigen seien, die dort zwar nicht wohnen würden, aber sich doch in der Nähe aufhalten würden. Entsprechend wurde der Einwand mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß es sich eben um keine Wohnbebauung handele. Dieser Einwand wäre bei der 'Nähe zu Arbeitsplätzen' schlüssiger gewesen, wurde dort allerdings nicht wiederholt.

Ein weiteres Beispiel ist die Forderung nach der Abwertung des eigenen Standortes, weil dieser nicht so weit entfernt von der Wohnbebauung sei. Hier wurde erwidert, daß die Wohnbebauung 850 Meter entfernt sei und die Grenze für die nächst niedrigere Bewertung bei 750 Meter liege. Damit war die Diskussion beendet, der Einwand widerlegt.

(a2) Zurückweisung mit Bezug auf die Bewertungsskala

Ein standortbezogener Einwand beim Kriterium 'Neubau von Straßen' lautete, daß eine Straße zwar im Fichtner-Gutachten genannt werde, aber in Wirklichkeit existiere diese Straße noch nicht. In der Diskussion wurde dann klargestellt, daß es nicht um überregionale Straßen ginge, sondern um direkte Zufahrtswege zur Anlage. Damit wurde das Argument erfolgreich abgewehrt. Erfolgreich heißt hier: die Standortvertreterin konnte trotz längerer Diskussion (ca. 5 Minuten) keinerlei Unterstützung durch andere Teilnehmer/innen für ihre Position gewinnen.

Ein ähnlicher Einwand ließ sich bei der Diskussion um den Wert 'Schutz von Biotop' beobachten. Hier begann die Diskussion mit der Frage einer Teilnehmerin, warum ein bestimmter Standort schlechter geeignet sei als ihrer. Die Arbeitsgruppe gab als Grund die Rodung von Wald an. Die Teilnehmerin bemerkte, daß dann auch ein anderer Standort so bewertet werden müsse, da auch dort zum Teil Wald gerodet werden müßte (vgl. unten).

(a3) Berücksichtigung des Einwands in Form von Auflagen

Eine besondere Form der Berücksichtigung stellt die Aufnahme und damit Anerkennung eines Einwandes in Form von Auflagen dar. Bei der Bewertung der Kategorie 'Durchfahrt von Ortschaften' wies ein Teilnehmer darauf hin, daß die Lastwagen den besseren Weg durch den Ort wählen würden. Dies wurde insofern berücksichtigt, als daß den Fahrzeugen der Weg verbindlich zur Auflage gemacht werden könne und dies im Bürgergutachten gesondert berücksichtigt würde.

(a4) Berücksichtigung in Form eines Kompromisses

Vgl. unten: (g) komplexe Argumentationsmuster.

(a5) Annahme wegen überzeugender Argumente

Bei der Diskussion der Geländeform erreichte eine Teilnehmerin die Abwertung ihres Standortes. Interessant ist hier, daß fast alle Teilnehmer/innen diesen Standort auch besichtigt hatten. Der grobe Diskussionsverlauf sah hier wie folgt aus: Zunächst hatte die Vertreterin Einspruch bei einem anderen Standort geltend gemacht, der auch eben gewesen sei (wie ihr Standort). Nachdem dann die Moderation bei einem anderen Standort eine Abwertung mit Hinweis auf das offensichtliche Gefälle erreichte, forderte die Teilnehmerin dasselbe für ihren Standort, da auch dort ein leichtes Gefälle vorhanden sei. Mit dem Hinweis auf die Namensgebung einer angrenzenden Straße (der Name ist auf dem Band leider unverständlich), die auf die Hügeligkeit hinweise, untermauerte sie ihre Forderung und hatte Erfolg.

(b) Standortspezifische Einwände von Vertreter/inne/n anderer Standorte

Diese Form des Einwandes läßt sich mindestens fünfmal beobachten. Das Auftreten dieser Einwände kann als Indiz gewertet werden, daß die Teilnehmer/innen bemüht waren, ein objektives, d.h. standortunabhängiges Ergebnis zu erzielen. Hier könnte erwartet werden, daß diese Form der Kritik jedesmal zum Erfolg führte. Dies könnte einerseits damit erklärt werden, daß diese Einwände besonders glaubwürdig sind, da der Verdacht, nur den eigenen Standort schlechter stellen zu wollen, hier keine Rolle spielte. Andererseits kann unterstellt werden, daß Einwände dieser Art nur formuliert wurden, wenn sich die betreffende Person sehr sicher war, daß ihre Kritik stimmte. Faktisch wurden aber auch hier zwei Einwände zurückgewiesen. Insgesamt kann hieraus geschlossen werden, daß die Standortgebundenheit hinter einem wertgeleiteten objektiven Standpunkt zurücksteht.

(b1) Zurückweisung mit Bezug auf die Bewertungsskala

Bei den 'Folgeschäden an der Natur' forderte eine standortfremde Teilnehmerin, daß an einem Standort der Wald zu berücksichtigen und deswegen schlechter zu bewerten sei. Die sich durchsetzenden Gegenargumente der Arbeitsgruppe waren, daß dann einerseits der Unterschied zu Äckern und Wiesen zu groß werden würde. Andererseits sei Wald wiederherstellbar und nicht unwiederbringlich zerstört.

Ein zweites Beispiel findet sich in der Fortführung der Diskussion um den Wert 'Schutz von Biotop'. Nachdem eine Vertreterin einen standortbezogenen Einwand formuliert hatte und dieser mit Bezug auf Wald zurückgewiesen wurde (vgl. unten), fragte sie, warum dann ein anderer Standort, an dem Wald gerodet werden sollte, nicht ungeeigneter sei. Das Gegenargument lautete, daß dieser Wald neben dem Standort stehe. Die Kritikerin wies auf die Aussage des Vertreters der Gemeinde bei der Standortbesichtigung hin, daß ein Teil des Waldes wahrscheinlich mitbetroffen sei. Dieses Argument wurde angenommen, allerdings sei dies nur ein kleiner Teil des Standortes, weswegen die Bewertung trotzdem richtig sei. Im weiteren wurde dann nur noch über die Bewertungsskala diskutiert, ob Wald anders zu bewerten sei als Wiesen und Äcker. Die Arbeitsgruppe bestätigte dies und konnte sich durchsetzen (vgl. unten).

(b2) Annahme wegen überzeugender Argumente

Eine Teilnehmerin merkte an, daß an einem Standort wesentlich mehr Arbeitsplätze vorhanden seien als an anderen mit der gleichen Bewertung, deswegen sollte dieser abgewertet werden. Nachdem ein weiterer nicht-ortsansässiger Teilnehmer dies mit dem Hinweis auf den regen Publikumsverkehr unterstützte, wurde der Standort um eine Stufe abgewertet. Da dieser Einwand auch zu einer Änderung der Bewertungsgrundlage führte - es wurde die vorher nicht

genutzte Stufe '-2' eingeführt - ist die Abgrenzung zu den wertbezogenen Einwänden nicht eindeutig gegeben. Da aber bei der Argumentation der Standort im Vordergrund stand, ist die gewählte Zuordnung berechtigt.

Ein weiteres Beispiel dieser Art findet sich bei der Diskussion der Windrichtung. Da es sich allerdings um eine komplexe Diskussion handelte, ist nicht eindeutig auszumachen, ob dieser Einwand entscheidend war. Zumindest wirkte er stark unterstützend (vgl. unten). Außerdem tauchte dieser Einwand nicht wie im obigen Beispiel spontan auf, sondern erst nachdem die Standortvertreterinnen protestiert hatten.

Beispielhaft ist auch ein Einwand der Moderation bei der Diskussion über die Geländeform, nach dem ein Standort unterbewertet sei, da auch dieser ein Gefälle aufweise. Hierbei ist anzumerken, daß dieser Standort von einigen Teilnehmer/innen bereits nach der Exkursion als der Bestgeeigneteste bezeichnet wurde und insofern eine tendenziell schlechtere Bewertung zu erwarten war.

(c) Wertbezogene Einwände

Das Auftauchen von wertbezogenen Einwänden macht deutlich, daß ein Wertbaum nicht allein abstrakt konstruiert werden kann, sondern den konkreten Bezug zu den Standorten benötigt. Entscheidend schienen hier zwei Fragen zu sein: Inwieweit konnte ein Wert klar operationalisiert werden? Und: Wie klar war er von anderen Kriterien abgrenzbar? Je eindeutiger beides möglich war, desto unwahrscheinlicher war eine Kritik an den entsprechenden Bewertungen der Standorte. Die Vertreter/innen der Arbeitsgruppen versuchten in der Diskussion ihre Kriterien zu verteidigen, wobei folgende Argumente wichtig waren: Konsistenz des Kriteriums, Nachvollziehbarkeit der Bewertung, Datengrundlage (objektiv versus subjektiv). Wie die Beispiele zeigen, tauchten relativ viele Einwände dieser Art auf. Dies hängt sicherlich damit zusammen, daß die Operationalisierung der Werte gleichzeitig mit der Standortbewertung durchgeführt wurde. Eine Delegation dieser Aufgabe an Experten - wie z.B. bei Webler 1995 vorgeschlagen - oder zumindest eine diskursive, d.h. zeitliche Entkopplung von der Standortbewertung, hätte einige Diskussionen vielleicht vermeidbar gemacht, allerdings auch nicht völlig verhindert. Der Vorteil einer Kopplung beider Schritte liegt sicherlich in der damit eingebauten Rekursivität. D.h. die Operationalisierungen konnten direkt am zu bewertenden Gegenstand entwickelt und nötigenfalls korrigiert werden. Zu überdenken wäre darüber hinaus, ob nicht die Hinzuziehung von Experten die Operationalisierung einfacher gemacht hätte.

(c1) Zurückweisung wegen Aufweichen des Kriteriums

Ein Beispiel für diese Art der Diskussion tauchte beim Wert 'Nähe zu Erholungsgebieten' auf. Eine Teilnehmerin bemängelte, daß Wald grundsätzlich als Erholungsgebiet anzusehen sei. Die

Arbeitsgruppe verteidigte hingegen ihren Standpunkt, daß schon besondere Einrichtungen wie Sportplätze, Rad- oder Wanderwege vorhanden sein müßten, um Wald zu einem solchen Gebiet aufzuwerten. Ansonsten sei ein Aufweichen des Kriteriums zu befürchten.

(c2) Zurückweisung und Erläuterung des Bewertungsschemas

Bei der Diskussion der Bodenqualität bemängelte ein Teilnehmer, daß die Bewertung inkonsistent sei, da zwei Standorte unterschiedlich beurteilt worden seien, obwohl sie im Ingenieurgutachten die gleichen Bodengütwerte gehabt hätten. Das Argument lautete hier, daß der eine Standort im Gewerbegebiet liege und auf jeden Fall bebaut würde. Da spiele dann die Bodenqualität keine Rolle.

(c3) Zurückweisung, da in anderen Werten berücksichtigt, dabei Konkretisierung des Wertes

In einer längeren Diskussion um die Bewertung mit der 'Nähe zu Natur- und Landschaftsschutzgebieten' tauchte u.a das Argument auf, daß an einem Standort das Landschaftsschutzgebiet nur 200 Meter entfernt sei, und trotzdem sei er recht schlecht bewertet worden. Die Bewertung wurde damit verteidigt, daß der Standort in einem Gewerbegebiet liege und da mache es grundsätzlich keinen Unterschied, ob es sich um eine BMA oder um eine andere Anlage handele. Angesprochen auf den Geruch und die Frage der Ästhetik einer solchen Anlage wurde geantwortet, daß dies schließlich eigene Werte seien und hier nicht nochmal bewertet werden dürften.²²

Etwas deutlicher wird dieser Argumentationstyp bei 'Schutz von Biotop'. Hier lautete der Einwand, daß auch Acker ein Biotop und genauso wie Wald zu bewerten sei. Das Gegenargument war, daß Acker bereits über die Bodenqualität berücksichtigt würde. Dieser Argumentation folgte eine längere Auseinandersetzung darüber, was denn überhaupt ein Biotop sei. Nach der erheiternden Feststellung, daß auch ein Wohnzimmer ein Biotop sei, wurde offensichtlich, daß nur bestimmte Biotope erhaltenswert seien. Während Wald und Wiese noch schützenswert seien, sei dies bei Acker nicht mehr der Fall.

²² Hier muß angemerkt werden, daß die Lage im Gewerbegebiet des öfteren zu einer Abwertung führte, so daß dies eigentlich eine eigene Kategorie gerechtfertigt hätte. In mindestens vier Fällen ('Folgeschäden an der Natur', 'Art des Landschaftsverbrauchs', 'Nähe zu Natur- und Landschaftsschutzgebieten', 'Bodenqualität') wurde dabei wie folgt argumentiert: Da diese Fläche Gewerbegebiet sei, werde sie so oder so bebaut, und da mache es keinen Unterschied, ob es sich um eine BMA oder um eine andere industrielle oder gewerbliche Einrichtung handele.

Bei den 'Folgeschäden an der Natur' wurde kritisiert, daß Wald nur mit minus Eins und nicht minus Zwei bewertet wurde. Dies wurde mit dem Argument verteidigt, daß der Wald nicht unwiederbringlich zerstört würde, sondern an anderer Stelle wieder hergestellt werden könne.

(c4) Annahme: Konkretisierung oder Korrektur der Kriterien

Eine sehr umfassende Änderung entstand nach der Diskussion der Bewertungsgrundlage für die Kategorie 'Wasserschutzgebiet'. Die Arbeitsgruppe unterschied nur zwei Klassen von Standorten - je nachdem, ob es in einem Wasserschutzgebiet der Klasse III liegt oder nicht.²³ Mit einem sehr differenzierten und überzeugendem Einwand erreichte ein Teilnehmer eine Neubewertung einiger Standorte. Danach seien besonders die Nähe zu Trinkwassererfassungsgebieten und die Entfernung zu den höherwertigen Wasserschutzgebieten I und II zu berücksichtigen. Hilfreich für die Durchsetzung waren hier zusätzlich detaillierte Kenntnisse der Situation an einigen Standorten.

Ein anderes Beispiel findet sich bei der Diskussion um die 'Wasserdurchlässigkeit'.²⁴ Hier hatte die Arbeitsgruppe Lettenkeuper zwischen Sand- und Lehmböden eingestuft. In der Diskussion wurde dies richtig gestellt und Standorte mit Lettenkeuper wie solche mit Löß- und Lehm Boden bewertet.

Bei der 'Verkehrsinfrastruktur' wurde an den Ergebnissen der Arbeitsgruppe bemängelt, daß sie diese genauso behandelt hätten wie das Kriterium 'Ortsdurchfahrten'. Hier gehe es aber um den überregionalen Verkehr. Da sich zunächst keine Einigung abzeichnete, wäre das Kriterium beinahe herausgefallen. Auf Vorschlag eines Teilnehmers wurden dann aber die Nähe zu relevanten Bundesstraßen oder Autobahnanschlüssen oder die Nutzung von Kreisstraßen als Operationalisierung genutzt und eine Neubewertung der Standorte mit dieser geänderten Interpretation des Wertes vorgenommen.

Die ursprüngliche Bewertung der Arbeitsgruppe der 'Nähe zu sensiblen Produktionsstätten' sah vor, daß sowohl eingehauste, industrielle Produktion als auch Gärtnereien und agrarische Produktion (Acker, Wald) zu berücksichtigen seien. Initiiert wurde hier die Diskussion durch

²³ Dies entspricht übrigens im Prinzip der vom Ingenieurbüro gewählten Bewertung.

²⁴ Daß bei den Kategorien 'Wasserschutzgebiet' und 'Wasserdurchlässigkeit' alle Standorte im Plenum neu bewertet wurden, ging auf die Initiative der Moderation zurück. Diese insistierte, daß möglichst die negativen Werte ausgeschöpft und wenige Nullen auftauchen sollten, da der Wasserschutz mit zu den am höchsten bewerteten Kategorien gehöre und sie sonst nicht genügend in die Gesamtsumme einfließen würden.

eine Teilnehmerin, die darauf hinwies, daß auch an einem Standort - den sie nicht zu vertreten hatte - Ackerland zerstört würde, und dies sei genauso hoch zu bewerten wie die Nähe zur Lebensmittelproduktion. Mit dem Hinweis, daß nur angrenzende Flächen zählen würden, wurde dieser Einwand zurückgewiesen. Nach einigem Hin und Her setzte sich dann interessanterweise die Auffassung durch, daß nur eingehauste Produktionsstätten, aber nicht Gärtnereien und agrarische Produktion unter dieses Kriterium zu fassen seien, da diese bereits in die Werte 'Bodenqualität' und 'Art des Landschaftsverbrauchs' eingingen.²⁵

(c5) Annahme wegen unsicherer Operationalisierung

Am Ende der Diskussion der 'Genehmigungsfähigkeit' schlug ein Teilnehmer vor, auf die unterste Stufe der Bewertung (-2) zu verzichten, weil die Genehmigungsfähigkeit nur schwer einschätzbar sei. Dies wurde ohne weitere Diskussion angenommen. Warum dieser Vorschlag erfolgreich war, läßt sich allerdings nicht genau sagen. Es hatte den Anschein, daß dieser Teilnehmer die sich in der Diskussion zeigenden Unsicherheiten und das Unbehagen bei der Einschätzung mit seinem Vorschlag auf den Punkt gebracht hatte.

(d) Einwände wegen der herangezogenen Datenbasis des Ingenieurbüros

Eine besonders interessante Art von Einwänden sind diejenigen, die sich auf die Datenbasis beziehen. Hier zeichnete sich eine Identitätsbildung ab. Es entstand quasi eine gruppeninterne Norm, wonach die bloße Beziehung auf die Daten des Ingenieurbüros, wenn nicht zu vermeiden, so doch zumindest um subjektive Einschätzungen der Bürger/innen ergänzt werden mußten. Innerhalb der Gruppe wurde diese Norm unterschiedlich ausgelegt. Einige Teilnehmer/innen hätten gerne fast völlig auf die Daten des Ingenieurbüros verzichtet. Dies drückt sich z.T. in Äußerungen aus, die generalisierend - wegen einiger Fehler im Gutachten - alle Daten im Gutachten für falsch und damit unbrauchbar hielten. Außerdem wollten die Bürger/innen explizit ein eigenes Gutachten erstellen und dazu mußten sie sich vom Ingenieurgutachten unterscheiden, abgrenzen. Eine Möglichkeit besteht dann in der Übernahme möglichst weniger Daten aus dem Gutachten.

²⁵ Hier ist anzumerken, daß dies nicht ganz richtig ist, denn 'Bodenqualität' und 'Art des Landschaftsverbrauchs' beziehen sich auf die direkt für den Bau genutzte Fläche und nicht auf die angrenzenden Flächen. Gärtnereien wurden damit faktisch keinerlei Bedeutung beigemessen. Die entscheidende Frage war hier, ob Gärtnereien eher als eingehauste Produktion anzusehen seien oder aber eher Ackerland entspreche. Die letztgenannte Sichtweise setzte sich durch.

Eine Argumentation, die nicht weiter klassifiziert werden kann, da die Argumentation auf einem Mißverständnis bzgl. der Interpretation des Wertes beruhte, wurde bereits erwähnt. Es handelte sich dabei um eine Kontroverse um eine geplante, aber noch nicht fertiggestellte Straße. Eine Teilnehmerin versuchte einen Einwand damit zu stützen, daß sie davon ausgehe, was tatsächlich am Standort sei, während der Kontrahent sich nach dem Gutachten richte.

(d1) Zurückweisung durch Hinweis auf herangezogene subjektive Bewertung

Ein Beispiel für eine Zurückweisung findet sich bei der Diskussion der 'Nähe zu Natur- und Landschaftsschutzgebieten'. Hier lautete der Einwand einer Teilnehmerin bei der Begründung der Bewertung eines Standortes durch die Arbeitsgruppe, daß man dann ja gleich das Fichtner-Gutachten nehmen könne. Das Gegenargument lautete, daß sich die Arbeitsgruppe nicht streng an das Gutachten gehalten habe, sondern sie auch subjektiv beurteilt hätten.

(d2) Zurückweisung durch Hinweis auf andere Quelle

Bei der längeren Diskussion der 'Nähe zu Erdbebengebiet' wurde darauf hingewiesen, daß überall im südlichen Teil des Nordschwarzwaldes die Hohenzollerngrabenbeben zu spüren seien und nicht nur an dem einen Standort bedeutsam seien, der in Zone 1 liege. Der Hinweis, daß in einem Gebäude an einem dieser Standorte bei dem Erdbeben von 1978 Risse entstanden seien, wurde damit beendet, daß die Angaben des Ingenieurbüros vielleicht stimmen mögen, vielleicht aber auch nicht. Das Gegenargument lautete hier, daß die Daten nicht vom Ingenieurbüro seien, sondern vom geologischen Landesamt.

(d3) Stehengelassen, da auf Bewertung ohne Einfluß

Bei der Diskussion um die Bodenqualität spielten die vom Ingenieurbüro gelieferten Daten eine wichtige Rolle. Bei einem Standort bemängelte eine Teilnehmerin, daß die kommunalen Vertreter der Gemeinde bei der Standortexkursion einen besseren Wert für die Bodenqualität angegeben hätte, als der genannte Wert im Gutachten. Sie fügte hinzu, daß sie dem Gutachten nicht immer glaube, sondern meistens nicht. Da dieser Standort sowieso schon den niedrigsten benutzten Wert bekommen hatte, spielte dieser Einwand für die weitere Diskussion keine Rolle und wurde nur indirekt aufgenommen. Denn selbst wenn das Gutachten stimme, sei die Bewertung nicht schlüssig, da einige Standorte trotz gleicher Bodenwerte unterschiedlich bewertet worden seien.

(e) Einwände wegen der rein subjektiven Datenbasis

Die unter (d) zusammengefaßten Argumentationsweisen bezüglich der Datenbasis des Ingenieurbüros lassen sich auch umgekehrt beobachten. Eine Arbeitsgruppe hatte weitgehend darauf verzichtet, die Daten des Ingenieurbüros als Grundlage zu nehmen. Entsprechend war die Kritik darauf gerichtet, daß die Bewertung zu subjektiv ausgefallen oder nicht nachvollziehbar sei. Als Lösung wurde vorgeschlagen, die Daten des Ingenieurbüros zumindest im ersten Schritt als Grundlage zu nutzen.

(e1) Annahme und Übernahme der Daten des Ingenieurbüros

Ein besonders gutes Beispiel für die Unzulänglichkeit rein intuitiver Bewertungen, ohne Bezug auf Daten war bei der Diskussion der 'Mehrfachbelastung Verkehr' zu beobachten. Die Arbeitsgruppe hatte ihre Bewertung wie folgt vorgenommen: Wo schon viel Verkehr sei, da mache es nicht so viel aus, wenn noch mehr Verkehr hinzukomme; schlechter geeignet seien dagegen Standorte, wo der Verkehr überproportional zunehmen würde.²⁶ Ein Teilnehmer wendete ein, daß die Daten des Ingenieurbüros nicht stimmen würden, beispielsweise fehle das Postfrachtzentrum. Die Arbeitsgruppe entgegnete, daß sie nur ihren subjektiven Eindruck zugrunde gelegt hätten. Wenn sie wissenschaftlich fundiert hätten arbeiten wollen, hätten sie die Daten selbst erheben müssen. Die Daten des Ingenieurbüros seien schon zu alt, nämlich von 1992.

Nach einer längeren Diskussion über den Stellenwert von objektiven und subjektiven Daten setzte sich die Auffassung durch, als Grundlage die Angaben des Ingenieurbüros zu benutzen, die gegebenenfalls um bekannte aktuelle Daten zu ergänzen seien. Ein Teilnehmer erklärte sich bereit, die mathematische Berechnung der zu erwartenden Verkehrszuwächse durch den Bau der BMA an den jeweiligen Standorten vorzunehmen. Als er einige Zeit später die Daten präsentierte, bekam er allgemeines Lob von der Gruppe. Gleichzeitig wurde damit der Übernahme der objektiven Daten mit einer Korrektur (das Postfrachtzentrum) zugestimmt.

²⁶ Ergänzend ist hierbei anzumerken, daß die Arbeitsgruppe des Bereiches 'Umwelt/Natur' auf die Bewertung der 'Vorbelastung' in den Bereichen 'Luft', 'Verkehr' und 'Wasser' verzichtet hatte, da es z.B. nicht klar sei, ob es besser sei, etwas schon belastetes noch mehr zu belasten oder etwas nicht-belastetes erstmalig zu belasten. Interessanterweise hatte die Arbeitsgruppe 'Wirtschaftlichkeit' und anschließend das Plenum aber keine Probleme, eine Bewertung der Zunahme des Verkehrs vorzunehmen. Im Prinzip wurde hierbei aber auch die Vorbelastung bewertet, da Standorte mit viel Verkehr hier als geeigneter erscheinen als Standorte mit wenig Verkehr.

(e2) Unklare Wirkung

Die Arbeitsgruppe hatte bei der Bewertung der 'Transportwege', d.h. des Transportaufwandes, die Nähe zum größten Produzenten bewertet. Da dieser im Norden lag (Pforzheim), wurden alle Standorte im Süden durchweg schlechter bewertet als alle nördlichen Standorte. Der erste Einwand bemängelte dies und meinte, es müssten zwei Standorte gefunden werden, der Beste für den Norden und der Beste für den Süden. Dies wurde von einem anderen Teilnehmer unterstützt, der darauf verwies, daß das Ingenieurbüro dies schließlich ausgerechnet hätte und diese Zahlen benutzt werden müssten. Das Gegenargument lautete hier, daß diese Daten dem gesunden Menschenverstand widersprächen. Letztlich blieb allerdings unklar, welche Argumentation sich durchsetzte. Die Moderation forcierte die Sichtweise, daß Nord besser als Süd sei und dann jeweils innerhalb dieser Bereiche Bessere von Schlechteren unterschieden werden müssten. Da es keiner so genau wisse, sollten möglichst die Extremwerte (-2, +2) nicht vergeben werden. Die dann vollzogene Neubewertung wurde ohne Widerspruch von allen Teilnehmer/innen akzeptiert.

(f) Gemischt: standort- und wertbezogen

Bei einigen Einwänden läßt sich nicht klar unterscheiden, ob sie gegen eine bestimmte Standortbewertung oder gegen die gewählten Unterscheidungen gerichtet waren. Ausgangspunkt war hier zumeist, daß die Bewertung bestimmter Standorte nicht akzeptiert wurde. Die Arbeitsgruppe reagierte darauf mit der Explizierung ihrer Bewertungsgrundlage, die dann Gegenstand des weiteren Diskurses war. Hier könnte für den Fall vermutet werden, daß ein Standortvertreter, der die Kritik vorbringt, lediglich strategisch argumentiert, um seinen Standort schlechter abschneiden zu lassen. Aus dem Kontext der Diskussion wird aber deutlich, daß dies nicht ohne weiteres behauptet werden kann, da in den Einwand z.B. andere Standorte einbezogen wurden oder die entsprechenden Teilnehmer auch bei anderen Werten ähnlich grundsätzlich wertbezogen argumentierten. Insofern war zwar der eigene Standort Ausgangspunkt der Kritik, aber geleitet war diese Kritik von einer bestimmten Werthaltung und nicht von dem Versuch, nur den eigenen Standort schlechter darzustellen.

(f1) Zurückweisung

Ein Beispiel findet sich bei der etwa fünfminütigen Diskussion um den Wert 'Schutz von Biotop'. Nachdem eine Vertreterin einen standortbezogenen Einwand formuliert hatte und dieser mit Bezug auf Wald zurückgewiesen wurde (vgl. oben), fragte sie, warum dann ein anderer Standort, an dem Wald gerodet werden sollte, nicht ungeeigneter sei. Das Gegenargument lautete, daß

dieser Wald neben dem Standort stehe. Die Kritikerin wies auf die Aussage des Vertreters der Gemeinde bei der Standortbesichtigung hin, daß ein Teil des Waldes wahrscheinlich mitbetroffen sei. Dieses Argument wurde angenommen, allerdings sei dies nur ein kleiner Teil des Standortes, weswegen die Bewertung trotzdem richtig sei. Im weiteren wurde dann nur noch über die Bewertungsskala diskutiert, ob Wald anders zu bewerten sei als Wiesen und Äcker (vgl. oben). Das Gegenargument war, daß Acker bereits über die Bodenqualität berücksichtigt würde. Dieser Argumentation ging eine längere Diskussion darüber einher, was denn überhaupt ein Biotop sei. Nach der erheiternden Feststellung, daß auch ein Wohnzimmer ein Biotop sei, wurde offensichtlich, daß nur bestimmte Biotope schützenswert seien. Während Wald und Wiese noch schützenswert seien, sei dies bei Acker nicht mehr der Fall. Diese Meinung setzte sich letztendlich durch.

(f2) Vertagung und Nicht-Wiederaufnahme der Diskussion

Bei der Diskussion der 'Ästhetik' wurde bemängelt, daß die exponierte Lage (Bergkuppe) an einem Standort genauso für zwei weitere zuträfe. Der Einwand wurde mit einem Verweis auf die Lage im Gewerbegebiet zurückgewiesen. Ein ähnlicher Einwand wurde gegenüber einem anderen Standort vorgebracht, das Verteidigungsargument war hier der Sichtschutz durch den Wald. Die Stärkung des Einwandes, daß es sich um ein Urlaubsgebiet handele und man beim Wandern auf die Anlage stoßen könne, wurde abgewiesen. Dies gehöre in den Bereich 'Mensch/Gesundheit'. Nachdem geäußert wurde, daß das Kriterium ganz gestrichen werden müsse, da es keine einheitliche Meinung gebe, wurde die Diskussion vertagt, allerdings später nicht wieder aufgenommen. Die Werte blieben bis auf einen Standort unverändert, bei dem die Arbeitsgruppe ein falsches Vorzeichen während des Plenums korrigierte.

(g) Vermischte, komplexe Argumentationsmuster

Eine besonders lange Diskussion ergab sich nach einem Einwand zur 'Windrichtung'. Die Diskussion wurde zweimal vertagt und dauerte insgesamt 20 Minuten. Zwischen den einzelnen Diskussionsabschnitten lagen 20 und 165 Minuten. Das Bewertungsschema war klar formuliert und in sich schlüssig. Entsprechend gab es am Bewertungsschema auch keine Kritik. Eine -2 erhielten Standorte mit Ortschaften bis 1000 Meter Entfernung in der Hauptwindrichtung, bis 1500 Meter gab es eine -1, bis 2000 Meter eine 0 und über 2000 Meter eine +2.²⁷ Waren am

²⁷ Daß der Wert +1 nicht vergeben wurde, lag wahrscheinlich daran, daß die Orte in über 2000 Meter Entfernung weit über 2000 Meter entfernt lagen, so daß eine weitere Unterteilung nicht nötig war.

Standort Kaltluftströmungen zu berücksichtigen, erfolgte eine Abwertung um Eins. Um die Bewertung eines Standortes kam es dann zu einer Auseinandersetzung. Die dabei identifizierbaren, aber überlagerten Argumentationsstränge sollen hier nachgezeichnet werden.

Die Diskussion begann mit einem standortbezogenen Einwand. Der Kaltlufteinfluß an ihrem Standort, meinte eine Bürgerin, sei besonders stark und deswegen müsse dies auf jeden Fall berücksichtigt werden. Die meiste Frischluftzufuhr käme aus dieser Richtung. Entsprechend müsse der Standort so bewertet werden, als wenn der Wind aus dieser Richtung käme, das hieße -2 statt +1. Der Sprecher der Arbeitsgruppe, die die Ausarbeitung der Standortbewertung für den Ast 'Mensch/Gesundheit' übernommen hatte, hielt das Bewertungsschema der Arbeitsgruppe dagegen, wonach der Kaltluftfluß nur zu einer Abwertung um Eins führe. Mit einem Diskussionbeitrag der anderen Vertreterin des betroffenen Standortes, die sich bislang weitgehend zurückgehalten hatte, schien ein Kompromiß in Sicht. Sie unterstrich, daß es auf der Landkarte zwar nicht so aussehe, aber die Luft wirklich aus dieser Richtung in den Ort strömen würde. Die Moderation nahm dieses Argument auf und schlug eine Null als Kompromiß vor mit der Begründung, daß hier ein besonders starker Kaltlufteinfluß vorliegen würde. Innerhalb dieses Diskussionsstranges kam es zu keiner Verständigung, beide Seiten hielten an ihrer Vorstellung von 'Windrichtung' und 'Kaltluftfluß' fest. Allerdings zeichnete sich bereits ein Kompromiß ab.

Die zweite Argumentationslinie der Standortvertreterin richtete sich gegen die zugrunde gelegten Daten. Ausgangspunkt ihrer Kritik war hier eine Kopie eines Telefaxes des Ingenieurbüros, welches die meteorologischen Ausbreitungsbedingungen an den Standorten zusammenfaßt. Die Daten erschienen zum einen als manipuliert, da einige der Nullen in der ihren Standort betreffenden Zeile offensichtlich per Hand eingezeichnet worden seien. Zum anderen sei die Fußnote fünf zwar unter der Tabelle ausgeführt, aber in der Tabelle nicht einer der Kategorien 'Windrichtungsverteilung', 'Windgeschwindigkeit' und 'Kaltluftflüsse' zugeordnet. Beide Kritikpunkte waren sachlich richtig. Allerdings konnten weder die Moderation noch die anderen Teilnehmer von dem Fehler mit der Fußnote überzeugt werden. Dieser Diskussionsstrang wurde mit dem Hinweis der Moderation abgebrochen, daß, wenn manipuliert werden würde, dies sicher geschickter gemacht würde; sie würden aber dem Einwand in den nächsten Tagen nachgehen. Ein Teilnehmer merkte an, daß die Daten vom Wetterdienst würdigend anerkannt werden sollten.

Eine dritte Argumentationslinie versuchte dann den Konflikt durch Verweis auf die Diskursregeln beizulegen. Dies kulminierte in dem Vorschlag, einfach über den Einwand abzustimmen. Mit dem Hinweis einer Teilnehmerin, daß dies zu einer Abstimmung über Personen führen und

dadurch das bislang gute Arbeitsklima in der Gruppe gefährdet werden könnte, wurde dieser Vorschlag abgelehnt.

Eine vierte Argumentationslinie hatte die Konsistenz der Bewertung zum Gegenstand. Würde ein Standort anders bewertet, dann müßten auch die Bewertung der anderen Standorte neu überdacht werden, andernfalls wäre die innere Logik der Bewertung gefährdet. In diesem Zusammenhang wies ein Teilnehmer daraufhin, daß auch andere bei der Bewertung ihrer Standorte 'Bauchschmerzen' gehabt hätten, in diesem Fall müßten die Standortvertreterinnen das schlechte Abschneiden ihres Standortes 'auch mal schlucken' können. Ansatzweise wurde diese Argumentationslinie in Richtung einer Diskussion der anderen Standorte weitergeführt. Am Bedeutendsten war aber wahrscheinlich die Zuspitzung auf die Frage, ob nicht im Einzelfall von den doch recht formalen Kriterien abgewichen werden müsse, wenn sich zeige, daß an einem Standort ein bestimmter Faktor besonders stark ausgeprägt sei. Dies mündete in der Feststellung, daß sich die Teilnehmer/innen weder nur auf das beziehen dürften, was auf dem Papier stehe, noch dürften sie sich nur auf ihre Aussagen stützen. In diesem Fall müßten also auch die subjektiven Erfahrungen einzelner einbezogen werden.

Entscheidend unterstützt wurde dies durch die fünfte Argumentationslinie. Diese bestand darin, daß ein Nicht-Betroffener das Beispiel einer Standortvertreterin bestätigte, daß der Brandgeruch eines Feuers aus Richtung des potentiellen Anlagengebietes in den Ort gezogen sei. Er sei an diesem Tag selber in dem betreffenden Ort gewesen und als Feuerwehrmann wisse er, wie Qualm rieche. Dies habe er auch in der Arbeitsgruppe erzählt, aber zu diesem Zeitpunkt habe er dem noch nicht so viel Bedeutung beigemessen. Dadurch, daß ein Vertreter eines anderen Standortes die Erzählung einer Betroffenen bestätigte, nahm ihr Gewicht zu.

Gelöst werden konnte der Konflikt allerdings nicht. Die Feststellung der Moderation, daß die Argumente wohl dafür sprächen, daß eine Null ein angemessener Kompromiß darstelle, wurde offensichtlich nicht von allen Teilnehmer/innen geteilt. Nachdem mit diesem Ergebnis die Diskussion abgeschlossen und drei Stunden den anderen Kriterien gewidmet waren, führte der Hinweis auf das Sternchen beim Wert 'Windrichtung' durch die Moderation zur Wiederbelebung der Auseinandersetzung. Als neues Argument tauchte auf, daß der betreffende Standort bei den anderen Kriterien so viele Minuspunkte gesammelt habe, daß er hier einen positiven Wert vertrage. Dies Argument hatte allerdings inhaltlich keine weiteren Folgen, jedoch wurde die Atmosphäre entspannter. Die Moderation löste das Problem dahingehend, daß die Null, die schon im Laufe der Diskussion von ihr festgehalten wurde, zunächst als Berechnungsgrundlage angenommen wurde. Eine spätere Nachrechnung mit +1 solle dann zeigen, inwieweit dies Einfluß auf das Gesamtergebnis habe. In letzter Instanz entschied hier also die Moderation. Während die

Standortvertreterinnen diesen Kompromiß explizit akzeptierten, war eine sichtbare Überzeugung der Gegner des Einwandes nicht zu beobachten. Insgesamt entwickelte sich wahrscheinlich während der Diskussion für die Moderation durch drei Beiträge anderer Teilnehmer/innen, die die Position der Standortvertreter unterstützen, der Eindruck, daß immer mehr Teilnehmer/innen die Sonderstellung dieses Standortes akzeptierten. Vor allem waren dies der empirische Hinweis auf den Brandgeruch sowie die methodische Diskussion, daß sowohl subjektive als auch objektive Daten berücksichtigt werden müßten. Außerdem könne ein starres Festhalten an Kriterien nicht die Aufgabe eines Bürgerforums sein.

(h) Überhörte Einwände

Nach unseren Beobachtungen kam dies eher selten vor, was vor allem der disziplinierten Diskussionsweise und der Moderation zu verdanken ist. Im Zuge der längeren Diskussion um die 'Windrichtung' war aber ein Beispiel zu finden. Das Argument dieses Vertreters knüpfte im Prinzip an Überlegungen der anderen standortbezogenen Einwenderin an, wonach 'Windrichtung' mehr als 'Hauptluftzufuhr' zu verstehen sei. Er meinte, daß auch bei einem anderen Standort die 'Frischluftzufuhr' von der 'Windrichtung' abweichen würde. Dieses Argument wurde aber von niemanden aufgenommen. Es ging quasi in der erhitzten Diskussion um einen anderen Standort unter. Eigentlich hätte hierin eine Konsenschance bestanden. Wenn der Wert nicht mehr 'Windrichtung', sondern 'Frischluftzufuhr' genannt worden wäre, hätten eventuell die Verständigungsschwierigkeiten zwischen den verschiedenen Positionen überwunden werden können. Wichtiger ist allerdings festzustellen, daß Einwände im Diskurs richtig positioniert werden müssen, um erfolgreich sein zu können. Ist die Aufmerksamkeit durch eine hitzige Diskussion auf einen anderen Standort gelenkt, wird es schwierig, eine andere Gemarkung zu thematisieren.

(i) Ungelöste Einwände: Zurückgestellte und nicht wiederaufgenommene Diskussionen

Dieses Vorgehen ließ sich in einer ganzen Reihe von Fällen beobachten:

- 'Windrichtung'
- 'Verteilungsgerechtigkeit'
- 'Nähe zu Natur- und Landschaftsschutzgebieten'
- 'Schutz von Biotop'
- 'Folgeschäden an der Natur'
- 'Ästhetik'
- 'Bodenqualität'
- 'Art des Landschaftsverbrauchs'.

Es ist im Nachhinein kaum zu beurteilen, wie problematisch es war, daß eine Reihe von Diskussionen nicht angemessen beendet werden konnten. Angemessen heißt hier, daß ein Konsens, Kompromiß oder eine 'Duldung mit Bauchschmerzen' gefunden wurde oder zumindest der Dissens festgehalten wurde. Die Vielzahl der zu betrachtenden Fälle macht deutlich, daß die Zeit knapp bemessen war. Bei insgesamt 32 Kriterien (von denen fünf nicht bewertet wurden) mit fünf Bewertungsstufen ergeben sich bereits 160 Einzelkriterien. Zusammen mit 10 Standorten sind dies 1600 Kombinationen, die zur Diskussion gestellt werden könnten. Aber nicht nur die Zeit war ein Problem. Bei bestimmten Kriterien war es schwierig, eindeutige Operationalisierungen zu entwickeln. Und selbst dort, wo es auf den ersten Blick einfach erschien (Beispiel: 'Windrichtung'), zeigt die reale Diskussion, daß diese äußerst problematisch werden können. Daß am Ende der Sitzung alle mit der Bewertung einverstanden waren, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele Fragen offen geblieben sind.

(j) Problemlose Kriterien (ohne oder mit sehr kurzer Diskussion)

Es gab aber auch eine Reihe von unproblematischen Kriterien, hierzu gehörten:

- 'Nähe zur Einzelbebauung'
- 'Nähe zur Wohnbebauung'
- 'Nähe zu Regionengrenze'
- 'Nähe zu sozialen Einrichtungen'
- 'Nähe zum Bahnanschluß'.

Diese zeichneten sich vor allem dadurch aus, daß sie in eindeutige Kriterien übersetzbar waren. So sind die Abstände zur Regionengrenze und zu sozialen Einrichtungen eindeutig bestimmbar, das gleiche gilt für die Frage, ob ein Bahnanschluß in der Nähe vorhanden bzw. realisierbar ist oder nicht. Bemerkenswert ist, daß die metrische Abstufung der Entfernungen in keinem Fall Gegenstand einer Diskussion wurde. Hier wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen immer anerkannt. Dies gilt auch für die stärker problematisierten Kriterien. Die Kritik richtete sich statt dessen darauf, was z.B. zu den sensiblen Produktionsstätten zu rechnen ist oder was unter Windrichtung zu verstehen ist.

(k) Konstruktive Überarbeitungen

Besonders bei zwei Werten ergaben sich Erörterungen daraus, daß Operationalisierungen nur schwer zu entwickeln waren und eigentlich jeder Standort einzeln diskutiert werden mußte. Hier entstand ein sehr konstruktiver Diskurs, wobei die Hinweise der Anwohner als Standortexperten besonders wichtig waren.

Das Kriterium 'Eigentumsverhältnisse' beispielsweise stand für die Frage: Wie schwierig wird es sein, das Gelände zu erwerben? Eine mögliche Bewertung könnte z.B. sein, daß privates Gelände schlechter zu bewerten sei als solches, welches bereits in der Hand der Gebietskörperschaft ist. Eine Betrachtung der Grundstücke, die in privater Hand sind, zeigt aber, wie standortgebunden dieses Kriterium im Grunde ist. Beispielsweise war ein Standort in der Hand eines Entsorgungsunternehmers, der selbst beabsichtigte, eine biologisch-mechanische Anlage zu errichten. Hier wäre also kein Widerstand zu erwarten, also ist der Standort als geeignet anzusehen. Ein anderer Standort hingegen war im Besitz einer Firma, von der behauptet wurde, daß sie auf jeden Fall versuchen würde, den Bau einer solchen Anlage zu verhindern. Dieser Standort wäre demnach als schlechter geeignet einzustufen. Kompliziert war auch ein Fall, bei dem zwar das Gelände Eigentum einer entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaft ist, aber das Gelände zu einer anderen Gebietskörperschaft gehört und die betreffende Gemeinde, auf deren Gemarkung es liegt, bereits Widerstand angekündigt hatte. In anderen Fällen war ein Teil in privatem, ein anderer Teil in öffentlichem Besitz. Ganz ähnlich sah die Diskussion bei der 'Genehmigungsfähigkeit' aus.

4.2.2.8 Exkurs: Ein Vergleich zwischen dem Herangehen des Ingenieurbüros und des Bürgerforums

Da das Ingenieurbüro und die Bürgerforen die gleiche Aufgabe hatten, nämlich eine Empfehlung über die Geeignetheit der Standorte abzugeben, bietet es sich an, ihr Vorgehen zu vergleichen.²⁸ Ein solcher Vergleich bietet sich auf vier Ebenen an:

- Entwicklung der Kriterien
- zugrundegelegte Bewertungskriterien (Wertbäume)
- konkretisierte Bewertungsmaßstäbe, d.h. Übersetzung der Werte in Meßanweisungen
- konkrete Standortbewertung.

Wir wollen uns hier auf die Wertbäume und Meßanweisungen beschränken. Der sehr interessante Vergleich der Entwicklung der Kriterien ist leider nicht möglich, da wir die Diskussionsprozesse des Ingenieurbüros nicht verfolgen konnten, aber auch die wichtigen Phasen der

²⁸ Eine zentrale Frage, die sich aus dem Habermaschen Ansatz ergibt, ist die Trennung von System- und Lebenswelt. In der Risikosoziologie taucht diese Unterscheidung in der Form Laie-Experte oder Betroffener-Entscheider auf. Im Ansatz der Akademie ist hier danach zu fragen, inwieweit sich die Kompetenz von Bürger/innen und Ingenieur/innen unterscheiden. Für das Nordschwarzwälder Verfahren bietet sich hier eine genauere, vergleichende Betrachtung der Herangehensweise des Ingenieurbüros und der Bürgerforen an.

Arbeitsgruppen innerhalb des Bürgerforums wurden von uns nicht erfaßt. In diesem Bereich wird es wahrscheinlich wesentliche Unterschiede geben, da viele Diskussionen innerhalb des Ingenieurbüros nicht mehr geführt werden dürften. Viele Bewertungen werden zum gesicherten Erfahrungswissen gehören, welches im eigenen Kontext nicht mehr expliziert oder in Frage gestellt wird. Allerdings wird es solche Diskussionen mit den Auftraggebern geben.

In den Abbildungen 22 und 23 sind die Bewertungskriterien der Bürgerforen und des Ingenieurbüros in Form eines Wertbaumes dargestellt. Der Wertbaum des Ingenieurbüros wurde von uns anhand des abschließenden Gutachtens (Fichtner 1996: 4-4ff) erstellt. Beim Wertbaum des Bürgerforums wurden auch die ungenutzten Werte aufgeführt (erkennbar an den gestrichelten Linien und den '[...]'). Auf den ersten Blick erscheint der ingenieurwissenschaftliche Wertbaum etwas differenzierter, da mehr Kategorien auf der untersten Ebene auftauchen (38 statt 32). Unterschiede ergeben sich auch bei der Wortwahl (z.B. 'Technik/Kosten' versus 'Wirtschaft' auf der obersten Ebene) und bei der Zuordnung von Unter- zu Oberkriterien (z.B. 'Windrichtung' unter 'Soziales' und 'mikroklimatische Situation' unter 'Luft'). Allerdings zeigen sich auch gewisse Ähnlichkeiten, so besitzen beide Wertbäume drei Oberkategorien und in beiden Wertbäumen ist der Oberwert Umwelt am weitesten ausdifferenziert.

Für die Bewertung entscheidend sind aber nicht die Zuordnungen unter dem einen oder dem anderen Oberbegriff, sondern die Bedeutungen und Meßanweisungen, die hinter den Kriterien auf der untersten Stufe stehen. In Tabelle 11 haben wir daher die Kriterien der untersten Ebene in der Reihenfolge des Bürgerforums vergleichend nebeneinander gestellt. Eine genauere Betrachtung des faktischen Gehaltes zeigt, daß die Kriterien sehr ähnlich sind. Nur vier Kriterien der Bürger/innen tauchen nicht in der einen oder anderen Form beim Ingenieurbüro auf, umgekehrt sind es fünf Kriterien, die fehlen. Die größere Differenziertheit beim Ingenieurbüro löst sich dahingehend auf, daß bei den Bürgerforen diese Kriterien meist zu einem zusammengefaßt wurden.

Auf der Ebene der Kriterien ist also kaum ein Unterschied auszumachen. Dies hat mindestens drei Gründe:

- (a) Die Bürger/innen kannten das Ingenieurgutachten für die Vorauswahl der Standorte und bekamen aktuelle Datenblätter mit den zentralen Kategorien des Ingenieurbüros. Damit hatten die Bürger/innen quasi ein Vorbild für die Entwicklung eigener Kriterien.
- (b) Unter den Bürger/innen befanden sich einige Personen, die eine naturwissenschaftlich-technische Ausbildung hatten, weswegen ihnen ein (ingenieur)-wissenschaftliches Vorgehen prinzipiell vertraut sein dürfte; wahrscheinlich genügt aber auch die

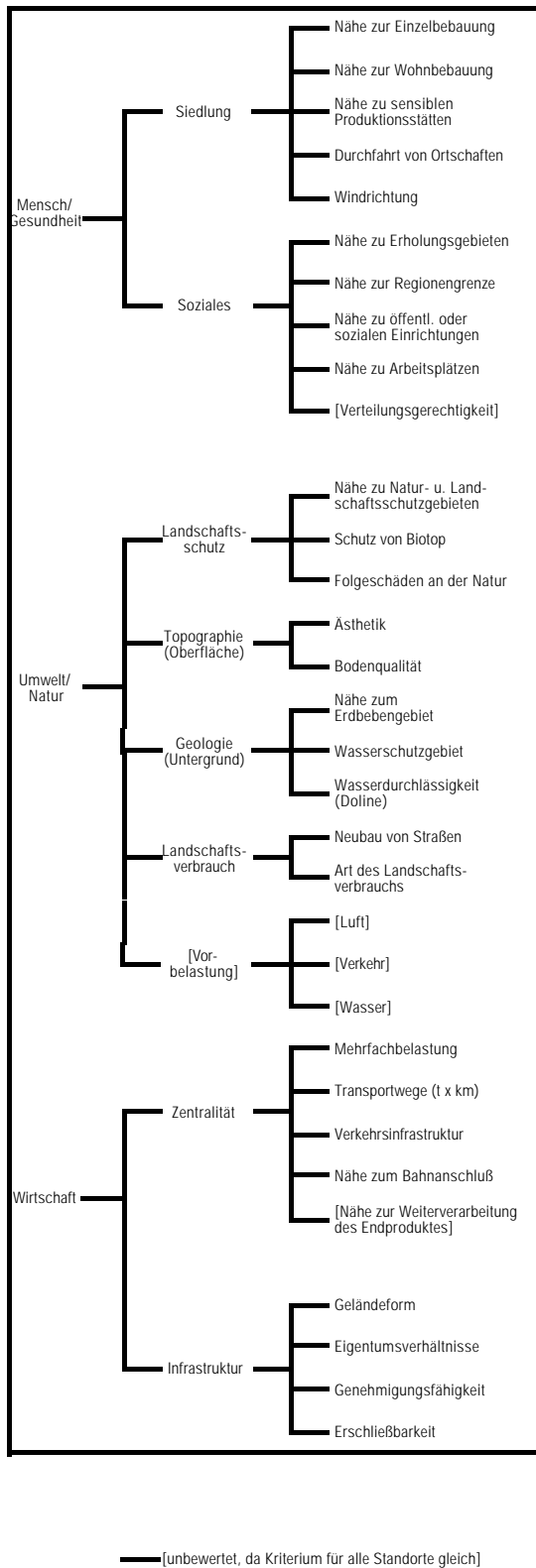


Abb. 22: Wertbaum Bürgerforum 6

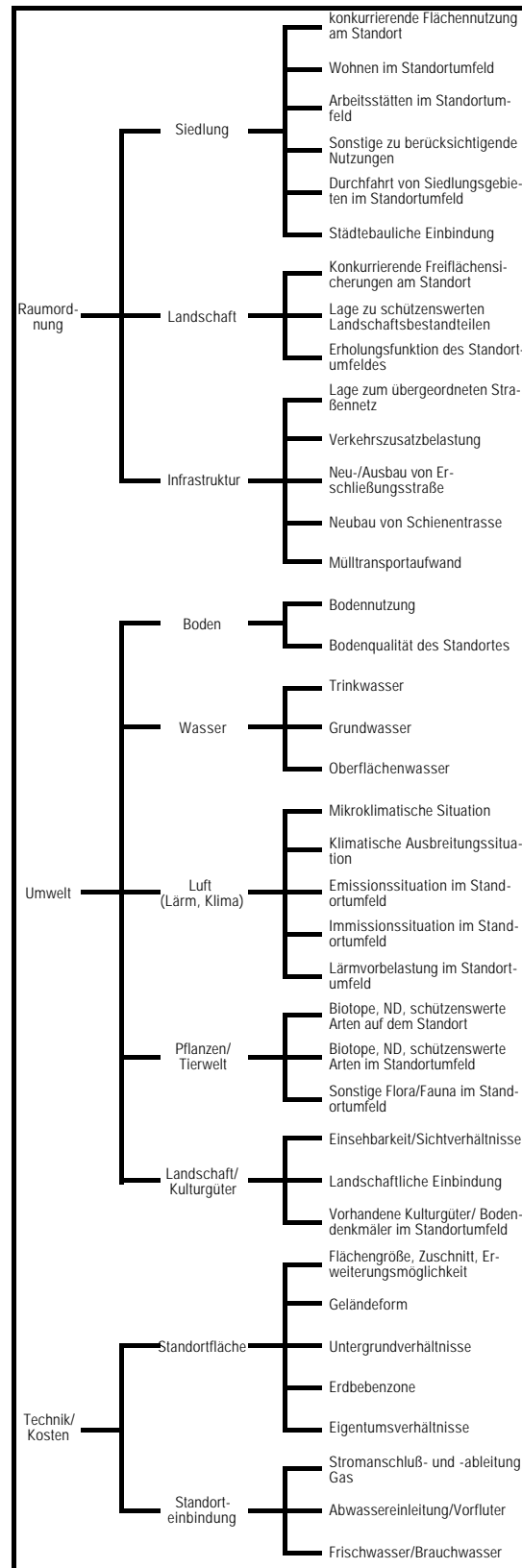


Abb. 23: Wertbaum des Ingenieurbüros (eigene Darstellung)

Kriterien Bürgerforum 6	Kriterien Ingenieurbüro
Nähe zur Einzelbebauung	Sonstige zu berücksichtigende Nutzungen
Nähe zur Wohnbebauung	Wohnen im Standortumfeld
Nähe zu sensiblen Produktionsstätten	
Durchfahrt von Ortschaften	Durchfahrt von Siedlungsgebieten im Standortumfeld
Windrichtung	Mikroklimatische Situation Klimatische Ausbreitungssituation
Nähe zu Erholungsgebieten	Erholungsfunktion des Standortumfeldes
Nähe zur Regionengrenze	
Nähe zu öffentl. oder sozialen Einrichtungen	Sonstige zu berücksichtigende Nutzungen
Nähe zu Arbeitsplätzen	Arbeitsstätten im Standortumfeld
[Verteilungsgerechtigkeit]	
Nähe zu Natur- u. Landschaftsschutzgebieten	Lage zu schützenswerten Landschaftsbestandteilen Vorhandene Kulturgüter/ Bodendenkmäler im Umfeld
Schutz von Biotop Folgeschäden an der Natur	Biotop, ND, schützenswerte Arten auf dem Standort Biotop, ND, schützenswerte Arten im Standortumfeld Sonstige Flora/Fauna im Standortumfeld
Ästhetik	Städtebauliche Einbindung Landschaftliche Einbindung Einsehbarkeit/Sichtverhältnisse
Bodenqualität	Bodenqualität des Standortes
Nähe zum Erdbebengebiet	Erdbebenzone
Wasserschutzgebiet	Trinkwasser
Wasserdurchlässigkeit (Doline)	
Neubau von Straßen	Neu-/Ausbau von Erschließungsstraßen
Art des Landschaftsverbrauchs	Bodennutzung
[Luft]	Emissionssituation im Standortumfeld Immissionssituation im Standortumfeld
[Wasser]	
[Verkehr] Mehrfachbelastung	Verkehrszusatzbelastung
Transportwege (t x km)	Mülltransportaufwand
Verkehrsinfrastruktur	Lage zum übergeordneten Straßennetz
Nähe zum Bahnanschluß	Neubau von Schienentrasse
[Nähe zur Weiterverarbeitung des Endproduktes]	
Geländeform	Geländeform
Eigentumsverhältnisse	Eigentumsverhältnisse
Genehmigungsfähigkeit	Konkurrierende Freiflächensicherungen am Standort Konkurrierende Flächennutzung auf dem Standort
Erschließbarkeit	Stromanschluß- und -ableitung, Gas Abwassereinleitung/Vorfluter Frischwasser/Brauchwasser
	Untergrundverhältnisse (Geeignetheit für Bebauung)
	Flächengröße, Zuschnitt, Erweiterungsmöglichkeit
	Grundwasser (Versiegelung ÷ Neubildung)
	Oberflächenwasser
	Lärmvorbelastung im Standortumfeld

Tab. 11: Vergleich der Bewertungskategorien von Bürgerforum 6 und dem Ingenieurbüro

übliche Schulbildung, um die Denkprinzipien der Ingenieure nachzuvollziehen. Insgesamt ist davon auszugehen, daß sich das analytische Vorgehen gegenüber anderen Sichtweisen durchsetzen konnte.

- (c) Das Ingenieurgutachten ist für politische Entscheider/innen geschrieben, die auch keine Expert/innen sind, so daß es für Nicht-Expert/innen zugeschnitten ist. (Dennoch auftretende Schwierigkeiten wurden bei der Diskussion der Wertbäume beschrieben.)

Bei den konkreten Meßanweisungen gibt es im einzelnen zwar Unterschiede, aber im Prinzip ist das Vorgehen das Gleiche. Abgesehen davon, daß dem Bürgergutachten eine Fünfer-Skala und dem Ingenieurgutachten eine Dreier-Skala zugrunde liegt, unterscheiden sich die konkreten Grenzen. So wird z.B. die 'Nähe zur Wohnbebauung' (Bürgergutachten) in Form des Abstandes in Metern abgestuft; das Gleiche gilt für das Ingenieurbüro bei 'Wohnen im Standortumfeld'. Während das Bürgergutachten einen Bereich von 500 bis 1500 Meter abdeckt, sind es beim Ingenieurbüro 300 bis 1000 Meter. Derartige Unterschiede wird es auch innerhalb der verschiedenen Bürgergutachten geben. Eine genauere Analyse der Kategorien wird u.E. keine wesentlichen Unterschiede ergeben. Für einen genaueren Vergleich sei hier auf die Tabellen 10 und 12 verwiesen, die die einzelnen Kriterien von Bürgerforum 6 und des Ingenieurbüros enthalten.

Insgesamt zeigt sich, daß es in der Struktur und der Begründung der zugrunde gelegten Kriterien keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem Herangehen der beiden Gutachten gibt. Das heißt auch, daß es im Prinzip möglich ist, daß sich Bürger/innen und Ingenieure über die Kriterien verständigen könnten und sich letztlich auf ein gemeinsames 'Set' einigen könnten. Beide müßten dazu aber in einen Diskurs eingebunden werden und bereit sein, ihre jeweiligen Kriterien zur Disposition zu stellen und gegebenenfalls zu ändern.

Kategorie	-1	0	+1
konkurrierende Flächennutzung am Standort	Freifläche	Gewerbegebiet (GE)	Industriegebiet (GI), Sondergebiet (SO)
Wohnen im Standortumfeld	< 300 m bis angrenzend	> 300 m Abstand	> 1000 m Abstand
Arbeitsstätten im Standortumfeld	angrenzend (z.B. Dienstleistungszentrum)	< 500 m Abstand GE/GI, Sondergebiet	> 500 m Deponie, sonstige Arbeitsplätze
Sonstige Nutzungen	< 100 m empfindl. (Kindergarten etc.)	> 100 m Einzelbebauung, Wohnen im GE	> 1000 m Abstand
Durchfahrt von Siedlungsgebieten	längere Ortsdurchfahrt (auch Bundesstr.)	kleiner Teilstrom (max. 20% Gesamtaufk.)	keine Durchfahrt erforderlich
Städtebauliche Einbindung	isolierte Lage	Lage in kleinem GE bzw. GE mit geringem Bebauungsgrad, Anlehnung an Deponie	Integration in GE/GI mit Anlagen ähnlicher Art und Gestalt
Konkurrierende Freiflächensicherungen am Standort	Schonbereiche/ Vorrangbereiche der Raumordnung, Landesplanung: Wald	angrenzend	keine vorhanden
Lage zu schützenswerten Landschaftsbestandteilen	Naturschutzgebiete, Schönwälder usw. angrenzend	Landschaftsschutzgebiete, Nationalpark usw. angrenzend	keine angrenzend
Erholungsfunktion des Standortumfeldes	Erholungsschwerpunkt angrenzend	Kleingärten, Parks, Erholungswälder Stufe II, Luftkur- und Erholungsorte bis 850 m, keine Trennung Bahn oder Bundesstr.	keine oder wenige Funktionen ausgewiesen (z.B. Wander- oder Fahrradwege)
Lage zum Straßennetz	> 2700 m bis Bundesstr. bzw. Autobahn	# 2700 m bis Bundesstr. bzw. Autobahn	# 1000 m bis Bundesstr. bzw. Autobahn
Verkehrszusatzbelastung	mittlere bis hohe Zusatzbelastung (> 8%) bei hoher Vorbelastung	geringe Zusatzbelastung bei mittlerer oder hoher Vorbelastung (< 8%)	geringe Zusatzbelastung bei geringer Vorbelastung
Neu-/Ausbau Erschließungsstraße	> 1 km Neubau (oder 2 km Ausbau)	bis 500 m Neubau (oder 1 km Ausbau)	kein Neu-/Ausbau erforderlich
Neubau von Schienentrasse	kein Anschluß möglich	Anschlußmöglichkeit bis zu 1 km entfernt	Anschluß vorhanden, Umladung auf LKW ohne Ortsdurchfahrt möglich
Mülltransportaufwand	geringe Zentralität für 2 bis 3 Anlagen	mittlere Zentralität für 2 bis 3 Anlagen	zentral für 2 bis 3 Anlagen
Bodennutzung	Landwirtschaft, Wald, Brachland	teilweise versiegelte Fläche	vollständig versiegelte Fläche
Bodenqualität des Standortes	hohe Qualität	durchschnittliche Qualität	versiegelte oder kontaminierte Fläche
Trinkwasser	WSG Zone II angrenzend	Lage innerhalb WSG Zone IIIA oder IIIB	Lage außerhalb WSG
Grundwasser	höchste Eignung	Karstgrundwasserleiter, gute Wasserqualität, mittl. Eignung, Brunnengalerie < 150 m	geringe bis mittlere Eignung
Oberflächenwasser	auf dem Standort	bis 50 m	keine
Mikroklima (Kaltluftabfluß)	Richtung Siedlungsbereiche	vermutet bzw. schwach	nicht Richtung Siedlungsbereiche
Klimatische Ausbreitungssituation	Talkessellage, geringe Durchlüftung	mittlerer Durchlüftungsgrad	guter Durchlüftungsgrad
Emissionssituation	geringe Emission, nichts bekannt	nahe gelegene Autobahn, Bundesstr.	Emissionen durch Deponie
Immissionssituation	geringe Emission, nichts bekannt	nahe gelegene Autobahn, Bundesstr.	Emissionen durch Deponie
Lärmvorbelastung	vollkommen unbelastete Gebiete	durchschnittliche Vorbelastungen	starke Vorbelastungen (Straßen, Industrie)
Biotop, ND, schützenswerte Arten auf dem Standort	Biotopstrukturen u.ä. von hoher Bedeutung	Biotopstrukturen von geringer Bedeutung	versiegelte oder kontaminierte Standorte
Biotop, ND, schützenswerte Arten im Standortumfeld	ausgewiesene Biotop angrenzend	\$ 50 m Abstand bzw. Barriere (z.B. Autobahn)	keine vorhanden oder geplant
Sonstige Flora/Fauna im Umfeld	Rote-Liste-Arten vorhanden	Laichgewässer # 400 m, Plenterwald, Wald angrenzend, geringe Biotopausst.	versiegelte oder kontaminierte Flächen, Park, Wald # 250 m oder nichts bekannt
Einsehbarkeit/Sichtverhältnisse	isolierte Lage, weithin sichtbar	Einsehbarkeit von Wohnbebauung möglich	keine Einsehbarkeit von Wohnbebauung aus dem Nah- und Fernbereich
Landschaftliche Einbindung	exponierte Lage ohne Bebauung	isolierte Lagen, gewerbliche Bebauung vorhanden	Einfügung ins Gewerbegebiet
Vorhandene Kulturgüter/ Bodendenkmäler im Standortumfeld	# 100 m Abstand	\$ 100 m Abstand	keine vorhanden
Flächengröße, Zuschnitt, Erweiterungsmöglichkeit	< 1,5 ha	< 2 ha	> 3 ha
Geländeform	> 5 % (Gefälle)	< 5 % (Gefälle)	ebene Fläche
Untergrundverhältnisse	Verwerfungen, Grabenrandzonen	erhöhter Erkundungsaufwand usw. möglich	keine Einschränkungen
Erdbebenzone	2 bis 4	1	0
Eigentumsverhältnisse	überwiegend privat	überwiegend Gemeinde, Stadt	Abfallentsorger, Stadtwerke
Stromanschluß	> 2 km	< 2 km	im GE/GE/SO bzw. an Deponie vorhanden
Abwassereinleitung/Vorfluter	> 2 km	< 2 km	im GE/GE/SO bzw. an Deponie vorhanden
Frischwasser/Brauchwasser	> 2 km	< 2 km	im GE/GE/SO bzw. an Deponie vorhanden

Tab. 12: Übersicht der einzelnen Bewertungskriterien des Ingenieurbüros

4.2.2.9 Die Delegiertenkonferenz: ‘Heiße’ und ‘Kalte’ kommen zusammen

Wer die Schwierigkeiten eines Bürgerforums beobachtet hatte, sich über die Standortbewertungen zu einigen, fragte sich: Wie sollten sich erst sechs ‘kalte’ und vier ‘heiße’ Gruppen auf eine Empfehlung einigen? Und wie sollten diese beiden Ergebnisse ineinander passen? Vor dieser Aufgabe stand die Delegiertenkonferenz am Freitag den 3. Mai von 15:00 bis 21:00 Uhr:

- Begrüßung Delegierten (drei je Bürgerforum) im Plenum (28')
- getrennte (nach ‘heiß’, ‘kalt’) Abstimmung der Empfehlungen (128')
- Pause (20')
- Bericht von paralleler Veranstaltung der P.A.N. in Bad Liebenzell durch 1. Bürgermeister Pforzheims (incl. Diskussion: 16')
- Erarbeitung einer gemeinsamen Empfehlung von ‘heißen’ und ‘kalten’ Gruppen (153').

Während der Einleitung (25') durch die Moderation kritisierte ein Teilnehmer, daß in einer Parallelveranstaltung aktuelle abfallwirtschaftliche Entwicklungen und die Zahlen des Ingenieurbüros zur Verkehrslogistik erst vor wenigen Tagen vorgestellt wurden. Daß viele Daten zu spät kämen, sei symptomatisch für das Verfahren. Es wäre besser gewesen, wenn das Ingenieurbüro ihre Untersuchungen abgeschlossen hätte und die gesamten Daten den Bürgerforen vorgelegen hätten. Dies hätte die Bürgerforen qualifizierter und schneller arbeiten lassen. Nach einer ausführlichen Begründung der Akademie für das parallele Vorgehen kritisierte ein anderer Teilnehmer die aktualisierte Abfallmengenprognose des Ingenieurbüros; diese sei viel zu fehlerhaft. Beispielsweise habe der Enzkreis 10.000 t Abfall zuviel angerechnet bekommen und der Wert von 259 kg/Einwohner/Jahr in einem Szenario sei falsch. Ein anderer Teilnehmer meinte versöhnend, daß der Sachbearbeiter hier lediglich statt des Mittelwertes die Summe gebildet habe. Der andere Bürger untermauerte seine Kritik mit dem Hinweis auf eine fehlende Fußnote in einem Datenblatt zur Windrichtung, was bereits auf dem Workshop angesprochen worden sei (vgl. oben).

Nach der Umbaupause (3') tagten dann zunächst die Delegierten der ‘heißen’ und ‘kalten’ Gruppen getrennt (128'), wobei wir nur bei den ‘Kalten’ anwesend waren.²⁹ Das Ziel war eine konsensuelle Empfehlung aller Gruppen. Die Sitzung begann mit einer kurzen Vorstellungsrunde. Die Sprecher der sechs Gruppen referierten darüber hinaus kurz das jeweilige Gruppenergebnis. Dabei wurde grob der Wertbaum erläutert und die Standortrangfolge genannt.

²⁹ Wie wir nachträglich hörten, sei die Diskussion in den ‘heißen’ Gruppen ruhig und konstruktiv verlaufen.

Ein Sprecher wiederholte seine Kritik an den mangelhaften Daten. Sie seien zu dem Schluß gekommen, daß sie zu früh 'auf das Ingenieurbüro losgelassen' worden seien und deswegen ihre eigenen Informationen gesammelt hätten. Andere Sprecher wiesen auf die sehr gute Zusammenarbeit hin und empfanden die Heranziehung der Bürger/innen als eine gute Sache. Allerdings sei die Zeit zu knapp gewesen, deswegen fehlten aus ihrem Forum die zusätzlichen Empfehlungen. Lediglich eine Gruppe konnte keine Standortempfehlung abgeben. Sie hätten zwar einen Wertbaum erstellt und eine Bewertung vorgenommen; aber es sei ihrer Meinung nach nicht möglich, getrennt nach 'heißen' und 'kalten' Standorten eine Empfehlung abzugeben. Es sei ein zentraler Fehler des Verfahrens, die Empfehlungen nach 'heiß' und 'kalt' aufzutrennen, obwohl eine Kombinationslösung das Ziel sei. Für die Transportproblematik hätten ihnen keine Daten zur Verfügung gestanden. Darüber hinaus sei die Vorauswahl anzuzweifeln. Es habe sicher noch bessere Standorte gegeben als die zehn, die das Ingenieurbüro ausgewählt habe. Ihre dennoch durchgeführte Nutzwertanalyse habe im übrigen gezeigt, daß alle Standorte recht nahe beieinander liegen würden. Aus diesen Gründen würden sie keine Standortempfehlung abgeben. Interessant war der Hinweis aus einem Bürgerforum, daß bei ihnen Vertreter/innen für einen der südlichen Standorte fehlte, sie sich aber für diesen entschieden hätten. Deswegen hätten sie alles nochmals überprüft, aber das Ergebnis habe sich nicht geändert.³⁰

Nach der Vorstellungsrunde präsentierte die Moderation die gesamten Ergebnisse in Form einer Folie; u.a. wurde dazu ein Mittelwert der Nutzwertanalyse für alle Standorte gebildet. Anschließend wurde diskutiert, wie die Delegierten zu einem gemeinsamen Votum kommen könnten. Diese Erörterung ist schwer zusammenzufassen, da eine Vielzahl von Einzelfacetten angesprochen wurden und die Argumente sehr heterogen waren. Ein Delegierter meinte, es müsse zunächst geklärt werden, was gemacht werden solle. Für seine Gruppe sei klar, daß ihre Empfehlung stark vom thermischen Standort abhänge. Sie planen deshalb, sich auch beim thermischen Standort einzumischen. Als drittes sei ihm unklar, wie einige Gruppen die Kosten bewerten konnten. Der wesentlich Faktor sei hier die Transportlogistik und diese sei abhängig

³⁰ Aus den Teilnehmerlisten der Akademie geht hervor, daß es ähnliche Bedingungen in zwei anderen Bürgerforen gegeben hat. In beiden fehlten Vertreter/innen für den Standort Neulingen (Deponie Hohberg). In einem Fall schneidet dieser Standort immerhin als zweitgeeignester, im anderen als drittbesten ab. In den anderen Foren erreichte dieser Standort die Plätze: 4, 7, 2, 5. Trotz der relativ großen Streuung scheint es einen Zusammenhang zwischen fehlenden Standortvertreter/innen und der Platzierung des Standortes zu geben. Allerdings sollte bei dieser Betrachtungsweise nicht vergessen werden, daß es auch anwesende Personen gab, die so gut wie keinen Einfluß auf die Diskussionen genommen haben.

vom heißen Standort. Ansonsten seien die Standorte relativ ähnlich. Ein Vertreter einer anderen Gruppe erläuterte daraufhin ihr Vorgehen bei der Kostenbewertung. Die Moderation erläuterte die Gruppenergebnisse der heißen Gruppen. Die ersten beiden Standorte seien relativ eindeutig in Pforzheim, deshalb könnten diese Ergebnisse bei der Empfehlung der kalten Standorte als Randbedingungen berücksichtigt werden, z.B.: 'Unter der Bedingung, daß Standort 'x' von den thermischen Gruppen ausgewählt wird, empfehlen wir die Standorte 'b' und 'c'.' Ein Teilnehmer wies dann darauf hin, daß die Nullösung noch nicht aus dem Spiel sei. Außerdem seien seines Erachtens bei keiner Gruppe Transport und Ortsdurchfahrten berücksichtigt worden, obwohl alle dies für sehr wichtig gehalten hätten. Heute würde es ihnen wieder schwer gemacht, da sie zunächst in zwei Gruppen und nicht gleich zusammen tagen würden. Ein anderer Teilnehmer meinte, er wolle es noch komplizierter machen: Es sei unsicher, ob der Bau einer thermischen Anlage überhaupt sinnvoll sei. Bei Änderung der TASI würden eventuell ein oder zwei 'kalte' Anlagen ausreichen. Eine andere Alternative sei die Nutzung von Verbrennungsüberkapazitäten in anderen Kommunen. Da alles so kompliziert sei, schlußfolgerte er, müsse man mit diesen offenen Punkten leben. Die Moderation faßte dies dahingehend zusammen, daß mit 'wenn ... dann' Verschachtelungen gearbeitet werden solle. Ein anderer Teilnehmer ergänzte, daß man die Idee, daß keine MVA gebaut würde, im Hinterkopf behalten und den Faktor 'Zentralität' sehr hoch bewerten müsse. Daraus folge, daß ein Standort im Norden und einer im Süden zu suchen sei. Wichtig sei auch, daß ein Standort nicht die 'heiße' und die 'kalte' Anlage bekäme. Ein Teilnehmer meinte, daß angesichts der vielen unsicheren Randbedingungen hier nur eine Möglichkeit bestehe, nämlich eine Rangfolge für den Norden und eine für den Süden aufzustellen und sich dann mit den Kollegen der thermischen Standorte zu einigen. Einen vorherigen Redner kritisierend, wies ein Delegierter daraufhin, daß die TASI genauso bestehen bleiben könne und zu fragen sei, ob nicht auf BMAs verzichtet werden könne, vor allem angesichts der getrennten Sammlung von Bioabfällen. Eine Teilnehmerin bemängelte, daß der Kreis Calw mit zu wenig Standorten vertreten gewesen sei. Ein weiterer Delegierter betonte, daß seine Gruppe eindeutig gegen einen Müllexport außerhalb der Regionsgrenze sei. Die Kritik an der Standortvorauswahl kulminierte in der Forderung, ein Gegengutachten anfertigen zu lassen, was ein Teilnehmer allerdings für überflüssig und für eine Verschwendung von Steuergeldern hielt. Hinter dieser Forderung stecke immer noch die Vorstellung, daß es einen besten Standort gebe. Ein anderer Teilnehmer bemängelte den unterschiedlichen Entwicklungsstand der Abfallwirtschaftskonzepte in den Gebietskörperschaften.

Die Moderation versuchte, die unterschiedlichen Einwände in Form zusätzlicher Empfehlungen zu berücksichtigen und drängte darauf, zunächst eine Standortempfehlung zu erreichen

und anschließend die zusätzlichen Empfehlungen zu diskutieren. Im Ergebnis wurde die Rangliste der Standorte für den Norden und Süden so auf eine Tafel geschrieben, wie die Moderation sie vorher ermittelt hatte.³¹ Auf den Hinweis einer Teilnehmerin, daß es sich um eine rein mathematische Bewertung handele, meinte ein anderer Vertreter, daß dies ihre Bewertung sei, da bräuchte eigentlich nichts mehr diskutiert zu werden. Wenn trotzdem daran gedreht würde, dann sei das eine rein emotionale Sache, das habe dann nichts mehr mit der Bewertung zu tun. Dem wurde entgegengehalten, daß einige Gruppen Auflagen und Ausschlußkriterien zu den Standorten formuliert hätten, dies gelte es zu berücksichtigen. Auch sollte beachtet werden, daß es nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Unterschiede gebe, mal sei der Unterschied größer, mal kleiner. Die Moderation zeigte, daß es teilweise sehr kleine Unterschiede sind, die z.B. zwischen Platz 2 und 3 im Norden entscheiden. Insofern müsse hier nicht unbedingt daran festgehalten werden. Dies wurde um den Vorschlag erweitert, daß zunächst festgelegt werden solle, welche Standorte auf keinen Fall im Frage kämen. Auch müsse festgehalten werden, daß die Südstandorte besonders schlecht abschneiden. Ein Delegierter schlug vor, in drei Schritten weiter vorzugehen, d.h. zunächst zu überlegen, ob es zumutbar sei, einen Standort mit beiden Anlagen zu belasten, dann, ob es einer Gebietskörperschaft abverlangt werden kann, zwei Anlagenstandorte zu stellen und drittens festzulegen, welche Standorte so ungeeignet seien, daß sie nicht weiter empfohlen werden. Während es keine Gegenstimmen zu der Auffassung gab, daß es unproblematisch sei, 'heiß' und 'kalt' an einem Standort zu kombinieren, gab es keine Einigung zu der Frage, ob Pforzheim an zwei getrennten Standorten zwei Anlagen bekommen dürfe oder nicht bzw. ob dies gerecht sei. Nachdem ein Delegierter der 'kalten' Gruppen die Ergebnisse der 'heißen' Gruppen in Erfahrung gebracht hatte, verstärkte sich die Ablehnung eines zweiten Standortes in Pforzheim. Daß sich eine vehemente Vertreterin dieser Sichtweise als unmittelbar Betroffene zu erkennen gab, schwächte diese Position nicht, da nach Meinung eines Teilnehmers auch die politischen Entscheider Pforzheims eine solche Empfehlung kaum umsetzen würden. Für die nördlichen Standorte gab es damit keine Einigung.

Da die Zeit sehr fortgeschritten war, sollte wenigstens für den Süden eine Empfehlung ausgesprochen werden. Auch hier gab es erhebliche Probleme. Während eine Delegierte die Nachteile des Horber Standortes (Mühle, Reinluftbetrieb, schlechte Verkehrsanbindung im

³¹ Für den Beobachter bleibt unklar, warum nicht sofort die Folie vom Anfang der Sitzung liegen gelassen wurde, auf dem diese Ergebnisse bereits zusammengefaßt waren. Die Moderation hätte hier gleich fragen sollen, ob so die Standortbewertung in Ordnung sei und diese nicht erst wieder zur Disposition stellen sollen.

Süden) zusammenfaßte, begründete ein anderer, warum seine Gruppe den Standort Freudens-
tadt für unannehmbar hielt (Wasserquelle, Fremdenverkehr, schon belastet durch Deponie). Der
Horber Standort liege dagegen in einem Industriegebiet, lediglich die Mühle hätte auch in seiner
Gruppe zu Bedenken geführt. Die weitere Diskussion mündete dann in der Idee, die beiden
Standorte zu streichen, die bei zwei Gruppen besonders schlecht abgeschnitten hätten. Ein
Teilnehmer wies dann daraufhin, daß sie nur ein imperatives Mandat hätten, deswegen sei es
schwierig, Standorte zu berücksichtigen, die bei einigen Gruppen ausgeschlossen wurden. Da
immer mindestens ein Forum einen der Südstandorte gestrichen habe, bliebe eigentlich nichts
anderes übrig, als entweder alle Standorte beizubehalten oder alle zu streichen. Im Ergebnis
wurden alle Standorte beibehalten und keiner gestrichen. Einig waren sich die Teilnehmer/innen
darin, daß alle südlichen Standorte schlechter waren als die nördlichen.

Ohne endgültige Lösung gingen die Delegierten in die Pause. Danach berichtete der 1.
Bürgermeister Pforzheims von der Parallelveranstaltung der P.A.N. in Bad Liebenzell. In der
anschließenden Diskussion wies ein Teilnehmer nochmals darauf hin, daß es ein wesentliches
Problem gewesen wäre, parallel zum Ingenieurbüro zu arbeiten. Es wäre besser gewesen, wenn
die Daten des Ingenieurbüros bereits vollständig vorhanden gewesen wären. Eine Teilnehmerin
meinte, die Kommunalpolitiker sollten die Ergebnisse der Bürgerforen ernst nehmen. Der 1.
Bürgermeister begrüßte dies, ihn mache aber betroffen, daß auf der Sitzung in Bad Liebenzell ein
Teilnehmer der Bürgerforen gesagt habe, daß sie u.a. mit falschen Zahlen von der Akademie an
der Nase herumgeführt worden seien.

Nachdem der 1. Bürgermeister sich verabschiedet hatte, wurde die Plenumsdiskussion
eröffnet, die nach folgendem Schema verlief. In der ersten Runde stellten die 'heißen' Foren ihre
Ergebnisse vor, die 'Kalten' hatten dann ihre Empfehlung daran anzupassen. Dies führte bei
ihnen zu großem Unbehagen. Für die zweite Runde erreichten sie deshalb ein umgekehrtes
Vorgehen. So kam es zu zwei Kompromißlösungen. Szenario A wurde maßgeblich von den
'heißen' Gruppen definiert und sah einen Transport auf der Schiene vor. Bei Szenario B war der
Ausgangspunkt die Standortbewertung der 'kalten' Bürgerforen, hier sollte der Transport
zwischen den Anlagen per LKW abgewickelt werden. Für den Norden wurde bei diesem
Szenario darüber hinaus festgelegt, daß die thermische und biologisch-mechanische Behandlung
an einem Standort realisiert werden sollten. Es wurde damit gegen zwei maßgebliche Prinzipien
der heißen Foren verstoßen: Bahntransport und nur eine Anlage in einer Gebietskörperschaft.

In der Diskussion gab es zwischen den 'heißen' und 'kalten' Gruppen erhebliche Unter-
schiede. Während sich die 'Heißen' in ihrer gemeinsamen Position einig waren und als ge-
schlossener Block auftreten konnten, erschienen die 'Kalten' uneiniger und sich in ihrer gemein-

samen Position unsicher. Dies ist zwar verständlich, da die 'heißen' Gruppen nur einen aus vier Standorten die 'kalten' dagegen zwei aus zehn Standorten aussuchen mußten. Dies führte jedoch in der Diskussion zu einem Ungleichgewicht. Die 'heißen' Gruppen dominierten vor allem zu Beginn die Entscheidungsfindung. Durch ihre Festlegung auf einen Standort, dessen Vorteil u.a. ein Bahnanschluß war, wurde die Entscheidung der 'kalten' Gruppen auf Orte eingeschränkt, die über einen Bahnanschluß verfügen. Eine weitere Einschränkung der Entscheidungsmöglichkeiten der 'Kalten' bestand darin, daß die 'Heißen' keine weitere Anlage in Pforzheim zulassen wollten, da sie dort die thermische Anlage plazierten und keine Mehrfachbelastung eines Standortes wollten. Faktisch war damit eine Situation eingetreten, in der die 'kalten' Foren fast nichts mehr entscheiden konnten, denn es gab nur drei 'kalte' Standorte mit einem Bahnanschluß, zwei im Süden und einer im Norden. Auf die Frage aus den 'kalten Reihen', ob bei den 'Heißen' angedacht worden sei, BMA und MVA an einem Standort zu koppeln, kam als Antwort, daß im Norden eventuell eine biologisch-mechanische Vorbehandlung überflüssig sei. Eine andere Ebene der Diskussion wurde von einer 'Kalten' eröffnet. Sie fragte, inwieweit beim Heizkraftwerk die Ortsnähe eine Rolle gespielt habe. Das Gegenargument war hier, daß die Emissionen nicht zunehmen würden, wenn im Heizkraftwerk zukünftig Müll verbrannt würde. Diese Kompensation bei den Emissionen sei sehr wichtig für die Entscheidung gewesen. Für die Ortsnähe spreche allgemein auch der Nutzen, der über die Wärmeabgabe ins Fernwärmenetz gegeben sei. Eine Belastung der Umwelt sei dagegen an jedem Standort gegeben. Eine 'Kalte' hatte allerdings Bedenken wegen der Emissionen; da kaum bekannt sei, was in eine MVA hineinkomme, sei es nur schlecht möglich, dies herauszufiltern. Die Diskussion drehte sich noch einige Zeit um die Bewertungsgrundlage der 'heißen' Gruppen, wobei wir nur einen Aspekt noch herausheben wollen, und zwar die Definition von 'emotional', die ein 'Heißer' benutzte, um das Emissionsargument zu entkräften: Die Emissionen seien an jedem Standort gleich und insofern immer problematisch. Zu dem Einwand, daß in Pforzheim mehr Menschen betroffen seien, merkte er an, daß sie davon weggekommen seien, eine 'emotionale Ader' in die Problematik zu bringen. Die Frage des Müllaufkommens oder der Verursachung hätte bei ihnen in keiner Weise Einfluß auf ihr Ergebnis gehabt.

Die Einschätzung zweier Delegierter, die in der Presse nachzulesen war, faßt die Delegiertenkonferenz zugespitzt zusammen. Während einer den Eindruck äußerte, daß es eine 'emotionsgeladene Diskutiererei und Schieberei' gewesen sei, bei der sich der Stärkere - die 'heißen' Gruppen - durchgesetzt habe, bemängelte ein zweiter, daß letztendlich die Mathematik ent-

schieden habe. Er hätte eigentlich gedacht, daß noch Argumente ausgetauscht würden.³² Ein Kernproblem war, daß es bei der Zusammenkunft der Delegierten zu einem neuen Argumentationsstil kam. Während in den Gruppen im einzelnen die Werte entwickelt und die Standorte damit vergleichend betrachtet wurden, dienten nun zuerst abstrakte Zahlen für die Bestimmung der Standortrangfolge, dann fungierten neue Argumente (Verteilungsgerechtigkeit der Standorte) oder aber Teil-Argumente als Begründungsmuster für einzelne Standorte. Auch wenn man, wie ein Teilnehmer während der Sitzung äußerte, die Zahlen als kondensierte Argumente ansehen müsse, war u.E. eine umfassende Diskussion der Gesamtbewertung nicht möglich gewesen. Hier wäre es erforderlich gewesen, die einzelnen Wertbäume, ihre Begründungen und Meßanweisungen zu hinterfragen. Im Kern bedeutet dies, einen neuen integrierten Wertbaum zu erstellen und die Standorte neu zu bewerten. Das zweite Problem hatten die Teilnehmer/innen bereits mehrfach angesprochen, die getrennte Betrachtung von 'kalten' und 'heißen' Standorten. Auch dies hat letztlich zu starken Verzerrungen geführt, da nun z.B. das entscheidende Argument war, daß eine Gebietskörperschaft nur einen Standort erhalten dürfe. Dadurch fielen bei einer Variante gleich die drei bestgeeignetsten Standorte heraus. Dies hätte entweder vorher berücksichtigt werden müssen oder die Bürgerforen hätten gleich eine Kombinationsstandortsuche durchführen sollen. Das wäre u.E. der einzige Weg gewesen, die relativ unfruchtbare Diskussion auf der Delegiertenkonferenz zu vermeiden. Auch wenn es eine Lösung gab, so war der Weg dorthin kaum noch der argumentative Diskurs, der besonders die Diskussionen des Workshops maßgeblich geprägt hatte.

4.2.2.10 Die 6. und letzte Sitzung: Rückblick und Ergänzungen zu den Ergebnissen der Delegiertenkonferenz

Der letzte Abend der Bürgerforen widmete sich von 18:30 bis 22:00 Uhr der Delegiertenkonferenz und der abschließenden Entscheidung des Bürgerforums über seine Empfehlungen zur Standortwahl und ausgleichenden bzw. ergänzenden Maßnahmen:

- Einführung, Auszahlung der Aufwandsentschädigung (25')
- Berichte der Delegierten (15')
- Lesen der 15-seitigen Rohfassung des Bürgergutachtens (30')
- Pause (20')
- Diskussion: Rohfassung, Standortauflagen und weitere Empfehlungen (120').

³² Vgl. Schwarzwälder Bote vom 7.5.96. Angemerkt werden muß hier, daß es sich um zwei Vertreter Horbs handelt und Horb als südlicher Standort für die BMA empfohlen wurde.

Nach der Einführung bemängelte eine Teilnehmerin, daß es bei der Wahl der Delegierten keine formale Abstimmung gegeben habe. Da alle anderen Teilnehmer/innen die Wahl durch Akklamation in Ordnung fanden und der Einwand nicht während der Bestimmung der Delegierten erhoben worden sei, blieb die Kritik ohne weitere Wirkung.

Der anschließende Bericht der Delegierten faßte die Ergebnisse der Delegiertenkonferenz zusammen. Betont wurde das Hin und Her auf der Sitzung, es hätten sich doch etliche Unsicherheiten bei der Bewertung gezeigt. Thematisiert wurde auch die Kritik eines Teilnehmers an der Akademie, von der der 1. Bürgermeister Pforzheims auf der Delegiertenkonferenz berichtet hatte. Diese habe die Delegiertenkonferenz einstimmig zurückgewiesen. Eine Teilnehmerin, die auch auf der entsprechenden Veranstaltung in Bad Liebenzell gewesen war, wies dabei darauf hin, daß die Darstellung des 1. Bürgermeisters auf einem Mißverständnis beruhe, der Kritiker habe seine Kritik unpersönlich formuliert und nicht die Akademie angegriffen. Das Unverständnis der Gruppe gegenüber der Kritik an der Akademie bzw. gegenüber dem Verfahren zeigt, daß sowohl die Akademie als auch das Verfahren von den meisten Teilnehmer/innen sehr positiv gesehen wird. Ein Delegierter wies daraufhin, daß auch dem Ingenieurbüro bescheinigt wurde, daß es nicht absichtlich Daten manipuliert habe.

Anschließend hatten die Teilnehmer/innen Zeit, die 15-seitige Rohfassung des Bürgergutachtens zu lesen und sich in der Pause zu erholen. Aus Zeitgründen konnte der Entwurf nicht bereits vor der Sitzung versandt werden, was einige Teilnehmer/innen bemängelten. Aufgrund von Fernsehaufnahmen mit einigen Verfahrensbeteiligten war die Pause an diesem Abend etwas länger als sonst. Vor Beginn der Diskussion der Rohfassung wies die Moderation darauf hin, daß nur Änderungsvorschläge in den Haupttext aufgenommen würden, die alle Gruppen wünschten. Die übrigen Vorschläge würden als Einzelvotum im Anhang erscheinen.³³ Das schrittweise Durchgehen des Textes führte zu einigen kleineren Ergänzungen und Richtigstellungen. Die weitreichendste Kritik entstand bei der Diskussion der Szenarien. Ausgangspunkt war hier die Frage, warum das Kriterium 'Transport' im Szenario A so wichtig genommen worden sei, obwohl der Ast 'Wirtschaft-Zentralität' z.B. in ihrem Wertbaum nicht sehr viel Gewicht habe. Einer der Delegierten räumte ein, daß man durch das Ausgehen vom Bahnanschluß eigentlich das Pferd vom Schwanz aufzäume, aber sie seien irgendwie zu keinem anderen Kriterium ge-

³³ Hier fehlte ganz offensichtlich eine weitere Sitzung, in der die jeweils anderen Gruppen die Möglichkeit bekommen hätten, sich zu den Änderungswünschen einer Gruppe zu äußern. Der Fall, daß alle Gruppen dieselben Textstellen in gleicherweise ändern, erscheint höchst unwahrscheinlich. Die Einberufung einer Redaktionskonferenz unter Beteiligung von Bürger/innen und Moderator/innen scheint uns ein sinnvoller Kompromiß zu sein.

kommen. Deshalb hätten sie sich auf zwei Szenarien geeinigt, einmal mit Bahn, einmal ohne, d.h. mehr von den Standortbewertungen her. Anschließend gab es sowohl Vorschläge, ein drittes Szenario zu entwerfen, als auch die Standortempfehlungen in den Szenarien zu ändern. Keine dieser Änderungswünsche konnte sich jedoch durchsetzen. Mögliche Optionen waren dabei ein Kombinationsstandort, d.h. BMA und MVA an einem Standort im Norden oder gar der völlige Verzicht auf eine biologisch-mechanische Vorbehandlung im Norden, d.h. direkte Verbrennung. Auch der Vorschlag, einen Alternativstandort im Norden für den recht schlechten BMA-Standort bei Szenario A (Bahntransport) anzugeben, konnte sich nicht durchsetzen. Der nördliche Teil des vorzubehandelnden Abfalls müßte dann mit dem LKW transportiert werden. Diese etwa 70-minütigen Diskussion wurde beendet mit der einzelnen Befragung der Teilnehmer/innen, ob sie den Szenarien A und B zustimmen könnten oder nicht. Von den 18 Bürger/innen stimmten 14 beiden Szenarien ohne Einwände zu, wobei zwei Personen anmerkten, daß es sowieso zu keiner dieser Variante komme. Zwei Teilnehmer stimmten unter dem Vorbehalt zu, daß der Standort im Norden in Szenario B geändert würde. Zwei Bürger/innen hielten nur Szenario A für akzeptabel. Damit war die Standortentscheidung festgeschrieben. Im Anschluß wurden noch etwa 40 Minuten in recht gelöster und konstruktiver Atmosphäre zusätzliche Auflagen für die einzelnen Standorte erarbeitet.

Bedeutsam war sicher die Feststellung einiger Teilnehmer/innen, daß sie durchaus noch ein, zwei Abende weitergemacht hätten, um das Ergebnis zu optimieren. Die Grenzen der Bereitschaft zur weiteren Mitarbeit waren also noch nicht erreicht. Mit einem Glas Sekt und einer freundlichen Verabschiedung fand das Bürgerforum seinen gebührenden Abschluß.

4.2.3 Die Abschlußveranstaltung im Juli

Den Schlußpunkt des Beteiligungsverfahrens setzte die öffentliche Veranstaltung in Bad Liebenzell am 22. Juli 1996.³⁴ Hier wurden die Bürger/innen über die am Morgen bekanntgegebene Empfehlung der P.A.N. in Kenntnis gesetzt; gleichzeitig war sie der feierliche Abschluß des Verfahrens. Der Abend war zweigegliedert. Im ersten nicht-öffentlichen Teil von 17:00 bis 18:00

³⁴ Auf eine Darstellung der vorher stattgefundenen offiziellen Übergabe des Bürgergutachtens am 13. Mai an die P.A.N mit Pressekonferenz in Pforzheim verzichten wir an dieser Stelle. Die allgemein optimistische und hoffnungsvolle Stimmung auf dieser Veranstaltung dürfte durch das im weiteren beschriebene Zusammentreffen konterkariert worden sein. Das gleiche gilt für eine nur schlecht besuchte Veranstaltung für die Information der Bürgermeister am 14. Juni in Altensteig.

Uhr wurden die Bürger/innen mittels der schriftlichen Pressemitteilung über das Votum der P.A.N. informiert. Anschließend wurden die Fragen und Diskussionswünsche der etwa 40 anwesenden Bürger/innen von der Akademie gesammelt. Der zweite, öffentliche Teil mit insgesamt etwa 90 Personen diente im wesentlichen der Diskussion mit der P.A.N.; er dauerte von ca. 18:00 bis 21:00 Uhr.

Alles in allem stand im Zentrum des Abends eine große Überraschung, die sich in einem Wort zusammenfassen läßt: Trockenstabilat. Ein großer Teil der Empfehlung der P.A.N. an die Kreistage beruht auf dieser Technik, die bislang noch nie ein Thema im Nordschwarzwald gewesen war. Es handelt sich dabei im Prinzip um ein kaltes, biologisches Trocknungsverfahren, welches den Restmüll lagerungsfähig macht (Wiemer et al. 1995 a,b). Soll eine möglichst große Flexibilität für den Zeitpunkt der weiteren Behandlung, der Verbrennung erreicht werden, so sind ausreichende Lagerungskapazitäten einzuplanen. Für die P.A.N. bedeutete dies, daß der Standort der entsprechenden Anlage möglichst neben einer Deponie sein sollte. Damit ist die 'kalte' Standortentscheidung wesentlich vorbestimmt. Das zentrale Kriterium wird damit die Nähe zur Deponie. Dies hatte allerdings weder für das Ingenieurbüro noch für die Bürger/innen eine (zentrale) Rolle gespielt. Entsprechend groß war die Verwunderung auf Seiten der Bürger/innen. Sie gipfelte in der resignierenden Frage, warum man überhaupt die Bürgerforen durchgeführt habe, wenn letztlich die Technik entscheide. Parallel zur technischen Neuerung war an diesem Abend eine Person wichtig, die bislang noch nicht aufgetaucht war: ein Ingenieur, der für das Trockenstabilat-Verfahren in einem 'Crash-Vortrag' von 12 Minuten werben durfte. Auf dem Podium vertreten waren darüber hinaus die Akademie und das Ingenieurbüro. Die äußerst lebhafteste Diskussion war geprägt von einer Reihe kompetenter Kritikpunkte und Nachfragen, die am Ende von der Akademie in vier Fragen zusammengefaßt wurde:

- (1) Ist die Deponienähe wirklich wichtiger als die anderen Kriterien?
- (2) Was passiert mit dem zwischengelagerten Trockenstabilat? Was soll nicht mit ihm gemacht werden?
- (3) Was ist beim Verkehrskonzept noch zu berücksichtigen?
- (4) Sollen Standorte, die in der Vorauswahl herausgefallen waren, einbezogen werden?

Ein zweites wichtiges Datum an diesem Abend war die Frage des weiteren Vorgehens. Hier zeichnete sich ein Konflikt zwischen der P.A.N. auf der einen Seite und der Akademie bzw. den Bürger/innen auf der anderen Seite ab. Von Seiten der P.A.N. war eine deutliche Ablehnung zu spüren, das Beteiligungsverfahren weiter laufen zu lassen oder zu einem späteren Zeitpunkt neu

zu beleben. Die Akademie stellte zunächst vier Alternativen für das weitere Vorgehen zur Abstimmung:

- (1) Nichts tun
- (2) Delegiertenkonferenz einberufen
- (3) Vollversammlung einberufen
- (4) Weitere Arbeit an die beiden Sprecher delegieren.

Die Mehrheit entschied sich für eine weitere Vollversammlung. Damit war die Diskussion aber nicht beendet. Eine Bürgerin regte an, daß der Termin wichtig sei, d.h. daß klar sein müsse, ob eine weitere Sitzung vor bzw. nach den Kreistagsbeschlüssen stattfinde. Entsprechend wurde die dritte Option aufgeschlüsselt. Während die Akademie für ein Treffen vor den Kreistagsbeschlüssen plädierte, machte sich ein Vertreter der P.A.N. für einen Zeitpunkt danach stark, ein anderer für eine Sitzung nach der ersten Lesung. Eine Bürgerin meinte daraufhin, daß die Bürger/innen bei weiteren neuen technischen Varianten informiert werden sollten. Die P.A.N. erwiderte mit Hinweis auf das Thermoselect-Verfahren, daß dies immer passieren könne. Daraufhin meinte ein Bürger, daß man mit einem solchen Verfahren eigentlich immer der Entscheidung hinterherlaufen würde. Ihre Arbeit sei nun doch abgeschlossen. Ein anderer Bürger meinte, daß es sich bei dieser Frage um ein Angebot an die P.A.N. handele, deshalb solle die P.A.N. sagen, ob sie ein weiteres Treffen der Bürger/innen wünsche. Die P.A.N. meinte daraufhin, daß eigentlich doch der Kontakt zu den beiden Sprechern genüge. Man solle im Kontakt bleiben und später noch einmal über diese Frage nachdenken. Hierbei scheint es u.E. den P.A.N. Vertretern klar gewesen zu sein, daß dann ein weiteres Treffen unwahrscheinlich würde. Die Akademie drängte weiter auf eine Entscheidung und formulierte nun die beiden Alternativen:

- (1) Soll ein weiteres Treffen stattfinden, wenn die P.A.N. es wünscht?
- (2) Soll ein weiteres Treffen stattfinden, auch ohne daß die P.A.N. es wünscht?

Zwar entschied sich die Mehrheit für die Alternative (2), aber es stimmten bereits weniger Personen ab als bei der ersten Abstimmung. Entsprechend fraglich erscheint ein solches Treffen.

Diese pessimistische Einschätzung scheint sich bereits bewahrheitet zu haben. Für den 9. September hatte der BUND alle Teilnehmer/innen des gesamten Verfahrens, d.h. der Konsensuskonferenz und der Bürgerforen zu einer gemeinsamen Veranstaltung eingeladen. Obwohl die Akademie für eine persönliche Einladung aller Teilnehmer/innen per Post gesorgt hatte, meldete sich niemand zu dieser Veranstaltung an; die einzige Rückmeldung waren zwei Absagen aus dem Kreis der Konsensuskonferenz. Die Veranstaltung wurde daraufhin abgesagt.

4.2.4 Die Sichtweise der Moderator/innen

Die Moderationsteams setzten sich aus drei Personen zusammen, einem/r Moderator/in und Co-Moderator/in sowie einem/r Protokollant/in. Diese waren entweder Mitarbeiter/innen der Akademie oder wurden extern angeworben. Die Teams waren gemischtgeschlechtlich zusammengesetzt. Die Moderationserfahrungen in den Teams waren recht unterschiedlich. Das sogenannte Kernteam der Akademie übernahm die Koordination der Sitzungsvorbereitung. Es erarbeitete dazu Regieanweisungen und Moderationsmaterialien, die mit den Moderator/innen in der Regel eine Woche vor den regulären Sitzungen in den sogenannten Team-Treffen abgesprochen wurden. Dadurch war gewährleistet, daß alle Gruppen in etwa die gleichen Informationen und die gleiche Behandlung erhielten.

Die Geschehnisse in den Gruppen, die wir nicht selbst beobachteten, erschlossen wir durch die Beobachtung der Team-Treffen und durch die Rezeption der Abschlußberichte der Moderator/innen zu ihrer Tätigkeit. Bei den Team-Treffen berichten alle Moderator/inn/en aus ihren Bürgerforen. Bei vier dieser Treffen waren wir persönlich anwesend, wobei eine Sitzung unmittelbar vor der Plenumsitzung am 11. Januar und eine am folgenden Tag stattfand. Mit letzterer beginnt unsere Schilderung. Das 3. (25. Januar) und 4. (8. Februar) von uns beobachtete Teamtreffen fand nach der 1. bzw. 2. Sitzung der Bürgerforen statt. Die beiden Sitzungen vom 29. Februar und 14. März nach der 3. und 4. Zusammenkunft der Bürgerforen wurden anhand von Tonbändern analysiert, die uns die Akademie freundlicherweise zur Verfügung gestellt hatte. Für die Beurteilungen der weiteren Sitzungen benutzten wir die zusammenfassenden Endberichte der Moderator/innen nach Abschluß des Verfahrens. Bei beiden Datenquellen gilt natürlich, daß sie sowohl etwas über die Bürgerforen als auch über das Selbstverständnis der Moderator/innen aussagen.

4.2.4.1 Berichte auf den Teamtreffen

Die Konstitution der Bürgerforen unmittelbar nach der Plenarveranstaltung sei nach Meinung der Moderator/innen insgesamt gut bis sehr gut verlaufen, die Teilnehmer/innen seien durchweg hoch motiviert und wollten sogleich mit der inhaltlichen Arbeit beginnen. "Das Eis ist gebrochen", resümierte eine Moderatorin diese Zusammenkunft. Es gab lediglich kleinere organisatorische Probleme mit der Besetzung einiger Bürgerforen und den Terminen für die Exkursionen. Einige Personen hatten sich falsch zugeordnet, in einigen Gruppen fehlten Bürger/innen, in anderen

waren zu viele. Insgesamt fehlten ca. dreißig Personen aus gesundheitlichen Gründen. Bei der Frage, ob Beobachter/innen die Sitzungen begleiten dürften, waren die Gruppen unentschieden. Einige Gruppen wollten keine, einige nur Neutrale und andere auch Entscheider/innen sowie Vertreter/innen der potentiellen Standortgemeinden zulassen.

Das große Engagement und die hohe Motivation der meisten Bürger/innen zeigte sich auch auf der ersten regulären Sitzung der Bürgerforen. Von dieser Seite her waren die Voraussetzungen für eine konstruktive Arbeitsatmosphäre in den Foren demnach gegeben. Ein Moderator berichtete sogar davon, daß er zwischen den Sitzungen angerufen worden sei. Beeindruckend sei auch das große fachliche Wissen einiger Bürger/innen. Die beschränkte Zeit hätte aber dazu geführt, daß viele Diskussionen abgeschnitten und auf folgende Sitzungen vertagt werden mußten. Da überdies in dieser Sitzung noch viele organisatorische Details und Formalitäten zu klären gewesen wären und somit die inhaltliche Arbeit noch nicht im Vordergrund gestanden hätte, seien viele Teilnehmer/innen mit dem Gefühl nach Hause gegangen, zu wenig geleistet zu haben. In diesem Zusammenhang charakterisierte eine Moderatorin die Stimmung als "Ruhe vor dem Sturm". Eine andere Moderatorin bemerkte, daß sich während des Sitzungsverlaufes ein Spannungsbogen gezeigt hätte; anfangs könnten die Teilnehmer/innen besser zuhören, was vor der Pause dann schon abnehme. Die Bürger/innen zeigten sich relativ unvoreingenommen, lediglich gegenüber der P.A.N. und den politischen Gremien bestehe der Verdacht, daß mehr beschlossen als öffentlich bekannt sei. Die Gruppendynamik funktioniere sehr gut, so wäre eine Person mit haltlosen Thesen von der Gruppe selbst in die Schranken gewiesen worden. Auch in anderen Gruppen wurde von derartigen gruppeninternen Selbstregulierungen berichtet. In einer Gruppe wurde darüber hinaus die Frage aufgeworfen, warum die Bürger/innen "erst jetzt" beteiligt würden. An organisatorischen Problemen wurde vor allem das strikte Ende der Sitzungen um 22:00 Uhr gesehen, welches häufig nicht hätte eingehalten werden können. Außerdem hätten in zwei Gruppen einige Standortvertreter/innen gefehlt. Großen Unmut erzeugte bei einigen Gruppen, daß in der Pause zu wenig Essen bereit gestellt worden sei, so daß es nicht für alle gereicht habe.

Auch in der 2. Sitzung war in den meisten Gruppen eine konstruktive Atmosphäre mit intensiven Diskussionen zu beobachten. Die Berichterstatter aus der Konsensuskonferenz seien überwiegend gut angekommen, auch wenn die teilweise sehr kritischen Äußerungen eines Vertreters der Konsensuskonferenz für Irritationen unter den Teilnehmer/innen der Bürgerforen gesorgt hätten. Einige Bürger/innen seien darüber hinaus durch die sehr kritische Berichterstattung in der Presse verunsichert. Interessant ist weiterhin die aufkeimende Kritik an den Vorarbeiten des Ingenieurbüros: Da sich die Ingenieure offensichtlich bei der Abfallmengenprognose

getäuscht hätten, würde auch ihre übrige Arbeit sehr kritisch gesehen. Diese Kritik gehe auch an die Adresse der P.A.N. Das Argument lautete dabei, daß ein Ingenieurbüro nicht mit den weiteren Planungen beauftragt werden könne, das bei der Mengenprognose so massiv daneben gelegen habe. Insgesamt bestand nach der 2. Sitzung der Eindruck, daß der Zeitplan für die Foren zu eng sei und damit Diskussionen, die auch die Gruppenbildung fördern würden, eindeutig zu kurz kämen. Außerdem herrsche bei einigen Teilnehmer/innen der Eindruck vor, daß man sich immer noch zu viel mit 'Vorgeplänkel' aufhalte und eigentlich nicht so recht zur Sache komme.

Da einige Foren vom vorgegebenen Programmablauf abwichen, gab es in der 3. Sitzung mehr Zeit für die wichtigen Diskussionen der Bürger/innen untereinander. Dennoch hielten einige Moderator/innen den Zeitplan nach wie vor für zu eng und befürchteten, daß dadurch die Gruppenbildung erschwert würde. Deutlich wäre darüber hinaus geworden, daß die Bürger/innen nach den Diskussionen über die Restabfallmenge und die Behandlungstechnik verwirrt gewesen seien und 'nach einem Strohhalm' suchten. Die in der 2. Sitzung aufkeimende Kritik am Ingenieurbüro scheine sich zu verstärken, sie beziehe sich jetzt jedoch stärker auf die Standortvorauswahl und die dahinter stehenden Kriterien, die Grundlage für die Arbeit der Bürgerforen in der dritten Phase sind. Es gebe einen großen Bedarf, mit den Ingenieuren zu diskutieren und ihnen möglicherweise Fehler bei dieser Vorauswahl nachzuweisen. In mehreren Gruppen trat das Problem auf, daß die schriftliche Beantwortung der in der ersten Sitzung gesammelten Fragen von den Teilnehmer/innen vermißt würde. Einige Moderator/innen vermuteten hierin einen (vor allem symbolisch wichtigen) Test der Arbeit der Akademie.

Interessant sind weiterhin einige Einzelbeobachtungen. In einer Gruppe war offensichtlich das Vertrauensverhältnis zur Akademie durch Auseinandersetzungen in der Presse und vor allem die aktive Teilnahme der Akademie an diesen Auseinandersetzungen gefährdet. Die offensive Informationspolitik der Akademie werde von einigen Bürger/innen als ein 'Zuschütten' mit Informationen interpretiert. Außerdem werde in einigen Bürgerforen vermutet, daß sich die Standortorientierung einiger Teilnehmer/innen im Verlauf des Verfahrens möglicherweise nicht mehr in Richtung auf eine stärkere Gemeinwohlorientierung auflöse. Eine Moderatorin berichtete, daß in der 3. Sitzung nur acht Teilnehmer anwesend waren.³⁵

Auch in der 4. Sitzung wurden in einigen Gruppen Änderungen des Programms vorgenommen, um ein wenig mehr 'Luft' zu bekommen. Nach wie vor wurde von einem lebhaften und konstruktiven Diskussionsstil der Bürger berichtet. Zu den meistgenannten Problemen dieser

³⁵ Leider verfügen wir nicht über einheitliche Angaben darüber, wie regelmäßig die Bürger an den Sitzungen teilnahmen, so daß unklar ist, ob dies nur ein z.B. wetterbedingter Einzelfall war.

Sitzung gehörte die Wertbaumerstellung. Sie gestaltete sich recht schwierig und sei sehr zeitaufwendig. Außerdem enthielten die Wertbäume durch die bisherige Arbeit der Bürgerforen an den Themen der Restabfallmenge und der Behandlungstechnik sehr viele Kriterien, die eigentlich nichts mit der Standortsuche zu tun hätten, so daß jetzt das Problem auftauche, die Wertbäume zu 'entschlacken'. Die meisten Wertbäume waren nach der 4. Sitzung noch nicht abgeschlossen. Einige Gruppen benötigten daher eine zusätzliche Sitzung. Ein zweites häufig genanntes Problem war die massive Kritik an der Standortvorauswahl des Ingenieurbüros.

Insgesamt kristallisierten sich aus unserer Sicht die folgenden wichtigen Punkte heraus. Trotz vieler inhaltlicher Probleme und Streitpunkte ist der Diskussions- und Arbeitsstil in den Bürgerforen sehr konstruktiv und sachorientiert, reine Verhinderungsargumentationen sind selten zu beobachten. Schwierigkeiten macht das enge Arbeitsprogramm, das vor allem die für die Gruppenbildung wichtigen Diskussionen untereinander einschränkt. Einige Bürger/innen haben Probleme beim Akzeptieren der Randbedingungen und Vorgaben für ihre Arbeit. Die Vorarbeiten der Konsensuskonferenz aus den ersten beiden Phasen, der Kombinationsbeschuß der P.A.N. und vor allem die Standortvorauswahl des Ingenieurbüros bilden die Grundlage für die Arbeit der Bürgerforen und sind entweder nur schwer nachzuvollziehen oder unplausibel und werden teilweise massiv kritisiert. Diese Probleme spielten auch im weiteren Verlauf eine wichtige Rolle.

4.2.4.2 Schriftliche Moderator/inn/enberichte

Die Moderator/innen wurden von der Akademie gebeten, ihre Erfahrungen mit den Bürgerforen nach Abschluß des Verfahrens schriftlich festzuhalten. Dazu wurde ihnen folgende Gliederung vorgegeben:

- “1. Entwicklung der Gruppe nachzeichnen
 2. Analyse der Grundthemen
 - 2.1 Verhältnis zu den Akteuren (P.A.N., Fichtner, Moderatoren, Teilnehmer)
 - 2.2 Die Entwicklung der Gruppe vom St. Florians-Prinzip hin zur Gemeinwohlorientierung
 - 2.3 Gruppendynamik, Außenseiter, gleiche Chancen zu Wort zu kommen, etc.
 3. Persönlicher Kommentar/Einschätzung zum Verfahren”
- (Brief der Akademie an die Moderator/innen, Mai 1995)

Wir beschränken uns im folgenden auf eine Darstellung der Stellungnahmen der Moderator/innen der 'kalten' Bürgerforen. Zur besseren Übersichtlichkeit haben wir die Aussagen unter verschiedenen Kategorien in Tabelle 13 zusammengefaßt. Die Kategorien wurden während der

Zusammenstellung der einzelnen Aussagen gebildet. Den Schwerpunkt bildeten dabei drei übergeordnete verfahrensrelevante Begriffe:

- Prinzipien:** Hierunter sind zwei Punkte erfaßt, die Frage der Bedeutung und Entwicklung vom St. Floriansprinzip zur Gemeinwohlorientierung sowie das Verhältnis von Experten(kultur) und Laien(kultur), d.h. das Verhältnis zwischen Alltagswelt oder Lebenswelt und (systemischer) wissenschaftlicher Welt.
- Akteure:** Hier werden Einschätzungen der Moderator/innen zur Wahrnehmung verschiedener Akteure durch die Bürger/innen bzw. sich selbst zusammengefaßt.
- Elemente:** Unter diesem Punkt werden Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge zu einzelnen Elementen des Verfahrens gesammelt.

4.2.4.2.1 Prinzipien des Verfahrens

Neben den allgemeinen Verfahrensprinzipien Fairneß und Kompetenz waren in der dritten Phase zwei Unterscheidungen wichtig, die beide als Unterprobleme oder Spezifizierungen des Prinzips Kompetenz angesehen werden können:

- St. Floriansprinzip versus Gemeinwohlorientierung
- Laien versus Experten.

Besonders am Anfang des Verfahrens spielte bei der Akademie die Vermutung eine wichtige Rolle, daß viele Bürger/innen nur ihren Standort vertreten würden. Daraus entwickelte sich dann die Frage, ob die Bürger/innen sich von dieser St. Florianshaltung zu einer Gemeinwohlorientierung entwickeln würden. Eine andere Ausdrucksform dieser Hypothese ist die Vermutung, daß viele Bürger/innen rein strategisch argumentieren würden, also quasi mit verdeckten Karten spielen würden und im Hinterkopf nur ein Ziel hatten, nämlich die Verhinderung des Heimatortes als Standort. Diese Vermutung findet sich durch die Moderator/inn/enberichte der Gruppen 2 bis 5 bestätigt, während im Bericht von Gruppe 1 die Diskussion von Anfang an gemeinwohlorientiert war, wird im Bericht von Gruppe 6 davon ausgegangen, daß die Frage so zu einfach gestellt sei. Leider bleibt in den Berichten unklar, was genau eine St. Florianshaltung ausmacht und welche Rolle sie überhaupt in der Diskussion spielen konnte. Unsere Beobachtungen decken sich hier eher mit der von Gruppe 1, wonach innerhalb der Gruppe lediglich scherzhaft mit standortspezifischen Argumentationen gearbeitet wurde. Insgesamt ergibt sich für uns der Verdacht, daß die Hypothese des St. Floriansprinzip unhinterfragt als Tatsache unterstellt und

Kategorie	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4	Gruppe 5	Gruppe 6
Prinzipien des Verfahrens						
St. Florian versus Gemeinwohl	Diskussion gemeinwohlorientiert, St.F. irrelevant	anfangs und bei südl. Orten z.T. St. Florian bis zum Schluß	ab 3. Sitzung unwichtig	zunächst z.T. St. Florian, später gemeinwohlorientiert	unterschiedlich, einzelne lösten sich von St.F., andere nicht	Frage zu einfach gestellt
Experte versus Laie	zunehmende Sicherheit in Sachfragen		Bürger im 'Crashkurs' zu Experten verbildet	Bedenken zerstreut, ob genug Kompetenz		Bürger wehren sich gegen Experten
Akteure des Verfahrens						
Fichtner	Vorauswahl unannehmbar, gemeinsames Feindbild, undurchschaubar, Mißtrauen	Diskussionen kritisch bis feindselig, unglaubwürdig, Vorauswahl fehlerhaft	Mißtrauen wegen Mengenprognose, Zweifel an Kompetenz	inhaltliche und formale Bedenken bis zum Ende	Mißtrauen	Sündenbock
P.A.N.	Feindlichkeit, Mißtrauen	Diskussionen kritisch bis feindselig	Mißtrauen wegen Mengenprognose	erst Skepsis, später entspannter	nach 2. Auftritt verbessert	Mengenprognose, Skepsis, Anerkennung der Kompetenz
andere Experten		wohlwollend betrachtet	mehr Experten hören		kritisch hinterfragt	
Konsensuskonferenz		wohlwollend betrachtet	Mißtrauen wegen Mengenprognose		halten Vertrauensvorsprung	
Akademie	verfolgt eigene Ziele: Konsens bei Standort, Parteilichkeit	Neutralität teilweise angezweifelt				hat Vermittlungsleistung erfüllt
Moderation	meist passiv, Zusammenfassungen bieten, neutrale Schiedsrichter	Skepsis, die immer geringer wurde	Lehrerrolle, eher Leiter als Vermittler	'ehrliche Makler', unproblematisch, vertrauensvoll	unproblematisch	neutral, vermittelnde Instanz zu Experten
Teilnehmer untereinander	homogen, konstruktiv, akzeptieren sich	schnell als Gruppe verstanden	Gruppenbildung, Verhältnis: schnell, gut	Gruppenbildung durch Zeitnot schwer	relativ unproblematisch	
Andere	Kontakt aus Ort für TN illegitimer Einfluß			Politiker als Beobachter erwünscht	stiller Beobachter störte nicht	
Elemente des Verfahrens						
Zeit	zu knapp	zu lange Einführungsphase (3 Sitzungen)	zu knapp, um Kriterienkatalog zu überdenken	zu knapp, Technik/Menge zu lange, am Ende zu eng	wöchentlich besser, permanenter Zeitdruck negativ	am Ende zu eng, hoher zeitlicher Druck
Informationsfluß	zu wenig; zu spät; handschriftliche Manipulation an Tabelle		wenig diskursiv; zu viel	Standortinfos unzureichend, zögerlich	gut, Stück für Stück ausgeben richtig	
schriftliche Antworten zu Fragen		kamen zu spät		geeignet, Antworten kamen aber zu spät	viel zu spät beantwortet	
Wertbaum		mehr Zeit, früher beginnen	mehr Zeit, zentrales Element	hervorragend bewährt	wichtig, früher beginnen	
Exkursionen		wichtig, früher		wesentlich für Identifikation	notwendig	
Workshop		zu hoher Zeitdruck				
Delegiertenkonferenz	Trennung Heiß/kalt schlecht; Kombination kann nicht betrachtet werden ÷ Kombi-Gruppe	zu hoher Zeitdruck	Einbindung schwer: Empfehlung übers Knie gebrochen	'Verhandlung' statt 'Argumentation'; Arbeit für die Katz, da 'Heiße' dominierten	Zeitdruck	
Kleingruppenarbeit	teilweise verzicht wegen homogener Gruppe			wertvoll, Vertrauen in Ergebnisse der AGs	Zeitmangel	
Tagesordnung	Änderungen zeitlich nicht möglich (Farce)		zu streng		für Arbeitseinheiten zu wenig Zeit	
Essen/Trinken	manchmal mangelhaft	Kritik an schlechter Organisation			wichtig, einige kamen direkt von der Arbeit	
Verschiedenes	mehr Mitbestimmung für Moderation bei Konzept; Regiebuch zu starr und zu spät		Experten-Videos schlecht, besser live	Experten-Videos schlecht, besser live; Termine möglichst früh nennen, Eltern müssen planen	Moderatorentreffen hilfreich	

Tab. 13: Einschätzungen zum Verfahren in den Moderatorenberichten

das Verhalten einiger Teilnehmer/innen entsprechend interpretiert wurde. Zumindest waren wir das eine oder andere Mal verwundert über die Interpretation bestimmter Verhaltensweisen als St. Floriansprinzip. Daß eine St. Florianshaltung in den ersten Sitzungen eine Rolle gespielt haben soll, ist u.E. nur schwer nachzuvollziehen, da auf diesen Sitzungen eher allgemein über Abfallmengen und technische Fragen diskutiert bzw. einfach Fragen gesammelt wurden. Der Hinweis im Bericht zu Gruppe 6, daß die Vorstellung einer geradlinigen Entwicklung von St. Florian zu einer Gemeinwohlorientierung wahrscheinlich zu einfach sei, ist u.E. ein wichtiger Hinweis. Wir wollen hier noch weiter gehen und denken, daß die Unterstellung eines St. Floriansprinzips gefährlich bis verfälschend ist. Indem man einer Seite der Diskussion St. Florian unterstellt, diskreditiert man diese Position und definiert quasi automatisch die andere Seite als richtig oder gemeinwohlorientiert. Dies widerspricht u.E. sowohl einer neutralen Moderation als auch einem neutralen Beobachterstatus, da beiden keine Entscheidung darüber zusteht, wer in einem Diskurs recht hat und wer nur strategisch argumentiert.

Zentraler ist u.E. die Frage der Differenz zwischen Laien und Experten. Hierzu äußern sich leider nur drei Moderator/innen, wobei in einem Bericht lediglich festgestellt wird, daß die anfängliche Skepsis der Bürger/innen, ob sie selbst überhaupt kompetent genug seien, zerstreut wird. In einem anderen Bericht wird kritisiert, daß die Bürger/innen quasi in einem 'Crashkurs' zu Experten verbildet worden seien. Dadurch sei der eigentlich wichtigere Aspekt einer Laienbeteiligung verloren gegangen, nämlich den Experten zu vermitteln, welche Maßnahmen für Bürger/innen noch tolerabel seien. Interessanter ist ein zweiter Hinweis, wonach es das Ziel des Verfahrens gewesen sei, Alltags- und Expertenkultur in Beziehung und Einklang zu bringen. Hierbei ergäbe sich aber das Problem, daß Alltags- und Expertendiskurse in einem hierarchischen Verhältnis zueinander stünden. Deshalb sei es für die Teilnehmer/innen notwendig gewesen, einen Teil ihrer Arbeit darauf zu verwenden, eine Opposition- bzw. Abwehrformation gegenüber den Expertendiskursen zu bilden. In der Tat wird damit ein zentrales Problem in diesem Verfahren angesprochen, nämlich das Verhältnis der ingenieurwissenschaftlichen Expertise zu der der Bürger/innen. Wir haben diese Probleme bereits bei der Darstellung der Sitzungen näher dargestellt. Hier soll noch ein weiterer Aspekt in Form einer Frage ergänzt werden. Auf welche Wissenbestandteile konnten die Bürger/innen eigentlich zurückgreifen, die nicht auch dem Ingenieurbüro zur Verfügung gestanden hätten? Ein besonderes lokales Wissen ist unwahrscheinlich, da dies auch über Gespräche mit Gemeindevertretern bei der Standortbesichtigung des Ingenieurbüros und über die Stellungnahmen der Gemeinden in das Expertengutachten einfließen konnte. Hier ist aber einzuschränken, daß die Stellungnahmen (meist) für die Bürgerforen verfaßt wurden; es ist unklar, ob derartige Stellungnahmen ohne das Verfahren nur für das Ingenieurbüro verfaßt worden wären.

4.2.4.2.2 Akteure des Verfahrens

Bei den Akteuren stand das Ingenieurbüro in der Bewertung durch die Teilnehmer am schlechtesten dar. Es erschien vielen Teilnehmer/innen als unglaubwürdig und wurde bisweilen sogar feindselig betrachtet. Anknüpfungspunkte mit symbolischem Wert sind hier die - in Augen der Bürger/innen - mangelhafte Abfallmengenprognose und die von ihnen angezweifelte Standortvorauswahl. Das Ingenieurbüro bekam teilweise die Rolle des Sündenbockes oder des gemeinsamen Feindbildes zugewiesen, welches die Bürger/innen umgekehrt einigte und dazu motivierte, alles selbständig zu erarbeiten. Auch wenn den Ingenieuren bei der Diskussion mit den Bürger/innen ein gutes Diskussions- und Antwortverhalten bescheinigt wurde, hat sich das negative Bild eigentlich bis zum Ende gehalten. Anfänglich galt dieses Bild auch für die P.A.N., die in engem Zusammenhang mit dem Ingenieurbüro gesehen wurde. So spielte auch bei der P.A.N. die schlechte Mengenprognose eine wichtige Rolle. In einigen Gruppen konnte das Mißtrauen und die bisweilen feindselige Skepsis aber - vor allem nach dem zweiten Auftritt - vermindert werden. Die anderen Experten wurden mit wohlwollender Skepsis betrachtet. Hier sei auch erwähnt, daß einige Gruppen gerne mehr Experten gehört hätten und daß der Einsatz von Videoaufzeichnungen die persönliche Anwesenheit keinesfalls ersetzen kann. Obwohl auch die Konsensuskonferenz mit ihrer Abfallmengenprognose irrte, hatte sie in mindestens zwei Gruppen einen Vertrauensvorsprung. Insgesamt wurden die Teilnehmer der Konsensuskonferenz wohlwollend betrachtet, was sicher damit zusammenhängt, daß sie eher als gleichwertige Gesprächspartner angesehen wurden, wenn auch eine gewisse Konkurrenz eine Rolle gespielt haben könnte.

Die Akademie wurde nur in zwei Berichten thematisiert. Ihr wurde in einer Gruppe unterstellt, daß sie eigene Ziele verfolge, und zwar eine konsensuelle Standortempfehlung. Entsprechend wurde auch in einer anderen Gruppe die Neutralität der Akademie angezweifelt. Die auch in dieser Gruppe beobachtete Skepsis gegenüber der Moderation nahm aber im Laufe der Sitzungen ab. Hier ist überhaupt zu fragen, inwieweit die Teilnehmer/innen zwischen den Moderator/innen und der Akademie unterschieden oder nicht. Das Verhältnis zu den Moderator/innen wird in den meisten Gruppen als unproblematisch eingeschätzt. Die Rolle, die ihnen zukam, wird als Lehrerrolle, die eher leitet als vermittelt, als 'ehrlicher Makler' oder als neutrale Vermittlungsinstanz gegenüber den Experten gesehen.

Bei den Teilnehmer/innen untereinander gab es anscheinend kaum Probleme. Die Gruppenbildung vollzog sich rasch und die Zusammenarbeit war konstruktiv. Interessant war der Hinweis in einem Bericht, daß Anrufe und Briefe aus einer Heimatgemeinde innerhalb der Gruppe als illegitime Einflußnahme gesehen wurden. In diesem Zusammenhang können auch die stillen

Beobachter betrachtet werden. Einmal wurde sie als unproblematisch gesehen. Ein anderes mal wurde die Teilnahme von Politikern sogar begrüßt, weil dadurch der Einfluß der Bürgerforen steigen würde.

4.2.4.2.3 Elemente des Verfahrens

Bei den Elementen des Verfahrens ist zunächst allgemein hervorzuheben, daß sich nahezu alle Moderator/innen einig sind, daß die vorhandene Zeit für die Bearbeitung der Aufgabe zu knapp bemessen war. Insbesondere wird bemängelt, daß die Einführungsphase von drei Sitzungen, in denen Fragen der Abfallmengen und der Behandlungstechnik behandelt wurden, zu lang ausgefallen seien. Vor allem am Ende wurden die zeitlichen Abstände zwischen den einzelnen Sitzungen zu eng. Eine Folge war, daß z.B. eine Gruppe nur mit einem vorläufigen Wertbaum arbeitete.

Der Informationsfluß wurde insgesamt ambivalent bewertet. Während eine Gruppe eher über zu viele Informationen und die Vernachlässigung der diskursiven Vermittlung klagte, wird von einer anderen Gruppe berichtet, daß eher zu wenige Informationen geliefert wurden und diese auch oft zu spät kamen. Insbesondere die Standortinformationen seien unzureichend gewesen. Die Moderation einer dritten Gruppe hält den Informationsfluß für gelungen, besonders die Weitergabe der Informationen Stück für Stück wurde hier hervorgehoben. Durchweg bemängelt wurde das verspätete Eintreffen der schriftlichen Antworten auf die Fragen der Bürger/innen. Die Form schriftlicher Antworten wurde aber grundsätzlich begrüßt.

Sofern der Wertbaum eingeschätzt wurde, galt er als ein zentrales Element des Verfahrens, welches sich hervorragend bewährt habe. Für die Erstellung und Diskussion der Wertbäume hätte allerdings mehr Zeit zur Verfügung stehen bzw. hätte früher mit ihnen begonnen werden müssen. Ähnlich werden die Exkursionen eingeschätzt, sie seien wichtig gewesen und hätten wesentlich zur Identifikation der Bürger/innen mit der Gruppe(naufgabe) beigetragen. Ein/e Moderator/in meinte, daß die Exkursionen früher hätten stattfinden sollen.

Eine Beurteilung des Workshops wurde nur einmal vorgenommen, hier wurde wiederum der Zeitdruck bemängelt. Dies wurde auch bei der Delegiertenkonferenz angemerkt. Darüber hinaus wurde die mangelnde Einbindung der Bürgerforen in das übrige Vorgehen kritisiert. Die abschließenden Empfehlungen seien 'über das Knie gebrochen' worden. Auf der Delegiertenkonferenz sei nicht mehr argumentiert, sondern verhandelt worden. In Gruppe 4 sei der Eindruck entstanden, daß nach der Empfehlung der Delegiertenkonferenz die ganze Arbeit der Gruppe 'für die Katz' gewesen sei, da dort die 'heißen' Gruppen dominiert hätten. Eine Gruppe hielt die Trennung in 'kalte' und 'heiße' Gruppen für die Ursache, als mögliche Lösung dieses Problems

wurde die Einführung einer dritten Gruppenart genannt, die sich direkt einer kombinierten Suche von 'heißen' und 'kalten' Standorten hätte widmen sollen.³⁶

Die Kleingruppenarbeit sei wie so oft sehr hilfreich gewesen, allerdings wurde bemängelt, daß die Zeit dafür nicht ausreichend gewesen sei. In einer Gruppe wurde teilweise sogar darauf verzichtet, da die Gruppe sehr homogen gewesen sei und nur wenige Kontroversen auftraten. An den jeweiligen Tagesordnungen wurde bemängelt, daß für die einzelnen Arbeitseinheiten zu wenig Zeit vorgesehen worden sei. Außerdem seien sie zu streng gewesen; Änderungen seien schon aus zeitlichen Gründen nicht möglich gewesen, insofern habe es hier weder Gestaltungsmöglichkeiten für die Teilnehmer/innen noch für die Moderation gegeben. Weitere Kritikpunkte waren die manchmal mangelhafte Organisation der Speisen und Getränke sowie die Experten-Videos, die eine persönliche Anwesenheit von Experten keinesfalls ersetzen können. Angemerkt wurde darüber hinaus, daß es für Eltern wichtig sei, daß Termine möglichst frühzeitig festliegen. Positiv vermerkt wurden die Treffen der Moderator/innen, die sehr hilfreich gewesen seien. Der Donnerstagstermin sei aber besonders für die Montagssitzungen zu spät gewesen, auch das Regiebuch sei zu spät weitergeleitet worden.

4.2.5 Die Reaktion der Gemeinden potentieller Standorte

Die von der Standortsuche betroffenen Gemeinden wurden verschiedentlich über ihre Auswahl und über das Verfahren informiert. Die Beobachtung verschiedener Informationsveranstaltungen für einige politische Gremien in der Region geben uns Anhaltspunkte im Hinblick auf das Hauptinteresse unserer Untersuchung:

- Wie reagiert das regionale politische Umfeld auf das Bürgerbeteiligungsverfahren?
- Welche Konflikte mit etablierten Strukturen in Politik und Verwaltung gibt es?
- Wo paßt das Verfahren gut in das institutionelle Umfeld?

³⁶ Wir sind hier der Ansicht, daß dadurch das Problem keinesfalls gelöst würde, da sich strukturell nichts ändert. Auch dann wären die Gruppen mit jeweils anderen Voten konfrontiert worden. Die einzige Möglichkeit, die Probleme der Delegiertenkonferenz zu vermindern, wäre der Verzicht auf die Trennung in 'heiße' und 'kalte' Gruppen gewesen.

4.2.5.1 Die direkte Information der Gemeinderäte

Die Akademie war im Zeitraum von November 1995 bis März 1996 achtmal bei Gemeinderats- oder Ausschusssitzungen potentieller Standortgemeinden anwesend und informierte die Lokalpolitiker/innen. Drei solcher Informationsveranstaltungen konnten wir begleiten: zwei Gemeinderatssitzungen (Horb, Nagold) sowie eine Sitzung des Bauausschusses der Stadt Pforzheim. Alle drei Sitzungen fanden in den ersten beiden Februarwochen statt, so daß zumindest der Zeitpunkt vergleichbar war. Die Sonderrolle des Bauausschusses Pforzheims soll hier vorweggenommen werden, da er zu den Entscheidern im Verfahren gehört und einige Mitglieder wichtige Positionen in der P.A.N. einnehmen.

Auf der Gemeinderatssitzung in Horb, die wir verfolgen konnten, herrschte eine recht gereizte Stimmung. Erstaunlich an der Veranstaltung war vor allem, daß in der Diskussion des Gremiums nahezu ausschließlich Argumente gegen Müllverbrennung und vor allem gegen die Bürgerbeteiligung vorgebracht wurden. Man wehrte sich in den Diskussionsbeiträgen dagegen, den Müll aus weit entfernten Bereichen der Region in der eigenen Gemeinde zu entsorgen, kritisierte die 'gigantomanische und irrationale' Technologie Müllverbrennung und sprach sich dafür aus, das Entsorgungsproblem zu lösen, ohne selbst eine Behandlungsanlage zu bauen. Auffällig war auch die massive Kritik am Verfahren der Bürgerbeteiligung und damit an der Vorgehensweise der Akademie. Obwohl auch das Ingenieurbüro einen großen Anteil am bisherigen Verlauf der Standortsuche hat, sahen sich die anwesenden Ingenieure keiner nennenswerten Kritik ausgesetzt. Der wichtigste Angriffspunkt war die Entscheidung, politische Mandatsträger der Gemeinden von der Teilnahme an den Bürgerforen auszuschließen, obwohl sie gar nicht an der Entscheidung mitwirken. Hier wurde Manipulation vermutet: Die Akademie suche sich nur die Dummen heraus, um sie dann nach allen Regeln der Kunst zu manipulieren. Für die öffentliche Legitimation des Verfahrens ist dies sicher ein kritischer Punkt.

In einem anderen Gemeinderat, der sich in derselben Situation befindet, waren demgegenüber in vielen Hinsichten andere Verhaltensweisen zu beobachten. Zwar wurde auch hier der Bau einer Abfallbehandlungsanlage rundheraus abgelehnt, die Kritik am bisherigen Planungsverlauf unterschied sich jedoch von der des anderen Gemeinderats. Die Bürgerbeteiligung wurde nur am Rande erwähnt, diskutiert wurde ausschließlich über die Standortvorauswahl des Ingenieurbüros. Entsprechend verlebten die anwesenden Mitarbeiter der Akademie einen ruhigen Abend. Insgesamt verlief die Diskussion - auch dies ein großer Unterschied zu der oben geschilderten Veranstaltung - sehr sachlich und konstruktiv.

Wiederum anders verlief eine Informationsveranstaltung in einem politischen Gremium der Stadt Pforzheim. Als kreisfreie Stadt fallen bei ihr die Ebenen Gemeinde und Kreis zusammen, so daß der Stadtrat an der letztlichen Entscheidung beteiligt ist. Darüber hinaus liegen auf dem Gebiet der Stadt Pforzheim mehrere mögliche Standorte. Aus diesen beiden Gründen war wahrscheinlich der Schwerpunkt der Sitzung des beobachteten Bauausschusses nicht von der Ablehnung eines oder mehrerer Standorte geprägt. Vielmehr wurde die Sitzung als Gelegenheit aufgefaßt, eine Zwischenbilanz des bisherigen Verfahrenverlaufes zu ziehen. Nach den Sachstandsberichten der Akademie, der P.A.N. und des Gutachterbüros Fichtner gaben die einzelnen Fraktionen und der Erste Bürgermeister ihre jeweiligen Stellungnahmen ab. Für einen Außenstehenden waren einige Äußerungen nur schwer nachzuvollziehen, da sie gespickt waren mit Anspielungen auf politische Fehler der jeweils anderen Parteien. Gegenüber dem Verfahren wurden folgende Problembereiche und Kritikpunkte in die Diskussion geworfen: Ein Politiker bemängelte, daß die Standortsuche bereits beginne, bevor über die eingesetzte Technik abschließend entschieden worden sei, was logisch widersprüchlich sei. Dieser bezweifelte auch die Möglichkeit eines Konsenses. Bereits bei der Vorstellung des zweiten Bürgergutachtens in Bad Liebenzell habe sich gezeigt, daß die Interessengruppen nicht in der Lage gewesen wären, ihre interessengebundenen Positionen zu verlassen. Ähnliches sei für das 3. Bürgergutachten zu erwarten. Letztlich würden doch die Kreistage bzw. die P.A.N. entscheiden. Aufgrund der aktuellen Volumenreduktion bei den Abfallmengen gab er zu bedenken, ob nicht größere Gebiete als die Region im Bereich der Restabfallbehandlung zusammenarbeiten sollten. Insgesamt würde aber seine Partei den bisher eingeschlagenen Weg mitgehen.

Dem schloß sich auch sein Kollege aus einer anderen Partei an. An seinem Beitrag war besonders auffällig, daß er dreimal einen Satz aus dem Vortrag der Akademie wiederholte, ohne ihn weiter zu kommentieren: "Interessengruppen sind ab einem bestimmten Punkt nicht mehr konsensfähig." Vor dem Hintergrund der Möglichkeit einer vorzeitigen Auflösung der P.A.N. solle aber ein dritter Weg eingeschlagen werden. Wie der Enzkreis solle auch Pforzheim präventiv nach Überkapazitäten bei bestehenden Anlagen suchen, um eventuell dort den Restabfall behandeln lassen zu können.

Beim dritten Redner blieb bis zum Schluß unklar, wie er zum Beteiligungsverfahren stand. Er verwies auf einen früheren Antrag, wonach das Rechtsamt die rechtlichen Möglichkeiten prüfen solle, die es gegen den Parameter Glühverlust in der TAsi gebe. Er meinte darüberhinaus, daß der dritte Weg eines Müllexportes der Region zunächst einmal Luft verschaffen könne und verwies dabei auf die Probleme der Karlsruher, für ihre Anlage genügend Abfall zusammenzubringen.

Der Sprecher der vierten Partei hielt die P.A.N. insgesamt für eine Fehlkonstruktion. Es sollten vielmehr die Stadt und das Land zusammenarbeiten, um die Müllmengen zu verringern. Den Doppelbeschluß verstehe er nicht als Votum dafür, den Abfall 'heiß' und 'kalt' zu behandeln, sondern nur als Auftrag, beides zu diskutieren. Die Technikentscheidung sehe er als das eigentliche Problem an und nicht die Standortentscheidung. Bei der Bürgerbeteiligung äußerte er den Verdacht, daß es sich um eine Alibiveranstaltung handele. Außerdem bezweifelte er, daß die Arbeit der Bürger/innen genügend sachliche Qualität besitze.

Der Erste Bürgermeister (und Geschäftsführer der P.A.N.) dankte für die sachlichen Beiträge und verwies auf den Süden der Region, wo es ganz anders hergehe. Dem Zweifel an der sachlichen Qualität der Bürgergutachten hielt er entgegen, daß die Kompetenz der Kommunalpolitiker hier eher geringer sei als bei den Bürger/innen, die im Verfahren engagiert mitarbeiten würden. Mit den Politikern würde eine solche Veranstaltung wohl im üblichen 'Schaulaufen' enden. Zum vorher aufgeworfenen Punkt der Klage verwies er auf Kontakte mit der Stadt Münster, die dies zur Zeit ebenfalls prüfe. Seines Erachtens werde der Glühverlust vor Gericht keinen Bestand haben. Bezüglich des dritten Weges des Müllexportes gab er zu bedenken, daß es problematisch sei, hier in der Region die Müllverbrennung abzulehnen und dann Anlagen in anderen Regionen zu nutzen. Er halte die P.A.N. für keine Fehlkonstruktion und sehe in der Empfehlung eine wichtige Entscheidungshilfe für die Politik.

Insgesamt war er damit zwar der einzige, der ungebrochen zur P.A.N. und zur Bürgerbeteiligung stand. Alle anderen Politiker äußerten mehr oder weniger harte Kritikpunkte, dennoch stellte in Pforzheim keiner ernsthaft das Verfahren in Frage. Statt dessen wurden alternative Handlungsmöglichkeiten wie der Müllexport oder eine Klage gegen die TAsi betont. Diese sind aber besonders vor dem Hintergrund der Angriffe auf die P.A.N. und ihre Konzeption aus einigen anderen Kreisen zu sehen.

Die Erklärung der unterschiedlichen Ereignisse in den drei Gremien fällt nicht leicht. Naheliegender ist die Zurechnung auf die beteiligten Personen aus den jeweiligen Gemeinderäten. Denkbar sind auch regionalspezifische Animositäten in Gemeinden, die sich eigentlich der Region Nord-schwarzwald nicht zugehörig fühlen und daher wenig Neigung verspüren, bei den Entsorgungsproblemen dieser Region mitzuhelfen. Trotz allem war in den beiden erstgenannten Gremien übereinstimmend eine eindeutige Haltung gegen die Planungen der P.A.N. zu beobachten. Die Argumente sind hierbei sehr vielfältig und reichen vom Zweifel an der Notwendigkeit einer solchen Anlage bis zu Detailfragen, die gerade den Standort in ihrer Gemeinde problematisch erscheinen lassen. Diese Argumente werden in einem Fall mit Bedenken gegen das Beteiligungs-

verfahren gepaart und so in die öffentliche Diskussion getragen. Diese öffentliche Kritik am Vorgehen der P.A.N., des Ingenieurbüros und der Akademie ist der wichtigste Störfaktor, der von den Gemeinderäten für das Verfahren ausgeht.

Ein wichtiges Kriterium für das Verhalten politischer Gremien zur Standortsuche und zur Bürgerbeteiligung ist offensichtlich die Beteiligung an der Entscheidung. Mitglieder von Gremien, die an der letztendlichen Standortentscheidung beteiligt sein werden, kritisieren die Vorgehensweise der P.A.N. und der Akademie sehr zurückhaltend, wie die Beobachtungen in Pforzheim zeigen. Dies liegt sicherlich auch daran, daß sie es waren, die für die Gründung der P.A.N. verantwortlich waren. In den Gemeinde- und Ortschaftsräten der potentiellen Standortgemeinden, die lediglich Stellungnahmen abliefern dürfen, aber in dem anstehenden Planungsprozeß nicht selbst entscheidungsbefugt sind, legen die Politiker eine reine Contra-Haltung an den Tag und versuchen, eine Anlage in ihrer Gemeinde zu verhindern. Ein Konflikt der Bürgerbeteiligung mit politischen Strukturen in der Region deutet sich dann vor allem da an, wo politische Mandatsträger den Verdacht hegen, die Bürgerforen nähmen im Planungsprozeß eine stärkere Stellung als sie selbst ein.

4.2.5.2 Schriftliche Stellungnahmen der Gemeinden

Eine andere interessante Quelle für die Untersuchung der Reaktion der betroffenen Gemeinden sind die von ihnen verfaßten Stellungnahmen zu ihrer Auswahl.³⁷ Bei diesen Stellungnahmen zeigen sich zwar einige Unterschiede bei der Herkunft, beim Zeitpunkt der Formulierung und im Umfang; auch der Adressat ist nicht einheitlich, aber die Zielrichtung ist im Kern dieselbe. Es wird versucht, mit überzeugenden und objektiven Argumenten die Ungeeignetheit des Standortes nachzuweisen. Im Zentrum der Kritik steht entsprechend das Gutachten des Ingenieurbüros, welches der Grund dafür ist, daß sie in die engere Wahl gekommen sind. Im folgenden werden diese Stellungnahmen näher betrachtet.

³⁷ Wir beschränken uns hier auf die Stellungnahmen, die im abschließenden Standortgutachten des Ingenieurbüros vom Mai 1996 zusammengetragen wurden. Die z.B. bei den Standortexkursionen verteilten Flugblätter wurden nicht berücksichtigt. Sie enthalten prinzipiell die gleichen Informationen nur kondensierter oder zugespitzter, d.h. meist auch provokanter. Wir haben dabei nur die Stellungnahmen auf Gemeindeebene berücksichtigt, d.h. die Resolution des Ortschaftsrates Ergenzingen (Standort Eutingen) fehlt in unserem Vergleich.

	Ölbronn-Dürrn BMA	Mühlacker MVA, BMA	Neulingen BMA	Pforzheim (3 Standorte)	Heimsheim BMA
Quelle [Datum: S./Anhang]	Bürgermeister, Gemeinde [1.3.96: 5/0]	Ratsbeschuß; Bau-u. Pla- nungsamt [26.2.96: 3/0]	Bürgermeister [4.3.96: 4/6]	Umweltdezernent [29.3.96: 4/0]	1.Ratsbeschuß [29.1.: 7/2] 2.Gemeinde [27.3.96: 2/1]
Adressat	Akademie	Akademie, P.A.N.	Bürgerforen	P.A.N.	1. P.A.N.; 2. Bürgerforen
Müllmenge					rückläufig
TASi // Krsw./AbfG	BMA kein Stand der Tech- nik, Bericht Bundesreg.				keine MBA, nur MVA sinnvoll; weniger betroffen als bei Kombination, weniger Depo- niefläche
Zentralität	Randlage	Randlage			Randlage, Stufe I nicht nachvollziehbar
Transport	B294 => Ortsdurchfahrt B35 irrelevant	Ortsdurchfahrten gilt nicht für Bundesstr.			
Bahnanschluß	Barriere zur Bahn durch L1132	nicht möglich, (Rück- stellungsgrund)			
Wärme					
Verursacherprin- zip					
Wohnen, Wind	Espenhauweg; im GE, im Bahnhof	Kreiskrankenhaus, Wohnun- gen in Mühlacker, Illingen	2500 m Kieselbronn entfernt	Emissionen in die City (HKW, Wilf.) geringer Abstand (Obst- hof)	Frischluftzufuhr aus Norden (Krankheitsreger)
lokales Klima				bodennahe Kaltluft (Obsthof)	
Vorbelastung	Deponien: Maulbronn-Zai- ersw., Horrheim, Mühlacker (gepl.)	Geruchsbelästigung bereits durch Deponie Hamberg		vor allem bei HKW (Kläranla- ge, HKW)	haben JVA, Steinbruch, Kalk- werk
Fauna, Flora, Wald, Landwirt- schaft			Spitzenböden (Reservefläche für Loß/Lehmgewinnung)		Wild; Ungeziefer; Rodung; Wasserschutz, Sturmschäden Restwald, Borkenkäfer
Erholung	Naturpark Stromberg-Heu- chelberg				Naturdenkmäler 320, 870 m statt > 1000 m
konkurrierende Nutzung	kleingliedriges Gewerbege- biet geplant *Veränderungs- sperre des Gemeinderates	Fläche als landwirtschaftli- che Fläche ausgewiesen			!! liegt in LSG, Aus- schlußkriterium !! Autobahnmeisterei mit Woh- nungen, NSG 1600 m (gepl.)
Wasserversorgung	WSG III A (geplant), offenes Grabensystem zum Tiefbrun- nen Lückenbronn		Dolinen, umliegende Brun- nen berührt; 800 Mill. l Re- genwasser versickern dort	WSG III B (Obsthof, HKW)	WSG III B geplant, Quellsan- gen: Heimsheimer See, Stutt. Mineralquellen
Verschiedenes	die im Gutachten genannten Standorteigenschaften wer- den nicht erfüllt Standort kam nur in Auswahl weil von Firma angeboten	Verfahrensmängel wie bei Deponiesuche, zuerst ober- flächliche Kriterien spätere Mängel bei Feinuntersu- chung dann politisch igno- riert; ehem. Munitionslager Maul- bronn geeignet	Zersiedelung zu befurchten	Kriterien Boden, Wasser, Luft früher berücksichtigen, Wär- meabgabe u. Bahnanschluß bei MVA unwichtiger; Kriterien haben nicht zu ei- nem annehmbaren Standort geführt	JVA 700 m entfernt statt 1000 m (Meutereien), in Düren Ge- ruchsbelastung; kein Kanalanschluß, BAB 600 m statt 300 m, L 1134 250 m; GI früher abgelehnt, Baum- schule 600 m
Besonderes					2 Stellungnahmen
Schlußfolgerun- gen, Forderungen	Standort ungeeignet	Standort kann weder für heiß noch kalt zugestimmt werden	Standort ungeeignet, nicht verantwortbar	HKW abzulehnen, gegen Obsthof und Wilferdinger Hö- he erhebliche Bedenken	Standort ungeeignet
P.A.N. GmbH		Termine zu kurzfristig für se- riöse Antwort			
Beteiligung					

Tab. 14: Übersicht zu den Stellungnahmen der nördlichen Standortgemeinden (Pforzheim, Enzkreis)

	Freudenstadt BMA	Nagold BMA	Mötzingen ÷ Nagold, BMA	Eutingen MVA, BMA	Horb MVA, BMA
Quelle (Datum: S./Anhang)	Ratsbeschuß [13.2.96: 13/2]	Ratsbeschuß [19.3.96: 7/2]	Ratsbeschuß [26.3.96: 5/0]	Ratsbeschuß [22.2.96: 9/10 ÷ Horb]	Ratsausschuß, Gutachter [23.1.96: 13/0]
Adressat	P.A.N.	Akademie	(vermutlich P.A.N.)	P.A.N.	(vermutlich P.A.N.)
Müllmenge		rückläufig, Kooperation mit Dritten sinnvoll		nimmt ab, beeinflusst Standortsuche, unwirtschaftlich	Prognose zweifelhaft, MVA-Bau unwirtschaftlich,
TASi // Krs.../AbfG	keine BMA, nur MVA richtige Lösung			BMA allein geht nicht + MVA zu teuer	
Zentralität		weite Entfernung zum Müllschwerpunkt	nicht gewährleistet, 250 m Grenze: nur Stufe III	Randlage, hoher Transportaufwand	nicht gegeben
Transport	kurzester Weg über Ortsdurchfahrten	nicht ortsdurchfahrtsfrei erreichbar	sehr hoch, siehe Zentralität		EDV ungenutzt; B 28 neu seit Jahren geplant
Bahnschluß		nicht vorhanden	nicht realisierbar	Bahn teuer, Nutzung unklar	
Wärmeab.				nein, (muß herausfallen)	
Verursacherprinzip	FDS geringste Müllmenge Anlage dort unwirtschaftlich	regionsfremde Nachbarn nicht belasten	Belastung von regionsfremden Bewohnern	inakzeptabel, daß Standort wo geringstes Müllmengen	gegen Kreis FDS für PF/Enzkreis
Wohnen (in Windrichtung)	Igelsberg (Erholungsort)	ca. 500 m falsch, 400 m richtig, GE mit Wohnen	500 m zu starr, andere Faktoren wichtig, 600 m entfernt, 500 m (gepl.)	Einzelbebauung in 150 m mit 33 Einwohnern	
lokales Klima	Wärmeabgabe, mächtige Dampfschwaden				
Vorbelastung	Deponie Bengelbruck			keine Vorbelastung	
Fauna, Flora, Wald, Landwirtschaft	Rodung (Sturmschutz, Deponiegeruch) Wild vertrieben, Krähen, kein Mais			Ackerboden in der Umgebung	
Erholung	Fremdenverkehr Igelsberg			Naherholungsraum	Altheim Erholungsort
konkurrierende Nutzung		einziges GE: High-Tech- u. publikums Betriebe (gepl.)			High-Tech-Industrie, ökologisches GE
Wasserversorgung	viel Niederschlag, wasser-durchlässig, Schwarzbunnen	WSG IIIa (war anfangs Ausschlußkriterium)	WSG IIIa	von WSG umgeben	WSG III, extra Untergunddichtung, Flächen in LSG ausgeschlossen
Verschiedenes	Verfügbarkeit der Fläche sollte kein Kriterium sein; 500 m Abstand zur Wohnbebauung zu undifferenziert; Temperatur wichtig, Nachrotte nicht eingehaust; Fremdenverkehr gefährdet; wertvoller Plenterwälder gehen verloren	rechtlicher Status des Verfahrens unklar; Bebauungsplan fehlt, d.h. planungsrechtliche Grundlage fehlt; 1. Standortwahl auf bebauter Fläche; Entscheidungskriterien nicht nachvollziehbar, nicht empirisch untermauert	GE/GI bis 250 m an Standort geplant, exponierte Lage, Geruch, Emissionen Bakterien, Krankheitserreger	Fehler in Phase 2; Umweltbelange bei Vorauswahl unberücksichtigt, Belange des ländlichen Raumes zu wenig berücksichtigt, Müllbehandlung paßt nicht in den ländlichen Raum, Zustimmung für Firmen in GE/GI, kirchliches Schulungsheim in 1,9 km, seuchehygienische Bedenken, BMA, kein Stand der Technik	Problemfelder (Phase 1,2,3) linear nacheinander und nicht vernetzt behandelt; Anlagenvergleich verbal argumentativ, obwohl belastbare Daten vorliegen; Freiflächen ausgeschlossen, um ROV zu vermeiden; Eindruck, daß erst Standorte gesucht u. dann Kriterien festgelegt wurden
Besonderes		kritisieren auch Standorte Horb und Eutingen	benachbarter Ort aus anderer Region	Stellungnahme Horb im Anhang beigelegt,	Expertise von Rechtsanwalt u. Planungsexperte
Schlußfolgerungen, Forderungen	neuer Standort deshalb ROV notwendig	MBA-Anlage abzulehnen, Eutingen u. Horb für TAB ungeeignet, Kooperation mit Dritten sinnvoll	Standort ungeeignet	Kritik an Untersuchung in allen drei Bereichen; freiwilliges ROV, erhebliche Gründe gegen Standort	Standortsuche neu; ROV; Horb objektiv abzulehnen; externe Kooperation
P. A. N. GmbH					nicht demokrat. legitimiert
Beteiligung		kritisiert			kritisiert

Tab. 15: Übersicht zu den Stellungnahmen der südlichen Standortgemeinden (Kreise Calw, Freudenstadt)

Eine Übersicht bieten die beiden Tabellen 14 und 15. Die Standorte werden in nördliche (Pforzheim, Enzkreis) und südliche (Kreise Calw, Freudenstadt) aufgegliedert. In der zweiten Tabellenreihe steht die Quelle, d.h. das Organ, welches verantwortlich für die Stellungnahme ist, das Datum des Beschlusses bzw. der Entscheidungsvorlage, die Seitenzahl des Textes und des Anhangs. Der Anhang besteht aus Grafiken, Zeichnungen, Auszüge relevanter Texte oder Stellungnahmen anderer Gemeinden (Horb) oder zugehöriger Ortschaftsräte. In der dritten Reihe ist der Adressat der Stellungnahme aufgeführt. In den folgenden Reihen werden die wesentlichen Argumente zusammengefaßt, auf Besonderheiten hingewiesen und die Schlußfolgerungen der Gemeinden genannt. In den letzten beiden Zeilen werden Bemerkungen zur P.A.N. und zum Beteiligungsverfahren erfaßt. Es lassen sich nun einige Fragen stellen, wobei wir auf die inhaltlichen Einwände der Gemeinden nur am Rande eingehen werden:

- Worin ähneln und worin unterscheiden sich die Stellungnahmen?
- Wie können diese Unterschiede erklärt werden?
- Lassen sich allgemeinere Muster erkennen?

Ein Vergleich der Herkunft der Stellungnahmen führt zu dem Ergebnis, daß in den südlichen Standorten durchweg ein Gemeinderatsbeschluß herbeigeführt wurde. Im Norden ist dies nur beim Standort Heimsheim und Mühlacker eindeutig der Fall. In den Fällen Ölbronn-Dürrn und Neulingen zeichnen sich die Bürgermeister verantwortlich für die Stellungnahme, Hinweise auf einen etwaigen Ratsbeschluß sind in den Stellungnahmen nicht enthalten. Am stärksten fällt Pforzheim aus dem Rahmen, hier kommt die Stellungnahme von einem Fachamt, dem Umweltdezernat. Der zuständige Umweltdezernent ist der Bezeichnung nach allerdings auch ein Bürgermeister. Sicher ist, daß seiner Stellungnahme kein Ratsbeschluß zugrunde liegt. Diese Stellungnahme gehört auch zu den kürzesten (4 Seiten), vor allem wenn berücksichtigt wird, daß in Pforzheim drei Standorte liegen; nur Mühlacker lieferte eine kürzere Stellungnahme (3 Seiten). Außerdem kam aus Pforzheim die Stellungnahme am spätesten.³⁸ Die früheste Stellungnahme kam aus Horb. Die Zuordnung des Adressaten ist nicht immer eindeutig möglich, da vor allem bei Ratsbeschlüssen nicht immer einer genannt wird. Daß der Adressat nicht einheitlich ist, hat verfahrensspezifische Gründe. Am 13. Oktober 1995 wurde die Standortvorauswahl des Ingenieurbüros in Altensteig offiziell bekanntgegeben. Im Oktober und November nahmen dann sowohl die Akademie als auch das Ingenieurbüro Kontakt mit den entsprechenden Gemeinden auf. Während die Akademie über das Beteiligungsverfahren informierte, versuchte das Ingenieurbüro etwaige Fehler im Gutachten durch Gespräche mit den Gemeinden zu korrigieren und

³⁸ Als Vergleichsgrundlage dienten die Tage der Beschlußfassung. Lag kein Beschluß zugrunde oder wurde keiner genannt, dann wurde der Tag des Anschreibens als Datum genommen.

vorhandene Daten für den weiteren Standortvergleich zu erheben. Interessanterweise kam es im Falle Pforzheims sogar dazu, daß der Standort Wilferdinger Höhe, der erst nur für eine BMA vorgesehen war, nun auch als Standort für eine MVA weiteruntersucht werden sollte. Darüber hinaus ist anzunehmen, daß auch die P.A.N. Kontakt mit den Gemeinden aufgenommen hat. Hierzu liegen uns allerdings keine Daten vor. Im Februar 1996 forderte die Akademie die Gemeinden dann noch auf, Stellungnahmen über ihren Standort abzugeben. Mindestens drei Gemeinden hatten derartige Papiere bereits vorher verfaßt. Vernünftigerweise können sich die Stellungnahmen im Nordschwarzwälder Verfahren an sechs Akteure richten:

- an die eigene Bevölkerung bzw. an die Räte selbst,
- das Ingenieurbüro, da es fachlich verantwortlich ist,
- die P.A.N., da sie als Auftraggeberin (politisch) verantwortlich ist,
- die Kreistage, da sie letztlich entscheiden werden und politisch verantwortlich sind,
- die Akademie, die um derartige Stellungnahmen gebeten hat,
- die Bürgerforen, für die die Akademie um die Stellungnahmen gebeten hat.

Der erste Akteur ist sicherlich bedeutsam, da die lokale Politik mit einer Stellungnahme vor allem sich und der örtlichen Bevölkerung zeigt, daß sie etwas tut. Für uns interessanter sind allerdings die anderen Akteure. Sofern eine Zuordnung möglich ist, fällt zunächst auf, daß anscheinend keine dieser Stellungnahmen direkt an das Ingenieurbüro gerichtet ist, obwohl dieses, inhaltlich gesehen, immer der zentrale Ansprechpartner ist, gegen den die Vorwürfe gerichtet sind. Die meisten Stellungnahmen stellen Beschlüsse der Gemeinden dar und sind an die P.A.N. oder die Akademie gerichtet. Hierbei muß angemerkt werden, daß von den Gemeinden über die P.A.N. wahrscheinlich ein Kontakt zum Ingenieurbüro und zu den Kreistagen beabsichtigt ist. Entsprechend dürfte die Akademie als Vermittlerin zu den Bürgerforen angesehen werden. Nur zwei der Stellungnahmen sind dabei explizit an die Bürgerforen gerichtet (Heimsheim vom 27.3., Neulingen vom 15.3.). Neben den offiziellen Stellungnahmen wurden natürlich auch andere Wege der Kommunikation genutzt (Telefonate, Briefwechsel, persönliche Kontakte), die wir aber nicht systematisch erfassen konnten.

Die Kritik an der Auswahl der eigenen Gemeinde als Standort macht den Hauptteil in den Stellungnahmen aus. Sie wirken durchweg differenziert und sachbezogen, weder polemisch noch emotional. Die wenigsten Kritikpunkte kommen von den Standorten Neulingen und Pforzheim. Inwieweit die Kritik im einzelnen faktisch richtig ist, soll hier nicht abgehandelt werden, auch wenn dies im Sinne eines rationalen Diskurses ein zentraler Punkt wäre. Einen Eindruck von der Vielfalt der Argumente liefern die obigen Tabellen. Zumindest ein schwerwiegender Fehler bei der Vorauswahl durch das Ingenieurbüro soll hier aber erwähnt werden. Da der Standort

Heimsheim zum Teil im Landschaftsschutzgebiet liegt, hätte er eigentlich schon bei der Vorauswahl herausfallen müssen. Dies ist allerdings auch der Gemeinde erst bei der zweiten Stellungnahme vom 27. März aufgefallen und wurde im endgültigen Gutachten des Ingenieurbüros anerkannt. Eigentlich hätte dieser Standort dann herausgenommen werden müssen.

Auf einige Besonderheiten wollen wir noch hinweisen. Eine Gemeinde (Horb) hatte zwei Experten zu Rate gezogen, einen Rechtsanwalt für die juristische Seite und einen Ingenieur für die technische Seite der Standortsuche. Dies gab es bei keiner anderen Gemeinde. Entsprechend fällt hier die Kritik am grundsätzlichen, d.h. methodische Aspekte spielten eine wichtige Rolle, und am umfassendsten aus. Lediglich Freudenstadt verfaßte eine ähnlich lange Kritik (beide 13 Seiten, bei Freudenstadt noch zwei Seiten Anhang). Nur bei den südlichen Standorten kann beobachtet werden, daß sie sich aufeinander bezogen. So hatten Horb und Eutingen engen Kontakt miteinander, was sich z.B. darin ausdrückt, daß die gutachterliche Stellungnahme aus Horb in Eutingens Stellungnahme als Anhang angefügt war. Hinzu kommt, daß Nagold explizit zumindest den Bau von thermischen Anlagen in Horb und Eutingen ablehnt. Insofern ergibt sich der begründete Eindruck, daß der Widerstand in den südlichen Gemeinden stärker war.

Das Beteiligungsverfahren wird nur zweimal thematisiert. Die stärkste Kritik kommt dabei aus der Gemeinde Horb, die schon auf der von uns beobachteten Gemeinderatssitzung das Beteiligungsverfahren angegriffen hatte. Ein Teil der Kritik geht dabei auf die beiden herangezogenen Experten zurück. Der hinzugezogene Jurist bemängelt die rechtlich nicht faßbare Rolle des Verfahrens. Da eine Standortalternativenprüfung im Bundesimmissionsschutzgesetz im Gegensatz zum Abfallgesetz nicht vorgesehen sei, gebe es keine juristische Handhabe. Entsprechend wird später von der Stadt Horb die freiwillige Durchführung eines Raumordnungsverfahrens (ROV) vorgeschlagen, um eine verwaltungsgerichtliche Überprüfung des Standortvergleiches zu ermöglichen. Für problematisch hält der Rechtsanwalt weiterhin, daß die Bürgerforen entkoppelt von den demokratisch legitimierten Gremien durchgeführt werden. Hier befürchtet er, daß die demokratisch legitimierten Gremien (Kreistage) angesichts der dann erarbeiteten Fakten und mangels eigener Gegenvorschläge diesen Empfehlungen nichts entgegenzusetzen können. Ein zweiter Kritikpunkt kommt offensichtlich von der Stadt Horb selbst. Nachdem der P.A.N. eine demokratische Legitimation abgesprochen wird, bemängelt Horb, daß die engere Auswahl von 20 Bürger/innen aus den zufällig ausgewählten 720 Personen bewußt von der Akademie getroffen worden sei, also nicht mehr zufällig stattgefunden habe. Dabei seien unverständlicherweise Vertreter der Ortschaftsräte und Gemeinderäte ausgeschlossen worden. Anschließend wird die Defizitanalyse eines Umweltconsultingbüros zitiert, die sich besonders mit dem Ingenieur-Gutachten auseinandersetzt. Am Beteiligungsverfahren wird dabei kritisiert, daß die Begründung der Abfallmengenprognose im 1. Bürgergutachten weitgehendst verbal argumentativ und allein

dem Konsens verpflichtet sei. "Abfallmengen lassen sich nicht durch demokratische Mehrheitsentscheidungen bestimmen", folgert das Büro. Das Verfahren diene allein der Akzeptanzsteigerung und Durchsetzungsfähigkeit im Sinne des Auftraggebers. Dabei würden die vor allem in den USA entwickelten methodischen Ansätze für ein neutrales Mediationsverfahren mißachtet.

Eine etwas schwächere Kritik am Beteiligungsverfahren kommt aus Nagold: Zwar sei ein solches Verfahren prinzipiell lobenswert, aber die Bürgerforen seien weder repräsentativ noch ein Ersatz für eine direkte Bürgerbeteiligung. Wie in Horb stößt auch hier der Ausschluß von Ortschafts- und Gemeinderäten aus den Bürgerforen auf Unverständnis.

Festzuhalten ist, daß der richtige Adressat für die Kritik der Gemeinden in der Regel das Ingenieurbüro ist. Gerade für diese Auseinandersetzung wäre ein diskursives Verfahren erforderlich gewesen. Dies ist u.E. im gesamten Verfahren zu wenig berücksichtigt worden. Die Kritik von den Standortgemeinden bildete eine wichtige Quelle für die Skepsis und Kritik der Bürger/innen am Ingenieurbüro. Insofern waren auch sie es, die diese Kritik weiter trugen. Es bleibt aber unklar, was ein Konsens innerhalb der Bürgerforen oder zwischen diesen und dem Ingenieurbüro bewirken kann, solange die politischen Vertreter der Standortgemeinden an ihrer Kritik festhalten. Insgesamt zeigen sich bemerkenswerte Unterschiede zwischen den südlichen und nördlichen Standorten, wobei die Standorte Pforzheim und Horb jeweils die Extrema bilden. Die Ablehnung der südlichen Standorte fällt nicht nur in den Stellungnahmen im Durchschnitt reichhaltiger und vehementer aus, ohne unsachlich zu werden. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die stellenweise beobachtbare Kooperation verschiedener Standorte im Süden. Umgekehrt hatten wir den Eindruck, daß vor allem den südlichen Gemeinden vorgeworfen wurde, als Störerinnen aufzutreten, die dem St. Florians-Prinzip folgen. Hierin zeigt sich, daß dieses Prinzip in der politischen Diskussion oft als Argument benutzt wird, um einer inhaltlichen Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen. Dies sollte bei der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Problem der Standortbetroffenheit berücksichtigt werden, eine vorschnelle Subsumierung von Protesten unter das St. Florians-Prinzip sollte vermieden werden.

4.3 Interviews

In den folgenden Kapiteln werden die Ergebnisse der Interviews zusammengefaßt. Alle Interviews wurden in der ersten Woche im Juli durchgeführt, also noch vor der Abschlußveranstaltung vom 24. Juli. Wir beginnen mit den Gemeindevertretern, gefolgt von Vertreter/innen der Gebietskörperschaften bzw. P.A.N. sowie den Teilnehmer/innen der Konsensuskonferenz aus den Phasen 1 und 2. Auf eine Darstellung der Interviews mit Vertreter/innen der Akademie, der Bürgerforen und des Ingenieurbüros verzichten wir. Dies hat zwei Gründe: einerseits ergaben sich Probleme mit der Anonymisierung, andererseits reichen u.E. insbesondere die bereits dargestellten Informationen über den Verlauf der Bürgerforen für ein umfassendes Bild aus. Besonders interessante Hinweise aus diesen Interviews gehen trotzdem in unsere Auswertung ein, allerdings ohne sie als Interviewbeiträge kenntlich zu machen.

4.3.1 Ergebnisse der Interviews mit Gemeindevertretern

Drei Vertreter der potentiellen Standortgemeinden wurden von uns interviewt. Dabei handelte es sich um zwei Bürgermeister und einen Verwaltungsangestellten einer betroffenen Gemeinde, der auch als stiller Zuhörer in einem Bürgerforum anwesend war. Von den beiden anderen war einer gleichzeitig Mitglied des Kreistags. Diese Interviews waren relativ kurz, was nur in einem Fall mit dem Zeitmangel des Interviewten zusammenhing. Offensichtlich lag der Grund darin, daß sie ihre Interessen am wenigsten sowohl im Beteiligungsverfahren als auch im anschließenden Entscheidungsverfahren repräsentiert sahen. Deshalb überwogen hier eher globale Einschätzungen als detaillierte Analysen.

4.3.1.1 Organisation und Fachwissen in der eigenen Gemeinde

In allen Interviews fällt auf, daß auf der Ebene der Gemeinden kaum Fachwissen für abfallwirtschaftliche Themenstellungen vorhanden ist. Es gibt keine Abteilungen in den Stadtverwaltungen, die auf dieses Thema spezialisiert wären. Das für die Begleitung der Standortsuche notwendige Fachwissen mußte gewissermaßen unter großem Zeitdruck besorgt werden. Entsprechend wurden dann auch die von der P.A.N. gesetzten Fristen zur Ausarbeitung der Stellungnahmen zur Standortsuche überall als viel zu knapp empfunden. Außerdem wird insgesamt über eine Informationsüberlastung geklagt. Man habe das alles gar nicht verarbeiten können.

4.3.1.2 Die Phasen 1 und 2

Die Phasen 1 und 2 der Bürgerbeteiligung wurden von allen Interviewpartner/innen erst nachträglich wahrgenommen. Während ihres Verlaufs gab es so gut wie keine Beschäftigung mit den ersten beiden Phasen der Bürgerbeteiligung.

4.3.1.3 Das Auswahlverfahren

Die beiden Bürgermeister sehen das Auswahlverfahren für die Bürgerforen eher kritisch. Einer unserer Gesprächspartner glaubt, daß es besser gewesen wäre, gezielt vorgebildete und interessierte Bürger auszuwählen. Dennoch müsse man davon ausgehen, daß auch die jetzt ausgewählten Bürger zur Bewältigung der ihnen gestellten Aufgabe in der Lage gewesen seien.

Wesentlich kritischer fällt die Bilanz des anderen Bürgermeisters aus. Durch den Ausschluß von politischen Mandatsträger/innen aus den Bürgerforen sei wichtiges Fachwissen verloren gegangen, das bei der Bearbeitung der Problemstellung sicher von großem Nutzen gewesen wäre. Zudem sei durch die Vorgehensweise der Akademie die Chancengleichheit zwischen den potentiellen Standortgemeinden verletzt worden, da in den kleineren Gemeinden die Wahrscheinlichkeit, daß Mandatsträger in das Sample kamen und dann hinausgeworfen wurden, sehr viel größer gewesen sei als z.B. in einer großen Stadt wie Pforzheim.

4.3.1.4 Der Kontakt zu den Bürgerforen

Der Kontakt der Bürgermeister und der Stadtverwaltungen zu den Teilnehmern war allein in den von uns interviewten Gemeinden recht vielfältig. Interessant scheint uns dabei vor allem die Tatsache zu sein, daß in fast allen Fällen die Kontakte auf beiderseitige Initiative zurückgingen. D.h., daß sowohl die Gemeinden Informationsbedarf über den Sitzungsverlauf hatten als auch die Teilnehmer/innen der Bürgerforen daran interessiert waren, die Ereignisse im Bürgerforum mit Vertretern der Gemeinde zu besprechen.

Einer der von uns interviewten Bürgermeister gab an, vor allem bei der Standortbesichtigung durch die Bürgerforen in Kontakt mit den Bürgern gekommen zu sein. Dabei sei herausgekommen, daß die Bürger mit der Arbeit im Verfahren sehr zufrieden gewesen seien. Aber auch darüber hinaus sei von beiden Seiten der informelle Kontakt gesucht worden. Wesentlich intensivere Kontakte vermutet unser Gesprächspartner auf der Ebene der Ortschaftsräte. Hierzu könne er jedoch nur Vermutungen anstellen.

In der anderen Gemeinde, mit deren Bürgermeister wir gesprochen haben, hat sich eine Bürgerinitiative gebildet. Diese Bürgerinitiative habe sich sehr intensiv in die Materie eingearbeitet und habe dabei auch viele Informationen von der Stadtverwaltung bekommen. Gemeinsam mit den Bürgerforumsteilnehmern aus der Gemeinde habe die Bürgerinitiative Workshops veranstaltet, auf denen das Verfahren und seine Thematik intensiv diskutiert worden seien. Diese zusätzliche Arbeit zum Bürgerforum sei zwar nicht von der Stadtverwaltung initiiert, aber maßgeblich unterstützt worden. Auch hier gab es darüber hinaus zahlreiche informelle Kontakte zwischen Stadtverwaltung und den Teilnehmern der Bürgerforen. Auf diesem Wege habe man auch wesentlich mehr über den Verlauf der Bürgerbeteiligung erfahren als über die offiziellen Informationen der Akademie und der P.A.N.

Eine dritter Interviewpartner/in war schließlich ein "stiller Beobachter" in einem Bürgerforum. Trotz seiner insgesamt kritischen Haltung zu dem Verfahren berichtet er sehr positiv von der sachlichen Arbeit in diesem Forum. Die Akademie sei auf alle Informationswünsche der Bürger eingegangen und habe sich sehr bemüht. Es sei auch deutlich zu beobachten gewesen, wie Positionen, die einzig auf die Verhinderung eines Standortes ausgerichtet waren, sich in der Gruppendiskussion nicht hätten durchsetzen können.

4.3.1.5 Die Einschätzung des Ingenieurbüros

An der Standortvoruntersuchung des Ingenieurbüros wird vor allem kritisiert, daß es sich lediglich um eine Vorstudie gehandelt habe, die keine fundierten Aussagen über die Eignung der potentiellen Standorte zugelassen habe. In einer Gemeinde wird dahinter eine Strategie der P.A.N. vermutet.

4.3.1.6 Das Bürgergutachten

Dem Bürgergutachten wird einhellig eine hohe Qualität attestiert. Es könne der Arbeit der Ingenieure durchaus das Wasser reichen und enthalte einige neue Aspekte, die man dem Ingenieurgutachten nicht habe entnehmen können. Insgesamt werde deutlich, daß sich die Bürger intensiv und sachlich mit ihrer Aufgabe auseinandergesetzt hätten. Dennoch wurde in zwei Gesprächen vermutet, daß das Gutachten der Ingenieure letztlich die entscheidende Rolle in der Beschlußfassung der P.A.N. spielen werde.

4.3.1.7 Der Kontakt zu den Kreisräten und zur P.A.N.

In den Gemeinden gibt es eingespielte Kontakte zum jeweiligen Kreistag. Diese Kontakte werden im allgemeinen genutzt, um die Positionen der Gemeinde in der Kreispolitik präsent zu halten. Über diese bereits eingespielten Kontakte versuchen die Gemeinden auch, ihre Interessen in der anstehenden Planung der Restabfallbehandlung für die Region zu vertreten. Ebenso stehen zwei der von uns befragten Gemeinden in ständigem Kontakt zur Geschäftsführung der P.A.N. Diese Kontakte haben jedoch offensichtlich deutlich formaleren Charakter als die zu den Kreisräten.

4.3.1.8 Versachlichung

Einer unserer Gesprächspartner, der dem Verfahren insgesamt sehr kritisch gegenübersteht, ist dennoch der Meinung, daß ein Beitrag einer solchen Bürgerbeteiligung in der Versachlichung der anstehenden Entscheidungen zu sehen sei. Die anderen Gesprächspartner konnten eine solche Entwicklung nicht eindeutig erkennen.

4.3.1.9 Gerichtsverfahren

Die Meinung zu diesem Punkt ist einheitlich. Falls es zu Prozessen komme, sei das Ziel eines solchen Verfahrens, nämlich die Erhöhung der Akzeptanz in der Bevölkerung, ganz offensichtlich nicht erreicht. Akzeptanz in der Bevölkerung sei aber das entscheidende Erfolgskriterium.

4.3.1.10 Zusammenhalt der P.A.N.

Auf die Frage nach der Wahrscheinlichkeit des Zusammenbleibens der P.A.N. antwortet einer unserer Gesprächspartner, es bestehe eigentlich keine Notwendigkeit mehr für eine regionale Lösung des Entsorgungsproblems, da alle vier Gebietskörperschaften letztlich billiger davonkämen, wenn sie auf eigene Faust nach externen Lösungen suchen würden. Ein anderer Bürgermeister geht relativ sicher davon aus, daß die P.A.N. keine gemeinsame Zukunft habe, da sich in Pforzheim "etwas bewegen" werde.

4.3.1.11 Die Einschätzung der Akademie

Die Beurteilung der Arbeit der Akademie fällt unterschiedlich aus. Während einer der Bürgermeister der Akademie eine engagierte und neutrale Verfahrensführung attestiert, fällt das Urteil des anderen Bürgermeisters kritischer aus. Einige Bürgerforumsteilnehmer aus seiner Gemeinde hätten über Steuerungsversuche der Akademie berichtet, sie seien kaum zu Wort gekommen und hätten sich überfordert gefühlt. Erst daraufhin habe man es in der Gemeinde für sinnvoll erachtet, die oben erwähnten Workshops zu organisieren, in denen sich die Bürger viel von dem erarbeitet hätten, was eigentlich im Verfahren hätte geschehen müssen.

Darüber hinaus wird in diesem Gespräch kritisiert, daß die gesamte Verfahrenskonzeption der Akademie durch ein nicht nachvollziehbares Mißtrauen gegenüber Politiker/innen und gegenüber den formalen Formen der Bürgerbeteiligung in den Genehmigungsverfahren gekennzeichnet sei. Diesen formalen Beteiligungsformen wiesen sicher auch Probleme auf, die jedoch durch ein Mediationsverfahren prinzipiell auch nicht gelöst werden könnten.

4.3.2 Auswertung der Interviews mit Verwaltung, Politik und P.A.N.

In unserer letzten Interviewrunde führten wir insgesamt sechs Interviews mit Vertreter/innen der P.A.N. bzw. der Gebietskörperschaften. Fünf unserer Interviewpartner/innen sind entweder in der Geschäftsführung oder im Aufsichtsrat der P.A.N. tätig. Die Bewertung des bisherigen Verfahrensverlaufs und die Erwartungen an das Verfahren sind dabei erstaunlich heterogen.

4.3.2.1 P.A.N.: Positionen und ihre Veränderungen während der Planung

Bezüglich der Positionen der Akteure innerhalb der P.A.N. wurden in unseren Interviews zwei Aspekte unterschieden. Einerseits gibt es inhaltliche Positionen der Gebietskörperschaften, andererseits kann man von unterschiedlichen Chancen auf die Durchsetzung dieser Positionen sprechen. In unseren Interviews ging es dann um die Frage, inwieweit in diesen beiden Hinsichten im Verlauf der Planung Bewegung in das Zusammenspiel der Akteure gekommen ist.

Grundsätzlich wird davon ausgegangen, daß die Grundpositionen nach wie vor unverändert sind. Dies wird etwa durch eine Aussage eines Vertreters des Kreises Freudenstadt bestätigt. In Freudenstadt habe man sich nie vorstellen können, daß im Süden der Region eine thermische Anlage gebaut werden könne. Auch ein/e Pforzheimer Gesprächspartner/in, der/die von einer tendenziellen Entschärfung des Konflikts innerhalb der P.A.N. ausgeht und der Ansicht ist, daß im Verlauf der Planung der Gedanke der 'kalten' Abfallbehandlung immer mehr an Gewicht gewonnen habe, muß einräumen, daß es zu keinem grundsätzlichen Überdenken der inhaltlichen Positionen innerhalb der P.A.N. gekommen sei.

Bezüglich der Stärkung oder Schwächung der Positionen wird in einem Interview in Freudenstadt der Eindruck bestätigt, daß die 2. Phase der Bürgerbeteiligung die Pforzheimer Haltung gestärkt habe, dies sei aber durch den Verlauf der 3. Phase nicht mehr der Fall. Auch ein/e Gesprächspartner/in aus dem Enzkreis geht davon aus, daß die Stadt Pforzheim mit dem Ergebnis der 3. Phase wohl nicht so glücklich sein könne wie z.B. der Kreis Calw, der für keinen Standort in Frage komme.

Äußerungen aus mehreren Interviews unterstützen die Ansicht, daß über die Zukunft der P.A.N. hauptsächlich in Pforzheim entschieden wird. Die Pforzheimer Mehrheit für die beabsichtigte Kombinationslösung wird als recht unsicher angesehen. Gleichzeitig geht man davon aus, daß Pforzheim von allen vier Gebietskörperschaften am stärksten auf ein Zusammenbleiben der P.A.N. angewiesen ist, da alle anderen Entsorgungsmöglichkeiten für die Stadt teurer seien als eine gemeinsame P.A.N.-Lösung.

4.3.2.2 Rückkopplung an die Bürger/innen nach dem 2. Bürgergutachten

In drei Interviews wurde noch einmal auf die Rückmeldung der Politiker an die Bürger/innen nach der 2. Phase eingegangen. Obwohl das 2. Bürgergutachten in den Diskussionen im Aufsichtsrat eine große Rolle gespielt habe, so die Darstellung in einem Interview, sei die Reaktion der Aufsichtsräte auf die Vorstellung des Gutachtens für die Bürger/innen natürlich enttäuschend gewesen. Dies könne aber auch an der teilweise unkonventionellen Darstellungsform gelegen haben, die gewisse Vorurteile gegenüber Bürgergruppen seitens der Politik bestätigt haben könnte. Diese Einschätzung wird bestätigt und erklärt durch die Darstellung eines Mitglieds des P.A.N.-Aufsichtsrats. Das 2. Bürgergutachten sei, gerade wegen seines kontroversen Inhalts, sehr ernst genommen worden. Man sei jedoch der Ansicht gewesen, sich über diesen Einfluß des Gutachtens auf die Diskussionen im Aufsichtsrat nicht jeden Tag in der Zeitung äußern zu müssen. In dieser Hinsicht sei sehr viel 'hinter den Kulissen gelaufen'. Die mangelnde Resonanz

der Kreistage auf das 2. Bürgergutachten wird in einem Interview mit der möglicherweise mangelnden inhaltlichen Vorbildung der meisten Kreisräte erklärt. Dies sei aber lediglich eine Vermutung.

4.3.2.3 Die 2. Phase und das 2. Bürgergutachten

Im Rückblick auf den Verlauf der 2. Phase der Bürgerbeteiligung und auf das 2. Bürgergutachten werden von den Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung der Region Nordschwarzwald einige Kritikpunkte aufgeführt. So wurde in einem Interview kritisiert, daß das 2. Bürgergutachten z.T. eindeutig aufgrund von Partialinteressen zustande gekommen sei. Das Beispiel sei hier das Votum der Freudenstädter Landfrauen, deren Vertreterin neben einer Deponie wohne und lediglich deshalb gegen thermische Verfahren gestimmt habe.

Der Einfluß des Bürgergutachtens auf das Zustandekommen der Kombinationsentscheidung der P.A.N. wird in zwei Interviews noch einmal beleuchtet. Dabei kommen unsere Interviewpartner/innen zu gegensätzlichen Einschätzungen. In einem Gespräch wird davon ausgegangen, daß das Bürgergutachten einen geringen Beitrag zum Zustandekommen der Kombinationsentscheidung geleistet habe. Es habe diesen Beschluß bestenfalls stabilisiert. Die Kombination sei zum damaligen Zeitpunkt die einzig mögliche Entscheidung gewesen, da nur so die unterschiedlichen Interessen in der P.A.N. an einem Tisch gehalten werden konnten. Beim Versuch, eine andere Entscheidung herbeizuführen, wäre die P.A.N. schon damals zerbrochen.

In einem anderen Interview wird demgegenüber die Einschätzung geäußert, daß das Bürgergutachten zum Verfahrensvergleich gerade wegen seines kontroversen Inhalts großen Einfluß auf die Diskussionen im Aufsichtsrat gehabt habe und möglicherweise der auslösende Faktor beim Beschluß der Kombination gewesen sei. Ohne ein solches Bürgergutachten wäre, so die Einschätzung, schon damals eine Entscheidung für die thermische Abfallbehandlung gefallen.

Der Frage, warum nach der 2. Phase die Konsensuskonferenz auseinandergebrochen ist und warum einige der beteiligten Gruppen das in der 2. Phase erreichte Diskussionsniveau wieder verlassen haben, wird in einem Interview besonders detailliert nachgegangen. Vor allem zwei Gründe werden genannt. Erstens wird die Vertretungsproblematik genannt. Die Vertreter/innen der Gruppen in der Konsensuskonferenz hätten sich in der 2. Phase durchaus eine differenzierte Meinung zu den Abfallbehandlungsverfahren gebildet. Eine so differenzierte Meinung hätte von den dahinterstehenden Gruppen jedoch nicht mitgetragen werden können. Daher seien die Vertreter/innen einem gewissen Druck von ihren Gruppen ausgesetzt gewesen. Dies sei eines der

Probleme der 2. Phase und der Ereignisse danach gewesen.

Zweitens wird jedoch auch Kritik an der Verfahrensführung der Akademie gegen Ende der 2. Phase geübt. Die Bürger/innen hätten z.B. die Absicht gehabt, im Bürgergutachten vorzuschlagen, daß gegen die TA-Si geklagt werden solle. Dies habe die Akademie dann in ihrer sehr pragmatischen Haltung der Politik gegenüber nicht mitgemacht. Gerade Bürgergruppen müsse man aber zugestehen, eher unrealistische Vorschläge an die Politik zu machen. Hier sei zu pragmatisch agiert worden. In dieselbe Richtung zielt die Vermutung, die Akademie habe den Bürger/innen ein relativ enges Korsett für die Bürgerempfehlung vorgegeben. Die Bürger/innen seien zu sehr gedrängt worden, die P.A.N. und ihre Zwänge zu verstehen. Die Formulierung, die Verständnis für die Standortsuche für eine thermische Anlage signalisierte, sei den Bürger/innen hart abgerungen worden. Letztlich sei die 2. Phase daran gescheitert, daß die Bürger/innen diesen Schritt nicht wirklich langfristig mittragen konnten. In der Politik sei durch diesen Satz das Mißverständnis aufgekommen, daß auch die Interessengruppen für ein Kombinationskonzept seien, sogar der BUND. Aufgrund dieses Mißverständnisses mußten die Interessengruppen dann nachher in der Presse einen Befreiungsschlag machen und davon reden, daß sie über den Tisch gezogen worden seien und daß das Verfahren gescheitert sei. Es sei daher möglicherweise günstiger gewesen, den Interessengruppen eine etwas radikalere Position zuzugestehen, die sie dann aber auch langfristig hätten mittragen können.

In demselben Interview wird dann auch im Rückblick auf die 2. Phase kritisiert, daß sich trotz des aufwendigen Verfahrens immer noch die Fronten von Bürger/innen und Politiker/innen relativ unverändert gegenüberstünden. Eine andere Form der Einbindung der Politik wird daher befürwortet.

4.3.2.4 Strukturierung der Umwelt für die P.A.N.

Ein interessanter Effekt des bisherigen Verfahrensverlaufs scheint zu sein, daß die Entscheider im Nordschwarzwald nach der 3. Phase das Gefühl haben, die Haltung der Öffentlichkeit besser einschätzen zu können. Ein/e Interviewpartner/in ist der Ansicht, daß sich Politiker/innen bei solchen Planungsentscheidungen vor allem deshalb unwohl fühlten, weil sie die Stimmung bei den Betroffenen nicht kennen. In dieser Hinsicht hätten die Politiker nach der 3. Phase einige Anhaltspunkte.

Recht einhellig herrscht bei unseren Interviewpartner/innenn die Ansicht vor, daß man jetzt klar unterscheiden könne zwischen organisierten Gruppen, die ideologisch vorgeprägt und daher einer offenen Diskussion nicht mehr zugänglich seien und zwischen nicht organisierten Bürger/innen, die in der 3. Phase in der Lage waren, sehr gemeinwohlorientiert zu arbeiten. Interessengruppen gingen offensichtlich mit einem anderen Selbstverständnis an eine solche Aufgabe heran. Durch den Ausstieg einiger dieser Gruppen nach der 2. Phase und z.B. durch die unrealistische Forderung an die Politik, auf eine Änderung der TASI hinzuwirken, seien viele Vorbehalte gegen die Einbindung solcher Gruppen in die Planung bestätigt worden. Resümierend ist einer unserer Gesprächspartner/innen der Ansicht, daß Beteiligung nicht gleich Beteiligung sei, sondern daß es immer darauf ankomme, wer beteiligt werde.

4.3.2.5 Erleichterung der Entscheidung

Wird die anstehende Entscheidung über ein Restabfallbehandlungskonzept durch die abgeschlossene Bürgerbeteiligung erleichtert? Diese Frage stellten wir unseren Gesprächspartner/innen aus Politik und Verwaltung, und die Antworten fielen durchaus unterschiedlich aus. Drei unserer Gesprächspartner waren, zumindest was das 3. Bürgergutachten angeht, der Ansicht, daß die Entscheidung den politischen Gremien jetzt sicher leichter falle. Als wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang wird die relativ große Übereinstimmung des Bürgergutachtens mit dem Ingenieurgutachten genannt. Dem einzelnen Gremium falle die Entscheidung jetzt sicher leichter. Im Blick auf das gesamte Verfahren äußert ein Interviewpartner/in die Einschätzung, daß das 2. Bürgergutachten die Entscheidung über die Technik keinesfalls erleichtert habe, sondern daß es im Gegenteil die Politiker weiter verunsichere habe. Dies habe sich aber nach der 3. Phase geändert.

Eher skeptisch äußert sich ein/e Vertreter/in der Stadt Pforzheim. Man könne bis jetzt nicht eindeutig sagen, daß die Bürgerbeteiligung bei der Entscheidung hilfreich sei. Die Bürger/innen hätten alle entscheidenden Fragen erkannt und sich sorgfältig um das Thema bemüht. Der Prozeß sei daher auf jeden Fall positiv zu bewerten, beim Ergebnis sei allerdings bis jetzt nicht genau zu sagen, ob eine Erleichterung der Entscheidung durch das Verfahren ermöglicht wird. Es sei unklar, inwieweit Politiker auf ein Bürgervotum Bezug nehmen oder ob sie lieber ihre eigene Haut retten wollen. Das Bürgergutachten lege den thermischen Standort Heizkraftwerk nahe, der in Pforzheim gar nicht 'geliebt' werde. Ob das Bürgergutachten hilft, politische Mehrheiten zu erzeugen, oder ob die Politiker/innen doch eher an die nächste Wahl denken, sei zum jetzigen Zeitpunkt eine spannende Frage. Die Beurteilung der Bürger/innen sei sehr sachbezogen; das

Problem sei aber, daß die politischen Entscheidungen eine emotionale Komponente enthalten werden. Wenn die Politiker/innen jetzt sachbezogen entscheiden würden, hätten sie die Möglichkeit, sich auf das Gutachten von Bürger/innen berufen zu können.

4.3.2.6 Unsichere Randbedingungen

In drei unserer Gespräche gingen wir auf die Frage ein, inwieweit möglicherweise unsichere Randbedingungen einer abfallwirtschaftlichen Planung die Arbeit der Bürgerforen erschwert haben und welche Strategien innerhalb der P.A.N. zum Umgang mit diesen Randbedingungen denkbar seien. Die relative Unsicherheit der TASI als rechtliche Rahmenbedingung wird nicht als Erschwernis für die Arbeit der Bürgerforen angesehen. Derzeit gelte die TASI und davon müsse man dann auch ausgehen. Sehr viel problematischer sei es gewesen, die Vorgaben aus den Phasen 1 und 2 zu übernehmen. Dies habe dazu geführt, daß man relativ stark in die Themen Mengenprognose und Technik hätte einsteigen müssen und dadurch möglicherweise zu wenig Zeit für die eigentliche Aufgabe gehabt habe.

Eine Klage gegen TASI sei völlig ausgeschlossen, so die Einschätzung in einem Gespräch in Pforzheim. Das sei innerhalb der P.A.N. völlig undenkbar. Beispielsweise hätte einer der drei Landkreise bereits signalisiert, daß er auch bei einer Änderung der TASI an der Verbrennung festhalten werde.

4.3.2.7 "Halbwertzeit" von Bürgergutachten

Recht unterschiedliche Einschätzungen wurden bezüglich der Frage geäußert, wie alt ein Bürgergutachten sein dürfe, um noch sinnvoll in eine Entscheidung einfließen zu können, wie schnell also nach der Verabschiedung eines solchen Bürgervotums politisch entschieden werden müsse. In einem Interview in Pforzheim wurde betont, daß man durch die Bemühung, auf keinen Fall zu große Anlagen zu bauen, in Diskussionen geraten sei, die man in der 2. Phase so noch gar nicht hätte sehen können. Daher sei selbst eine anderthalb Jahre alte Technikdiskussion jetzt schon inhaltlich weitgehend überholt. Das liege vor allem an der dramatischen Mengenentwicklung.

In einem anderen Gespräch wird demgegenüber betont, daß das erste Bürgergutachten auch heute noch von großer Bedeutung sei, da durch dieses Votum die Unsicherheit aller Prognosen in diesem Bereich dokumentiert werden könne. Das zweite Gutachten sei ebenfalls in seinen

grundsätzlichen Aussagen noch heute aktuell. Es enthalte gut erarbeitete Grundsatzaussagen (Kosten, Abfallvermeidung etc.) und habe deshalb immer noch eine große Bedeutung.

In einer dritten Einschätzung wird auch mit Bezug auf die 3. Phase betont, daß die Entscheidung nach einem solchen Verfahren sehr schnell fallen müsse. Es sei sehr wichtig, maximal sechs Monate später zu einem Beschluß zu kommen. Deshalb müsse im Nordschwarzwald auch spätestens im Dezember entschieden werden.

4.3.2.8 Dauerhafte Beteiligung

In zwei Interviews ging es auch um die Frage, inwieweit eine dauerhafte Beteiligung von Bürger/innen und Interessengruppen an langfristigen Planungen sinnvoll sein können. In einem Interview wurde die Einschätzung geäußert, daß eine solche Beteiligung möglich sei, wenn es sich so ergebe. Allerdings wäre eine Aufdauerstellung, obwohl bei sich ändernden Randbedingungen sinnvoll, gerade bei der Technikfrage vermutlich sehr schwer möglich. Ohnehin sei so etwas nur denkbar, wenn die P.A.N. zusammenbleibe. Sobald die vier Gebietskörperschaften einzeln extern thermisch behandeln, sei eine weitere Bürgerbeteiligung überflüssig, weil sich dann niemand mehr für die Probleme interessiere.

In einem anderen Interview wurde betont, daß eine solche Beteiligung auf jeden Fall schnell gehen müsse und daß vor allem irgendwann Schluß sein müsse. Alles andere sei nicht finanzierbar.

4.3.2.9 Das 3. Bürgergutachten

Die Beurteilung der Qualität des 3. Bürgergutachtens fällt beinahe durchgehend positiv aus. Gelobt wird die sachliche Auseinandersetzung mit dem schwierigen Thema, das Abwägen der relevanten Argumente sowie die Tatsache, daß es zu einem konsensualen Votum gekommen ist. Kritische Einschätzungen gibt es lediglich hinsichtlich der politischen Handhabbarkeit, außerdem werden teilweise dieselben Aussagen des Bürgergutachtens unterschiedlich interpretiert, so vor allem der Vorschlag der Bürger/innen, den Pforzheimer Abfall nicht kalt vorzubehandeln: einige Gesprächspartner sehen hier einen klaren Bruch mit der Logik des vorgegebenen Kombinationskonzepts, andere sehen einen interessanten neuen Aspekt, der ohne die Bürgerbeteiligung nicht in die Planung eingeflossen wäre.

Stellvertretend für einige Aussagen kann man die Einschätzung eines P.A.N.-Aufsichtsrates zusammenfassen. Es handele sich um ein sachliches Votum, mit dem Betroffenheit überwunden

werden konnten. Da das 3. Bürgergutachten dem Ingenieurgutachten sehr ähnele, habe es viele politische Bedenken gegen eine Bürgerbeteiligung ausgeräumt. Das Bürgergutachten erscheine vielen nachvollziehbarer als das Ingenieurgutachten, zumal es auch einfach dünner sei. Im thermischen Bereich seien die Aussagen mit denen von Fichtner nahezu identisch; im kalten Bereich kämen durch das Bürgergutachten neue Aspekte in die Planung (Bahnanschluß, Zusatzbelastung für Freudenstadt-Bengelbruck). Dennoch gebe es einen Bruch in der Logik, da im Bürgergutachten vorgeschlagen wird, den Pforzheimer Müll nicht kalt vorzubehandeln. Dies widerspreche dem zugrundegelegten Kombinationskonzept. Ein Problem bestehe in der Aussage des Gutachtens, daß es nur bei einer Entscheidung für das Kombinationskonzept gelte. Es sei schwer vorstellbar, daß bei einer Änderung des Konzepts die Foren abermals einberufen werden könnten.

In einem anderen Gespräch wird betont, daß die Standortrangfolgen der Bürger/innen von denen Fichtners abwichen. Die beiden Szenarien des Gutachtens seien nicht stimmig wegen der Abweichung vom Kombinationskonzept. Das solle aber nicht überbewertet werden. Das Wichtigste sei, daß die lokale Kompetenz eingebracht worden sei. Die Argumente seien abgewogen worden und man habe sich konsensual geeinigt, was dem Gutachten politisches Gewicht verleihe.

Gerade die politische Umsetzbarkeit des gleichwohl qualitativ hoch einzuschätzenden Bürgergutachtens wird in einem Interview in Pforzheim problematisiert. Es sei nicht leicht, mit dem Ergebnis umzugehen. Es gebe zum einen die Voten der einzelnen Bürgerforen, die in ihrer Aussage sehr voneinander abwichen; dann gebe es das Votum der Delegiertenkonferenz, das sehr stark an Bedingungen geknüpft sei. Das starke Abweichen der Einzelvoten und die Vorbedingungen des Gesamtvotums führten zu einer schweren Handhabbarkeit des Ergebnisses. Die Bedingungen schränkten das Votum sehr stark ein. All diese Vorbedingungen seien politisch kaum zu verwirklichen, auch wenn sie im Einzelfall durchaus vernünftig seien.

Verwunderung wird in diesem Gespräch vor allem über die Unterschiedlichkeit der 'kalten' Foren bei der Bewertung der Standorte geäußert. Dies sei schwer zu erklären. Ein Mangel könne darin bestehen, daß man sich möglicherweise nicht ausführlich genug um ein einheitliches kaltes Votum bemüht habe.

Ein Problem wird in dem Votum der Delegiertenkonferenz gesehen. Die Delegierten hätten unter Zeitdruck ein Votum verabschieden müssen, daß schließlich politische Meinungs- und Kompromißbildung schon vorwegnehme und damit kaum noch Spielraum lasse. Eine politische Entscheidung, die sehr weitgehend deckungsgleich mit dem Gutachten ist, sei kaum zu erwarten. Man könne daher jetzt schon mit Enttäuschungen rechnen. Andererseits sei die Heterogenität

des Votums für die P.A.N. natürlich nicht unvorteilhaft, da man nun im Grunde jeden Standort begründen könne. Insgesamt sei das Ergebnis aber schwer zu handhaben.

Gerade die Heterogenität der kalten Voten wird in diesem Gespräch als ein Faktor angesehen, der auf neue Aspekte aufmerksam mache, die man bei Fichtner nicht habe finden können. Ein anderer wichtiger neuer Gesichtspunkt, der durch das Bürgergutachten in die Diskussion komme, sei der Vorschlag, den Pforzheimer Müll nicht kalt vorzubehandeln.

Insgesamt könne man mit der Qualität des Ergebnisses sehr zufrieden sein, Probleme seien jedoch bei der politischen Umsetzung des Gutachtens zu befürchten. Gegenüber dieser kritischen Einschätzung der politischen Umsetzbarkeit des Bürgergutachtens vermutet ein anderer Gesprächspartner, daß es den Bürger/innen gar nicht um eine 1:1-Umsetzung ihres Gutachtens gehe. Wichtig sei vielmehr eine Einhaltung von folgenden Grundsätzen: eine möglichst kleine thermische Option, Betonung von Vermeidung und Verwertung, Lastenverteilung, weiteres Prüfen der Option der externen Behandlung, Nord-Süd-Verteilung. Den Bürger/innen sei klar, daß ihr Votum sehr eng sei. Dieses enge Votum sei der Schwierigkeit geschuldet, aus den Voten der einzelnen Foren ein gemeinsames Gutachten zu verabschieden. Daher reiche es, sich an die Grundsätze des Bürgergutachtens zu halten.

4.3.2.10 Rückkopplung an die Bürger/innen nach dem 3. Gutachten

In zwei Interviews wird deutlich, daß die Rückkopplung aus dem Aufsichtsrat an die Bürger/innen nach der Vorstellung ihres Gutachtens deutlich intensiver war als nach der 2. Phase. Auf der Klausurtagung, auf der das Bürgergutachten vorgestellt wurde, hätten die Politiker/innen das erste Mal inhaltliche Fragen gestellt und Reaktionen gezeigt. Außerdem hätten die Bürger/innen nach der Vorstellung ihres Gutachtens beantragt, bei der Sitzung anwesend bleiben zu dürfen, mit dem Argument, daß die Bürger/innen jetzt alle Informationen aus ihren Sitzungen offengelegt hätten und das umgekehrt auch so sein müßte. Dem wurde stattgegeben. Dies habe vermutlich einen wichtigen Rückkopplungseffekt an die Bürger/innen ergeben. Das wäre, so die Vermutung eines Interviewpartners, möglicherweise in der 2. Phase mit den organisierten Gruppen nicht gegangen, weil diese natürlich in solchen Sitzungen Munition für ihre Pressearbeit sammeln würden.

4.3.2.11 Kopplung zwischen der 2. und der 3. Phase

Die Kopplung zwischen den ersten beiden und der 3. Phase des Beteiligungsverfahrens wurde in einigen Interviews als ein schwieriges Problem angesehen. So sprach ein Gesprächspartner angesichts des Verlaufs der 3. Phase davon, daß man vermutlich die drei Teilentscheidungen (Menge, Technik, Standort) nicht so stark voneinander trennen könne. Vermutlich könne man das alles auch etwas kürzer machen, da man ja in Wirklichkeit in der 3. Phase alle drei Bereiche behandelt habe: Die Bürger/innen hätten daher viel Zeit in Dinge gesteckt, die nicht so wichtig waren, weil weder die Mengenfrage noch die Technikfrage entscheidend für die Standortsuche seien. Er habe den Eindruck, daß die Bürger/innen nach der intensiven Beschäftigung mit vergangenen Themen zu wenig Zeit für die Beschäftigung mit dem eigentlichen Thema hatten. Zwar sei es erforderlich gewesen, die bisher im Verfahren behandelten Themen in den Bürgerforen vorzustellen. Dabei sei man viel zu intensiv in diese Diskussionen um Menge und Technik hineingeraten. Dadurch sei die Zeit für die Standortsuche knapp geworden. Vor allem die Abgleichung unterschiedlicher Voten der einzelnen 'kalten' Foren sei nicht mehr möglich gewesen und habe zu einer gewissen Schwäche des Gesamtvotums geführt.

Ein anderer Gesprächspartner gibt an, zunächst entsetzt über das Konzept der unterschiedlichen Beteiligungsformen in den drei Phasen gewesen zu sein. Mittlerweile halte er das aber trotz der Probleme, die dabei entstünden, für die richtige Vorgehensweise. So hätten z.B. die Interessengruppen aus den ersten beiden Phasen nicht auch noch den Standort suchen können. Das hätte ihre arbeitsmäßige Belastbarkeit und auch ihre inhaltliche Flexibilität überfordert.

4.3.2.12 Akademie

Trotz einiger vereinzelter Kritikpunkte werden die Arbeit und das Auftreten des Akademieteam durchweg positiv beurteilt. Ein Gesprächspartner gab an, für das Urteil, ob man so ein Verfahren besser oder schlechter führen könne, keine Vergleichsmöglichkeiten zu haben. Er habe aber schon den Eindruck, daß sich die Akademie auch inhaltlich im abfallwirtschaftlichen Bereich kundig gemacht habe. Wie die Organisation des Verfahrens zu beurteilen sei, müsse man sicher bei den beteiligten Bürger/innen nachfragen.

In einem anderen Interview war davon die Rede, daß manche organisatorischen Details kritikabel gewesen seien. Aber die eigentliche Arbeit habe das Akademieteam sicherlich gut gemacht, und es seien auch gute Papiere produziert worden. Lediglich bezüglich der inhaltlichen Neutralität der Akademie sei manchmal der Eindruck entstanden, daß einzelne Akademiemit-

arbeiter/innen möglicherweise eine Präferenz für kalte Abfallbehandlungsverfahren hätten. Dieser Verdacht sei im Kreistag seiner eigenen Gebietskörperschaft aufgekommen und habe dort für böses Blut gesorgt.

Ein andere/r Gesprächspartner/in ist nach eigenen Angaben trotz einiger einzelner Kritikpunkte voll des Lobes für die Arbeit der Akademie. Es sei sehr engagiert gearbeitet worden und das Team habe auch unter großem Zeitdruck erstaunliche Ergebnisse abgeliefert.

Die einzige wirklich kritische Einschätzung kommt von einem Mitglied des Aufsichtsrats der P.A.N. Die Akademie habe bei ihrem Auftreten - so z.B. auch in der Konzeption der Ausstellung zu Beginn der 3. Phase - die Selbstdarstellung zu sehr betont. Das sei im Aufsichtsrat kritisiert worden. In einigen Papieren sei der Eindruck entstanden, die Akademie würde die Abfallplanung im Nordschwarzwald durchführen. Die Akademie habe sich da zu sehr in den Vordergrund gespielt.

4.3.2.13 Gerichtsverfahren

Eine unserer Fragen in den Interviews zielte darauf ab, in wieweit die Vermeidung von Prozessen, die die Planung blockieren können, ein Ziel eines solchen Verfahrens sein könne. Insgesamt kann man sagen, daß die Vermeidung oder Verminderung von Gerichtsverfahren zwar als sehr wünschenswert betrachtet wird, daß aber niemand ernsthaft eine völlige Vermeidung gerichtlicher Auseinandersetzungen erwartet.

Neben der Erleichterung der Entscheidung in den politischen Gremien wird in einem Gespräch eine geringere Anzahl an Prozessen als eines der wichtigsten Erfolgskriterien des Verfahrens genannt. Zwar sei das Verfahren auch dann nicht ganz umsonst, wenn dieses Kriterium nicht erfüllt werde, aber es würde dann doch nicht alle Erwartungen erfüllen, die man in es gesetzt habe.

Ähnlich lautet die Einschätzung eines P.A.N.-Aufsichtsrats. Akzeptanz sei sicher ein Ziel eines solchen Verfahrens auch wenn klar sei, daß man durch so eine Bürgerbeteiligung nicht jeden potentiellen Kläger ruhigstellen könne. Man könne daher lediglich hoffen, daß die Auseinandersetzungen nicht ganz so heftig wie üblich ausbrechen würden.

In einem anderen Gespräch wird herausgestellt, daß man ein gerichtsfestes Gutachten von den Bürger/innen nicht erwarten dürfe. Die Verhinderung von Prozessen sei nicht die Aufgabe des Verfahrens. Die Bereitschaft zur Akzeptanz von belastenden Entscheidungen werde durch eine Bürgerbeteiligung nicht gefördert. Es argumentiere sich lediglich etwas leichter für die Verantwortlichen. Auch in einem Interview in Pforzheim sagt man uns, daß die Vermeidung von

Prozessen nie habe das Ziel sein können. Das Konfliktpotential sei möglicherweise kleiner geworden, aber es genüge ja, wenn ein einziger klagen wolle. Dieses könne man mit so einem Verfahren nie vermeiden.

Ein/e andere/r Interviewpartner/in sieht die Aufgabe des Verfahrens sehr eindeutig nicht in der Vermeidung von Prozessen, sondern in ihrer Verkürzung. Zum jetzigen Zeitpunkt sei unklar, ob man mit dem Verfahren Prozesse vermeiden könne. Für eine/n Richter/in sei es möglicherweise sehr schwer, eine solche umfangreiche Beteiligung in einem Prozeß einfach vom Tisch zu wischen. Man könne also ein solches Verfahren durchaus vor Gericht in die Waagschale werfen. Entsprechend ziele die Bürgerbeteiligung aus Sicht ihrer Befürworter/innen auch nicht darauf ab, ihre Position innerhalb der P.A.N. zu stärken, sondern darauf, vor Gericht besser dazustehen. Alles Vorgehen bis jetzt habe die Funktion gehabt, vor Gericht besser sagen zu können, man habe doch alles versucht. Daher seien auch die vielen öffentlichen Veranstaltungen im Verfahren mit vielen unterschiedlichen Beteiligten sehr wichtig, auch wenn diese Informationsveranstaltungen möglicherweise im Einzelfall enttäuschend verlaufen seien. Es gehe also mit dem Verfahren letztlich nur um einen Zeitgewinn in den unvermeidlichen Prozessen. Mit Blick auf die Effizienz des Verfahrens sei dann die entscheidende Frage: Ist dieser Zeitgewinn finanziell darstellbar?

4.3.2.14 Die Rolle Pforzheims

In den meisten Interviews wird betont, daß die Zukunft der P.A.N. letztlich in Pforzheim entschieden werde. Während man davon ausgehen könne, daß die Entscheidung über das geplante Abfallbehandlungskonzept in Calw und Freudenstadt glatt durchgehen werde, wird die entsprechende Mehrheit in Pforzheim als recht unsicher angesehen. Insofern stehe und falle der weitere Verlauf der Planung mit den Entwicklungen im Stadtrat Pforzheim.

4.3.2.15 Versachlichung der Auseinandersetzungen

In einigen Gesprächen war davon die Rede, daß sich die Auseinandersetzungen um das Restabfallbehandlungskonzept im Nordschwarzwald durch die Bürgerbeteiligung möglicherweise versachlichen würde. Teilweise seien Tendenzen zu einer solchen inhaltlich fundierteren Auseinandersetzung bereits zu beobachten. Insgesamt werden drei möglichen Arenen identifiziert, in denen sich die Konflikte versachlichen könnten: die anschließenden Genehmigungsverfahren, die öffentliche Meinung und die konkrete Diskussion in den politischen Gremien.

Ein/e Interviewpartner/in bezeichnet es als die große Hoffnung, die man mit dem Verfahren verbinde, daß man nach dem Verfahren in den formalen Verwaltungsverfahren besser argumentieren könne. Außerdem sei es ein Ziel, daß die Entscheidungen die politischen Gremien leichter passieren.

Eine Vertreter/in eines Südkreises glaubt, daß die Leistung des Bürgergutachtens in dem Abwägen der Argumente und in dem konsensualen Votum bestehe. Diese Leistung verleihe dem Gutachten politisches Gewicht. Man sehe, daß sich die Bürger/innen mit den Problemen auseinandergesetzt hätten; daher müßten sich jetzt auch die Politiker/innen inhaltlich mit dem Gutachten auseinandersetzen. Nach der Entscheidung argumentiert es sich vermutlich etwas leichter für die Verantwortlichen.

Skeptisch ist ein anderer Gesprächspartner, der der Ansicht ist, daß man nicht genau sagen könne, ob die Bürgerbeteiligung zu einer Versachlichung beitrage, da man nicht wisse, wie die Konflikte ohne das Verfahren ablaufen würden. Es fehle einfach die Vergleichsmöglichkeit.

Eindeutig positiv zum Thema Versachlichung äußert sich ein Aufsichtsratsmitglied, das ansonsten mit Kritik nicht hinter dem Berg hält. Ein wichtiger Erfolg des Verfahren bestehe schon jetzt darin, daß das Thema Müll in der Bevölkerung aktuell sei. Außerdem sei die veröffentlichte Meinung jetzt inhaltlich viel fundierter als vor der Bürgerbeteiligung. Wichtig sei zudem, daß man von den Politiker/innen jetzt mehr Beschäftigung mit dem Thema einfordern könne, indem man auf den enormen Arbeitsaufwand der Bürger/innen verweist und sagt, daß die Bürger/innen jetzt eigentlich besser informiert seien und daß man deren Votum nicht ohne fundierte Argumente beiseite legen könne. Man könne das Bürgergutachten in dieser Hinsicht als Druckmittel benutzen. Schließlich sei zu beobachten, daß es in Pforzheim derzeit relativ ruhig zugehe, obwohl der thermische Standort Pforzheim jetzt fast sicher sei. Vielleicht sei auch dies ein Effekt der Bürgerbeteiligung. Insgesamt sei sehr deutlich eine Versachlichung der Diskussionen zu beobachten, und der Eine oder Andere in Politik und Verwaltung sei sicherlich zum Nachdenken angeregt worden.

4.3.2.16 Auswahlverfahren

Am Auswahlverfahren für die Bürgerforen wird, soweit unsere Gesprächspartner sich hier zu einem Urteil in der Lage sehen, nichts kritisiert. Allerdings, so die Einschätzung in einigen Gesprächen, sei auch eine Beteiligung von politischen Mandatsträgern durchführbar gewesen.

4.3.2.17 Kopplung zur Politik

In einem Gespräch werden im Rückblick auf die zweite Phase interessante Bemerkungen zum Thema der Kopplung des Verfahrens an die politischen Entscheidungsgremien gemacht. Es wäre laut dieser Einschätzung sinnvoll gewesen, einige Aufsichtsräte der P.A.N. immer mal wieder zu Informationszwecken auf die Konsensuskonferenz einzuladen. Dies hätte den Informationsfluß sicher deutlich verbessert. Die Frage, ob es auch sinnvoll gewesen wäre, durch ähnliche Maßnahmen den Kontakt zu den Kreistagen zu verbessern, wird allerdings verneint. Vermutlich sei hier die inhaltliche Vorbildung nicht gut genug.

4.3.2.18 Rationalisierung: Vergrößerung der Optionenvielfalt, Offenhalten der Entscheidung durch Bürgerbeteiligung?

In keinem unserer Interviews wurde die Frage, ob durch die Bürgerbeteiligung die Vielfalt der zur Verfügung stehenden Optionen in der Planung vergrößert worden sei, bejaht. Ein Gesprächspartner aus einem Südkreis gab an, daß von einer Vergrößerung der Optionenvielfalt keine Rede sein könne. So sei z.B. der Vorschlag des Bürgergutachtens, für den Süden der Region eine erneute Suchschleife durchzuführen, nicht realisierbar. Das sei zu aufwendig und zu teuer.

Auch ein/e zweite/r Interviewpartner/in führt an, daß Pforzheim auch vor dem Verfahren Favorit für einen thermischen Standort gewesen sei. Bewegung sei allerdings in die Frage gekommen, wieviel Abfall kalt vorbehandelt wird. Auch zum Offenhalten der Entscheidung über die Technik habe die Einbeziehung der Bürger/innen nichts beigetragen. Es sei in der P.A.N. immer ein Grundsatz gewesen, die Technikentscheidung möglichst spät zu treffen. Von einer Vergrößerung der Optionenvielfalt durch die Bürgerbeteiligung möchte auch ein/e Vertreter/in der P.A.N. nicht sprechen. Es sei in dem Verfahren vielmehr um ein Nachvollziehen der Arbeit von Fichtner gegangen.

4.3.2.19 Weiterbestand der P.A.N. und Rolle der Bürgerbeteiligung

In den Interviews baten wir unsere Gesprächspartner um eine Einschätzung in der Frage, ob die P.A.N. tatsächlich zusammenbleibe und ob die Bürgerbeteiligung hierzu einen positiven oder einen negativen Beitrag leiste. Eine Interviewpartner/in gab sich in dieser Frage bedeckt: Den Beitrag der Bürgerbeteiligung könne man erst nach den politischen Entscheidungen erkennen.

Eine positivere Einschätzung in einem anderen Interview lautet, die Bürgerbeteiligung könne schon eine Förderung des Zusammenhalts darstellen und zwar dadurch, daß Fichtner und die Bürger/innen fast identische Voten abgegeben hätten. Eine gewisse Belastung sei allerdings in der Verzögerung der Planungszeit zu erkennen. Möglicherweise hätten durch diese Verzögerung Überlegungen in den Gebietskörperschaften an Gewicht gewonnen, einzeln extern zu entsorgen. Als Beispiel werden der Vertrag des Enzkreises mit der Stuttgarter MVA sowie die Pforzheimer Überlegungen zum Müllexport genannt.

Insgesamt sind die Äußerungen in diesem Interview zum Thema Zusammenhalt der P.A.N. eher skeptisch. Das Kombinationskonzept sei ja vor allem der Wunsch der Stadt Pforzheim gewesen. Die Südkreise wären von sich aus sicher nicht auf diese Idee gekommen. Es gebe auch einen Erlaß des Umweltministeriums, der die Wirtschaftlichkeit solcher Lösungen stark anzweifle und sie auch nicht für vertretbar halte. Er glaube daher nicht, daß im Süden eine kalte Vorbehandlung mehrheitsfähig sei, auch wenn Fichtner dies vorschlage. Aus anderen Fachgutachten, zu denen man Zugang habe, wisse man, daß eine Kombination die Entsorgung um 25% verteuere. Dies könne man dem Gebührenzahler nicht zumuten. Gesetzt den Fall, einer der Südkreise hätte ein Angebot eines Entsorgers, den Abfall abzuholen und zu einem bestimmten Preis zu verbrennen, würde man diesen Preis vergleichen mit den Kosten einer Kombinationslösung innerhalb der P.A.N. Es sei dann klar, wofür der Kreistag entscheide, nämlich für den wesentlich kostengünstigeren Export. Die Kosten seien in dieser Frage das entscheidende Kriterium.

Eher unentschieden äußert sich ein weiterer Vertreter eines Südkreises. Die Aussage, die Bürgerbeteiligung fördere den Zusammenhalt der P.A.N., sei eine Überinterpretation. Auch eine Belastung sei kaum zu erkennen. Eine solche Behinderung sei noch am ehesten in der Forderung einiger Pforzheimer Interessengruppen zu sehen, daß Pforzheim die P.A.N. verlassen solle. Dennoch müsse man sagen, daß der Regionsgedanke durch den erfolgreichen Verlauf der 3. Phase möglicherweise gestärkt worden sei.

Eine Vertreter/in der Stadt Pforzheim gibt an, er könne nicht sehen, daß durch die Bürgerbeteiligung die Übereinstimmung der Kreise in den unterschiedlichen Interessenlagen gefördert worden sei. Jede Gebietskörperschaft habe immer noch ihre Position, beinahe wie am Anfang. Die Grundpositionen hätten sich nicht deutlich verändert. Eine Belastung der P.A.N. könne er aber andererseits auch nicht erkennen. Man könne bis jetzt eigentlich nur Vorteile sehen. Zwar wäre man möglicherweise ohne das Verfahren früher zu einem Planungsergebnis gekommen, dies wäre aber kein tragfähiges Ergebnis gewesen. Außerdem werde immer deutlicher, daß die Zeitverzögerung eigentlich ein Vorteil sei. Je früher man in abfallwirtschaftlichen Planungen entscheide, desto größer sei die Gefahr einer falschen Entscheidung.

4.3.2.20 Ausstieg der Gruppen nach der 2. Phase

In einigen Interviews wurde dem Ausstieg einiger Gruppen aus der Konsensuskonferenz nach der 2. Phase eine erhebliche Bedeutung zugemessen. Eine Vertreter/in des Enzkreises kritisiert die ausgestiegenen Gruppen wegen ihres Verhaltens in der 3. Phase. Zwar könne er nicht sagen, ob die ausgestiegenen Gruppen die 3. Phase ernsthaft gestört hätten. Es könne aber nicht angehen, daß z.B. der BUND in der Konsensuskonferenz seine Position nicht durchbekomme und dann versuche, Druck auf die Bürgerforen auszuüben. Man solle sich an die getroffenen Entscheidungen halten und sich nicht als Unterlegene nach der Entscheidung wieder in die Auseinandersetzung einschalten.

In einem anderen Interview wird betont, daß der Ausstieg der Gruppen sehr negativ angekommen sei. Dadurch seien viele Vorbehalte gegen die Einbindung solcher Gruppen in die Planung bestätigt worden.

Auch ein/e Vertreter/in der Stadt Pforzheim geht recht hart mit den Umweltgruppen ins Gericht. Der Druck, den die ausgestiegenen Gruppen in der 3. Phase auf die Bürgerforen ausgeübt hätten, habe das an sich recht ausgewogene Votum aus Phase 2 nachträglich delegitimiert und als ideologisch vorgeprägt erscheinen lassen. Dieser Eindruck der ideologischen Vorgeprägung sei erst durch die Aktionen der Gruppen nach ihrem Ausstieg entstanden. Diese Gruppen hätten daher sich und ihrer Position sehr geschadet. Sie hätten mit dem Ausstieg eine politische Wirkung beabsichtigt. Der Ausstieg sei ja für den Verlauf der 3. Phase praktisch bedeutungslos gewesen. Den Versuch, den Ausstieg nach etwas Wichtigem aussehen zu lassen, habe zwar kurzzeitig Wirkung gezeigt. Auf Dauer hätten diese Gruppen sich damit aber nicht als wichtigen und ansprechbaren Partner dargestellt, sondern sie hätten sich eher lächerlich gemacht und somit an politischem Gewicht verloren.

4.3.3 Auswertung der Interviews mit Vertreter/innen der Konsensuskonferenz

In unserer letzten Interviewrunde Anfang Juli 1996 sprachen wir mit drei Gruppenvertreter/innen aus der Konsensuskonferenz der Phasen 1 und 2. In diesen Interviews ging es zunächst um eine Rückschau auf die ersten beiden Phasen der Bürgerbeteiligung, um eine Beurteilung der dritten Phase und um einen Ausblick bezüglich der Auswirkungen des Verfahrens sowie der eigenen weiteren Aktivitäten. Zwei unserer Gesprächspartner waren Vertreter/innen vergleichsweise

hochorganisierter, auf die Abfallproblematik spezialisierter Gruppen, die das Verfahren auch nach dem offiziellen Ausstieg ihrer Verbände aktiv weiterverfolgt haben. Unser/e dritte/r Interviewpartner/in war nach der 2. Phase ein Gegner des Beschlusses zur Auflösung der Konsensuskonferenz und hat in der dritten Phase ebenfalls aktiv mitgearbeitet, indem er Ergebnisse der 2. Phase in den Bürgerforen darstellte.

4.3.3.1 Die 1. Phase: Der Stellenwert von Prognosen

Beim Rückblick auf die erste Phase galt unser Interesse der Frage, ob die Teilnehmer/innen der Konsensuskonferenz im Rückblick das Unterschreiten ihrer damaligen Abfallmengenprognose als einen fachlichen Mangel ansehen. Übereinstimmend wird geantwortet, daß es sich hier um keinen fachlichen Mangel handelt, sondern daß dies ein Problem sei, welches immer bei Prognosen auftauche. Die eigene Fehlprognose wird daher als nicht allzu dramatisch eingeschätzt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang allerdings, daß die beiden Vertreter/innen der spezialisierten Gruppen übereinstimmend angeben, die Fehlprognose sei dadurch zustande gekommen, daß man sich im Verfahren vor allem mit den landwirtschaftlichen Gruppen auf einen Kompromiß habe einlassen müssen. Wenn man die ursprünglichen Annahmen der eigenen Gruppen unverändert übernommen hätte, so die Einschätzung, würde man heute auch nicht mit der Prognose falsch liegen. Der Fehler in der Prognose wird also als nicht allzu gravierend eingeschätzt; er wird dem Zwang zu Kompromissen im Verfahren zugerechnet und nicht eigenen Fehleinschätzungen.

4.3.3.2 Die 2. Phase: Das 2. Bürgergutachten und seine Auswirkungen

Der Verlauf der 2. Phase wird von allen Gesprächspartnern auch im Rückblick als positiv bewertet. Ebenso eindeutig wird jedoch nach wie vor die öffentliche und politische Weiterverarbeitung des Bürgergutachtens zum Technikvergleich als enttäuschend bezeichnet. Besonders dezidiert dazu ist die Meinung eines Vertreters eines Umweltverbands. Das 2. Bürgergutachten sei von der Politik zwar aufgenommen worden und habe vermutlich auch einen gewissen Einfluß auf die damalige Kombinationsentscheidung gehabt, es habe aber diesbezüglich keinerlei Rückmeldung von den Aufsichtsräten und Politiker/innen an die Bürgergruppen gegeben. Dies sei ziemlich enttäuschend gewesen. Obwohl das Mediationsverfahren eine interessante persönliche Erfahrung gewesen sei, habe sich der Aufwand letztlich, wenn man die Ergebnisse

betrachte, nicht gelohnt. Eine abschließende Bewertung, ob der eigene Arbeitseinsatz etwas gebracht habe, hänge aber letztlich davon ab, ob die Kombination aus kalter und thermischer Behandlung tatsächlich beschlossen werde.

Dennoch geht man davon aus, daß die Bürgerbeteiligung in der 2. Phase dazu beigetragen hat, daß die Option der biologisch-mechanischen Abfallbehandlung in die politische Diskussion gekommen ist. Dieser Beitrag der Bürgerbeteiligung sei vor allem in den Gremien der Stadt Pforzheim und des Enzkreises zu beobachten. In den Kreisen Calw und Freudenstadt habe sich in dieser Hinsicht nichts getan.

Der von uns interviewte Teilnehmer der Konsensuskonferenz, der keinem der spezialisierten Umweltverbände angehört, vermutet, daß vor allem zwei Faktoren für die unbefriedigende Weiterverarbeitung des 2. Bürgergutachtens verantwortlich sind. Zum einen sei nach der 2. Phase eine unzureichende Öffentlichkeitsarbeit betrieben worden. Diese Kritik bezieht sich sowohl auf die Teilnehmer/innen der Mediation als auch auf die Akademie. In diesem Punkt hätte man mehr investieren müssen. Zum anderen sei aber auch deutlich geworden, daß die hinter den TeilnehmerInnen stehenden Gruppen eine weitere Mitarbeit verhindert hätten.

4.3.3.3 Kopplung zwischen der 2. und der 3. Phase

Sehr kritisch sahen unsere Gesprächspartner/innen die Form, in der die Ergebnisse aus den ersten beiden Phasen in die Bürgerforen übermittelt wurden. Es herrscht der Eindruck vor, daß die erarbeiteten Ergebnisse in den Bürgerforen nicht richtig angekommen seien. Vermutlich seien sie in der Fülle der Gesamtinformationen für die zufällig ausgewählten Bürger/innen untergegangen, und dem Fachwissen der Ingenieure sei letztlich ein viel größerer Stellenwert eingeräumt worden. Da man glaubt, die Bürger/innen hätten die Ergebnisse der ersten beiden Phasen nicht übernommen, und da sich die Bürger/innen in der 3. Phase auch noch einmal ausführlich über die Restabfallmenge und über Abfallbehandlungstechniken unterhalten haben, hat man das Gefühl, daß die eigene Arbeit in der Mediation jetzt 'für die Katz' sei.

Die Vermittlung der Ergebnisse aus den ersten beiden Phasen sei, so eine/r Interviewpartner/in, in der 3. Phase 'stiefmütterlich' behandelt worden. Man könne die Arbeit aus fast einem Jahr unmöglich in einem zwanzigminütigen Vortrag herüberbringen. Als Alternative wird die Durchführung eines Workshops vorgeschlagen, in dem man die Ergebnisse sicher besser hätte vermitteln können.

4.3.3.4 Verlauf der 3. Phase: Kontakte, Einschätzung von Auswahlverfahren, Programm und Informationsinput

Die Information unserer Gesprächspartner über den Verlauf der 3. Phase geschah entweder über die Mitarbeit im Beirat der P.A.N. oder über das Verfolgen von Presseberichten. Einer unserer Gesprächspartner nutzte keinen dieser beiden Informationskanäle und gab daher an, nur sehr wenig über die Ereignisse in der 3. Phase mitbekommen zu haben.

Der Kontakt zu Teilnehmern der Bürgerforen bestand für zwei der von uns interviewten Gruppenvertreter in der Vermittlung der Ergebnisse aus den ersten beiden Phasen in den Bürgerforen. Informale Gespräche neben den entsprechenden Sitzungen der Bürgerforen fanden so gut wie nicht statt. Eine dritte Form der Kontaktaufnahme war die Resolution, die die selbstorganisierte Konsensuskonferenz verabschiedete und die zwei unserer Gesprächspartner unterschrieben haben. Es wird jedoch mittlerweile eingesehen, daß diese Resolution bei den Teilnehmern der Bürgerforen sehr negativ angekommen sei und ihren Zweck offensichtlich verfehlt habe.

Die Zusammenstellung der Bürgerforen per Zufallsauswahl wird prinzipiell nicht kritisiert. Die negative Einschätzung eines unserer Gesprächspartner bezieht sich allerdings auf den Wechsel der Beteiligungsformen im Verfahren, was zu den oben skizzierten Problemen bei der Ergebnisvermittlung zwischen den unterschiedlichen Phasen geführt habe.

Zum Programm und Informationsinput haben unsere Gesprächspartner wegen der unvollständigen Informiertheit über die 3. Phase keine ausführliche Meinung. Drei Kritikpunkte wurden dennoch von den Vertretern der spezialisierten Umweltgruppen geäußert. Erstens sei das Programm der 3. Phase vermutlich zu straff gewesen. Zweitens befürchtet ein/e Interviewpartner/in, daß die Bürgerforen zu stark auf der Basis von Informationen durch Fichtner gearbeitet hätten. Auf derselben Informationsgrundlage müßten die Bürgerforen daher folgerichtig auch zu denselben Ergebnissen wie die professionellen Gutachter kommen. Drittens schließlich wurde in einem Gespräch die Vermutung geäußert, daß die Anlagenbesichtigungen der Bürgerforen nicht sehr sinnvoll waren, da die Bürger/innen über ungenügendes Vorwissen verfügten und daher eine solche Besichtigung nicht angemessen verarbeiten könnten. Vor allem bei der Besichtigung von kalten Abfallbehandlungsanlagen werde daher das Meinungsbild wegen der unspektakulären Optik und der Geruchsemissionen solcher Anlagen verzerrt.

4.3.3.5 Das 3. Bürgergutachten und die Chancen seiner Berücksichtigung

Nur zwei Interviewpartner/innen kannten das 3. Bürgergutachten. Eine kritische Einschätzung dazu besagt, daß es unklug gewesen sei, den Politiker/innen zwei Szenarien anzubieten. Dies biete zu viel Spielraum für Interpretationen. Ein eindeutigeres Votum wäre sicherlich besser gewesen. Ein neuer Aspekt, der ohne das Bürgergutachten nicht in die Planung einfließen würde, sei der Gedanke der Emissionskompensation bei einem thermischen Standort am Heizkraftwerk in Pforzheim. Dieser Aspekt sei im Fichtnergutachten bis jetzt nicht enthalten gewesen. Einhellig werden dem Bürgergutachten zur Standortsuche wegen seiner relativ großen Übereinstimmung mit dem Ingenieurgutachten recht gute Chancen der politischen Berücksichtigung eingeräumt.

4.3.3.6 Auswirkungen des Verfahrens: Versachlichung, Zusammenhalt der P.A.N., Konfliktvermeidung?

In allen drei Interviews wurde die Einschätzung geäußert, daß die Planung im Nordschwarzwald ohne die Bürgerbeteiligung zum jetzigen Zeitpunkt die Option der kalten Abfallbehandlung vermutlich nicht mehr enthalten würde. Auf die Frage, ob ein weitergehender Effekt die Versachlichung der politischen Diskussionen sein könnte, wurde uns mit Blick auf die Gremien der P.A.N. geantwortet, daß eine solche Tendenz nicht zu beobachten sei. Diese Einschätzung hängt aber möglicherweise auch damit zusammen, daß diejenigen unserer Gesprächspartner, die im Beirat der P.A.N. mitarbeiten, dieses Gremium als nicht besonders effektiv und einflußreich im Planungsprozeß ansehen. Die Arbeit der Geschäftsführung werde hier durch die Verwaltungen der Gebietskörperschaften kaum kritisch hinterfragt, und die Anwesenheit der Umweltschutzverbände im Beirat sei vermutlich eher eine Alibi-Maßnahme.

Eine Rolle der Bürgerbeteiligung beim Zusammenhalt der P.A.N. konnte keiner unserer Gesprächspartner erkennen. Eindeutige Erwartungen richtet ein/e Vertreter/in eines Umweltverbands an die Vermeidung von Gerichtsverfahren durch die Bürgerbeteiligung. Wenn es zu solchen Verfahren komme, sei dies ein Zeichen für den Mißerfolg des Verfahrens. Umgekehrt könne jedoch ein geringeres Aufkommen an Klagen nicht als Erfolg der Bürgerbeteiligung angesehen werden, da die immissionsschutzrechtliche Genehmigung ohnehin weniger Klagemöglichkeiten lasse.

4.3.3.7 Protestformen

Zwei der von uns interviewten Gruppen greifen bereits jetzt auf Protestmaßnahmen zurück (Unterschriftenaktion) bzw. fassen solche Maßnahmen für die Zukunft ins Auge. Um das verbandseigene Ziel, die Verhinderung einer thermischen Abfallbehandlung, durchzusetzen, bereite man sich, so ein/e Vertreter/in uns gegenüber, auf einen harten Kampf vor, bei dem man möglichst viele Leute auf die Straße bringen wolle. Zudem seien ja schon jetzt in den betroffenen Gemeinden Formen des Protests erkennbar.

4.3.3.8 Veränderung der eigenen Position

Grundsätzlich haben sich die Positionen der Gruppen durch das Verfahren nicht geändert. Lediglich in einem Verband sei es zu einer Diskussion über die mögliche Tolerierbarkeit thermischer Verfahren gekommen. Ansonsten habe man durch das Verfahren natürlich viele wertvolle Informationen bekommen.

4.3.3.9 Weiterführung der Beteiligung

Auf die Frage, ob es angesichts der angesprochenen Probleme sinnvoll sei, eine stärker auf Dauer gestellte Bürgerbeteiligung zu installieren, vermutete eine/r unserer Interviewpartner/innen, daß dies vor allem wegen der formal sehr stark festgelegten Struktur von Verwaltungsverfahren sehr schwierig sei. Die Rolle von Umweltverbänden in diesen Verfahren sei unklar. Das Problem bestehe vor allem darin, daß man durch ein vorgeschaltetes informales Beteiligungsverfahren wie die Mediation nicht alle Positionen klären und festlegen könne. Verbände, die bei einer Mediation teilnahmen, könnten sich dennoch nachher zu dem Thema äußern. Dies erschwere die Verknüpfung von informaler Mediation und formalem Verwaltungsverfahren. Eine Entlastung der Genehmigungsverfahren sei nicht zu erwarten, da die Rechtsverbindlichkeit der in der Bürgerbeteiligung erzielten Ergebnisse fehle.

4.3.3.10 Selbstorganisierte Konsensuskonferenz

Die Initiative zu der selbstorganisierten Konsensuskonferenz, auf der dann die Resolution an die Bürgerforen verabschiedet wurde, ging von einer auf das Abfallthema spezialisierten Gruppe aus, die nach der 2. Phase ihren Ausstieg erklärt hatte. Diese Gruppe formulierte auch den ersten

Textentwurf zu dieser Resolution, aus dem dann allerdings einige Schärfen herausgenommen werden mußten, um auch anderen Gruppen die Zustimmung zu ermöglichen.

Einer unserer Gesprächspartner, der keinem der Umweltverbände angehört, berichtet von relativ kontroversen Diskussionen auf der Konferenz und von Anfeindungen ihm gegenüber, nachdem er erklärt hatte, daß die Resolution thermische Verfahren zu einseitig beurteile und er sie daher nicht unterschreiben werde. Die meisten anderen Gruppen hätten die Resolution jedoch sofort unterschrieben. Dieser Teilnehmer sieht den Ausstieg der meisten Gruppen nach der 2. Phase immer noch kritisch. Damit hätten die Gruppen eine einmalige Chance zur Einflußnahme verschenkt und vor allem sich selber geschadet. Alle Vorurteile, die es in der Politik über solche "ideologischen" Gruppe gebe, seien dadurch bestätigt worden. Auch das Verfahren sei dadurch natürlich belastet worden. Die Auflösung der Konsensuskonferenz sei auch deshalb unklug gewesen, weil die Konsensuskonferenz bis dahin durchaus Einfluß in den politischen Gremien habe ausüben können. Dies sei von den organisierten Gruppen unterschätzt worden.

4.3.3.11 Akademie

Die Akademie wird trotz aller Kritik nach wie vor als "fleißig und neutral" bezeichnet. Einer unserer Gesprächspartner vermutet allerdings, daß die Akademie in der 2. Phase durch die Berücksichtigung der politischen Gegebenheiten sich vor allem von Seiten der "kalten Gruppen" den Verdacht der Parteinahme eingehandelt habe.

5 Bewertung des Verfahrens

Um das bisherige Geschehen im Nordschwarzwald theoretisch kontrolliert bewerten zu können, wollen wir in diesem letzten Kapitel unseres Berichts die im Theorieteil formulierten Hypothesen bezüglich der internen Gestaltung des Verfahrens und der Kopplung an den externen Entscheidungsprozeß überprüfen. Zunächst werden wir der Frage nachgehen, inwieweit das Verfahren anhand der von Weblers zusammengetragenen diskurstheoretischen Kriterien zu bewerten ist. Anschließend werden wir mehr die externe Wirkungsweise der Bürgerforen und ihrer Ergebnisse betrachten. Dabei werden wir versuchen, die Probleme des Verfahrens anzusprechen, die wir im Anschluß an unsere fünf Hypothesen antizipiert hatten. Danach werden wir auf einige Punkte zu sprechen kommen, die wir vor allem nach den Interviews im Sommer 1996, über die Hypothesenprüfung hinaus, für die Bewertung für wichtig erachten.

5.1 Intern: Diskurstheoretische Bewertung

Für die interne Bewertung legen wir die im Theorieteil dargestellte Bewertungsmatrix Weblers zugrunde (vgl. Kapitel 2.1.4, Tabelle 2). Hiermit werden die zentralen Ansprüche diskursiver Verfahren erfaßt, die sich am Habermasschen Konzept herrschaftsfreier Diskurse orientieren: Fairneß und Kompetenz. Eine abschließende Bewertung des Verfahrens ist damit allerdings nicht möglich, da dazu die vorhandenen verfahrenstechnischen Alternativen betrachtet werden müßten, was anderen, vergleichend orientierten Arbeiten überlassen werden muß. Gefestigt hat sich im Laufe des Verfahrens aber unsere Einschätzung, daß es auf jeden Fall besser ist ein solches informales Verfahren durchzuführen als darauf zu verzichten.

Eine nähere Betrachtung der Kategorien und Ausführungen Weblers 1995 legt nahe, daß es sich bei Diskursen um die Kommunikation unter Anwesenden, also um Interaktion handelt. Der Diskursraum oder die Arena ist damit auf den 'Runden Tisch', d.h. hier die Bürgerforen (oder die Konsensuskonferenz) festgelegt. In diesem Sinn ist der Begriff Diskurs als ein Synonym für das interne Beteiligungsverfahren anzusehen. Intern heißt, daß die Außenbezüge zum eigentlichen Entscheidungsverfahren zunächst ausgeblendet werden. Die problematischen Implikationen, die diese Beschränkung mit sich führt, werden wir im Kapitel der Bewertung der 'externen' Prozesse und Wirkungen behandeln. Hier nur so viel: Die diskurstheoretischen Ansprüche und Konkretisierungen der Bedingungen von Fairneß und Kompetenz gelten außerhalb des geschützten

Diskursraumes nicht mehr und können dort auch nicht eingefordert werden. Deshalb werden wir zunächst nur die internen Bedingungen innerhalb der Bürgerforen in unsere Betrachtung einbeziehen.

Mit Habermas (1981) sind Diskurse weiterhin dahingehend zu konkretisieren, daß in ihnen mittels rationaler, begründeter Argumente ein Konsens erreicht werden soll. Dazu ist es erforderlich, daß die Teilnehmer/innen gleichberechtigt und die Geltungsansprüche universalisierbar sind, d.h. allgemeine Gültigkeit beanspruchen können, und alle Teilnehmer/innen auf den 'zwanglosen Zwang der Rede' setzen. Ansonsten handelt es sich nicht mehr um den kommunikativen Modus des Diskurses, sondern der Kritik oder Abstimmung.

Eine zentrale Einschränkung muß im weiteren berücksichtigt werden. Ein Diskurs, wie er im Nordschwarzwald initiiert wurde, steht unter dem Vorbehalt, daß gewisse Randbedingungen von den Teilnehmer/innen akzeptiert und nicht weiter thematisiert werden. Hierzu gehört z.B. die Tatsache, daß überhaupt eine Standortsuche sinnvoll ist oder daß die TAsi gültig bleibt. Auch wenn dieses Problem im Laufe des Verfahrens immer wieder sichtbar wurde und stellenweise sogar einen vorzeitigen Abbruch des Verfahrens befürchten lies, muß die pragmatische Orientierung in Rechnung gestellt werden, die ein solches Verfahren notgedrungen haben muß, um nicht an den eigenen Ansprüchen zu Grunde zu gehen. Dies betrifft auch die begrenzte Zeit. Festzuhalten ist hier, daß es das Verfahren überzeugend geschafft hat, unter den einengenden Rahmenbedingungen, denen reale Diskurse immer ausgesetzt sind, diskursive Elemente zu verwirklichen.

5.1.1 Fairneß

Das Erfordernis der Fairneß wird von Webler dahingehend konkretisiert, gleiche Chancen zu besitzen, am Diskurs als Person oder Gruppe teilzunehmen und während des Diskurses kommunikative Beiträge leisten zu können. Die im weiteren auftauchenden Zahlen-Buchstaben-Kombinationen (z.B. A1-B3; vgl. Tabelle 2 in Kapitel 2.1.4) beziehen sich auf die Nummerierung von Webler 1995.

5.1.1.1 A1-B3: Konnten Aufgabe, Verfahrensart, Regeln und Moderation bestimmt werden?

Für die Teilnehmer/innen der Bürgerforen muß auf diese Frage grundsätzlich mit 'Jein' geantwortet werden. Im Kern waren alle vier Bereiche - Aufgabenstellung, Verfahrensart, Regeln und

Moderation - von der Akademie (und der P.A.N.) vorgegeben. Faktisch bestand für die Bürger/innen nicht die Möglichkeit, einen dieser Bereiche vor dem Verfahren zu beeinflussen. Diese Möglichkeit hatten allein die Akademie, die P.A.N. und eventuell noch das Ingenieurbüro. Zumindest fanden zwischen diesen Organisationen die Vorgespräche zur Verfahrensgestaltung 1994 statt (Vorwerk/Kämper 1996: 28). Hiermit waren die Aufgabe, die Verfahrensart, die Moderation und die Regeln maßgeblich definiert.

Als nächstes ist zu fragen, ob es wenigstens möglich war, einen der vier Bereiche im Laufe des Verfahrens zu ändern. Da wir nur wenige faktische Änderungen beobachten konnten, muß die Antwort hier spekulativ bleiben. Am ehesten war es u.E. möglich, die Themen zu beeinflussen. Beispielsweise nutzten einige Gruppen für die Befragung des Ingenieurbüros eine ganze, andere nur eine halbe Sitzung. Die Ergebnisse des Fragebogens weisen hier daraufhin, das einige Bürger/innen gerne das Thema Vermeidung näher diskutiert hatten. Dies ist im Verfahren insofern berücksichtigt worden, als daß die Bürgerforen am Ende die Möglichkeit hatten, ergänzende Empfehlungen zu formulieren.

Die Verfahrensart war u.E. am schwierigsten zu verändern, da kaum eine andere Alternative als der Abbruch des Verfahrens in Frage kam. Hier gab es keine Spielräume. Ähnliches gilt für die Moderation. Allerdings wäre es sicherlich möglich gewesen, die Moderation auszutauschen, falls eine Gruppe völlig unzufrieden gewesen wäre, was nach unserem Wissens aber nicht der Fall war.

Insbesondere die Abstimmungsregeln für die spätere Standortbestimmung wurden in allen Bürgerforen diskutiert. Hier gab es kleinere Unterschiede zwischen den Gruppen, nicht alle wollten nur ein striktes Konsensprinzip gelten lassen, wie es die Akademie präferierte. Insgesamt gewannen wir im Laufes des Verfahrens den Eindruck, daß die Teilnehmer/innen nur sehr selten Diskursregeln thematisierten. Die üblichen kulturellen Kenntnisse eines angemessenen Umganges miteinander in (konflikthaften) Diskussionen reichten hier in aller Regel aus.

5.1.1.2 C1: Wer konnte am Diskurs personell teilnehmen?

Durch die Zufallsauswahl hatte im Prinzip jede/r Bürger/in der potentiellen Standortgemeinden die gleiche Chance, an dem Verfahren teilzunehmen. Allerdings gab es hier zwei Beschränkungen: lokale Begrenzung und Ausschluß der Ratsmitglieder. Bei der lokalen Beschränkung der Teilnehmer/innen ließe sich einwenden: Wo soll bei einer thermischen Anlage mit hohen Schornsteinen, die die Emissionen kilometerweit verteilen eine sinnvolle Grenze gezogen werden? Oder: Sind nicht alle Bewohner/innen der Region Nordschwarzwald von den Kosten einer Entschei-

dung gleichermaßen betroffen? Die pragmatische Beschränkung der Teilnehmer/innen auf die räumlich direkt, d.h. im Umkreis von zwei Kilometern, Betroffenen kann aber als allgemein akzeptiert gelten; so finden sich z.B. ähnliche räumliche Beschränkungen im Rahmen der Anwendungsmöglichkeiten von Genehmigungsverfahren.

Größeren Protest bewirkte allein der Ausschluß der politischen Vertreter/innen der Kommunen. Dies habe besonders bei kleinen Kommunen zu Verzerrungen geführt, da der Anteil dieses Personenkreises im Verhältnis zur Bevölkerung viel größer sei als z.B. in Pforzheim. Dieser Einwand ist berechtigt. Allerdings glauben wir weder, daß ihre Beteiligung viel an den Ergebnissen der Bürgerforen geändert hätte, noch, daß ihre Beteiligung den diskursiven Prozeß gestört hätte. Der Gewinn ihrer Beteiligung hätte aber darin bestanden, überflüssige Irritationen zu vermeiden.

Sowohl aus den Reihen der Bürgerforen als auch von Gemeindevertreter/innen gab es auch den Vorwurf, daß die Auswahl nicht immer zufällig erfolgt sei. Die Akademie habe im 2. Schritt bewußt bestimmte Personen ausgewählt. Wir halten dies für sehr unwahrscheinlich, können dies aber auch nicht widerlegen. Wichtig ist hieran, daß es nicht ausreicht, nur zu versichern, daß die Auswahl zufällig erfolgt sei. Eventuell könnte die Aufsicht eines Notars Abhilfe, sprich Vertrauen schaffen.

5.1.1.3 C2: Konnten die Teilnehmer/innen Geltungsansprüche vorbringen und kritisieren?

Da sich diese Frage durch das ganze Verfahren zieht, verweisen wir auf unsere Beobachtungen, ohne einzelne Beispiele vorzubringen. Insgesamt ist zu betonen, daß hierin die Stärke des Verfahrens liegt. Ein Großteil der Zeit wurde dafür genutzt, daß die Teilnehmer/innen ihre eigenen Ansichten vorbringen und die anderer kritisieren konnten (vgl. insbesondere Kap. 4.2.2.7.2). Vor allem das Verfahren der Wertbaumanalyse hat sich dabei bewährt.

5.1.1.4 C3: Wurden die Methoden zur Lösung von Geltungskontroversen vorher festgelegt?

Dies war sicherlich der Fall. Auf den ersten beiden Sitzungen gab es hierzu Tagesordnungspunkte (Grundregeln der Bürgerforen, Erläuterung des Wertbaumverfahrens). Bis auf das Wertbaumverfahren dürften die meisten Regeln für die Teilnehmer/innen (wegen des gemein-

samen kulturellen Hintergrundes) kaum überraschend gewesen sein. Die von der Akademie formulierten Grundregeln lauteten:

“Grundregeln der Bürgerforen

1. Alle Teilnehmer sind gleichberechtigt.
2. Alle Aussagen sollen begründet werden.
3. Die Bürgerforen legen zu Beginn gemeinsam die Regeln fest, nach denen entschieden wird. Die Akademie macht einen Vorschlag.
4. Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer hört den Argumenten der anderen zu und überprüft daraufhin seine/ihre Haltung.
5. Niemand soll diffamiert werden.
6. Die Rolle der Moderatoren besteht in der Erläuterung des Programms und einer neutralen Diskussionsführung.
7. Die Teilnehmer bemühen sich, an möglichst allen Sitzungsterminen persönlich teilzunehmen.”

Bei den konkreten Auseinandersetzungen, z.B. um die Bewertung der Windrichtung bei einem Standort, zeigte sich aber, daß diese Regeln nicht ausreichen. Vielmehr scheint es in besonderen Situationen - und das sind u.E. die interessantesten und wichtigsten - nötig zu sein, ad-hoc Regeln einzuführen, die auf die spezifischen Kontroversen zugeschnitten sind. Einen Versuch derartige Regeln aufzuspüren unternahmen wir in Kapitel 4.2.2.7.2, Abschnitt ‘(g) Vermischte, komplexe Argumentationsmuster’.

5.1.2 Kompetenz (H1, H2)

Die Kompetenz der Teilnehmenden ist der zweite Bereich der im Diskurs sichergestellt werden muß. Hier geht es darum, daß in den vier Diskurstypen des explikativen, theoretischen, praktischen und therapeutischen Diskurses gewährleistet ist, daß die Teilnehmer/innen den (genügenden) Zugang zu Wissen und Interpretationen haben sowie über Verfahren verfügen, die zur Lösung von Konflikten genutzt werden können. Zwei dieser Verfahren tauchen in allen diskursiven Aktivitäten auf, daher werden sie vorweg besprochen. Zum einen sollen Mißverständnisse vor der Vereinbarung minimiert werden (H1) und zum anderen sollen die Teilnehmer/innen anerkannte Methoden konsensuell festlegen, mit denen Geltungsstreits beigelegt werden können (H2). Die Minimierung von Mißverständnissen war eine Aufgabe, die das ganze Verfahren durchzog. Dieses Problem wurde durch die vielfältigen Diskussionsprozesse und Frage-Antwort-Diskurse ausreichend bearbeitet.

Wie wir bereits im vorherigen Kapitel 5.1.2.4. betont haben, war es nur bedingt möglich,

anerkannte Methoden zur Beilegung von Geltungsstreits festzulegen. Solche Praktiken bestanden u.E. aus allgemeinen Verhaltensregeln, dem Prinzip, möglichst konsensuell zu entscheiden und der Wertbaumanalyse. Diese Strategien reichten allerdings nicht immer aus. Vielmehr war es nötig, ad-hoc-Methoden zur Lösung diskursiver Konflikte zu entwickeln, die allerdings in den drei genannten allgemeineren Methoden eingebettet waren.

Für die weitere Diskussion der Weblerschen Kriterien können mindestens zwei Diskurse unterschieden werden, und zwar die Diskussion zwischen den Bürger/innen innerhalb der Bürgerforen und die Diskussion zwischen den Experten und den Bürger/innen im Rahmen der Bürgerforen. Gegen Ende des Verfahrens und vor allem danach kommt noch der Diskurs mit den Entscheidungsträgern der P.A.N. und der Gebietskörperschaften hinzu, denen die Ergebnisse der Bürgerforen durch zwei Delegierte präsentiert werden; dieser wird hier nicht betrachtet.

5.1.2.1 D1-D3: Explikativer Diskurs

Die Erfordernisse des explikativen Diskurses sind im Rahmen des Nordschwarzwälder Verfahrens als trivial anzusehen, da im Kern alle Teilnehmer/innen die deutsche Sprache genügend beherrschen, um sich miteinander zu verständigen. Zwischen den Teilnehmer/innen konnten keine Verständigungsschwierigkeiten beobachtet werden, die nicht mit den kulturell üblichen Methoden des Nachfragens und der Erläuterung hätten gelöst werden können.

Ein etwas anderes Bild zeigte sich bei der Verständigung zwischen Bürgern und Experten, wie das Beispiel der Auseinandersetzung um die Begriffe 'randständiger Wald' und Binnenwald (vgl. Kap. 4.2.2.6) verdeutlicht.³⁹ Hier schien es teilweise (emotionale) Grenzen der Verständigungsbereitschaft zu geben, die über Nachfragen und Erklärungen nicht mehr aufgelöst werden konnten. Selbst die neutrale Moderation konnte hier manchmal keine befriedigende Lösung erzielen.

5.1.2.2 E1-E7: Theoretischer Diskurs

Die Anforderungen, die sich aus theoretischen Diskursen ergeben, betreffen gleichermaßen den Zugang zum Wissen der wissenschaftlich-technischen Experten und zum anekdotischen bzw. intuitiven Wissen vor allem der lokalen Bevölkerung. Darüber hinaus sollen nach Webler auch

³⁹ In der ersten Phase des Beteiligungsverfahrens gab es eine ähnliche Auseinandersetzung um den Begriff der theoretischen Abfallmenge, der einigen Teilnehmer/innen der Konsensuskonferenz zu abstrakt war (Vorwerk/Kämper 1996: 61).

die Unsicherheit faktischer Informationen bedacht sowie kognitive und normative Aussagen getrennt werden können. Umstrittene wissenschaftlich-technische oder juristische Sachverhalte sollten an entsprechende Experten delegiert werden können.

U.E. wurden im Verfahren allen diesen Ansprüchen im Rahmen des Machbaren genüge geleistet. Der Zugang zum Expertenwissen war über das Ingenieurbüro Fichtner, Vertreter/innen der P.A.N., der Akademie und anderer Institutionen gewährleistet. Das relevante anekdotische Wissen wurde einerseits durch die Teilnehmer/innen selbst vertreten und andererseits bei den Standortbesichtigungen durch die Vertreter/innen der Kommunen repräsentiert. Während der Diskussionen dürfte auch die Unsicherheit faktischer Informationen deutlich geworden sein, ein Beispiel ist hier die Diskussion um die Abfallmengenprognosen, die das Vertrauen einiger Bürger/innen in die Angaben des Ingenieurbüros sogar über Gebühr erschütterte.

Ein Problem zeigt jedoch die Befragung der Teilnehmer/innen auf. So zeigte sich in der zweiten Befragung, daß die Teilnehmer/innen der 'kalten' Foren gegenüber denen der heißen Foren im Mittel der Ansicht waren, daß ihre Möglichkeit zur Expertenbefragung nicht ausreichend und die Informationen nicht umfassend genug waren (vgl. Kap. 4.1.6). Eine Ursache hierfür ist wahrscheinlich, daß die 'heißen' Bürgerforen in der vierten Sitzung einen Vortrag eines Ökotoxikologen hörten, was bei den kalten Gruppen nicht der Fall war. Insofern gab es hier einen relevanten Unterschied zwischen den 'kalten' und 'heißen' Gruppen. Innerhalb der jeweiligen Gruppen war der Informationsstand u.E. aber identisch.

5.1.2.3 F1-F8: Praktischer Diskurs

Im praktischen Diskurs geht es um die normative Richtigkeit von Aussagen. Ein Anspruch ist hier, daß das Verfahren keine eingebauten Barrieren enthält, die die Verteilung der vertretenen Interessen beeinflussen. Derartige Schranken sind im Konzept der Bürgerforen nicht auszumachen. Bezüglich der Teilnehmerauswahl wurde in der ersten Stufe ein Zufallsverfahren gewählt, welches gänzlich unabhängig von bestimmten Interessen ist und eine objektive Methode zur Auswahl der Betroffenen darstellt. Allerdings kann man hier natürlich darüber streiten, wie groß das Gebiet um die jeweiligen Standorte gezogen werden muß (vgl. Kapitel 5.1.1.2). Daß in der zweiten Stufe der Auswahl Teilnehmer/innen das Interesse bzw. die Motivation der einzelnen Bürger/innen ausschlaggebend war, ist u.E. unvermeidlich, da es weder wünschenswert noch möglich ist eine Teilnahme zu erzwingen. Allerdings wäre ein ähnlich großer Druck wie bei der Auswahl von Schöffen durchaus wünschenswert, wozu aber eine rechtliche Formalisierung des

Verfahrens nötig wäre. Die zweite Möglichkeit, ein Interessenungleichgewicht zu erzeugen, besteht in der Auswahl und der Präsentation der Informationen. Auch hierbei ist aber weder eine verzerrende Interessenselektivität im Verfahren eingebaut, noch war sie im Verfahren zu beobachten.

Durch die Wertbaumanalyse und anschließende nutzwertanalytische Betrachtung der Standorte wurde eine sehr gute Methode benutzt, die dazu führte, daß die Teilnehmer/innen ihre Werte entdecken und entwickeln konnten und mit der es möglich war, die faktischen Implikationen gewählter Bewertungen zu diskutieren (vgl. Kap. 4.2.2.7.1).⁴⁰ Prinzipiell wurden damit generalisierte Werte und Normen zur Bewertung von Standorten entwickelt, die weder inkonsistent waren, noch bestehende Gesetze brachen. Dies gilt allerdings nur eingeschränkt für die einzelnen Bürgerforen. Wie wir in Kapitel 4.2.2.7.2 zum zweiten Tag des Workshops ausführten, war ein großes Manko des Verfahrens, daß die aus den Wertbäumen resultierenden genauen Meßanweisungen zur Bewertung der Standorte nicht explizit dokumentiert und damit einer Kritik zugänglich gemacht wurden. Darüber hinaus zeigten wir in Kapitel 4.2.2.9 zur Delegiertenkonferenz auf, wie schwierig die Abstimmung der einzelnen Standortbewertungen war, ohne sich zunächst über die zugrunde gelegten Bewertungssysteme zu einigen. Hier wäre es nötig gewesen, zuerst die einzelnen Wertbäume in einen Gesamtwertbaum zu integrieren und dann zur Standortbewertung überzugehen.

Um generalisierte Werte und Normen zu entwickeln, wäre es darüber hinaus sinnvoll gewesen, stärker die standardisierten Bewertungsmaßstäbe zu berücksichtigen, die beispielsweise in Richtlinien zur Umweltverträglichkeitsprüfung festgelegt sind. Entsprechend wäre hier auch eine engere Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit dem Ingenieurbüro oder anderen Experten wichtig gewesen (vgl. hierzu den Vergleich der Werte von Bürgerforum 6 und dem Ingenieurbüro in Kapitel 4.2.2.8).

5.1.2.4 G1-G5: Therapeutischer Diskurs

Beim therapeutischen Diskurs (bzw. Kritik) geht es um die Wahrhaftigkeit von emotionalen Äußerungen. Zu fragen ist dann, ob das Verfahren die Reflexion und Diskussion expressiver Äußerungen ermöglicht oder fördert. Hierbei ist es nach unseren Erfahrungen besonders wichtig, daß eine vertrauensvolle Atmosphäre zwischen den Teilnehmer/innen herrscht, die es erlaubt,

⁴⁰ Dies gilt prinzipiell auch für die im Weblerschen Modell nicht thematisierten Aussagen im Rahmen ästhetischer Kritik (vgl. Kap. 2.1.4). Mit der Wertbaumanalyse werden im Grunde diese evaluativen Aussagen in normative übersetzt und damit einem Diskurs zugänglich.

Gefühle zu zeigen. In dem von uns beobachteten Bürgerforum 6 war dies gegeben. Insbesondere durch die aufmerksame Moderation wurden solche Äußerungen ernst genommen und weiter verfolgt. Deutlich wurde dies z.B. bei der längeren Diskussion um die Bewertung der Windrichtung für einen Standort (vgl. 4.2.2.7.2). Der Beginn der Diskussion war das ausgesprochene Unbehagen über die Bewertung eines Standortes. Im Laufe der teilweise durch emotionale Äußerungen geprägten Diskussion, zeigte sich auch, daß die Moderation hier die wichtige Aufgabe übernahm, expressive Äußerungen in theoretische oder normative Äußerungen zu übersetzen, etwa wenn sie vorschlägt, die Relevanz der Bewertung durch das Berechnen der Standortergebnisse zu überprüfen und damit den Konflikt zu entschärfen oder wenn die Moderation auf andere Standorte hinweist und die Konsistenz des Bewertungsrasters betont.

5.1.3 Zusammenfassung

Das Modell der Bürgerforen, wie es im Nordschwarzwald umgesetzt wurde, erfüllt in allen wesentlichen Teilen die Erfordernisse, die sich aus dem Konzept des herrschaftsfreien Diskurses für reale Diskurse ableiten lassen. Die besonderen Stärken des Verfahrens liegen in der (auch nach außen legitimierend wirkenden) Zufallsauswahl der Teilnehmer/innen, die für größtmögliche Fairneß in diesem Punkt sorgen. Die neutrale Moderation hielt den Diskurs einerseits in Gang und stellte andererseits sicher, daß die diskursiven Regeln eingehalten und insbesondere expressive Äußerungen genügend beachtet wurden. Mit der Wertbaumanalyse wurde gewährleistet, daß in den Bürgerforen, trotz der schwierigen Aufgabe mit nicht immer klaren Kriterien die Standorte bewerten zu müssen, sachorientiert diskutiert wurde.

5.2 Extern: Die Wirkung der Bürgerforen auf den Entscheidungsprozeß

Im Theorieteil hatten wir fünf Hypothesen formuliert, die sich auf Erkenntnisse der Organisationssoziologie und der Systemtheorie stützen. Dabei geht es um die zu erwartenden (mittelfristigen) Wirkungen des Verfahrens vor allem auf den politisch-adminstrativen Entscheidungsprozeß. Der Diskussion dieser Hypothesen folgen dann einige weitere wichtige Schlußfolgerungen, die sich aus unseren Beobachtungen ergeben.

5.2.1 Hypothese 1: Auftreten von Konflikten nach dem Verfahren

Unsere erste Hypothese lautete: Es wird trotz der intensiven Bürgerbeteiligung weiterhin öffentliche Konflikte um die Restabfallbehandlung im Nordschwarzwald geben. Bis jetzt kann man nur beobachten, daß in der Region klassische Protestformen reaktiviert werden, bzw. daß einige Gruppen mit diesen Protestformen drohen. Es deuten sich also schon jetzt Konflikte für die Zeit nach dem Verfahren an. Wie weiter unten noch auszuführen sein wird, ist bereits abzusehen, daß auch einige Gruppen der Konsensuskonferenz bei den zu erwartenden Konflikten und Protesten eine dominierende Rolle einnehmen werden. Obwohl nach unseren Analysen die Vermeidung von Konflikten durch ein solches informales Beteiligungsverfahren nicht geleistet werden kann, halten wir das Umschalten ehemals beteiligter Gruppen auf die klassischen Protestformen doch für eine Schwäche des Verfahrens. Einmal erzielte Rationalitätsgewinne müssen offensichtlich wieder abgegeben werden.

Konflikte, auch nach dem Verfahren, werden die öffentliche Wahrnehmung des Verfahrens verschlechtern. Wichtig ist daher die ausdrückliche öffentliche Darstellung, daß das Verfahren die völlige Vermeidung von Konflikten nicht leisten kann und daß dies auch gar nicht das Ziel einer solchen Bürgerbeteiligung sein kann. Dies ist eine Forderung an die Öffentlichkeitsarbeit, die zu dem Verfahren geleistet wird.

Das Problem der öffentlichen Erfolgserwartungen an das Verfahren kann möglicherweise noch gelöst werden. Wenn man sich darum *nicht* kümmert, wird man mit dem Problem zu kämpfen haben, daß die Erfolgserwartungen und -kriterien an das Verfahren bei den verschiedenen Akteuren im Nordschwarzwald extrem heterogen sind. Die Kriterien für einen Erfolg des Verfahrens reichen von: "Es ist schon ein großer Erfolg, daß so ein Verfahren überhaupt stattgefunden hat", bis zu: "Wenn es zu gerichtlichen Prozessen kommt, ist das Verfahren ein Mißerfolg". Möglicherweise hätte aber auch zu Beginn des Verfahrens in der Öffentlichkeit und vor allem in Politik und Verwaltung klargestellt werden müssen, was von so einem Verfahren

erwartet werden darf und was nicht. Die Heterogenität der angelegten Erfolgskriterien und das von uns antizipierte Auftreten von Konflikten in Form von Protesten, Bürgerbegehren oder juristischen Auseinandersetzungen werden die öffentliche Wahrnehmung der positiven Aspekte und Funktionen des Verfahrens erschweren.

5.2.2 Hypothese 2: Berücksichtigung der Bürgergutachten

Die Hypothese, daß die Entscheider erheblich von den Ingenieur- und Bürgergutachten abweichen, ist bereits jetzt eingetroffen. Vor allem die Standorempfehlung der P.A.N. weicht erheblich von den Vorschlägen in den Gutachten ab. Wir waren zu dieser Hypothese aufgrund der Überlegung gekommen, daß in einem Entscheidungsprozeß nach einer Phase hoher Entscheidungsrationalität die Zeit zum Entscheiden kommt; man muß dann gewissermaßen umschalten auf Handlungsrationalität im Sinne Brunssons (1985). Da dies im Nordschwarzwald im Rahmen politischer Handlungsrationalität geschieht, kommt es zu einer Neubewertung der Optionen, und der gutachterliche Einfluß wird geschwächt.

Im Nordschwarzwald sind die Abweichungen von den Gutachten vor allem auf das überraschende Auftauchen einer neuen Entscheidungsalternative - Trockenstabilat - zurückzuführen, die nach Maßgabe der Präferenzen (möglichst große Flexibilität im Abfallbehandlungskonzept) von der P.A.N. am besten bewertet wird. Es handelt sich also offensichtlich um eine Besonderheit der konkreten Situation im Nordschwarzwald, die dieses weitgehende Ignorieren der vor der Entscheidung angesammelten Informationen bewirkt. Diese Beobachtung deckt sich mit den Analysen von Feldman/March (1981), die davon ausgehen, daß Informationssammlung und Rationalität in Entscheidungsprozessen eher eine symbolische denn eine instrumentelle Bedeutung haben. Für Organisationen, die unter Unsicherheit, Mehrdeutigkeit und unter hohem öffentlichen Beobachtungsdruck zu entscheiden haben, steigt das Erfordernis, Rationalität zu demonstrieren (Hiller 1994: 113). Diese Rationalität kann in der Entscheidung normalerweise nicht eingeholt werden. Insbesondere wenn die verbindliche Entscheidungsfindung anderen (hier: politischen) Regeln folgt, kommt es zu einem erneuten Durchlaufen der Optionenauswahl. Gutachten sind dann nur eine Information unter anderen.

Für die Durchführung eines Beteiligungsverfahrens ohne ausreichende bindende Wirkung für die Entscheider besteht vor diesem Hintergrund ein Problem. Es gibt in diesem Punkt ein großes Enttäuschungspotential für die beteiligten Gruppen und Bürger/innen. Sehr wichtig ist es daher, den Einfluß der Bürgergutachten auf die Entscheidungen und auf die vorhergehenden politischen Diskussionen für die Teilnehmer/innen und für die Öffentlichkeit transparent zu machen. Dies ist nach der 2. Phase versäumt worden. Dieser Fehler darf nach der 3. Phase nicht wiederholt

werden. Die Bürgergutachten haben und hatten u.E. nicht unerheblichen Einfluß auf die Entscheidungen;⁴¹ was den Beteiligten und der Öffentlichkeit verdeutlicht werden muß.

Das Versäumnis, den Einfluß vor allem des 2. Bürgergutachtens auf die Entscheidungsfindung öffentlich transparent zu machen, kann nicht rückgängig gemacht werden: die Interessengruppen haben sich ganz offensichtlich auf die Position zurückgezogen, daß ihre Arbeit keinen Einfluß auf die bisherigen Entscheidungen der P.A.N. hatte.⁴² Für die 3. Phase kann man den Einfluß des Bürgergutachtens nach der Entscheidung im Dezember 1996 stärker betonen; allerdings ist es für die nicht organisierten Teilnehmer/innen der Bürgerforen nicht ganz so wichtig, ihre Teilnahme am Verfahren gegenüber der Öffentlichkeit zu legitimieren. Daher spielt dieser Aspekt für die 3. Phase keine so entscheidende Rolle wie für die 2. Phase.

5.2.3 Hypothese 3: Verantwortungsdiffusion durch Berufen der Entscheider auf die Bürgergutachten

Unsere dritte Hypothese ging davon aus, daß in einem informalen Beteiligungsverfahren die Verantwortung für riskante Entscheidungen auf mehrere Schultern verteilt werden soll, um den Entscheidern die Verantwortungsübernahme zu erleichtern. Im konkreten Fall des Nordschwarzwälder Verfahrens nehmen wir daher an, daß sich die Entscheider bei ihren Beschlüssen auf die vorgelegten Bürgergutachten berufen werden, was bei der P.A.N. auch bereits beobachtet werden konnte.⁴³ Wie im einleitenden Theorieteil bereits angedeutet, kann dies zweierlei bedeuten. Entweder existiert das Problem der Verantwortungsübernahme für riskante Entscheidungen nicht in dem Maße wie wir vermuteten, oder das Verfahren ist nicht geeignet, für dieses Problem

⁴¹ So heißt es beispielsweise im Beschlußvorschlag der P.A.N. für die Kreistage vom 10.9.1996: "Die engagierte Arbeit der einbezogenen Bürger im Beteiligungsverfahren wird als wichtige Ergänzung der Entscheidungsgrundlage gewertet."

Im Standortgutachten des Ingenieurbüros heißt es: "Die Vorgehensweise bei der Standortuntersuchung war im Vorfeld mit der P.A.N. GmbH und den Bürgergruppen, die schon in den Phasen I und II mitgearbeitet hatten, abgestimmt und ausführlich begründet worden." (Fichtner 1995: 1-3)

⁴² Diese Position stellt vermutlich die nach außen vertretene dar. In unseren Interviews war zweimal zu beobachten, wie diese Haltung von unseren Gesprächspartner/innen zunächst dargelegt, aber auf Nachfrage relativiert wurde. Es wurde immer eingeräumt, daß die Option der kalten Abfallbehandlung ohne das Beteiligungsverfahren wohl nicht mehr zur Debatte stünde.

⁴³ Ob dies mehr als symbolische Äußerungen sind, bedarf einer genaueren Analyse des politischen Entscheidungsprozesses in den nächsten Monaten. Auf der Abschlußveranstaltung im Juli 1996 hatte jedenfalls nach unserem Eindruck die P.A.N. große Schwierigkeiten, die Bürger/innen davon zu überzeugen, daß ihr Votum Einfluß hatte, der über zufällige Ähnlichkeiten hinaus ging.

eine Lösung anzubieten. Das würde bedeuten, daß man stärker auf eine Einbindung der Politiker/innen in das Verfahren achten muß. Auf diesen Punkt werden wir zurückkommen.

Wenn die Entscheider sich bei der endgültigen Beschlußfassung und bei den anschließenden öffentlichen und politischen Diskussionen stärker auf die Bürgerbeteiligung berufen als dies bis jetzt der Fall ist, werden die beteiligten Bürger/innen und Gruppen bis zu einem gewissen Grad in die Entscheidung mit eingebunden und übernehmen damit in der Öffentlichkeit Verantwortung. Dies kann für organisierte Gruppen ein Problem gegenüber ihren Mitgliedern und ihrer öffentlichen Klientel sein. Auch aus diesem Grund ist es wichtig, den Einfluß der Bürgergutachten auf die Entscheidung transparent zu machen, es muß sichergestellt sein, daß alle Gruppen ihr 'Gesicht wahren' können.

5.2.4 Hypothese 4: Verantwortungsreduktion durch versachlichte Auseinandersetzung

Inwieweit eine Versachlichung der Auseinandersetzungen bereits zu beobachten ist, ist auch aufgrund mangelnder Vergleichsmöglichkeiten weitgehend unklar. Unsere eigene Analyse des Pressespiegels konnte anhand des Falls Horb keine eindeutige Versachlichung nachweisen. Einige Äußerungen in unseren Interviews gingen jedoch von einer Versachlichung der veröffentlichten Meinung aus.

Eine weitere Form der Versachlichung wird für die Auseinandersetzung in den politischen Entscheidungsgremien postuliert. Diese Form der Versachlichung besteht in der Übernahme des vorbildlichen, d.h. gemeinwohlorientierten und sachbezogenen Verhaltens der Bürger/innen. Zumindest kann dies nun vom politischen Gegenüber verstärkt eingefordert werden. D.h. aber nicht, daß auch die im rationalen Diskurs erzeugten Empfehlungen und Argumente übernommen werden.

5.2.5 Hypothese 5: Erleichterung der Entscheidung

Zusammenfassend hatten wir als fünfte Hypothese formuliert, daß das Bürgerbeteiligungsverfahren das Zustandekommen der riskanten Entscheidung über ein regionales Abfallbehandlungskonzept erleichtern wird. Ob die vier beteiligten Gebietskörperschaften tatsächlich zu einer gemeinsamen Entscheidung kommen, ist zum jetzigen Zeitpunkt natürlich unklar. Wir neigen jedoch aufgrund der Eindrücke aus unserer letzten Interviewrunde zu der Vermutung, daß dies nicht der Fall sein wird. Sowohl in Pforzheim als auch in den Südkreisen sind 'Sollbruchstellen' vorhanden, die ein Zustandekommen der jetzt angepeilten Kombinationslösung unwahrscheinlich

erscheinen lassen. Es scheint für die politischen Entscheider entweder bequemer (Pforzheim) oder kostengünstiger (Stückreise) zu sein, nach einer Entsorgungslösung außerhalb der Region zu suchen. Ein Scheitern der Kooperation zwischen den vier Gebietskörperschaften ist jedoch keine Fehlleistung des Bürgerbeteiligungsverfahrens. Die politische Komplexität der P.A.N. stellt in unseren Augen eine Überforderung für ein solches Verfahren dar.

Probleme für den weiteren Planungsprozeß und damit auch für die Funktion des Bürgergutachtens in diesem Planungsprozeß werden sich daher aus der spezifischen politischen Konstellation im Nordschwarzwald ergeben. Die Konflikte, die zwischen den vier Gebietskörperschaften schwelen, sind recht kompliziert. Das Bürgerbeteiligungsverfahren wurde in einer sehr komplexen politischen Situation durchgeführt. Unsere Befürchtung ist daher, daß das Verfahren durch die politischen Randbedingungen überlastet wurde. Wenn man davon ausgeht, daß es eine Funktion einer solchen Bürgerbeteiligung ist, den Mechanismus der politischen Verantwortungsübernahme (Kreistage) für administrativ vorbereitete Entscheidungen auszulösen, muß man sagen, daß diese Aufgabe durch die politische Situation in der P.A.N. mindestens viermal so schwer wie üblich ist, da vier unabhängige politische Parlamente zu dieser Verantwortungsübernahme für unbequeme, riskante Entscheidungen bewegt werden müssen. Nach der Beschlußvorlage des P.A.N.-Aufsichtsrats müssen sowohl der Kreistag in Freudenstadt als auch der Stadtrat von Pforzheim Entscheidungen treffen, die politisch als schwer durchsetzbar gelten müssen: Zum einen den Bau einer kalten Anlage in Freudenstadt, was angesichts der Freudenstädter Erfahrungen mit Entscheidungen für Abfallbehandlungsanlagen politisch sehr unopportun ist; zum anderen den Bau einer thermischen Anlage in Pforzheim - eine Entscheidung, die in Pforzheim seit Jahren nicht mehrheitsfähig ist.

Die Bürgerbeteiligung wird angesichts solch komplexer und in langen Jahren gereifter politischer Konfliktlagen mit der Funktion der Erleichterung und Verbesserung von Entscheidungen überfordert. Die - gewissermaßen verfahrensinternen - Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Funktionen (Reduktion und Diffusion von Verantwortung und damit Ermöglichung von Entscheidungen) sind zumindest in der dritten Phase gegeben. Hier ist eine konsensuale Bürgerempfehlung erreicht worden, die in der politischen Auseinandersetzung Verwendung finden kann und auf die man sich bei einer eventuellen Entscheidung auch berufen kann. Eine solche Konstellation - konsensuales Bürgergutachten, ähnliches Ingenieurgutachten - würde möglicherweise bei einer entsprechenden Entscheidung, die nur eine Gebietskörperschaft zu fällen hätte, den oben angedeuteten Mechanismus der politischen Verantwortungsübernahme für administrativ vorbereitete Entscheidungen auslösen helfen: Die Verwaltung würde eine Entscheidungsvorlage ausarbeiten, die beide Gutachten teilweise berücksichtigt, die Politiker/innen könnten sich angesichts der breiten Entscheidungsbasis und der erhöhten Rationalität der Entscheidungs-

vorbereitung leichter zu einer unbequemen und riskanten Entscheidung durchringen. Wenn dieser Mechanismus im Nordschwarzwald nicht zustande kommt, so liegt dies vor allem an den Spezifika der Situation zwischen den vier Gebietskörperschaften der Region. Eine Bürgerbeteiligung wie die im Nordschwarzwald kann möglicherweise die Verantwortungsreduktion leisten, jedoch nicht zusätzlich ein Konfliktmanagement zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften (vgl. auch Schrimpf 1996). Dazu wäre eine stärkere (institutionelle) Koppelung mit dem politische Entscheidungsprozeß erforderlich.

5.2.6 Zusammenfassung der Hypothesen

- ad 1) Konflikte - auch nach dem Verfahren - werden die öffentliche Wahrnehmung des Verfahrens verschlechtern. Wichtig ist daher die ausdrückliche öffentliche Darstellung, daß das Verfahren die völlige Vermeidung von Konflikten nicht leisten kann. Dies ist eine Forderung an die Öffentlichkeitsarbeit, die zu dem Verfahren geleistet wird.
- ad 2) Hohes Enttäuschungspotential für die beteiligten Gruppen und Bürger/innen: Sehr wichtig ist es daher, den Einfluß der Bürgergutachten auf die Entscheidungen und vorhergehenden politischen Diskussionen für die teilnehmenden Gruppen und Bürger/innen sowie für die Öffentlichkeit transparent zu machen. Dies ist nach der 2. Phase versäumt worden. Die Bürgergutachten haben und hatten Einfluß auf die Entscheidungen, dies muß den Beteiligten und der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden. Dabei ist es wichtig hervorzuheben, daß die Empfehlungen in den Bürger- und Ingenieurgutachten keine verbindliche Wirkung für die politischen Entscheider haben und das diese bei ihrer Entscheidung nicht nur auf die Gutachten zurückgreifen. Zu überlegen ist hier, wie ein Beteiligungsverfahren mit verbindlicheren Ergebnissen aussehen müßte.
- ad 3) Die beteiligten Bürger/innen und Gruppen werden bis zu einem gewissen Grad in die Entscheidung mit eingebunden und übernehmen damit Verantwortung. Dies kann für organisierte Gruppen ein Problem gegenüber ihren Mitgliedern und ihrer öffentlichen Klientel werden.
- ad 4) Eine Versachlichung der öffentlichen Auseinandersetzung kann nur vermutet werden. Bedeutsamer ist die Versachlichung in politischen Gremien. Das konsens- und sachorientierte Verhalten der Bürger/innen gewinnt hier Vorbildfunktion für politische Auseinandersetzungen.
- ad 5) Das Zustandekommen einer gemeinsamen Entscheidung in der Region wird durch die Konflikte innerhalb der P.A.N. erschwert. Die komplexe politische Situation im Nordschwarzwald verhindert daher möglicherweise einen durchschlagenden Erfolg der

Bürgerbeteiligung. In einer weniger komplexen Entscheidungssituation wäre das Verfahren nach dem bisherigen Verlauf u.E. durchaus in der Lage, das Zustandekommen einer Entscheidung zu erleichtern.

5.3 Weitere zentrale Aspekte zur Bewertung des Verfahrens

Im folgenden werden wir einige Aspekte des Verfahrens diskutieren, die sich nicht unmittelbar aus den zugrunde gelegten theoretischen Konzepten ergeben, sondern sich im Laufe der Beobachtungen als relevant erwiesen haben. Hier ging es uns u.a. um Fragen nach der Anbindung an die ersten beiden Phasen des Verfahrens oder um Konflikte mit den eingespielten institutionellen Strukturen in der Region.

5.3.1 Konfliktaverse Verfahrensführung in der 2. Phase

Die Eindrücke aus unserer letzten Interviewrunde bestärken uns in unserer eher kritischen Einschätzung der 2. Phase des Verfahrens. Es fand keine Erleichterung der Verständigung zwischen Entscheidern und Betroffenen statt. Es existieren immer noch die alten Vorurteile zwischen Politikern und Interessengruppen, sie wurden sogar eher noch verstärkt. Aber auch innerhalb der Konsensuskonferenz fand letztlich keine Konfliktlösung statt. U.E. liegt ein Fehler der 2. Phase in der zu konfliktaversen Verfahrensführung. Damit wiederholen wir unsere Kritik aus dem Endbericht zur 1. und 2. Phase (Vorwerk/Kämper 1996: 195). Unser Eindruck ist, daß versucht wurde, sich den Konflikt um die Abfallbehandlungstechnologie durch wissenschaftliche Informationen gewissermaßen von alleine lösen zu lassen. Allein der Rekurs auf wissenschaftlich-technische Expertise reicht jedoch bei Konflikten um riskante Technologien nicht aus. Der Gedanke der Konfliktschlichtung durch Mediation legt vielmehr ein offenes Ansprechen der zugrundeliegenden Konflikte nahe. Erst auf dieser Basis kann eine Auseinandersetzung in einem mediativen Verfahren entschärft werden. Das Latenthalten eines solchen Konflikts und das Verlassen auf technische Expertise reproduziert letztlich die Probleme konventioneller Risikokommunikation: Jeder beruft sich für seine Ansicht auf wissenschaftliche Experten und Gegenexperten, der Konflikt verschärft sich.

5.3.2 Vernachlässigung der Differenz Entscheider - Betroffene

Insgesamt hat sich das Verfahren zu wenig mit der Kluft zwischen Entscheidern und Betroffenen (Luhmann 1991) beschäftigt. Es wurde mehr auf die Differenz von Experten und Laien geachtet. Dahinter steht offensichtlich die Vermutung, daß für die Risikoproblematik vor allem diese Differenz, die zu unterschiedlichen Bewertungen riskanter Technologien führt, von Bedeutung ist. Dies ist sicherlich richtig, aber darüber darf nicht die Differenz von Entscheidern und Betroffenen

übersehen werden: Irgendwann muß entschieden werden und dann wird es Betroffene geben. Damit ist nicht gemeint, daß die Differenz von Entscheidern und Betroffenen die einzig wichtige in der Risikoproblematik ist. Aber sie ist doch von enormer Bedeutung und muß in einem solchen partizipativen Verfahren stärker berücksichtigt werden.

Mit der Vernachlässigung der Vermittlung zwischen Entscheidern und Betroffenen verfehlt das Verfahren die Vorgaben, die das theoretische Konzept des kooperativen Risikodiskurses (Renn/Webler 1994) macht. Der Diskurs soll laut diesem Ansatz zwischen allen relevanten Akteuren in einer Risikoarena organisiert werden. Zweifellos gehören politische Entscheider mit zu den Akteuren einer Arena und müssen daher auch in sorgfältigerer Weise in den Diskurs eingebunden werden. Andernfalls läuft ein solches Verfahren Gefahr, am Runden Tisch bzw. im Bürgerforum eine heile diskursive Welt zu erzeugen, in der sachorientiert und engagiert argumentiert wird, die aber beim anschließenden Kontakt mit der politischen Realität erheblichen Schaden nimmt. Dies führt zwangsläufig zu Enttäuschungen bei den Beteiligten. Die stärkere Einbindung politischer Entscheider in ein solches Verfahren muß um so mehr gefordert werden, da die Moderation und Verfahrensführung der Akademie von allen Beteiligten des Verfahrens sehr gelobt worden ist. Man hätte sich daher durchaus die - sicherlich wesentlich heiklere - Aufgabe zutrauen sollen, auch politische Entscheider und Verwaltungsprofis in den Diskurs mit einzubeziehen (vgl. hierzu Schrimpf 1996).

5.3.3 Gestaltete Umwelt für die P.A.N.

Eng verknüpft mit der Feststellung, daß sich an der Front zwischen Entscheidern und Betroffenen in dem Verfahren nur wenig bewegt hat, ist ein anderes Resultat des Verfahrens, dessen Bewertung nicht eindeutig ausfallen kann. Aus Sicht der P.A.N. hat das Verfahren eine Entwicklung bewirkt, die man mit Weick (1985) Gestaltung einer Umwelt nennen kann. In einer Situation, in der unter großer Unsicherheit und Mehrdeutigkeit entschieden werden muß, stellt sich für die Entscheider die Umwelt nun in einer viel strukturierteren Art und Weise dar: Man glaubt jetzt zu wissen, daß es 'gute' und 'böse' Bürger/innen gibt. Ein unangenehmer Aspekt riskanter Entscheidungen besteht ja darin, daß die Entscheider nicht wissen, wie ihre Handlungen bei ihrem Publikum ankommen werden. In dieser Hinsicht haben die Mitglieder der P.A.N. jetzt Erkenntnisse gesammelt. Es gibt nun aus Sicht der P.A.N. organisierte Gruppen, die sich als ideologisch eingefärbt herausgestellt haben und die daher als ernstzunehmende Ansprechpartner nicht mehr in Frage kommen. Auf der anderen Seite hat man - nach dieser Sichtweise - potentiell Betroffene, die nicht organisiert sind und die daher in der Lage waren, das unangenehme Problem der

Standortsuche sachlich und gemeinwohlorientiert anzugehen. Man hat in der P.A.N. den Eindruck, daß eine mit der notwendigen Rationalität angegangene Entscheidung den Betroffenen möglicherweise darstellbar sein wird, auch wenn man weiß, daß sich Konflikte nicht werden vermeiden lassen. Diese Situation stellt u.E. eine strukturierte Umwelt im Sinne Weicks (1985) dar und bringt für die Organisation P.A.N. einen Gewinn an Eindeutigkeit in einer ansonsten hochgradig mehrdeutigen Entscheidungssituation mit sich. Der Organisation ist es gelungen, durch eigene Handlungen (Durchführung der Bürgerbeteiligung) eine strukturierte Umwelt zu erzeugen, die vorher viel diffuser war. Auch wenn diese Erzeugung einer strukturierten Umwelt einem externen Beobachter als Realitätsverlust erscheinen mag, sollte sie doch die Handlungsfähigkeit der Organisation erhöhen.

Wenn man jedoch davon ausgeht, daß partizipative Verfahren gerade darauf abzielen, solche pauschalen Urteile über die von Entscheidungen Betroffenen aufzuweichen, fällt die Beurteilung dieser Strukturierung der P.A.N.-Umwelt eher kritisch aus. Auch wenn ein positiver Aspekt dieser Entwicklung darin zu sehen ist, daß die nicht-organisierten Betroffenen aus den potentiellen Standortgemeinden ihr Image bei den Entscheidern verbessern konnten, ist die pauschale Verurteilung der organisierten Gruppen als 'ideologisch' doch eher kontraproduktiv. In einigen Interviews mit Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung wurde uns mitgeteilt, daß man diese Gruppen nicht mehr als ernstzunehmende Gesprächspartner ansehe. Auch wenn die 'P.A.N.' glaubt, durch diese vereinfachte Sichtweise Sicherheit gewonnen zu haben, ist dies sicher kein Beitrag zu einer rationalen und kooperativen Beschäftigung mit riskanten Entscheidungen in einer politischen Arena.

5.3.4 Sachliche und rationale Auseinandersetzung in den Bürgerforen

Ein eindeutiges Lob muß für die erfolgreiche Organisation einer diskursiven und sachlichen Auseinandersetzung in den Bürgerforen ausgesprochen werden. Dies wird deutlich aus unseren eigenen Eindrücken bei der Beobachtung eines Bürgerforums und aus der Auswertung der Fragebögen.

Mit dieser erfolgreichen Organisierung einer sachorientierten Auseinandersetzung mit dem Problem der Standortsuche wird eine unserer Vermutungen aus dem Zwischenbericht widerlegt. Wir nahmen damals an, daß eine Standortsuche für eine Abfallbehandlungsanlage wegen fehlender geologischer Ausschlußkriterien ein prinzipiell anderes Problem darstellt als eine Standortsuche für eine Sondermülldeponie, wie sie im Aargau mit Hilfe eines ähnlichen Verfahrens durchgeführt wurde. Die Vermutung lautete, daß es sich bei einer Standortsuche für eine

Abfallbehandlungsanlage um eine Aufgabe mit mehreren richtigen Lösungen handelt und daß angesichts einer solchen Aufgabe die Mitglieder einer Kleingruppe sehr viel eher zu konfliktträchtigem Handeln in der Gruppe neigen. Dieses Argument von McGrath (1984) veranlaßte uns zu der Annahme, daß das Planungsproblem im Nordschwarzwald für eine Bearbeitung durch Bürgerforen nicht sehr geeignet sei. Die erfolgreiche Arbeit der Bürgerforen hat diese Vermutung nicht bestätigt. Wenn es Eigenschaften der konkreten Situation im Nordschwarzwald gibt, die einen Einsatz der Dienelschen Planungszelle und verwandter Verfahrensformen als nicht sinnvoll erscheinen lassen, so sind sie eher in der komplexen politischen Situation zu suchen (vgl. unten) als in den Eigenheiten der inhaltlichen Aufgabe.

Dabei ist darüberhinaus wichtig, daß es gelungen ist, diese Rationalität in den Bürgerforen auch nach außen deutlich zu machen. Nahezu alle Beobachter, mit denen wir gesprochen haben, zollten Anerkennung für die sachliche und abwägende Arbeit in den Bürgerforen. In diesem Zusammenhang wurde auch immer erwähnt, daß es der Akademie gelungen ist, die Standortorientierung der Betroffenen zu überwinden und so zu einer gemeinwohlorientierten Auseinandersetzung um die beste Lösung des Entsorgungsproblems im Nordschwarzwald beizutragen. Dieser Eindruck, den Beobachter von der Arbeit der Bürgerforen gewonnen haben, sollte das politische Gewicht des 3. Bürgergutachtens erhöhen.

Abstriche sind in dieser Hinsicht offensichtlich bei der Delegiertenkonferenz zu machen, bei der nicht mehr sachorientiert, sondern wohl hauptsächlich arithmetisch argumentiert wurde (vgl. Kap. 4.2.2.9). Möglich ist, daß diese unter Zeitdruck und mit unklaren Rollendefinitionen für die Delegierten (Gruppenvertretung oder Beitrag zu einer sachorientierten Lösung) durchgeführte Konferenz die Qualität des Bürgergutachtens beeinträchtigt hat. Diese Vermutungen wurden in einem Interview angestellt, in dem die stark spezifizierten Randbedingungen der beiden Szenarien des Bürgergutachtens kritisiert wurden. Dies erschwere die politische Handhabung des Gutachtens und mache seine Berücksichtigung durch die politischen Entscheidungsträger unwahrscheinlich.

5.3.5 Vernachlässigung der Gemeinden

Der Anspruch eines rationalen Diskurses in einer politischen Arena wurde auch im Hinblick auf die betroffenen Gemeinden verfehlt: Die Gemeinden verfügen (auch nach eigenen Angaben) meist nicht über ausreichendes Fachwissen, um sich in der Auseinandersetzung um die Abfallbehandlungsanlagen kompetent zu Wort melden zu können. Es ist klar, daß dieses Defizit nicht durch eine Bürgerbeteiligung aufgehoben werden kann. Dennoch zeigt sich in diesem Aspekt,

daß die konzeptionelle Vorgabe, alle relevanten Akteure einer Arena mit den notwendigen Ressourcen auszustatten und auf dieser Basis in einen rationalen Diskurs eintreten zu lassen, in der Realität verfehlt wurde. Die Gemeinden fühlten sich offensichtlich als schwächstes und am schlechtesten informiertes Glied in der Kette; emotionale und unsachliche Reaktionen mit simpler politischer Rhetorik sind dann eigentlich keine Überraschung.

5.3.6 Kopplung der Phasen

Die Kopplung der ersten beiden Phasen mit der Standortsuche ist nicht gelungen. Es ist offensichtlich nicht möglich, die vorgeschalteten Fragen der Größe und Technik einer Anlage vor der Standortsuche unsicherheitsabsorbierend abzuhandeln. Ein wichtiger Indikator dafür ist, daß Akteure (etwa: die potentiellen Standortgemeinden), die in den ersten beiden Phasen des Verfahrens nicht beteiligt waren, davon auch nie etwas gehört hatten und sich erst in der 3. Phase mit dem Verfahren beschäftigten. Weiterhin ist u.E. von Bedeutung, daß in den Bürgerforen vor der eigentlichen Standortsuche eine intensive Beschäftigung mit den Problemen der ersten beiden Phasen stattfinden mußte. Trotz der ersten beiden Bürgergutachten konnten diese Bereiche nicht als abgehakt behandelt werden. Aus dem Bereich der P.A.N. gibt es Vermutungen, daß diese 'Wiederholung' der ersten Phasen in der 3. Phase ebenfalls der Qualität des Bürgergutachtens zur Standortsuche abträglich war.

Ein wichtiger Aspekt dieses Problems besteht aber auch darin, daß die Teilnehmer/innen der Konsensuskonferenz die intensive Beschäftigung der Bürgerforen mit den Themen der Abfallmenge und der Behandlungstechnik sehr wohl wahrgenommen haben. Diese 'Wiederholung' ihrer eigenen Arbeit im Verfahren bestärkt sie offensichtlich in dem Eindruck, daß ihre Mitarbeit in der Mediation letztlich umsonst gewesen sei. Dies ist ein weiterer Baustein in dem Gefühl der Enttäuschung, das sich nach einem solchen Verfahren breitmachen kann und das eine der größten Gefahren für die Bewertung von Partizipationsversuchen darstellt.

5.3.7 Hohe Qualität des 3. Bürgergutachtens

In fast allen Interviews im Sommer 1996 wurde dem Bürgergutachten zur Standortsuche eine hohe Qualität attestiert. Das Bürgergutachten wird als Beleg für eine intensive, sachorientierte Auseinandersetzung mit den komplexen Problemen einer Standortsuche angesehen. Da diese Sachorientierung der Arbeit in den Bürgerforen in allen Interviews in Politik und Verwaltung hervorgehoben wurde (auch in einem Interview, das die politische Handhabbarkeit des Gut-

achtens ansonsten sehr kritisch sah), muß man davon ausgehen, daß das Gutachten durch die engagierte Arbeit der Bürger/innen ein gewisses politisches Gewicht erlangen kann.

Überdies wurde uns in einigen Interviews in Politik und Verwaltung des Nordschwarzwalds mitgeteilt, daß man mit dem Verweis auf die intensive Sacharbeit und abwägende Argumentation im 3. Bürgergutachten in politischen Auseinandersetzungen Politiker/innen zu sachlicher Argumentation zwingen kann. Man kann jetzt einfordern, daß sich die Diskussionspartner besser in der Sache informieren, da offensichtlich die Teilnehmer/innen der Bürgerforen auch dazu in der Lage waren. Auch wenn wir uns in diesem Punkt auf einige wenige Bemerkungen in unseren Interviews verlassen müssen, liegt hier doch ein Hinweis darauf vor, daß das 3. Bürgergutachten zu einer Versachlichung der politischen Auseinandersetzung beitragen kann und somit eine der wichtigsten Funktionen des Verfahrens zumindest teilweise erfüllt wird.

5.3.8 Ehemals beteiligte Gruppen werden Proteste organisieren

In unseren theoretischen Überlegungen haben wir herausgearbeitet, daß ein informales Bürgerbeteiligungsverfahren wie das im Nordschwarzwald prinzipiell keine nachträglichen Konflikte und Proteste vermeiden kann. Das sorgfältige Abwägen der Alternativen verdeutlicht den Beteiligten, daß die getroffene Entscheidung nicht notwendigerweise die einzig richtige ist. Gegner der Entscheidung erhalten dadurch Argumente für weitere politische Konflikte. Daher werten wir das Auftreten solcher Auseinandersetzungen im weiteren Verlauf der Planung auch nicht als eine Schwäche des Verfahrens. Dennoch muß in diesem Zusammenhang auch Kritik geübt werden, da sich bereits jetzt abzeichnet, daß gerade die Gruppen, die in den ersten beiden Phasen besonders engagiert mitgearbeitet haben, Schrittmacher der zu erwartenden Proteste sein werden. Dies verstärkt unseren Eindruck, daß die ersten beiden Phasen des Verfahrens eigentlich keine Bewegung in die Fronten von Entscheidern und Betroffenen/Interessierten gebracht haben, ja daß sich die Fronten eher noch verhärtet haben könnten. Dies gilt sowohl für die Gruppen der Konsensuskonferenz, die enttäuscht über das Ergebnis ihrer Arbeit sind, als auch für die politisch-administrativen Entscheider, die in unseren Interviews angaben, ihre Vorurteile über 'ideologische' Umweltgruppen seien in vollem Umfang bestätigt worden.

Wenn Beteiligte eines solchen Bürgerbeteiligungsverfahrens nach dem Verfahren auf die klassischen Protestformen umschalten und einmal erkennbare Kompromißbereitschaft wieder aufgeben, muß dies dem Verfahren zur Last gelegt werden. Im nächsten Abschnitt versuchen wir zu verdeutlichen, in welche Dilemmata organisierte Umwelt- und Bürgergruppen in einem solchen

partizipativen Verfahren kommen können. Bei unserer Einschätzung des Verhaltens dieser Gruppen müssen wir daher, bei aller Kritik, um Verständnis für den Ausstieg und die kritische Haltung der Interessengruppen werben.

5.3.9 Rolle der Interessengruppen im Verfahren

Bei der Analyse der Rolle der organisierten Interessengruppen im Verfahren stößt man auf einige interessante Punkte, die man vor allem anhand des Ausstiegs der meisten Gruppen nach der 2. Phase erläutern kann. Einerseits müssen die Interessengruppen, auch und gerade aus ihrer Perspektive, wegen ihres Verhaltens nach der 2. Phase kritisiert werden, da sie durch den Ausstieg eventuell eine Chance der politischen Einflußnahme 'verschenkt' haben. Dies gilt vor allem für den BUND und das Bessere Müllkonzept. In unserem Endbericht zu den ersten beiden Phasen hatten wir herausgearbeitet, daß gerade diese beiden Gruppen in dem politischen Entscheidungsprozeß eine privilegierte Stellung einnahmen. Durch ihren Sitz im Beirat der P.A.N. waren (und sind) sie in der Lage, in einem Gremium Lobbyarbeit zu leisten; durch ihre zusätzliche Mitarbeit in der Konsensuskonferenz hatten sie weitere Einfluß- und Informationsmöglichkeiten. In der Konsensuskonferenz waren diese beiden Gruppen durch ihren Informationsvorsprung die Schrittmacher und oft auch die Meinungsführer. Sie konnten daher in der Mediation relativ unverfälscht ihre Positionen einbringen und sie dann mit der Unterstützung der anderen Gruppen der Konferenz im Bürgergutachten zu Papier bringen. Dies stellt natürlich eine enorme Verstärkung ihrer Position dar. Diese Stellung ist durch die Auflösung der Konsensuskonferenz verschenkt worden.

Andererseits muß man auch herausstellen, daß den Gruppen zu wenig transparent gemacht wurde, welchen Beitrag sie mit ihrer Arbeit in dem Planungsprozeß im Nordschwarzwald geleistet haben. Die persönliche Rückmeldung aus dem 'politischen Raum' fand nicht statt, und der tatsächliche Einfluß des 2. Bürgergutachtens auf die Kombinationsentscheidung der P.A.N. ist letztlich unklar. Dies ist ein Versäumnis des Verfahrens und muß bei künftigen Verfahrenskonzeptionen unbedingt korrigiert werden. Eine ausdrückliche Rückmeldung an die Gruppen, eine Würdigung ihrer Arbeit und eine eindeutige Aussage zum Grad der Berücksichtigung des Mediationsergebnisses in der verbindlichen Entscheidung scheinen uns nach den Erfahrungen im Nordschwarzwald unabdingbare Bestandteile eines solchen Verfahrens zu sein. Selbstverständlich geht diese Kritik in erster Linie an die Politiker/innen und Verwaltungsvertreter/innen des Nordschwarzwalds, wir haben jedoch auch den Eindruck, daß dieses Problem von Seiten

der Akademie unterschätzt worden ist. Unser Vorschlag an dieser Stelle lautet, stärker auf die Kraft der Face-to-Face-Kommunikation zu setzen. Einen moderierten Workshop zur Vermittlung der Ergebnisse eines solchen Verfahrens an die Entscheider halten wir hier für die angemessene Organisationsform. Die Vorlage von Gutachten und deren Präsentation in Vortragsform ist einfach eine zu konventionelle Vorgehensweise, bei der die innerhalb des Verfahrens erreichte kommunikative Rationalität notwendig verloren gehen muß. Die Vermittlung in interaktiver Kommunikation erhöht die Lernchancen auf Seiten der Politiker/innen und gibt den Umwelt- und Bürgergruppen eine eindeutigere Rückmeldung über den Erfolg ihrer Arbeit.

Die außerordentlich mangelhafte Rückmeldung an die Gruppen nach der 2. Phase erschwerte es den Gruppenvertretern, gegenüber ihrem Verband die Teilnahme und Investition von Zeit und Arbeit zu legitimieren. Zudem kann der Verband in einer solchen Situation keine eindeutige Position in der Öffentlichkeit gewinnen. Die Betätigung der Notbremse durch die Interessengruppen im Nordschwarzwald ist daher, trotz der oben geübten Kritik, nur zu verständlich.

Aber auch durch eine zweite Eigenheit des Verfahrens wurde, so kann man zumindest im Rückblick sehen, den Gruppen das Verlassen des Verfahrens nahegelegt. Das Bemühen der Akademie, in der zweiten Phase ein politisch anschlussfähiges Gutachten zu produzieren, hat hier vermutlich in zwei Hinsichten kontraproduktiv gewirkt und damit das Auseinanderbrechen der Konsensuskonferenz mitbewirkt. Zum einen mußte den Interessengruppen die Formulierung, die den Entscheidern für den Fall der unveränderten Geltung der TASI die Standortsuche für eine thermische Anlage zugestand, hart abgerungen werden. Dies stellte offensichtlich nur einen kurzfristigen Erfolg dar, weil die Gruppen so auf eine Position gedrängt wurden, die sie nicht wirklich langfristig mittragen konnten.

Zum anderen hat eben diese Formulierung im 2. Bürgergutachten auf Seiten der politisch-administrativen Entscheider für das Mißverständnis gesorgt, daß eine Kombinationslösung mit einer thermischen Komponente in der Mediation konsensfähig sei. Genau dieses Mißverständnis und seine öffentliche Verbreitung in den Medien hat die Gruppen letztlich zu ihrem Ausstieg genötigt. Neben der unzureichenden Rückmeldung an die Bürgergruppen nach der 2. Phase ist dies der zweite Punkt, an dem in der Verfahrenskonzeption rückblickend Ursachen für den Ausstieg der Gruppen im Frühjahr 1995 identifiziert werden können.

Letztlich wird bei der genaueren Betrachtung der Rolle organisierter Gruppen im Verfahren deutlich, welches Risiko die Teilnahme an einem Mediationsverfahren für solche Umweltgruppen darstellt: Einerseits wird von außen die Erwartung an sie gestellt, 'lernfähig' zu sein, andererseits stehen die Gruppenvertreter unter dem Druck ihrer eigenen Gruppe, die Position der Gruppe

durchzubringen. Ein Vertreter eines Umweltverbandes wird am Ende eines solchen Verfahrens entweder als ‘Verräter’ (aus Sicht der eigenen Gruppe) oder als ‘Ideologe’ (aus Sicht der Öffentlichkeit) dastehen.⁴⁴ Wir glauben daher schlußfolgern zu dürfen, daß man Umwelt- und Bürgergruppen mit der Initiierung eines Mediationsverfahrens nicht immer einen Gefallen tut: Die Durchführung eines solchen Verfahrens übt einen sehr großen Druck zur Teilnahme auf solche Gruppen aus, da sie sich andernfalls den Vorwurf gefallen lassen müssen, Einflußmöglichkeiten, die sie möglicherweise seit Jahren einfordern, zu verschenken. Dies würde die zukünftige Position solcher Gruppen schwächen. Wenn die Gruppen sich daraufhin zur Teilnahme entschließen, droht ihnen das oben genannte Dilemma. Entweder stehen sie als unverbesserliche ‘Ideologen’ da oder sie haben eine interne Zerreißprobe über angestammte inhaltliche Positionen zu überstehen. Zudem muß man nach den Beobachtungen im Nordschwarzwald sagen, daß diese Probleme nicht durch größere politische Einflußmöglichkeiten dieser Gruppen ausgeglichen werden.

5.3.10 Wie reagiert das regionale politische Umfeld auf das Bürgerbeteiligungsverfahren?

Die Vertreter/innen der Kreisverwaltungen reagierten überwiegend positiv auf das Verfahren. Unsere Interpretation dieser Tatsache lautet, daß Verwaltungsvertreter sich von einem solchen Verfahren ein Gegengewicht zu den häufig als emotional und unsachlich empfundenen politischen Entscheidungspräferenzen versprechen.

Über die Ebene der Kreistage können wir nichts Genaues sagen, da es uns aus Gründen des Arbeitsaufwands nicht möglich war, eine halbwegs sinnvolle Auswahl an Kreistagsvertretern zu interviewen. Wir müssen uns in diesem Punkt auf den Beitrag von Schrimpf (1996) verlassen, in dem eine sehr ausführliche und informative Untersuchung dieses Segments im Entscheidungsprozeß geleistet wird. Eine der wichtigsten Aussagen dieser Untersuchung ist in unseren Augen, daß die Kreisräte ganz offensichtlich über die Durchführung des Verfahrens zu wenig informiert waren, da ihre Zustimmung zur Initiierung der Bürgerbeteiligung gar nicht eingeholt wurde. Die Entscheidung, das Verfahren durchzuführen, wurde allein durch den Aufsichtsrat der P.A.N. getroffen. Hier sehen wir einen wichtigen Faktor für die gleichgültige bis abwehrende Haltung gegenüber dem Verfahren, die man bei einigen Kreispolitikern wahrnehmen konnte.

⁴⁴ Im Nordschwarzwald haben sich einige Personen gewissermaßen in letzter Minute aus der Rolle des ‘Verräters’ in die des ‘Ideologen’ hinübergerettet.

Einige Gemeinden reagierten auf das Verfahren mit vielfältiger Kontaktaufnahme zu den Bürgerforen, und sie organisierten teilweise Workshops zur Verbesserung der Informationslage der Gemeinde und der Bürger/innen in den Bürgerforen. Ansonsten kam hier in besonderem Maße der Verdacht auf, das Bürgerbeteiligungsverfahren sei eher eine Konkurrenz denn eine Ergänzung zu den etablierten demokratischen Institutionen auf kommunaler Ebene.

5.3.11 Welche Konflikte mit etablierten Strukturen in Politik und Verwaltung gibt es?

Es wird in den Interviews immer wieder die Konkurrenz zur repräsentativen Demokratie aufgebaut. Dabei wird auch häufig der Verantwortungsaspekt ins Spiel gebracht: Die politischen Repräsentanten seien gewählt und damit in der Verantwortung; sie müßten demzufolge auch in der Verantwortung bleiben.

Hier ist eine interessante Überlegung im Hinblick auf unsere Ausgangsannahme zur Funktion eines informalen Beteiligungsverfahrens anschließbar. Die Inanspruchnahme einer Möglichkeit zur Verantwortungsdiffusion ist offensichtlich ihrerseits politisch kaum zu verantworten. Uns gegenüber wurde häufig die Forderung an die Politik formuliert, Verantwortung für unbequeme Entscheidungen zu übernehmen. Diese Forderung wird interessanterweise häufig von technischen Experten oder von Verwaltungsvertretern erhoben, also von Personen, die als sachliche Experten angesehen werden müssen. Aus deren Perspektive ist das Problem solcher Planungsprozesse wie im Nordschwarzwald, daß durch die Techniker und die Verwaltungsprofis sachlich angemessene Lösungen erarbeitet werden, die die Politik durch emotionale Komponenten verwässert, um sich so aus ihrer Verantwortung zu stehlen.

5.3.12 Wo paßt das Verfahren gut in das institutionelle Umfeld?

Letztlich zielt die gesamte Konzeption des Verfahrens auf den klassischen Modus der Politikberatung ab. Es werden Gutachten vorgelegt, die von der Politik berücksichtigt werden können oder auch nicht. Ein solches Verfahrensdesign versucht, in dem konventionellen Modell politischen Entscheidens eine Eingangstür für Partizipationsversuche zu finden. Insofern paßt das Verfahren, abgesehen von dem immer wieder wahrgenommenen Konkurrenzverhältnis zu den Einrichtungen der repräsentativen Demokratie, vergleichsweise gut in das institutionelle Umfeld kommunaler Verwaltung.

Aufgrund unserer theoretischen Überlegungen und des Verlaufs des Verfahrens glauben wir jedoch, daß dieses relativ nahtlose 'Einpassen' des Verfahrens in die institutionellen Strukturen die Funktionserfüllung des Verfahrens behindert. Das Verfahren konnte durch diese defensive Position im Entscheidungsprozeß keinen Beitrag zur Vermittlung an den konflikt- und vorurteilsträchtigen Fronten zwischen Entscheidern und Umweltverbänden leisten.

5.3.13 Der Zusammenhang von Kritik an Akteuren und am Verfahren

Wie stark wird bei Kritik an der Planung die Bürgerbeteiligung und damit zusammenhängend die Akademie kritisiert? Wie stark richtet sich eventuelle Kritik an die P.A.N. oder an das Ingenieurbüro? Gibt es Zusammenhänge zwischen diesen Aspekten und der Variable 'Stellung des Interviewten im Entscheidungsprozeß'?

Diese drei Fragen sind nicht eindeutig zu beantworten. Alle von uns interviewten Personensparten nicht mit Kritik an den genannten Akteuren. Dies hängt sicher auch damit zusammen, daß unsere Interviewleitfäden immer auch konkrete Fragen zu diesen Akteuren enthielten, so daß keiner wirklich 'ungeschoren' davon kam. Deshalb ist auch kaum ein Zusammenhang zwischen Art und Ausmaß der Kritik und der Stellung des Interviewten im Entscheidungsprozeß festzustellen.

5.4 Abschließende Bemerkungen

War das Verfahren nun ein Erfolg? Ist es (erfolgreich) gescheitert? Mit einigen zugespitzten Thesen wollen wir uns einer Antwort auf diese Fragen annähern.

Diskurse müssen lange genug geführt werden.

Vor allem die dritte Phase mit der Wertbaumanalyse als zentralem methodischem Element war u.E. erfolgreich. Mit Hinweis auf die objektivierten, messbaren Unterscheidungskriterien konnten die meisten Dispute in einen Konsens transformiert werden. Die nachvollziehbare, quantitative Übersetzung der Kriterien in Maßzahlen führte hier zu einer Versachlichung der Diskussion. Dies gilt zumindest bis zum Workshop für die Bewertung der Standorte in den einzelnen Bürgerforen.

Vielfach beklagt wurde die mangelnde Zeit, und in der Tat scheint uns dies ein Kernproblem zu sein. Der Diskurs ist an einigen Stellen offensichtlich nicht lange genug geführt worden. Vor allem am Ende drängte die Zeit. So hatte die Delegiertenkonferenz weniger mit einem Diskurs zu tun als mit dem Modus einer Kritik oder Abstimmung im Habermasschen Sinne. Das Resultat

war entsprechend eher ein Kompromiß als ein Konsens. Auch die folgende Rückmeldung der Delegierten an die Einzelforen reichte u.E. nicht aus, hier wäre eine zweite Schleife nötig gewesen.

Auch auf der sachlichen Seite hätte das Ergebnis besser dargestellt werden können. So wurde oben gezeigt, daß die Bürger/innen ihre Bewertungen wohl begründet vorgenommen haben und daß sie hier eigentlich keinen Vergleich mit dem Ingenieurbüro scheuen bräuchten. Hier ist u.E. der Fehler begangen worden, die Begründungen für die Bewertungen der einzelnen Standorte anhand der Wertbäume nicht zu dokumentieren. Dadurch wird das Votum der Bürger/innen intransparent; eine Weiterführung des Diskurses ist jedenfalls ohne Begründungen nicht möglich.

Expert/inn/en und Bürger/innen gehören der gleichen Kultur an.

Die Frontstellung zwischen Bürger/innen und Expert/innen, die sich im Laufe des Verfahrens eingeschlichen hatte, war wenig konstruktiv. Hier wäre zu überlegen, wie ein Ingenieurbüro besser eingebunden werden kann. Dies setzt allerdings auch die Bereitschaft der Ingenieure voraus, sich auf andere Argumente einzulassen und nicht nur ihre Sichtweise zu verteidigen. Zumindest grundsätzlich scheint uns keine unüberbrückbare Kluft zwischen den Begründungen des Ingenieurbüros und denen der Bürger/innen zu bestehen.

Diskurse sind nach außen nur schwer vermittelbar.

Ein anderes Problem ist die Aufspaltung des Diskurses. Hier hat sich u.E. die Aufspaltung in drei Phasen in dieser Form nicht bewährt. Allerdings tragen die Interessengruppen hier eine Teilschuld. Wären sie nach der 2. Phase nicht ausgestiegen, hätten hier sicherlich weitere Möglichkeiten bestanden. So hätten beispielsweise die Interessengruppen das Programm der Bürgerforen mit durchlaufen können. Auch die Anregung eines Bürgers, eventuell die Entscheidungsträger oder politische Vertreter der betroffenen Gemeinden vor dieselbe Aufgabe zu stellen, scheint uns ein überdenkenswerter Vorschlag zu sein. Vielleicht hätte so die Kluft zwischen verschiedenen Akteuren und Diskursen geschlossen werden können.

Ein rationaler Diskurs kann am besten unter anwesenden Personen, d.h. in Interaktionen (Konsensuskonferenz, Bürgerforen) erreicht werden. Dies ist der Akademie auch in allen drei Phasen gelungen: In der Konsensuskonferenz und in den Bürgerforen wurde überwiegend sachorientiert argumentiert und gearbeitet. Sobald jedoch die engen Grenzen der persönlichen Interaktion verlassen werden, muß mit Rationalitätsverlusten gerechnet werden. Da die kommunikative Rationalität nur unter Anwesenden erreicht werden kann und nicht über die Medien oder

durch Vorlage und Vorstellung schriftlicher Gutachten, plädieren wir nachhaltig dafür, politische Entscheider stärker und sorgfältiger in den Diskurs einzubinden. Die Moderation muß sich diese schwere Aufgabe zutrauen, da andernfalls einmal erreichte Rationalitätsgewinne wieder abgegeben werden müssen und die Beteiligten mit Enttäuschungen zu rechnen haben.

Sachliche Komplexität kann nicht durch arbeitsteilige Diskurse reduziert werden.

Der überaus schwierigen Suche nach einer Kombination von drei Standorten ist mit der Aufteilung in zwei Arten von Bürgerforen begegnet worden. Dies hat sich u.E. nicht bewährt. Wie die Delegiertenkonferenz zeigte, war eine Vermittlung zwischen den Gruppen nur schwer möglich. Der Vorschlag von einigen Bürger/innen, eine dritte Art Bürgerforen für die Kombination einzuführen, hätte zu den gleichen Problemen geführt. Es wäre u.E. besser gewesen, alle Gruppen direkt mit der Kombinationslösung zu betrauen.

Die Abstimmung zwischen den Bürgerforen hätte auf der anderen Seite auf der Ebene der Wertbäume und der Bewertungsmaßstäbe ansetzen müssen, da hier die Begründungen für die einzelnen Empfehlungen liegen. Nur auf dieser Ebene sind die hohen Ansprüche, die ein diskursives Verfahren stellt, einzulösen.

Politische Komplexität kann einen Diskurs überfordern.

Eine besonders kritische Randbedingung des Verfahrens ist die komplizierte Struktur der politischen Entscheidungssituation mit vier Gebietskörperschaften. Hierdurch ist das Verfahren u.E. überlastet worden. Es ist also nicht unbedingt die Vielschichtigkeit und Unsicherheit der abfallwirtschaftlichen Problemstellung verantwortlich für die beobachteten Schwierigkeiten. Bei ähnlichen Themen mit nur einer Gebietskörperschaft wäre das gleiche Verfahren wahrscheinlich wesentlich erfolgreicher gewesen.

Diskurse müssen zwischen den richtigen Akteuren geführt werden.

Mit dem Plädoyer für eine stärkere Einbindung politischer Entscheider schlagen wir letztlich vor, die Vorgaben des Konzepts eines rationalen Risikodiskurses konsequenter umzusetzen. Dahinter steht aber auch unsere Vermutung, daß sich das Verfahren im Nordschwarzwald zu stark auf die Überbrückung der Differenz zwischen Laien und Experten konzentriert hat. Aus den Ergebnissen der soziologischen Risikoforschung (z.B. Japp 1996) kann man jedoch ableiten, daß eine konsensuale Bewertung riskanter Entscheidungen zwischen Laien und Experten nicht ausreicht. Die Differenz zwischen Entscheidern und Betroffenen hat eine mindestens ebenso große Bedeutung. Das Problem riskanter Entscheidungen liegt nicht nur in der schlechten Informiertheit der Entscheider, in irrationalen Entscheidungsverfahren und auch nicht nur in der unterschiedlichen

Risikobewertung zwischen Laien und Experten. Ein Problem ist vielmehr auch, daß irgendwann entschieden werden muß und daß dann die von der Entscheidung Enttäuschten sicher sind zu wissen, wie man es hätte besser machen können. Dieses nachträgliche 'Besserwissen' kann durch ein vorgeschaltetes Verfahren allein nicht verhindert werden, sondern erfordert eine dauerhafte kommunikative Überbrückung der Differenz. Nur so kann dauerhaft Transparenz und Vertrauen geschaffen und erhalten werden. Hierzu wäre aber für Fälle wie den Nordschwarzwald eine engere institutionelle Kopplung zwischen den Akteuren im Beteiligungsverfahren, den ingenieurwissenschaftlichen Experten und den politischen Entscheidern bis zur endgültigen Entscheidung nötig.

6 Literatur

- Akademie für Technikfolgenabschätzung, 1994a: Bürgerbeteiligung an der Abfallplanung für die Region Nordschwarzwald. Bürgergutachten Teil I: Restabfallmengenprognose. Band 1: Empfehlungen, Stuttgart
- Akademie für Technikfolgenabschätzung, 1994b: Bürgerbeteiligung an der Abfallplanung für die Region Nordschwarzwald. Bürgergutachten Teil I: Restabfallmengenprognose. Band 2: Dokumentation, Stuttgart
- Akademie für Technikfolgenabschätzung, 1995: Bürgerbeteiligung an der Abfallplanung für die Region Nordschwarzwald. Bürgergutachten Teil II: Technik der Restabfallbehandlung. Band 1: Empfehlung, Stuttgart
- Akademie für Technikfolgenabschätzung, 1996a: Bürgerbeteiligung an der Abfallplanung für die Region Nordschwarzwald. Bürgergutachten Teil II: Technik der Restabfallbehandlung. Band 1: Dokumentation, Stuttgart
- Akademie für Technikfolgenabschätzung, 1996b: Bürgerbeteiligung an der Abfallplanung für die Region Nordschwarzwald. Bürgergutachten Teil III: Standortauswahl. Band 1: Empfehlung, Stuttgart
- Baier, Vicki Eaton / James G. March / Harald Saetren, 1988: Implementation and Ambiguity, in: James G. March: Decisions and Organizations, Oxford, Basil Blackwell: 150-164
- Brunsson, Nils, 1985: The Irrational Organization: Irrationality as a Basis for Organizational Action, Chichester: Wiley
- Bundesregierung, 1995: Bericht der Bundesregierung über die Bewertung der Ablagerung von mechanisch-biologisch behandelten Abfällen (vom 28. Dezember 1995, vom Bundeskabinett beschlossen am 11. Januar 1996), Bonn
- Covello, Vincent T./Winterfeld, Detlef von/Slovic, Paul, 1986: Risk Communication. A review on the literature, in: Risk Abstracts 3: 171-182
- Dear, Michael, 1992: Understanding and Overcoming the NIMBY Syndrome, in: Journal of the American Planning Association 58, 3: 288-300
- Dienel, Peter C., 1992: Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, Opladen, Westdeutscher Verlag (3. Auflage)
- Eckhoff, Torstein / Knut Dahl Jacobsen, 1960: Rationality and Responsibility in Administrative and Judicial Decision Making, Kopenhagen, Munksgaard
- Feldman, Martha / March, James G., 1981: Information as Signal and Symbol, in: Administrative Science Quarterly, 26: 171-186
- Fichtner, 1995: P.A.N. GmbH: Standortsuche für die Region Nordschwarzwald Teil 1. Stufe 1: Kartierung. Stufe 2: Vorauswahl, Stuttgart (Standortgutachten)

- Fichtner, 1996: P.A.N. GmbH: Standortsuche für die Region Nordschwarzwald Teil 2. Stufe 3: Detaillierter Standortvergleich, Stuttgart (Standortgutachten)
- Fisch, Rudolf/Beck, Dieter (Hg.), 1995: Abfallnotstand als Herausforderung für die öffentliche Verwaltung: Entsorgung, Verringerung und Vermeidung von Sonderabfall, Speyer, Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung (Forschungsbericht 150)
- Fischer, Frank, 1993: Bürger, Experten und Politik nach dem "NIMBY"-Prinzip: Ein Plädoyer für die partizipatorische Policy-Analyse, in: Héritier, Adrienne (Hg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, Politische Vierteljahresschrift 34, Sonderheft 24, Opladen, Westdeutscher Verlag: 451-470
- Fischhoff, Baruch 1995: Risk Perception and Communication Unplugged: Twenty Years of Process, in: Risk Analysis 15, 2: 137-145
- Fisher, Ann, 1991: Risk Communication Challenges, in: Risk Analysis 11, 2: 173-179
- Frühschütz, Leo, 1993: Die verordnete Müllverbrennung. TA Siedlungsabfall verabschiedet, in: Alternative Kommunalpolitik 3/93: 62-64
- Giegel, Hans-Joachim (Hg.), 1992: Kommunikation und Konsens in modernen Gesellschaften, Frankfurt a.M., Suhrkamp
- Habermas, Jürgen, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt a. M., Suhrkamp (2 Bände)
- Hiller, Petra, 1993: Der Zeitkonflikt in der Risikogesellschaft: Risiko und Zeitorientierung in rechtsförmigen Verwaltungsentscheidungen, Berlin, Duncker & Humblot
- Hiller, Petra, 1994: Risiko und Verwaltung, in: Dammann, Klaus/Grunow, Dieter/Japp, Klaus P. (Hg.): Die Verwaltung des politischen Systems, Opladen, Westdeutscher Verlag: 108-125
- Holzkamp, Klaus 1983: Grundlegung der Psychologie, Frankfurt a.M./New York, Campus
- Japp, Klaus Peter, 1996: Soziologische Risikotheorie. Funktionale Differenzierung, Politisierung und Reflexion, Weinheim/München, Juventa
- Japp, Klaus P., 1992: Selbstverstärkungseffekte riskanter Entscheidungen: Zur Unterscheidung von Rationalität und Risiko, Zeitschrift für Soziologie 21: 31-48
- Jaufmann, Dieter/Kistler, Ernst, 1991: Einstellungen zur Technik. Gibt es eine Technikfeindschaft unter Jugendlichen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B43: 26-37
- Kämper, Eckard/Vorwerk, Volker, 1996a: Evaluation der 1. und 2. Phase des Bürgerbeteiligungsverfahrens in der Region Nordschwarzwald. Endbericht: Kurzfassung, Stuttgart, Akademie für Technikfolgenabschätzung, Arbeitsbericht 59
- Kasperson, Roger E./Stallen, Peter Jan M. (Hg.), 1991: Communicating Risks to the Public, Dordrecht

- Kemp, R., 1990: Why not in my backyard? A radical interpretation of public opposition to the deep disposal of radioactive waste in the United Kingdom, in: *Environment and Planning* 22: 1239-1258
- Kremer, Peter, 1994: Die Technische Anleitung Siedlungsabfall: Zwang zur Müllverbrennung?, in: *Kommunale Briefe für Ökologie* 21 (Sonderteil)
- Krücken, Georg, 1997: Risikotransformation: Die politische Regulierung technisch-ökologischer Gefahren in der Risikogesellschaft unter besonderer Berücksichtigung von Arzneimittelregulierung und Klimapolitik, Opladen (im Erscheinen)
- Krücken, Georg, 1996: Der soziologische Ansatz der Risikoforschung, in: Banse, Gerhard (Hg.): *Risikoforschung zwischen Disziplinartät und Interdisziplinarität*, Berlin: 185-192
- Langer, Kerstin, 1996: Chancen und Grenzen kooperativer Planung dargestellt am Beispiel der Bürgerbeteiligung an der Abfallplanung in der Region Nordschwarzwald, München-Weihenstephan, Diplomarbeit
- Luhmann, Niklas, 1978: *Legitimation durch Verfahren*, 3. Auflage, Neuwied, Luchterhand
- Luhmann, Niklas, 1991: *Soziologie des Risikos*, Berlin/New York, de Gruyter
- McGrath, Joseph E., 1984: *Groups: Interaction and Performance*, Englewood Cliffs, Prentice-Hall
- Müller, Klaus/Holst, Mathias, 1987: *Raumordnung und Abfallbeseitigung. Empirische Untersuchung zu Standortwahl und -durchsetzung von Abfallbeseitigungsverfahren*, Bonn
- Niedersächsisches Umweltministerium (Hg.), 1994: *Mechanisch-biologische Vorbehandlung (MBV) von Restabfällen in Niedersachsen. Eine Zusammenfassung bisheriger Erfahrungen und Planungen*. Stand September 1994, Hannover, Umweltministerium
- Offe, Claus, 1974: Rationalitätskriterien und Funktionsprobleme politisch-administrativen Handelns, in: *Leviathan*, 2: 333-345
- Pfingsten, Karin, 1993: *Konflikte um die Abfallwirtschaft: Erscheinungsformen, Hintergründe und Bewältigungsstrategien*, Berlin, WZB (FS II 93-305)
- Renn, Ortwin, 1981: *Wahrnehmung und Akzeptanz technischer Risiken* (3 Bände), Jülich
- Renn, Ortwin, 1990: Die gesellschaftliche Erfahrung und Bewertung von Risiken: Eine Ortsbestimmung, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 16, 3: 307-355
- Renn, Ortwin 1991: Risikokommunikation: Bedingungen und Probleme eines rationalen Diskurses über die Akzeptabilität von Risiken, in Schneider, J. (Hg.): *Risiko und Sicherheit technischer Systeme*, Basel, Birkhäuser
- Renn, Ortwin, 1992: Die Bedeutung der Kommunikation und Mediation bei der Entscheidung über Risiken, in: *Umweltrecht in der Praxis* 6, 4: 275-308

- Renn, Ortwin, 1996: Möglichkeiten und Grenzen diskursiver Verfahren bei umweltrelevanten Planungen, in: Biesecker, Adelheid/Grenzdörfer, Klaus (Hg.): Kooperation, Netzwerk, Selbstorganisation, Pfaffenweiler, Centaurus: 161-197
- Renn, Ortwin/Levine, Debra, 1991: Credibility and trust in risk communication, in: Kasperson, Roger E./Stallen, Peter Jan M. (Hg.): Communicating Risks to the Public, Dordrecht: 175-218
- Renn, Ortwin/Oppermann, Bettina, 1995: "Bottom-up" statt "Top-down" - Die Forderung nach Bürgermitwirkung als (altes und neues) Mittel zur Lösung von Konflikten in der räumlichen Planung, in: Ritter, Erst-Hasso (Hg.): Stadtökologie, Berlin, Analytica (Zeitschrift für angewandte Umweltforschung Sonderheft 6)
- Renn, Ortwin/Webler, Thomas, 1992: Anticipating Conflicts: Public Participation in Managing the Solid Waste Crisis, in: GAIA. Ecological Perspectives in Science, Humanities, and Economics 1, 2: 84-94
- Renn, Ortwin/Webler, Thomas, 1994: Konfliktbewältigung durch Kooperation in der Umweltpolitik. Theoretische Grundlagen und Handlungsvorschläge, in: oikos, Umweltökonomische Studenteninitiative an der HSG (Hg.): Kooperation für die Umwelt. Im Dialog zum Handeln, Zürich, Rüegger: 11-52
- Renn, Ortwin/Webler, Thomas, 1995: Der kooperative Diskurs: Theorie und praktische Erfahrungen mit einem Deponieprojekt im Aargau, Zürich, ETH Polyprojekt-Bericht 1/95
- Renn, Ortwin/Webler, Thomas, 1996: Der kooperative Diskurs: Grundkonzeption und Fallbeispiel, in: Analyse und Kritik 18: 175-207
- Renn, Ortwin/Webler, Thomas/Kastenholz, Hans, 1996: Procedural and Substantive Fairness in Landfill Siting: A Swiss Case Study, in: Risk: Health, Safety & Environment 7, 2: 145-168
- Roch, Irene 1996: Externe Prozeßbegleitung der Phase 3 im Projekt "Bürgerbeteiligung an der Abfallplanung für die Region Nordschwarzwald", München, Manuskript
- Schrimpf, Monika, 1996: Mediation bei der Restabfallbehandlung in der Region Nordschwarzwald: Interessenartikulation und Interessentransformation, Freiburg i.Br., Diplomarbeit
- Starr, Chauncey, 1969: Social Benefit versus Technological Risk. What is our society willing to pay for safety?, in: Science 165: 1232-1238
- Stern, Paul C., 1991: Learning Through Conflict: A Realistic Strategy for Risk Communication, in: Policy Sciences 24: 99-119
- Vorwerk, Volker, 1995: Mediation. Alternative Konfliktlösungsverfahren im Umweltbereich in Deutschland: Theoretische Aspekte, empirische Erfahrungen und das Nordschwarzwälder Bürgerbeteiligungsverfahren zu Fragen der Abfallwirtschaft, Bielefeld, Diplomarbeit
- Vorwerk, Volker/Kämper, Eckard, 1996: Evaluation der 1. und 2. Phase des Bürgerbeteiligungsverfahrens in der Region Nordschwarzwald. Endbericht: Langfassung, Stuttgart, Akademie für Technikfolgenabschätzung, Arbeitsbericht 69

- Waschke, Christian/Wittmaier, Martin/Harborh, Peter/Hanert, Hans Helmut, 1997: Beschreibung eines Verfahrens zur Bestimmung des biologischen Inertisierungsgrades von aerob oder anaerob vorbehandelten, festen Siedlungsabfällen als geeigneter Ersatzparameter zur Glühverlustbestimmung - der "Anaerobe Müllstabilitätstest" (AMS-Test), in: Müll und Abfall 29: 73-79
- Webler, Thomas, 1995: "Right" Discourse in Citizen Participation: An Evaluative Yardstick, in: Renn, Ortwin/Webler, Thomas/Wiedemann, Peter (eds.): Fairness and Competence in Citizen Participation, Dordrecht/Boston/London: Kluwer: 35-86
- Weick, Karl E., 1985: Der Prozeß des Organisierens, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Welmer, Albrecht, 1992: Konsens als Telos der sprachlichen Kommunikation?, in: Giegel, Hans-Joachim (Hg.), 1992: Kommunikation und Konsens in modernen Gesellschaften, Frankfurt a.M., Suhrkamp
- Wiedemann, Peter/Femers, Susanne/Hennen, Leonhard, 1991: Bürgerbeteiligung bei entsorgungswirtschaftlichen Vorhaben, Berlin
- Wiemer, Klaus et al., 1995a: Kohlenstoff als Ressource. Mechanisch-Biologische Abfallaufbereitung (MBA) mit dem Ziel der sofortigen oder späteren thermischen Nutzung (Teil 1), in: Müll und Abfall 27: 403-415
- Wiemer, Klaus et al., 1995b: Das Trockenstabilatverfahren. Mechanisch-Biologische Abfallaufbereitung (MBA) mit dem Ziel der sofortigen oder späteren thermischen Nutzung (Teil 2), in: Müll und Abfall 27: 769-777
- Wienhöfer, Elmar (Hg.), 1996: Bürgerforen als Verfahren der Technikfolgenbewertung, Stuttgart, Akademie für Technikfolgenabschätzung, Arbeitsbericht Nr. 67
- Wilhelm, Urs/Schild, Patrick, 1997: Evaluation des kooperativen Diskurses im Aargau (Arbeitstitel), St. Gallen, Manuskript
- Wynne, Brian, 1987: Risk Management and Hazardous Waste. Implementation and the Dialectics of Credibility, Berlin et al., Springer
- Zahn, Günter, 1993: Analyse von Akzeptanzproblemen bei der Einrichtung von Entsorgungsanlagen. Traditionelle Lösungen und neue Ansätze, Bochum

Anhang 1: Fragebögen I, II und III

Fragebogen I

Um diesen und die zwei folgenden Fragebögen statistisch auswerten zu können, brauchen wir eine einheitliche Kennzeichnung. Dadurch können die Fragebögen einer Person zugeordnet werden, ohne daß ihre Anonymität verloren geht. Wir bitten Sie daher, in die folgenden sechs Felder eine Kennnummer einzutragen. Damit Sie sich einfacher an diese Nummer erinnern können, tragen Sie die ersten beiden Buchstaben des Vornamens Ihrer Mutter sowie den Tag und Monat des Geburtstages Ihrer Mutter ein.

Ein Beispiel: Ihre Mutter heißt Martha und wurde am 5. Juni geboren.

Daraus folgt die Kennnummer: M A 0 5 0 6

Ihre persönliche Kennnummer für die Fragebögen:

--	--	--	--	--	--

Bitte merken Sie sich Ihre Kennnummer und tragen Sie dieselbe Nummer in die späteren Fragebögen ein.

Bei den nun folgenden Fragen oder Aussagen müssen Sie entweder das für Sie Zutreffende in einem Kästchen ankreuzen oder handschriftlich antworten.

1 Erwartungen an die Bürgerforen

Im Einladungsverfahren und auf der ersten Plenarsitzung konnten Sie sich in etwa mit dem Verfahren zur Standortfindung vertraut machen. Im folgenden finden Sie sieben Wortpaare, mit denen Sie das Verfahren beurteilen können. Kreuzen Sie eine links stehende "1" an, dann heißt dies: Das linke Wort "trifft eher zu" als der Gegenbegriff auf der rechten Seite. Eine "2" heißt: Das Wort "trifft besser zu". Und eine "3" bedeutet: Das Wort "trifft voll zu". Bewerten beide Worte das Verfahren nach Ihrer Meinung "gleich gut", dann kreuzen Sie eine "0" an. Bitte kreuzen Sie in jeder Zeile nur eine Zahl an.

1.1 Die gewählte Vorgehensweise zur Standortfindung halte ich für:

autoritär	3	2	1	0	1	2	3	demokratisch
fair	3	2	1	0	1	2	3	unfair
dem Problem angemessen	3	2	1	0	1	2	3	zu aufwendig
ein Ablenkungsmanöver	3	2	1	0	1	2	3	einen ernsthaften Versuch der Mitbestimmung
problemverschärfend	3	2	1	0	1	2	3	problemlösend
eine sinnvolle Neuerung	3	2	1	0	1	2	3	alten Wein in neuen Schläuchen
eine Strategie, um den Bürgern den Schwarzen Peter zuzuschieben	3	2	1	0	1	2	3	eine Strategie, um die Bürger sinnvoll in die Entscheidung einzubeziehen

Bitte geben Sie bei den nächsten Aussagen an, wie weit Ihre Zustimmung reicht zwischen "stimme voll zu" und "lehne voll ab". Wenn Sie keine Meinung dazu haben, können Sie auch diese Kategorie ankreuzen.

1.2	Die Bürgerforen können dazu beitragen, den besten Standort für eine Abfallbehandlungsanlage in der Region Nordschwarzwald zu finden.					
	G	G	G	G	G	G
	stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

1.3	Die Bürgerforen sind nur eine Spielwiese für die Bürgerinnen und Bürger, um ihnen den Eindruck zu vermitteln, sie hätten etwas zu sagen. Wahrscheinlich ist die Entscheidung längst gefallen.					
	G	G	G	G	G	G
	stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

1.4	Die Bürgerforen sind ein geeignetes Mittel, um den Bürger und Bürgerinnen eine angemessene Mitbestimmung zu gewähren.					
	G	G	G	G	G	G
	stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

1.5	Die Bürgerforen sollen im wesentlichen die Bürger und Bürgerinnen beruhigen, damit im Nordschwarzwald möglichst ohne Widerstand (thermische bzw. kalte) Abfallbehandlungsanlagen errichtet werden können.					
	G	G	G	G	G	G
	stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

1.6	Die Bürgerforen können dazu beitragen, einen fairen Ausgleich zwischen den Gemeinden zustandezubringen.					
	G	G	G	G	G	G
	stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

Für wie wichtig halten Sie die im folgenden aufgelisteten Aufgaben der Bürgerforen? Die Bewertung reicht von “unwichtig” bis “wichtig”. Wenn Sie keine Meinung dazu haben, können Sie auch diese Kategorie ankreuzen.

Die Bürgerforen sollen die Aufgabe haben,

1.7	Kriterien zur Bewertung von Standorten zu entwickeln.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.8	eine Empfehlung für die Wahl eines oder mehrerer Standorte zu geben.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.9	Empfehlungen für den Betrieb der geplanten Anlagen zu geben. (Wer soll der Betreiber sein? Wer soll der Bauherr sein? usw.)				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.10	Empfehlungen für die Kontrolle und Überwachung der Anlagen zu geben.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.11	den weiteren Bedarf an Gutachten über die Eignung eines Standortes zu ermitteln.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.12	Empfehlungen darüber abzugeben, welche Abfälle in den Anlagen behandelt werden dürfen und welche nicht.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.13 Fallen Ihnen noch andere Aufgaben ein, die hier nicht erwähnt sind? Bitte fügen Sie diese hier ein:

Im folgenden sind einige mögliche Gründe für Ihre Teilnahme aufgelistet. Bitte kreuzen Sie an, wie unwichtig oder wichtig diese für Ihre eigene Teilnahme sind.

Ich nehme an den Bürgerforen teil,

1.14	weil ich das Thema Abfall interessant finde.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.15	um wichtige Entscheidungen beeinflussen zu können.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.16	weil ich mich dazu verpflichtet fühle.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.17	um den Bau einer Abfallbehandlungsanlage in meiner Heimatgemeinde zu verhindern.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.18	weil mich das Beteiligungsverfahren neugierig gemacht hat.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.19	um die Interessen meiner Gemeinde zu vertreten.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.20 Gibt es vielleicht noch andere wichtige Gründe für ihre Teilnahme? Bitte fügen Sie diese hier ein:

2 Einschätzung wichtiger Organisationen

Inzwischen haben Sie einen ersten Eindruck von der Akademie für Technikfolgenabschätzung, der regionalen Planungsgesellschaft P.A.N. und dem Ingenieurbüro Fichtner gewinnen können. Bitte kreuzen Sie in den folgenden Tabellen an, wie sie die einzelnen Organisationen einschätzen. Für das Ausfüllen gelten wieder die gleichen Regeln wie bei der ersten Frage auf Seite 2.

2.1 Die Akademie halte ich für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig
parteiisch	3	2	1	0	1	2	3	neutral
offen für Vorschläge	3	2	1	0	1	2	3	nicht offen für Vorschläge
undurchschaubar	3	2	1	0	1	2	3	transparent

2.2 Die P.A.N. halte ich für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig
parteiisch	3	2	1	0	1	2	3	neutral
offen für Vorschläge	3	2	1	0	1	2	3	nicht offen für Vorschläge
undurchschaubar	3	2	1	0	1	2	3	transparent

2.3 Das Ingenieurbüro Fichtner halte ich für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig
parteiisch	3	2	1	0	1	2	3	neutral
offen für Vorschläge	3	2	1	0	1	2	3	nicht offen für Vorschläge
undurchschaubar	3	2	1	0	1	2	3	transparent

3 Fragen zu den geplanten Anlagen zur Abfallbehandlung

3.1 In dem Bürgerforum, an dem ich teilnehmen werde, wird die Standortfrage folgender Anlage zur Abfallbehandlung bearbeitet. (Zutreffendes bitte ankreuzen):

G	G
biologisch-mechanische Anlage (BMA)	Verbrennungsanlage (MVA)

3.2 Ich halte den Bau dieser Anlage für:

überflüssig	3	2	1	0	1	2	3	notwendig
umweltschonend	3	2	1	0	1	2	3	umweltschädigend
gesundheitsbelastend	3	2	1	0	1	2	3	ohne Auswirkungen auf die Gesundheit
einen Gewinn an kommunaler Lebensqualität	3	2	1	0	1	2	3	einen Verlust an kommunaler Lebensqualität
nicht im Einklang mit der deutschen Abfallpolitik	3	2	1	0	1	2	3	im Einklang mit der deutschen Abfallpolitik
problemlösend	3	2	1	0	1	2	3	problemverschärfend
ein langfristiges Risiko	3	2	1	0	1	2	3	kein langfristiges Risiko
eine notwendige Ergänzung zum Prinzip der Abfallvermeidung oder -verwertung	3	2	1	0	1	2	3	einen Widerspruch zum Prinzip der Abfallvermeidung oder -verwertung

3.3 Mein Heimatort ist im Prinzip als Standort für eine solche Anlage geeignet.

G	G	G	G	G	G
stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

4 Allgemeine Fragen zur Beurteilung einiger gesellschaftlicher Gruppen

4.1 Verwaltungsbehörden halte ich im allgemeinen für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig

4.2 Politik halte ich im allgemeinen für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig

4.3 Experten aus Wissenschaft und Technik halte ich im allgemeinen für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig

4.4 Umweltschutzorganisationen halte ich im allgemeinen für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig

4.5 Die Industrie halte ich im allgemeinen für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig

4.6 Presse, Funk und Fernsehen halte ich im allgemeinen für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig

5 Bitte beurteilen Sie die folgenden allgemeinen Aussagen.

5.1 Laien können zu schwierigen Planungsproblemen wichtige Beiträge liefern.					
G	G	G	G	G	G
stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

5.2 Wichtige Entscheidungen sollten in der Öffentlichkeit diskutiert werden.					
G	G	G	G	G	G
stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

5.3 Die Experten wissen am besten, was zu tun ist:					
G	G	G	G	G	G
stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

5.4 Die Meinung der Bürger wird bei politischen Entscheidungen zu wenig berücksichtigt.					
G	G	G	G	G	G
stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

5.5 Glauben Sie, daß die Technik alles in allem eher ein Segen oder eher ein Fluch für die Menschheit ist?					
G	G	G	G	G	G
eher ein Segen	teils, teils	eher ein Fluch			keine Meinung

6 Bei welchen politischen Beteiligungsformen haben Sie schon mal mitgemacht? (Bitte Kreuzen Sie das Zutreffende an.)

	einmal	mehrmals	noch nie
Volksentscheid			
Volksbegehren			
Bürgerentscheid			
Bürgerbegehren			
Kandidat bei politischen Wahlen			
Zur Wahl gehen			
Demonstration			
Unterschriftensammlung			
Boykott			
Beteiligung an Bürgerinitiativen			
Fragen an Politiker oder politische Gremien			

7 Einige Fragen zu Ihrer Person

7.1 Geschlecht: G männlich G weiblich

7.2 Alter: _____

7.3 Welchen Ausbildungsabschluß haben Sie oder streben Sie an?

G Schüler/in

G Auszubildende/r

G Student/in

G Ich habe keinen beruflichen Abschluß.

G Ich habe eine Berufsausbildung (Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule) abgeschlossen.

G Ich habe eine Ausbildung an einer Fachschule, Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Fachakademie abgeschlossen.

G Ich habe einen Fach- bzw. Hochschulabschluß.

G Ich habe einen anderen beruflichen Abschluß, und zwar _____

7.4 Sind Sie Mitglied einer Partei, eines Vereins oder eines Verbandes?

G Ja, und zwar (Bitte angeben):

G Nein

Dies war die letzte Frage des Fragebogens. Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Fragebogen II

Um die Fragebögen statistisch auswerten zu können, brauchen wir eine einheitliche Kennzeichnung. Wir bitten Sie daher, in die folgenden sechs Felder Ihre anonyme Kennnummer einzutragen, die Sie bereits auf Fragebogen I geschrieben haben. Falls Sie Fragebogen I nicht ausgefüllt haben, geben Sie sich bitte eine neue Kennnummer. Zur einfacheren Erinnerung hatten wir Sie gebeten, die ersten beiden Buchstaben des Vornamens Ihrer Mutter sowie den Tag und Monat des Geburtstages Ihrer Mutter einzutragen.

Ein Beispiel: Ihre Mutter heißt Martha und wurde am 5. Juni geboren.

Daraus folgt die Kennnummer: M A 0 5 0 6

Ihre persönliche Kennnummer für die Fragebögen:

--	--	--	--	--	--

Bitte merken Sie sich Ihre Kennnummer und tragen Sie dieselbe Nummer in die späteren Fragebögen ein.

Bei den nun folgenden Fragen oder Aussagen müssen Sie entweder das für Sie Zutreffende in einem Kästchen ankreuzen oder handschriftlich antworten.

1 Erfahrungen in den Bürgerforen

Im folgenden finden Sie mehrere Aussagen, mit denen Sie den bisherigen Verlauf des Verfahrens beurteilen können. Kreuzen Sie eine links stehende "1" an, dann heißt dies: Das linke Wort "trifft eher zu" als der Gegenbegriff auf der rechten Seite. Eine "2" heißt: Das Wort "trifft besser zu". Und eine "3" bedeutet: Das Wort "trifft voll zu". Bewerten beide Worte das Verfahren nach Ihrer Meinung "gleich gut", dann kreuzen Sie eine "0" an. Bitte kreuzen Sie in jeder Zeile nur eine Zahl an.

Den bisherigen Verlauf der Beteiligung in den Bürgerforen empfinde ich als:

unfair	3	2	1	0	1	2	3	fair
--------	---	---	---	---	---	---	---	------

Eine sachkundige Standortempfehlung durch uns Bürgerinnen und Bürger halte ich für:

möglich	3	2	1	0	1	2	3	nicht möglich
---------	---	---	---	---	---	---	---	---------------

Die uns zur Verfügung stehende Zeit ist:

viel zu knapp	3	2	1	0	1	2	3	mehr als ausreichend
---------------	---	---	---	---	---	---	---	----------------------

Gewünschte Experten konnten befragt werden:

zu Genüge	3	2	1	0	1	2	3	ungenügend
-----------	---	---	---	---	---	---	---	------------

Die Diskussionen in den Bürgerforen finde ich:

ausgewogen	3	2	1	0	1	2	3	einzelne Parteien kamen nie zu Wort
------------	---	---	---	---	---	---	---	-------------------------------------

Gewünschte Themen konnten auf die Tagesordnung gesetzt werden:

nie	3	2	1	0	1	2	3	immer
-----	---	---	---	---	---	---	---	-------

Die Moderation war zu stark eingreifend, so daß keine eigenen Ideen entwickelt werden konnten:

trifft nicht zu	3	2	1	0	1	2	3	trifft zu
-----------------	---	---	---	---	---	---	---	-----------

Die Moderation war zu wenig strukturierend, so daß unendliche Diskussionen die Folge waren:

trifft nicht zu	3	2	1	0	1	2	3	trifft zu
-----------------	---	---	---	---	---	---	---	-----------

Die uns zur Verfügung gestellten Informationen sind:

ausgewogen	3	2	1	0	1	2	3	gefärbt
------------	---	---	---	---	---	---	---	---------

Die uns zur Verfügung gestellten Informationen sind:

unvollständig	3	2	1	0	1	2	3	umfassend
---------------	---	---	---	---	---	---	---	-----------

2 Lob und Tadel am Verfahren

**Gibt es weitere Punkte, die Sie zum Verfahren lobend oder tadelnd äußern möchten?
Dann können Sie diese auf den beiden folgenden Seiten handschriftlich einfügen.**

Dies war die letzte Frage des Fragebogens. Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Fragebogen III

Um die Fragebögen statistisch auswerten zu können, brauchen wir eine einheitliche Kennzeichnung. Wir bitten Sie daher, in die folgenden sechs Felder Ihre anonyme Kennnummer einzutragen, die Sie bereits auf Fragebogen I und II geschrieben haben. Falls Sie Fragebogen I oder II nicht ausgefüllt haben, geben Sie sich bitte erstmals eine Kennnummer. Zur einfacheren Erinnerung hatten wir Sie gebeten, die ersten beiden Buchstaben des Vornamens Ihrer Mutter sowie den Tag und Monat des Geburtstages Ihrer Mutter einzutragen.

Ein Beispiel: Ihre Mutter heißt Martha und wurde am 5. Juni geboren.

Daraus folgt die Kennnummer: M A 0 5 0 6

Ihre persönliche Kennnummer für die Fragebögen:

--	--	--	--	--	--

Bitte merken Sie sich Ihre Kennnummer und tragen Sie dieselbe Nummer in die späteren Fragebögen ein.

Bei den nun folgenden Fragen oder Aussagen müssen Sie entweder das für Sie Zutreffende in einem Kästchen ankreuzen oder handschriftlich antworten. Für handschriftliche Anmerkungen können Sie den freien Platz auf der Seite nutzen oder den freien Raum auf den letzten beiden Seiten oder eigene Blätter hinzufügen. Geben Sie dabei bitte die Nummer der Frage an, auf die Sie sich beziehen.

1 Erwartungen an die Bürgerforen

Inzwischen konnten Sie sich mit dem Verfahren zur Standortfindung vertraut machen. Im folgenden finden Sie sieben Wortpaare, mit denen Sie das Verfahren beurteilen können. Kreuzen Sie eine links stehende "1" an, dann heißt dies: Das linke Wort "trifft eher zu" als der Gegenbegriff auf der rechten Seite. Eine "2" heißt: Das Wort "trifft besser zu". Und eine "3" bedeutet: Das Wort "trifft voll zu". Bewerten beide Worte das Verfahren nach Ihrer Meinung "gleich gut", dann kreuzen Sie eine "0" an. Bitte kreuzen Sie in jeder Zeile nur eine Zahl an.

1.1 Die gewählte Vorgehensweise zur Standortfindung halte ich für:

autoritär	3	2	1	0	1	2	3	demokratisch
fair	3	2	1	0	1	2	3	unfair
dem Problem angemessen	3	2	1	0	1	2	3	zu aufwendig
ein Ablenkungsmanöver	3	2	1	0	1	2	3	einen ernsthaften Versuch der Mitbestimmung
problemverschärfend	3	2	1	0	1	2	3	problemlösend
eine sinnvolle Neuerung	3	2	1	0	1	2	3	alten Wein in neuen Schläuchen
eine Strategie, um den Bürgern den Schwarzen Peter zuzuschieben	3	2	1	0	1	2	3	eine Strategie, um die Bürger sinnvoll in die Entscheidung einzubeziehen

Bitte geben Sie bei den nächsten Aussagen an, wieweit Ihre Zustimmung reicht zwischen "stimme voll zu" und "lehne voll ab". Wenn Sie keine Meinung dazu haben, können Sie auch diese Kategorie ankreuzen.

1.2	Die Bürgerforen können dazu beitragen, den besten Standort für eine Abfallbehandlungsanlage in der Region Nordschwarzwald zu finden.					
	G	G	G	G	G	G
	stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

1.3	Die Bürgerforen sind nur eine Spielwiese für die Bürgerinnen und Bürger, um ihnen den Eindruck zu vermitteln, sie hätten etwas zu sagen. Wahrscheinlich ist die Entscheidung längst gefallen.					
	G	G	G	G	G	G
	stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

1.4	Die Bürgerforen sind ein geeignetes Mittel, um den Bürger und Bürgerinnen eine angemessene Mitbestimmung zu gewähren.					
	G	G	G	G	G	G
	stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

1.5	Die Bürgerforen sollen im wesentlichen die Bürger und Bürgerinnen beruhigen, damit im Nordschwarzwald möglichst ohne Widerstand (thermische bzw. kalte) Abfallbehandlungsanlagen errichtet werden können.					
	G	G	G	G	G	G
	stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

1.6	Die Bürgerforen können dazu beitragen, einen fairen Ausgleich zwischen den Gemeinden zustandezubringen.					
	G	G	G	G	G	G
	stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

Für wie wichtig halten Sie die im folgenden aufgelisteten Aufgaben der Bürgerforen? Die Bewertung reicht von “unwichtig” bis “wichtig”. Wenn Sie keine Meinung dazu haben, können Sie auch diese Kategorie ankreuzen.

Die Bürgerforen sollen die Aufgabe haben,

1.7	Kriterien zur Bewertung von Standorten zu entwickeln.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.8	eine Empfehlung für die Wahl eines oder mehrerer Standorte zu geben.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.9	Empfehlungen für den Betrieb der geplanten Anlagen zu geben. (Wer soll der Betreiber sein? Wer soll der Bauherr sein? usw.)				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.10	Empfehlungen für die Kontrolle und Überwachung der Anlagen zu geben.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.11	den weiteren Bedarf an Gutachten über die Eignung eines Standortes zu ermitteln.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.12	Empfehlungen darüber abzugeben, welche Abfälle in den Anlagen behandelt werden dürfen und welche nicht.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.13 Fallen Ihnen noch andere Aufgaben ein, die hier nicht erwähnt sind? Bitte fügen Sie diese hier ein:

Im folgenden sind einige mögliche Gründe für Ihre Teilnahme aufgelistet. Bitte kreuzen Sie an, wie unwichtig oder wichtig diese für Ihre eigene Teilnahme sind.

Ich nehme an den Bürgerforen teil,

1.14	weil ich das Thema Abfall interessant finde.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.15	um wichtige Entscheidungen beeinflussen zu können.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.16	weil ich mich dazu verpflichtet fühle.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.17	um den Bau einer Abfallbehandlungsanlage in meiner Heimatgemeinde zu verhindern.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.18	weil mich das Beteiligungsverfahren neugierig gemacht hat.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.19	um die Interessen meiner Gemeinde zu vertreten.				
	G	G	G	G	G
	unwichtig	eher unwichtig	eher wichtig	wichtig	keine Meinung

1.20 Gibt es vielleicht noch andere wichtige Gründe für ihre Teilnahme? Bitte fügen Sie diese hier ein:

2 Einschätzung wichtiger Organisationen

Inzwischen haben Sie einen Eindruck von der Akademie für Technikfolgenabschätzung, der regionalen Planungsgesellschaft P.A.N. und dem Ingenieurbüro Fichtner gewinnen können. Bitte kreuzen Sie in den folgenden Tabellen an, wie sie die einzelnen Organisationen einschätzen. Für das Ausfüllen gelten wieder die gleichen Regeln wie bei der ersten Frage auf Seite 2.

2.1 Die Akademie halte ich für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig
parteiisch	3	2	1	0	1	2	3	neutral
offen für Vorschläge	3	2	1	0	1	2	3	nicht offen für Vorschläge
undurchschaubar	3	2	1	0	1	2	3	transparent

2.2 Die P.A.N. halte ich für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig
parteiisch	3	2	1	0	1	2	3	neutral
offen für Vorschläge	3	2	1	0	1	2	3	nicht offen für Vorschläge
undurchschaubar	3	2	1	0	1	2	3	transparent

2.3 Das Ingenieurbüro Fichtner halte ich für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig
parteiisch	3	2	1	0	1	2	3	neutral
offen für Vorschläge	3	2	1	0	1	2	3	nicht offen für Vorschläge
undurchschaubar	3	2	1	0	1	2	3	transparent

3 Fragen zu den geplanten Anlagen zur Abfallbehandlung

3.1 In dem Bürgerforum, an dem ich teilnehmen werde, wird die Standortfrage folgender Anlage zur Abfallbehandlung bearbeitet. (Zutreffendes bitte ankreuzen):

G	G
biologisch-mechanische Anlage (BMA)	Verbrennungsanlage (MVA)

3.2 Ich halte den Bau dieser Anlage für:

überflüssig	3	2	1	0	1	2	3	notwendig
umweltschonend	3	2	1	0	1	2	3	umweltschädigend
gesundheitsbelastend	3	2	1	0	1	2	3	ohne Auswirkungen auf die Gesundheit
einen Gewinn an kommunaler Lebensqualität	3	2	1	0	1	2	3	einen Verlust an kommunaler Lebensqualität
nicht im Einklang mit der deutschen Abfallpolitik	3	2	1	0	1	2	3	im Einklang mit der deutschen Abfallpolitik
problemlösend	3	2	1	0	1	2	3	problemverschärfend
ein langfristiges Risiko	3	2	1	0	1	2	3	kein langfristiges Risiko
eine notwendige Ergänzung zum Prinzip der Abfallvermeidung oder -verwertung	3	2	1	0	1	2	3	einen Widerspruch zum Prinzip der Abfallvermeidung oder -verwertung

3.3 Mein Heimatort ist im Prinzip als Standort für eine solche Anlage geeignet.

G	G	G	G	G	G
stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

4 Allgemeine Fragen zur Beurteilung einiger gesellschaftlicher Gruppen

4.1 Verwaltungsbehörden halte ich im allgemeinen für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig

4.2 Politik halte ich im allgemeinen für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig

4.3 Experten aus Wissenschaft und Technik halte ich im allgemeinen für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig

4.4 Umweltschutzorganisationen halte ich im allgemeinen für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig

4.5 Die Industrie halte ich im allgemeinen für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig

4.6 Presse, Funk und Fernsehen halte ich im allgemeinen für:

vertrauenswürdig	3	2	1	0	1	2	3	nicht vertrauenswürdig
eigennützig	3	2	1	0	1	2	3	am Gemeinwohl orientiert
sachkundig	3	2	1	0	1	2	3	nicht sachkundig

5 Bitte beurteilen Sie die folgenden allgemeinen Aussagen.

5.1 Laien können zu schwierigen Planungsproblemen wichtige Beiträge liefern.					
G	G	G	G	G	G
stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

5.2 Wichtige Entscheidungen sollten in der Öffentlichkeit diskutiert werden.					
G	G	G	G	G	G
stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

5.3 Die Experten wissen am besten, was zu tun ist:					
G	G	G	G	G	G
stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

5.4 Die Meinung der Bürger wird bei politischen Entscheidungen zu wenig berücksichtigt.					
G	G	G	G	G	G
stimme voll zu	stimme eher zu	unentschieden	lehne eher ab	lehne voll ab	keine Meinung

5.5 Glauben Sie, daß die Technik alles in allem eher ein Segen oder eher ein Fluch für die Menschheit ist?					
G	G	G	G	G	G
eher ein Segen	teils, teils	eher ein Fluch			keine Meinung

6 Welche Partei haben Sie bei den letzten Landtagswahlen am 24. März 1996 gewählt? (Bitte kreuzen Sie das Zutreffende an.)

1	CDU	Christlich-Demokratische Union	F
2	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	F
3	REP	DIE REPUBLIKANER	F
4	GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	F
5	FDP/DVP	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei	F
6	ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei	F
7	(Andere)	Eine andere Partei.	F
8	(Keine)	Ich habe nicht gewählt.	F

Die folgenden Fragen brauchen Sie nur zu beantworten, wenn Sie Fragebogen I nicht ausgefüllt haben.

7 Bei welchen politischen Beteiligungsformen haben Sie schon mal mitgemacht? (Bitte kreuzen Sie das Zutreffende an.)

	einmal	mehrmals	noch nie
Volksentscheid			
Volksbegehren			
Bürgerentscheid			
Bürgerbegehren			
Kandidat bei politischen Wahlen			
Zur Wahl gehen			
Demonstration			
Unterschriftensammlung			
Boycott			
Beteiligung an Bürgerinitiativen			
Fragen an Politiker oder politische Gremien			

8 Einige Fragen zu Ihrer Person

8.1 Geschlecht: G männlich G weiblich

8.2 Alter: _____

8.3 Welchen Ausbildungsabschluß haben Sie oder streben Sie an?

G Schüler/in

G Auszubildende/r

G Student/in

G Ich habe keinen beruflichen Abschluß.

G Ich habe eine Berufsausbildung (Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule) abgeschlossen.

G Ich habe eine Ausbildung an einer Fachschule, Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Fachakademie abgeschlossen.

G Ich habe einen Fach- bzw. Hochschulabschluß.

G Ich habe einen anderen beruflichen Abschluß, und zwar _____

8.4 Sind Sie Mitglied einer Partei, eines Vereins oder eines Verbandes?

G Ja, und zwar (Bitte angeben):

G Nein

Dies war die letzte Frage des Fragebogens. Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

Anhang 2: Mittelwerte im Überblick

Tab. 16: Mittelwerte für die Personen (N=56), die Fragebogen I und III ausgefüllt haben

Frage	Abb.	Variable	Nr.	Fragebogen I				Fragebogen III				FI-FIII
				Mittelwert	S.E.	Varianz	N	Mittelwert	S.E.	Varianz	N	M-Diff
1.1	1	Vorgehen: demokratisch	1	1,43	0,17	1,61	54	1,66	0,14	1,10	56	-0,23
		Vorgehen: fair	2	1,08	0,22	2,53	53	1,36	0,20	2,23	56	-0,28
		Vorgehen: Problem angemessen	3	1,07	0,20	2,18	54	1,04	0,24	3,07	55	0,03
		Vorgehen: Versuch der Mitbestimmung	4	1,00	0,19	2,00	55	1,25	0,22	2,66	56	-0,25
		Vorgehen: problemlösend	5	1,17	0,14	0,99	53	0,98	0,16	1,47	56	0,19
		Vorgehen: sinnvolle Neuerung	6	1,69	0,17	1,50	54	1,55	0,17	1,71	56	0,14
		Vorgehen: sinnvolle Strategie	7	1,17	0,18	1,80	54	0,98	0,20	2,31	56	0,19
1.2	4	Funktion: besten Standort finden	8	0,78	0,13	0,91	55	0,73	0,13	0,98	55	0,05
1.3		Funktion: keine Spielwiese	9	0,28	0,12	0,81	54	0,44	0,15	1,29	55	-0,16
1.4		Funktion: Mittel zur Mitbestimmung	10	0,43	0,15	1,19	56	0,83	0,13	0,93	54	-0,40
1.5		Funktion: Nicht Beruhigung der Bürger	11	0,13	0,15	1,22	55	0,39	0,15	1,26	56	-0,26
1.6		Funktion: fairer Ausgleich	12	0,52	0,15	1,20	54	0,51	0,15	1,14	53	0,01
1.7	5	Aufgabe: Kriterien zu entwickeln	13	2,57	0,09	0,47	56	2,58	0,07	0,28	55	-0,01
1.8		Aufgabe: Empfehlung für Standort	14	2,65	0,08	0,34	55	2,60	0,08	0,32	55	0,05
1.9		Aufgabe: Empfehlung zu Anlagenbetrieb	15	1,90	0,16	1,30	52	1,74	0,15	1,16	53	0,16
1.10		Aufgabe: Empfehlung zu Kontrolle	16	2,24	0,12	0,81	55	2,20	0,13	0,84	54	0,04
1.11		Aufgabe: Bedarf an Gutachten	17	2,15	0,11	0,67	53	2,15	0,12	0,81	54	0,00
1.12		Aufgabe: Empfehlungen zu Abfallarten	18	1,98	0,14	0,98	53	1,69	0,14	1,09	54	0,29
1.14	6	Teilnahme: Interesse am Thema	19	2,46	0,10	0,51	56	2,34	0,10	0,59	56	0,12
1.15		Teilnahme: Entscheidung beeinflussen	20	2,32	0,11	0,61	53	2,16	0,12	0,77	55	0,16
1.16		Teilnahme: verpflichtet fühlen	21	2,05	0,14	1,03	56	2,00	0,13	0,95	56	0,05
1.17		Teilnahme: Anlage verhindern	22	1,67	0,16	1,22	49	1,31	0,14	1,01	54	0,36
1.18		Teilnahme: Neugierde auf Verfahren	23	2,23	0,11	0,73	56	2,30	0,10	0,58	56	-0,07
1.19		Teilnahme: Ortsinteressen vertreten	24	2,02	0,14	1,00	54	1,79	0,12	0,86	56	0,23

Frage	Abb.	Variable	Nr.	Fragebogen I				Fragebogen III				FI-FIII
				Mittelwert	S.E.	Varianz	N	Mittelwert	S.E.	Varianz	N	M-Diff
2.1		Akademie: vertrauenswürdig	25	1,84	0,13	0,95	55	2,09	0,15	1,28	56	-0,25
		Akademie: gemeinwohlorientiert	26	1,15	0,20	2,24	54	1,24	0,20	2,22	55	-0,09
		Akademie: sachkundig	27	1,51	0,21	2,33	53	1,64	0,13	0,92	56	-0,13
		Akademie: neutral	28	1,31	0,17	1,65	54	1,52	0,22	2,69	56	-0,21
		Akademie: offen für Vorschläge	29	1,83	0,14	1,01	54	1,96	0,15	1,20	56	-0,13
		Akademie: transparent	30	0,80	0,19	1,90	54	1,16	0,19	1,99	56	-0,36
2.2	7	P.A.N.: vertrauenswürdig	31	-0,04	0,20	2,04	52	-0,05	0,21	2,38	56	0,01
		P.A.N.: gemeinwohlorientiert	32	-0,46	0,22	2,61	52	-0,30	0,24	3,16	56	-0,16
		P.A.N.: sachkundig	33	1,23	0,14	1,04	52	0,89	0,22	2,64	56	0,34
		P.A.N.: neutral	34	-0,81	0,22	2,47	52	-0,77	0,23	2,87	56	-0,04
		P.A.N.: offen für Vorschläge	35	0,15	0,17	1,58	52	0,00	0,21	2,36	56	0,15
		P.A.N.: transparent	36	-0,19	0,20	2,16	52	-0,36	0,21	2,42	56	0,17
2.3		Fichtner: vertrauenswürdig	37	0,02	0,23	2,65	49	-0,39	0,23	2,93	56	0,41
		Fichtner: gemeinwohlorientiert	38	-0,63	0,24	2,90	49	-0,79	0,24	3,12	56	0,16
		Fichtner: sachkundig	39	1,14	0,24	2,79	49	0,52	0,25	3,45	56	0,62
		Fichtner: neutral	40	-0,29	0,24	2,92	49	-0,14	0,21	2,52	56	-0,15
		Fichtner: offen für Vorschläge	41	-0,16	0,20	2,06	49	-0,82	0,18	1,89	56	0,66
		Fichtner: transparent	42	-0,04	0,20	2,04	49	-0,61	0,20	2,17	56	0,57
3.1		Bürgerforum (heiß, kalt)	43	1,27	0,06	0,20	56	1,36	0,06	0,23	56	-0,09
3.2	2	Bau: notwendig	44	0,77	0,29	4,49	52	0,59	0,28	4,43	56	0,18
		Bau: umweltschonend	45	-0,17	0,24	3,20	54	0,23	0,25	3,38	56	-0,40
		Bau: ohne Wirkung auf Gesundheit	46	-0,81	0,20	2,23	54	-0,46	0,22	2,62	56	-0,35
		Bau: Gewinn an Lebensqualität	47	-1,39	0,20	2,13	54	-1,37	0,18	1,84	56	-0,02
		Bau: im Einklang mit Abfallpolitik	48	0,25	0,25	3,38	53	0,29	0,26	3,65	55	-0,04
		Bau: problemlösend	49	0,26	0,24	3,10	54	0,43	0,21	2,50	56	-0,17
		Bau: kein langfristiges Risiko	50	-0,72	0,25	3,26	54	-0,43	0,24	3,19	56	-0,29
		Bau: notwendige Ergänzung	51	0,48	0,23	2,90	54	0,55	0,26	3,92	56	-0,07
3.3	3	Heimatort als Standort geeignet	52	-0,85	0,17	1,43	47	-0,50	0,18	1,76	54	-0,35

Frage	Abb.	Variable	Nr.	Fragebogen I				Fragebogen III				FI-FIII
				Mittelwert	S.E.	Varianz	N	Mittelwert	S.E.	Varianz	N	M-Diff
4.1	7	Behörden: vertrauenswürdig	53	-0,04	0,19	2,11	56	-0,11	0,20	2,18	54	0,07
		Behörden: gemeinwohlorientiert	54	0,00	0,19	2,00	56	-0,22	0,22	2,59	54	0,22
		Behörden: sachkundig	55	0,29	0,20	2,32	56	0,19	0,19	1,97	54	0,10
4.2	7	Politik: vertrauenswürdig	56	-1,11	0,20	2,24	56	-1,09	0,18	1,79	55	-0,02
		Politik: gemeinwohlorientiert	57	-0,95	0,21	2,42	56	-1,05	0,19	2,02	55	0,10
		Politik: sachkundig	58	-0,48	0,19	2,11	56	-0,58	0,19	2,03	55	0,10
4.3	7	Experten: vertrauenswürdig	59	0,98	0,15	1,28	55	1,00	0,16	1,49	56	-0,02
		Experten: gemeinwohlorientiert	60	-0,02	0,17	1,54	55	-0,09	0,16	1,36	56	0,07
		Experten: sachkundig	61	2,09	0,13	0,94	55	1,86	0,13	0,96	56	0,23
4.4	7	Umweltorg.: vertrauenswürdig	62	1,69	0,16	1,48	55	1,36	0,17	1,58	56	0,33
		Umweltorg.: gemeinwohlorientiert	63	1,31	0,21	2,44	55	0,77	0,24	3,27	56	0,54
		Umweltorg.: sachkundig	64	1,07	0,20	2,25	55	1,25	0,18	1,79	56	-0,18
4.5	7	Industrie: vertrauenswürdig	65	-1,09	0,19	2,12	56	-0,73	0,20	2,27	56	-0,36
		Industrie: gemeinwohlorientiert	66	-2,09	0,14	1,06	56	-2,16	0,16	1,37	56	0,07
		Industrie: sachkundig	67	1,05	0,17	1,54	56	0,87	0,17	1,64	56	0,18
4.6	7	Medien: vertrauenswürdig	68	-0,39	0,21	2,57	56	-0,52	0,19	1,96	56	0,13
		Medien: gemeinwohlorientiert	69	-0,77	0,21	2,36	56	-1,02	0,18	1,91	56	0,25
		Medien: sachkundig	70	-0,11	0,21	2,46	56	-0,18	0,19	1,93	56	0,07
5.1	8	Laien liefern wichtige Beiträge	71	0,71	0,12	0,84	55	0,84	0,12	0,77	55	-0,13
5.2		Entscheidungen öffentlich diskutieren	72	1,48	0,10	0,58	56	1,41	0,09	0,46	56	0,07
5.3		Experten wissen am besten, was zu tun	73	0,47	0,13	0,88	55	0,58	0,13	0,88	55	-0,11
5.4		Bürgermeinung zu wenig berücksichtigt	74	1,46	0,09	0,44	56	1,27	0,10	0,53	56	0,19
5.5		9	Technik: Segen oder Fluch	75	1,77	0,08	0,36	56	1,91	0,09	0,42	55

Frage	Abb.	Variable	Nr.	Fragebogen I				Fragebogen III				FI-FIII
				Mittelwert	S.E.	Varianz	N	Mittelwert	S.E.	Varianz	N	M-Diff
1.1		Vorgehensweise	01-07	1,16	0,14	1,10	55	1,25	0,14	1,06	56	-0,09
1.2-6		Einschätzung Bürgerforen	08-12	0,42	0,11	0,62	56	-0,42	0,11	0,63	56	-0,16
2.1	7	Akademie	25-27	1,50	0,14	1,03	55	1,65	0,13	1,01	56	-0,15
2.2		P.A.N.	31-33	0,24	0,15	1,19	52	0,18	0,19	2,09	56	0,06
2.3		Fichtner	37-39	0,18	0,18	1,66	49	-0,22	0,18	1,88	56	0,40
3.2		Bau der Anlage	44-51	-0,17	0,18	1,81	54	-0,02	0,17	1,64	56	-0,15
4.1	7	Behörden	53-55	0,08	0,18	1,73	56	-0,05	0,18	1,72	54	0,13
4.2		Politik	56-58	-0,85	0,17	1,58	56	-0,91	0,16	1,32	55	0,06
4.3		Experten	59-61	1,02	0,11	0,64	55	0,92	0,11	0,63	56	0,10
4.4		Umweltschutzorganisationen	62-64	1,36	0,16	1,34	55	1,12	0,18	1,79	56	0,24
4.5		Industrie	65-67	-0,71	0,13	0,92	56	-0,67	0,13	0,96	56	-0,04
4.6		Medien	68-70	-0,42	0,18	1,86	56	-0,57	0,16	1,36	56	0,15
5		allg. Aussagen	71-74	1,04	0,06	0,23	56	1,03	0,07	0,28	56	0,01

Tab. 17: Mittelwerte Fragebogen I, III (alle Personen)

Frage	Abb.	Variable	Nr.	Fragebogen I				Fragebogen III				FI-FIII
				Mittelwert	S.E.	Varianz	N	Mittelwert	S.E.	Varianz	N	M-Diff
1.1	1	Vorgehen: demokratisch	1	1,40	0,13	2,10	128	1,76	0,13	1,32	82	-0,36
		Vorgehen: fair	2	1,13	0,14	2,59	127	1,49	0,16	2,13	82	-0,36
		Vorgehen: Problem angemessen	3	1,02	0,15	2,85	127	0,68	0,23	4,15	80	0,34
		Vorgehen: Versuch der Mitbestimmung	4	0,86	0,15	2,86	129	0,98	0,20	3,37	81	-0,12
		Vorgehen: problemlösend	5	1,03	0,10	1,34	126	1,00	0,14	1,56	82	0,03
		Vorgehen: sinnvolle Neuerung	6	1,56	0,12	1,92	128	1,79	0,14	1,57	82	-0,23
		Vorgehen: sinnvolle Strategie	7	0,99	0,14	2,33	127	1,18	0,16	2,08	82	-0,19
1.2	4	Funktion: besten Standort finden	8	0,84	0,08	0,91	128	0,89	0,10	0,82	84	-0,05
1.3		Funktion: keine Spielwiese	9	0,15	0,10	1,24	129	0,52	0,13	1,30	83	-0,37
1.4		Funktion: Mittel zur Mitbestimmung	10	0,56	0,10	1,18	126	0,94	0,10	0,76	83	-0,38
1.5		Funktion: Nicht Beruhigung der Bürger	11	0,17	0,11	1,48	128	0,54	0,12	1,32	85	-0,37
1.6		Funktion: fairer Ausgleich	12	0,58	0,10	1,26	125	0,63	0,12	1,07	80	-0,05
1.7	5	Aufgabe: Kriterien zu entwickeln	13	2,58	0,06	0,42	130	2,61	0,06	0,27	84	-0,03
1.8		Aufgabe: Empfehlung für Standort	14	2,67	0,05	0,32	129	2,58	0,06	0,32	84	0,09
1.9		Aufgabe: Empfehlung zu Anlagenbetrieb	15	1,93	0,10	1,19	124	1,77	0,12	1,11	81	0,16
1.10		Aufgabe: Empfehlung zu Kontrolle	16	2,21	0,09	0,92	126	2,21	0,10	0,84	81	0,00
1.11		Aufgabe: Bedarf an Gutachten	17	2,22	0,07	0,68	123	2,18	0,09	0,74	83	0,04
1.12		Aufgabe: Empfehlungen zu Abfallarten	18	2,08	0,09	0,94	120	1,76	0,11	1,02	80	0,32
1.14	6	Teilnahme: Interesse am Thema	19	2,47	0,07	0,60	132	2,35	0,09	0,64	85	0,12
1.15		Teilnahme: Entscheidung beeinflussen	20	2,41	0,06	0,50	128	2,14	0,09	0,70	80	0,27
1.16		Teilnahme: verpflichtet fühlen	21	2,19	0,08	0,86	131	2,07	0,11	0,95	85	0,12
1.17		Teilnahme: Anlage verhindern	22	1,52	0,10	1,24	122	1,31	0,12	1,15	80	0,21
1.18		Teilnahme: Neugierde auf Verfahren	23	2,22	0,08	0,86	130	2,28	0,08	0,54	85	-0,06
1.19		Teilnahme: Ortsinteressen vertreten	24	1,94	0,09	1,06	131	1,69	0,11	1,05	83	0,25

Frage	Abb.	Variable	Nr.	Fragebogen I				Fragebogen III				FI-FIII
				Mittelwert	S.E.	Varianz	N	Mittelwert	S.E.	Varianz	N	M-Diff
2.1		Akademie: vertrauenswürdig	25	1,75	0,10	1,32	128	2,20	0,11	1,07	83	-0,45
		Akademie: gemeinwohlorientiert	26	1,09	0,12	1,97	126	1,43	0,15	1,95	82	-0,34
		Akademie: sachkundig	27	1,50	0,12	1,77	125	1,57	0,13	1,37	83	-0,07
		Akademie: neutral	28	1,43	0,12	1,81	125	1,59	0,18	2,52	82	-0,16
		Akademie: offen für Vorschläge	29	1,72	0,12	1,69	126	1,88	0,14	1,69	83	-0,16
		Akademie: transparent	30	0,90	0,13	1,99	126	1,35	0,15	1,94	83	-0,45
2.2	7	P.A.N.: vertrauenswürdig	31	-0,13	0,14	2,47	125	0,17	0,18	2,58	83	-0,30
		P.A.N.: gemeinwohlorientiert	32	-0,28	0,16	3,07	125	-0,17	0,19	2,85	83	-0,11
		P.A.N.: sachkundig	33	1,04	0,11	1,58	124	0,96	0,17	2,36	82	0,08
		P.A.N.: neutral	34	-0,80	0,15	2,71	125	-0,65	0,19	3,03	83	-0,15
		P.A.N.: offen für Vorschläge	35	0,11	0,14	2,28	124	0,07	0,17	2,26	83	0,04
		P.A.N.: transparent	36	-0,30	0,15	2,66	125	-0,34	0,17	2,30	83	0,04
2.3		Fichtner: vertrauenswürdig	37	0,03	0,15	2,55	116	-0,33	0,19	3,05	83	0,36
		Fichtner: gemeinwohlorientiert	38	-0,70	0,15	2,67	118	-0,83	0,19	2,85	83	0,13
		Fichtner: sachkundig	39	1,11	0,15	2,74	117	0,48	0,21	3,52	83	0,63
		Fichtner: neutral	40	-0,25	0,15	2,69	117	-0,12	0,17	2,43	82	-0,13
		Fichtner: offen für Vorschläge	41	-0,07	0,14	2,17	117	-0,86	0,15	1,93	83	0,79
		Fichtner: transparent	42	-0,25	0,14	2,29	117	-0,65	0,17	2,45	83	0,40
3.1		Bürgerforum (heiß, kalt)	43	1,30	0,04	0,21	132	1,37	0,05	0,24	83	-0,07
3.2	2	Bau: notwendig	44	0,41	0,20	4,94	124	0,71	0,24	4,79	83	-0,30
		Bau: umweltschonend	45	-0,41	0,18	3,86	126	0,36	0,20	3,33	83	-0,77
		Bau: ohne Wirkung auf Gesundheit	46	-1,03	0,14	2,48	127	-0,34	0,19	3,04	82	-0,69
		Bau: Gewinn an Lebensqualität	47	-1,21	0,15	2,87	126	-1,00	0,18	2,61	83	-0,21
		Bau: im Einklang mit Abfallpolitik	48	0,03	0,17	3,61	125	0,44	0,22	3,93	81	-0,41
		Bau: problemlösend	49	0,01	0,17	3,67	125	0,49	0,18	2,75	82	-0,48
		Bau: kein langfristiges Risiko	50	-0,82	0,16	3,45	127	-0,24	0,21	3,57	82	-0,58
		Bau: notwendige Ergänzung	51	0,33	0,18	4,01	125	0,64	0,21	3,67	83	-0,31
3.3	3	Heimatort als Standort geeignet	52	-0,81	0,11	1,35	111	-0,41	0,15	1,92	82	-0,40

Frage	Abb.	Variable	Nr.	Fragebogen I				Fragebogen III				FI-FIII
				Mittelwert	S.E.	Varianz	N	Mittelwert	S.E.	Varianz	N	M-Diff
4.1	7	Behörden: vertrauenswürdig	53	0,12	0,14	2,52	131	0,01	0,16	2,04	80	0,11
		Behörden: gemeinwohlorientiert	54	0,10	0,14	2,65	132	-0,35	0,17	2,35	81	0,45
		Behörden: sachkundig	55	0,37	0,14	2,44	131	0,14	0,15	1,79	81	0,23
4.2	7	Politik: vertrauenswürdig	56	-1,19	0,14	2,52	131	-1,10	0,16	2,09	82	-0,09
		Politik: gemeinwohlorientiert	57	-1,08	0,15	2,88	131	-1,01	0,17	2,38	82	-0,07
		Politik: sachkundig	58	-0,42	0,14	2,40	131	-0,56	0,17	2,25	82	0,14
4.3	7	Experten: vertrauenswürdig	59	1,16	0,10	1,34	128	1,19	0,13	1,45	83	-0,03
		Experten: gemeinwohlorientiert	60	-0,02	0,12	1,95	129	-0,02	0,15	1,83	83	0,00
		Experten: sachkundig	61	2,08	0,10	1,17	129	1,93	0,12	1,14	83	0,15
4.4	7	Umweltorg.: vertrauenswürdig	62	1,43	0,12	1,97	129	1,29	0,15	1,82	83	0,14
		Umweltorg.: gemeinwohlorientiert	63	1,01	0,16	3,15	129	0,83	0,20	3,24	83	0,18
		Umweltorg.: sachkundig	64	1,14	0,13	2,07	129	1,28	0,14	1,71	83	-0,14
4.5	7	Industrie: vertrauenswürdig	65	-1,04	0,13	2,30	129	-0,67	0,16	2,25	83	-0,37
		Industrie: gemeinwohlorientiert	66	-2,32	0,08	0,79	130	-2,17	0,13	1,31	83	-0,15
		Industrie: sachkundig	67	1,04	0,13	2,32	130	1,02	0,14	1,63	83	0,02
4.6	7	Medien: vertrauenswürdig	68	-0,12	0,15	2,87	132	-0,31	0,17	2,32	83	0,19
		Medien: gemeinwohlorientiert	69	-0,80	0,14	2,61	131	-0,96	0,15	1,99	83	0,16
		Medien: sachkundig	70	-0,11	0,14	2,64	131	-0,24	0,15	1,92	83	0,13
5.1	8	Laien liefern wichtige Beiträge	71	0,76	0,08	0,84	131	0,89	0,09	0,65	84	-0,13
5.2		Entscheidungen öffentlich diskutieren	72	1,52	0,06	0,47	131	1,33	0,09	0,70	85	0,19
5.3		Experten wissen am besten, was zu tun	73	0,29	0,09	1,15	129	0,50	0,10	0,88	84	-0,21
5.4		Bürgermeinung zu wenig berücksichtigt	74	1,45	0,06	0,51	132	1,24	0,07	0,44	85	0,21
5.5	9	Technik: Segen oder Fluch	75	1,75	0,05	0,37	130	1,84	0,07	0,38	83	-0,09

Frage	Abb.	Variable	Nr.	Fragebogen I				Fragebogen III				FI-FIII
				Mittelwert	S.E.	Varianz	N	Mittelwert	S.E.	Varianz	N	M-Diff
1.1		Vorgehensweise	01-07	1,11	0,10	1,31	129	1,26	0,11	0,99	82	-0,15
1.2-6		Einschätzung Bürgerforen	08-12	0,42	0,08	0,77	132	0,70	0,08	0,58	85	-0,28
2.1	7	Akademie	25-27	1,45	0,09	1,01	128	1,73	0,10	0,90	83	-0,28
2.2		P.A.N.	31-33	0,20	0,10	1,37	125	0,32	0,15	1,96	83	-0,12
2.3		Fichtner	37-39	0,14	0,12	1,68	118	-0,22	0,14	1,74	83	0,36
3.2		Bau der Anlage	44-51	-0,35	0,13	2,12	127	0,14	0,15	1,99	83	-0,49
4.1	7	Behörden	53-55	0,20	0,12	1,95	132	-0,07	0,13	1,38	81	0,27
4.2		Politik	56-58	-0,90	0,11	1,70	131	-0,89	0,13	1,39	82	-0,01
4.3		Experten	59-61	1,07	0,08	0,83	129	1,03	0,10	0,79	83	0,04
4.4		Umweltschutzorganisationen	62-64	1,19	0,11	1,70	129	1,13	0,14	1,73	83	0,06
4.5		Industrie	65-67	-0,77	0,09	0,95	130	-0,61	0,11	0,92	83	-0,16
4.6		Medien	68-70	-0,34	0,12	1,84	132	-0,51	0,13	1,40	83	0,17
5		allg. Aussagen	71-74	1,01	0,04	0,26	132	0,99	0,06	0,28	85	0,02

Tab. 18: Mittelwerte Fragebogen II (alle Personen)

Frage	Abb.	Variable	Nr.	Fragebogen II			
				Mittelwert	S.E.	Varianz	N
1	15	bisheriger Verlauf fair	1	1,56	0,14	1,82	99
		sachkundige Empfehlung möglich	2	0,70	0,20	4,01	101
		Zeit ausreichend	3	-0,85	0,16	2,64	102
		Expertenbefragung ausreichend	4	0,05	0,19	3,71	102
		Diskussion ausgewogen	5	1,45	0,15	2,19	101
		TOP ergänzen möglich	6	0,75	0,15	2,31	102
		Moderation greift nicht stark ein	7	1,71	0,15	2,25	102
		Moderation ist strukturierend	8	1,46	0,14	2,01	101
		Infos sind ausgewogen	9	0,19	0,18	3,16	102
		Infos sind umfassend	10	-0,07	0,19	3,71	102

Tab. 19: Vergleich der Antworten im Aargau und im Nordschwarzwald (NSW): Mittelwerte aus Fragebogen I und III (alle Personen)

Frage	Abb.	Variable	Nr.	Fragebogen I (FI)		Fragebogen III (FIII)		Mittelwertdifferenz: NSW-Aargau	
				NSW	Aargau	NSW	Aargau	FI	FIII
1.1	16	Vorgehen: demokratisch	1	1,40	1,63	1,76	1,66	-0,23	0,10
		Vorgehen: fair	2	1,13	1,64	1,49	1,76	-0,51	-0,27
		Vorgehen: Problem angemessen	3	1,02	1,31	0,68	1,38	-0,29	-0,70
		Vorgehen: Versuch der Mitbestimmung	4	0,86	1,09	0,98	1,13	-0,23	-0,15
		Vorgehen: problemlösend	5	1,03	0,97	1,00	1,47	0,06	-0,47
		Vorgehen: sinnvolle Neuerung	6	1,56	1,28	1,79	1,46	0,28	0,33
		Vorgehen: sinnvolle Strategie	7	0,99	0,93	1,18	1,28	0,06	-0,10
1.2		Funktion: besten Standort finden	8	0,84	0,97	0,89	1,18	-0,13	-0,29
1.3		Funktion: keine Spielwiese	9	0,15	0,49	0,52	0,43	-0,34	0,09
1.4	18	Funktion: Mittel zur Mitbestimmung	10	0,56	0,58	0,94	0,69	-0,02	0,25
1.5		Funktion: Nicht Beruhigung der Bürger	11	0,17	0,01	0,54	0,31	0,16	0,23
1.6		Funktion: fairer Ausgleich	12	0,58	0,83	0,63	0,55	-0,25	0,08
3.2	17	Bau: notwendig	44	0,41	1,98	0,71	1,57	-1,57	-0,86
		Bau: umweltschonend	45	-0,41	-0,22	0,36	-0,11	-0,19	0,47
		Bau: ohne Wirkung auf Gesundheit	46	-1,03	-0,28	-0,34	0,00	-0,75	-0,34
		Bau: Gewinn an Lebensqualität	47	-1,21	-1,29	-1,00	-1,36	0,08	0,36
		Bau: im Einklang mit Abfallpolitik	48	0,03	1,66	0,44	1,13	-1,63	-0,69
		Bau: problemlösend	49	0,01	0,88	0,49	0,32	-0,87	0,17
		Bau: kein langfristiges Risiko	50	-0,82	-1,24	-0,24	-1,17	0,42	0,93
		Bau: notwendige Ergänzung	51	0,33	0,84	0,64	0,55	-0,51	0,09
1.1		Vorgehensweise	01-07	1,11	1,26	1,26	1,45	-0,15	-0,19
1.2-6		Einschätzung Bürgerforen	08-12	0,42	0,41	0,70	0,45	0,01	0,25
3.2		Bau der Anlage	44-51	-0,35	0,33	0,14	0,13	-0,68	0,01

Tab. 20: Vergleich der Antworten im Aargau und im Nordschwarzwald (NSW): Mittelwerte aus Fragebogen II (alle Personen)

Frage	Abb.	Variable	Nr.	Fragebogen II		Mittelwertdifferenz: NSW-Aargau FII
				NSW	Aargau	
1	19	bisheriger Verlauf fair	1	1,56	1,45	0,11
		sachkundige Empfehlung möglich	2	0,70	--	--
		Zeit ausreichend	3	-0,85	1,17	-2,02
		Expertenbefragung ausreichend	4	0,05	1,74	-1,69
		Diskussion ausgewogen	5	1,45	1,51	-0,06
		TOP ergänzen möglich	6	0,75	2,10	-1,35
		Moderation greift nicht stark ein	7	1,71	0,57	1,14
		Moderation ist strukturierend	8	1,46	0,44	1,02
		Infos sind ausgewogen	9	0,19	0,87	-0,68
		Infos sind umfassend	10	-0,07	--	--

Anhang 3: Schriftliche Anmerkungen in Fragebogen 2 ('Lob und Tadel am Verfahren')

Ich habe diesen Weg durchaus als demokratisches Verfahren empfunden und fand die Kenntnisse, die sich die Teilnehmer/innen meiner Gruppe zusätzliches angeeignet haben absolut bemerkenswert. Von den gewählten Mandatsträgern wurde dies anscheinend genau gegenteilig empfunden. Dies empfand ich persönlich als deprimierend und spürte Aggressionen. Von den Gemeinde- oder Stadträten wurde immer die anscheinend mangelnde Information angemahnt. Dies führte vor allem zu Kontroversen zwischen Bürgern aus den Bürgerforen und Gemeinderäten.

Es wurde viel zu viel Zeit für Erklärungen und Einweisungen verwendet. Auch glaube ich, daß die Vorbereitungszeit der Akademie, uns Informationsmaterial zu besorgen, nicht ausgereicht hat. Die Informationen kamen stückchenweise zu uns. Ich möchte dabei erwähnen, daß die Akademie sich aber alle Mühe gab, uns alles was möglich war zu kommen zu lassen.

Die Informationen vor allem des Büros Fichtner sind etwas fragwürdig.

Verdammt schade, daß Geld eine solch große Rolle spielt.

Vorschlag für die Zukunft: die 10 Gruppen um eine weitere ergänzen, die aus Bürgermeistern, Gemeinderäten o.ä. Personen besteht.

Anfänglich hatte ich große Zweifel, ob Bürger aus diesem Auswahlverfahren in der Lage sind, zu einem brauchbaren Ergebnis zu kommen. Heute staune ich darüber, wie diese Leute sich sach- und fachkundig machen ließen, engagiert mitgearbeitet haben. Viele Bürger haben viele Gaben, kommen aus verschiedenen Berufen und Lebensräumen und haben je ihre Perspektiven und haben Ortskenntnis. Das hat auch zu dem Ergebnis geführt, daß offenbar wurde, daß das Büro Fichtner an vielen Stellen nicht sorgfältig, ja sogar schlampig gearbeitet hat. Auch die Informationen durch die Fa. Fichtner, insbesondere durch Herrn Dr. Tietz waren nicht befriedigend. Entweder wurden die Bürgerforen von ihm nicht ernst genommen, oder ihm fehlte die Kenntnis, bzw. wollte er Fakten verschweigen. Gestaut habe ich über die Vorgehensweise der Akademie auf dem Weg zur Urteilsfindung. Es ist mir zum erstenmal begegnet. Methodisch, didaktisch, demokratisch. Die Gesprächsleitung (in unserer Gruppe) war neutral, aber doch lenkend und helfend. Auf diesem Weg zu einem Ergebnis zu kommen, ist eine gute Sache, die seines gleichen sucht.

Kreative Zusammenarbeit in der Gruppe. Zeit zur Erarbeitung der Standorte war knapp, bessere Ausarbeitung wäre möglich gewesen.

Die Vorgaben durch das Ingenieurbüro Fichtner waren unzureichend bzw. sogar teilweise falsch. Mit der Vorauswahl der Standorte bin ich nicht einverstanden.

Während der ersten beiden Sitzungen kamen zu viele Erklärungen und Wiederholungen zum Verfahren. Das stand alles schon im Anschreiben. Das Fichtner-Gutachten war als Arbeitsgrundlage ungeeignet, weil viele Angaben nicht richtig waren. Die Moderatoren haben es gut verstanden, die Gruppe zu leiten.

Man hätte jeden einzelnen Standort pro Tag aufsuchen, nachfolgend bewerten und zum Schluß eine gesamte Abschlußbewertung durchführen sollen. Der Wertbaum hätte durchaus schon von Experten vorgegeben sein können. Hätten hier Punkte gefehlt, wäre man sehr schnell auf so einen Mangel gestoßen.

Nachteil: permanenter Zeitdruck. Folge: bestimmte Punkte konnten nicht genügend ausdiskutiert werden. Dadurch konnten nicht alle Meinungen berücksichtigt werden. Man hat nachgegeben und dem Konsens zugestimmt, weil keine Zeit vorhanden war.

Die permanent zu beklagende Zeitnot während des Verfahrens ist hausgemacht und beabsichtigter Teil der Programms. Die Folge davon: Konsens wurde in den meisten Fällen weniger aufgrund von Einigkeit in der Sache, sondern eher unter dem Druck der Zeitnot und daraus resultierender Resignation erzielt. Ein verzerrtes Ergebnis muß die notgedrungene Folge sein. Aus diesem Grund halte ich diese Bürgerbeteiligung und Meditationsverfahren für äußerst bedenklich und im Ergebnis irreführend und gefährlich.

Technische Informationen, z.B. über einzelne Schadstoffe, Schadstoffgehalte von Müll, Restmüll, verrottetes Material, Schlacke völlig unzureichend.

Die Informationen wurden zu spät herausgegeben.

Die Unterlagen die wir von Fichtner bekamen waren nicht auf den neuesten Stand. Auch konnte nicht nachvollzogen werden, wie die uns zur Auswahl vorgestellten Standorte ausgesucht wurden und zwar in einen Nordschwerpunkt und einen Südschwerpunkt in der Region.

Die Vorgaben des Büro Fichtner sind zum Teil sehr oberflächlich recherchiert. Aus diesem Grund wurde viel diskutiert, um objektiv richtige Angaben zu erhalten.

Zu wenig Zeit für Grundsatzdiskussionen oder strittige Themen auszudiskutieren. Zu wenig Zeit für Diskussionen mit den Fachleuten (z.B. Fichtner Ingenieure). Andererseits sehr hohe zeitliche Belastung, u.a. für Freiberufler!

Teilnehmer sollten viel mehr Spielraum zu Diskussions- und Informationsaustausch bekommen. Diskussionen sollten nicht aufkommen. Negative Auswirkungen waren der stark ausgeprägte Zeitdruck, den alle Moderatoren fast gar per Stoppuhr handhabten. Wenn die Akademie eine solche Bürgerbeteiligung durchführt, sollte sie im Voraus ihr Budget erarbeiten. Wir Bürger haben uns für diese Arbeit freiwillig und für andere eingesetzt und haben Urlaubstage und Verdienstauffälle als Selbstverständlichkeit eingesetzt. Deshalb sollten klare Verpflegungsregeln (Getränke/Essen) festliegen (Mindestmaß).

Programm und Tagesordnung sollte jeweils am vorhergehenden Sitzungstag vorgelegt werden. Auch sollten Informations- und Besichtigungsfahrten im Voraus richtig terminiert werden im Hinblick darauf, daß auch komplette Anlagen besichtigt werden und nicht nur Vorträge angehört werden. Siehe Augsburg 10-12 Std. Fahrt und keine Zeit für Ansicht (wir bestimmten selbst mit zur Durchführung einer Besichtigung).

Ich finde es nicht gut, daß das Bürgerforum nur in einem vorgegebenen Rahmen eine Entscheidung treffen soll. Da ich persönlich für die ausschließliche Müllverbrennung bin, halte ich es für unlogisch, daß ich einen Standort für eine MBA benennen soll.

Die Empfehlung der Delegiertenkonferenz hätte nochmal in den Bürgerforen mit mehr Zeit durchdiskutiert werden sollen. Im Anschluß daran sollte noch einmal eine Delegiertenkonferenz zusammentreffen um ein redigiertes Ergebnis zu erzielen.

Mehr Zeit für Diskussion in der Gruppe.

Ich empfand den Beginn des BF zu schleppend - eine kurze Beschreibung / Definition über Foren, Akademie usw. hätte mir genügt, um dann schneller zur Sache zu kommen. Evtl. die "Papierflut" etwas dezimieren - beispielsweise durch Anfragen, wer ausführlichere Berichte bzw. Kurzfassungen möchte. Z.B. die Kopien über Gemeinde - Stellungnahmen hätte doch durch Berichterstattung einzelner Teilnehmer erfolgen können? Dagegen waren Informationen von Fichtner z.B. schon in ihrer Ausführlichkeit gut gewählt. Der Fragebogen zu Beginn war teilweise für mich nicht beantwortbar. Fragen hätten erst am Ende gest. werden sollen.

Am Anfang zu viel Zeit verplempert. Zu viele Diskussionen über PAN, Akademien ...

Einleitung zu lang, d.h. Vorstellung was ein Bürgerforum ist etc. war zu ausführlich. Rest war o.k.

Ich finde das Bürgerforum hat keinerlei Auswirkung auf die Standortfindung. Wir haben nur eine Alibifunktion!

Den Beteiligten fehlte zum großen Teil das erforderliche Wissen, um die Standortfrage beurteilen zu können. Des weiteren sind von den Beteiligten zu subjektive Einstellungen vorhanden

Tadel: Es wurde für den Workshop keine Übernachtung organisiert. Nach Besichtigung von Standorten oder Anlagen gab es danach keinen gedanklichen Austausch. Lob: offener Austausch möglich.

Informationen wurden verspätet oder falsch weitergegeben (Termine) und mußten oft telefonisch abgeklärt werden.

Eindruck: Moderatoren haben fertige Lösung und führen Bürgerforum darauf zu.

Das Verfahren hat mir gefallen, wenn ich mich auch manchmal von der Menge der Literatur und dem Zeitaufwand überfordert gefühlt habe.

Betr.: Standortsuche für eine MVA in der Region Nordschwarzwald. Nach den gemachten Erfahrungen ist es sehr schwierig für "Laien", sich mit dieser Materie auseinanderzusetzen. In unserer Gruppe waren alle Beteiligten stark engagiert, für einen Standortvorschlag fühlten wir uns jedoch überfordert. Der Zeitaufwand war für die Bürger-und innen zu hoch. Ob Bürgerforen bei solchen schwierigen Problemen zu empfehlen sind, möchte ich bezweifeln. Besondere Anerkennung verdient die Akademie in Stuttgart für die gute Vorbereitung, die Informationen und Nachbearbeitung (Protokolle u.ä.) bei der Durchführung der Bürgerforen.

Zu lange Diskussionen der Teilnehmer, zwar über das Thema, aber nicht über die Sache, über die abgestimmt werden sollte, z.B. bei heißer Standortbestimmung zuviel über kalte Rotte.

Der Veranstalter war redlich bemüht, die Forenteilnehmer umfassend und unparteiisch zu informieren. Leider wurden die Informationen aus Zeitmangel nicht gründlich ausdiskutiert. Man hätte sich mehr auf das Wesentliche, die Standortsuche, konzentrieren müssen.